

Verband der Archivarinnen und Archivare
in Niedersachsen und Bremen e. V.
Niedersächsisches Landesarchiv

Archiv-Nachrichten Niedersachsen

Mitteilungen aus niedersächsischen Archiven

28/2024

7. Niedersächsisch-Bremischer Archivtag



DATENSCHÄTZE IM GRIFF

ACTAPRO[®]

*Die Datenmanagement-Software
für **Archive**.*



Digitale Archivierung

- Eigenes OAIS-Modul
- Schnittstellen zu DA-NRW und DIMAG
- DMS-Anbindung

Standards, Schnittstellen

- ISDIAH, ISAD(G), EAD, EAD DDB, METS
- Offene Schnittstellen
- Vollständige XML-Datenhaltung und Unicode-Unterstützung

Service

- Begleitende Beratung
- Individuelle Anpassungen
- Konsequente Pflege und Weiterentwicklung



Kennenlern-Produktdemos:

Per QR-Code-Scan oder Linkeingabe gelangen Sie zu den Terminen.
produkt demos.startext.de

startext GmbH
Riemenschneiderstr. 11 • 53175 Bonn
Telefon: +49 228 959 96-0
info@startext.de • www.startext.de

startext

Datenschätze im Griff

Archiv-Nachrichten Niedersachsen

Mitteilungen aus niedersächsischen Archiven

28/2024

7. Niedersächsisch-Bremischer Archivtag

Herausgeber:

Verband der Archivarinnen und Archivare in Niedersachsen und Bremen e. V.
Niedersächsisches Landesarchiv

Archiv-Nachrichten Niedersachsen

Mitteilungen aus niedersächsischen Archiven

ISSN 1617-6820

Herausgeber:

Verband der Archivarinnen und
Archivare in Niedersachsen und
Bremen e. V.

www.vna-online.de

Niedersächsisches Landesarchiv



**Niedersächsisches
Landesarchiv**

www.nla.niedersachsen.de

Hervorgegangen aus:

ANKA-Nachrichten
(hg. von der ANKA e. V.)

Archive in Niedersachsen
(hg. von der Niedersächsischen
Archivverwaltung)

Schriftleitung:

Lars Nebelung

Archiv der TIB/Universitätsarchiv Hannover
Welfengarten 1 B, 30167 Hannover
Tel. 0511 762-9389
lars.nebelung@tib.eu

Dr. Thomas Brakmann

Niedersächsisches Landesarchiv,
Abteilung Osnabrück
Schloßstraße 29, 49074 Osnabrück
Tel. 0541 33162-11 Fax -62
thomas.brakmann@nla.niedersachsen.de

Erscheinungsweise:

Die Archiv-Nachrichten Niedersachsen erscheinen jährlich.
Redaktionsschluss ist der 30. November.

Bezug, Aboverwaltung, Anzeigen:

Die Mitglieder des VANB erhalten die Zeitschrift kostenlos im
Rahmen ihrer Mitgliedschaft. Alle übrigen Interessenten können
die Archiv-Nachrichten Niedersachsen beziehen über:

Kreisarchiv Emsland
Herzog-Arenberg-Straße 12
49716 Meppen
Tel. 05931 44 6107
kreisarchiv@emsland.de

Gesamtherstellung:

müllerdruck e.K., Meppen
www.muellerdruck-meppen.de

© 2025 VANB e. V. Alle Rechte vorbehalten.

Editorial

Wie schaffen es die Archive in Niedersachsen und Bremen, ihre Arbeit und ihre gesellschaftliche Bedeutung offensiver zu präsentieren? Wie können benötigte Ressourcen beim Träger durchgesetzt werden? Welche Erwartungen haben Nutzer? Sehen Sie in den Archiven eher verstaubte Institutionen oder vielmehr ein digitales Serviceangebot? Und wo sehen sich die Archive selbst in ihren Rollen als Dienstleister für ihre Träger, Behörden und Kultureinrichtungen?

Diese Fragen diskutierten unter dem Thema „Unterschätzte Archive: Strategien zur Verbesserung der Außenwahrnehmung von Archiven“ etwa 120 Archivarinnen und Archivare beim 7. Niedersächsisch-Bremischen Archivtag vom 15. bis 16. April 2024. Anlässlich des 625. Geburtstages des Goslarer Stadtarchivs tagte der Verband der Niedersächsischen Archivarinnen und Archivare e. V. erstmals seit 41 Jahren wieder in Goslar und zwar in den neu eingerichteten Veranstaltungsräumen des Kulturmarktplatzes, in dem seit 2022 auch das Stadtarchiv mit seinem Lesesaal und dem Magazinbereich untergebracht ist. Die offenen Räumlichkeiten wussten zu überzeugen: Eine fachgerechte Unterbringung und eine ästhetische Gestaltung müssen sich keinesfalls ausschließen.

Die vorliegende Ausgabe der Archiv-Nachrichten Niedersachsen enthält bis auf wenige Ausnahmen die Referate des Goslarer Archivtages. Lediglich drei Vorträge fehlen aus unterschiedlichen Gründen; einer davon wurde bereits an anderer Stelle publiziert.¹

In drei Arbeitssitzungsblöcken mit insgesamt 12 Fachvorträgen wurden Themenbereiche wie die Durchsetzung von Ressourcenbedarfen bei den Archivträgern, die Erwartungen der Nutzer an die Archive sowie die Divergenz in der Wahrnehmung der Archive als Kultureinrichtungen und als Dienstleister der Behörden behandelt.

Die erste Arbeitssitzung versammelte zum Auftakt vier Referate, die sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit der Frage auseinandersetzten, wie der eigene archivische Ressourcenbedarf den jeweiligen Trägern möglichst überzeugend deutlich gemacht werden und welche

¹ Es handelt sich um die Inhalte des Referats „Archivgebühren: Vom Staunen über Schätze zum Stöhnen über Kosten – Wie einfach wir die Wahrnehmung von Archiven beeinflussen können!“ von Michael Ruprecht in der dritten Arbeitssitzung. Vgl. Michael Ruprecht, Spannungsfeld Gebühren: zwischen Open Access, Rechtskonformität und Einnahmegenerierung am Beispiel des Stadtarchivs Leipzig, in: Marcus Stumpf/Katharina Tiemann (Hg.), Strategien und Wege zur Bewältigung des kommunalarchivischen Arbeitsalltags: Beiträge des 29. digitalen Fortbildungsseminars der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) vom 24.-26. November 2021, Münster 2022, S. 121-131.

Chancen auf zusätzliche Unterstützung durch andere Einrichtungen noch bestehen könnten. Auch wenn hier vor allem die kommunale Perspektive zu Worte kam, lassen sich doch zahlreiche Erkenntnisse sehr gut auch auf andere Archivsparten übertragen. Die Problemstellung war jedenfalls allen Anwesenden wohl bekannt.

In der zweiten Arbeitssitzung wurden die Erwartungen unterschiedlicher Nutzergruppen an die Archive anhand von Beispielen beleuchtet. Hier kam einerseits die Gruppen der Autorinnen und Autoren, andererseits die der professionell und auch privat Familienforschenden zu Wort, zudem wurde die Gruppe der Studierenden an der Leuphana Universität Lüneburg anhand einer Umfrage beleuchtet.

Die abschließende dritte Arbeitssitzung beschäftigte sich mit dem Dienstleistungscharakter von Archiven und den damit möglicherweise entstehenden Kosten sowie auch mit den Möglichkeiten der verstärkten Zusammenarbeit der Archive mit anderen Kultureinrichtungen und Initiativen – einerseits analog von Mensch zu Mensch, andererseits in Form von verschiedenen Onlinenetzwerken in Niedersachsen.

In seinem Abendvortrag am ersten Tag der Tagung stellte Helmut Liersch einige eindrucksvolle Zimelien der Marktkirchenbibliothek sowie deren wechselhafte Geschichte vor. Trotz des relativ geringen Umfangs dieser Sammlung wurde anhand der Darstellung ihrer wissenschaftlichen Erforschung ihre besondere Bedeutung insbesondere für die Reformationsgeschichte deutlich.

In der Rubrik „Aus der Arbeit der Archive“ werden in diesem Heft drei innovative Projekte der archivischen Öffentlichkeitsarbeit vorgestellt: Studierende der Hochschule Hannover erstellten einen Blog für das Universitätsarchiv Oldenburg, eine Ausstellung im Verwaltungsgericht Braunschweig anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit eröffnete neue Perspektiven in der Zusammenarbeit bei der Bewertung, und der Braunschweigische Geschichtsverein führte zusammen mit der Abteilung Wolfenbüttel des Niedersächsischen Landesarchivs im Rahmen einer Fortbildung Lehrkräfte an die Arbeit mit Quellen im Geschichtsunterricht heran.

Zwei weitere Beiträge werfen Schlaglichter auf bislang wenig beachtete bzw. neue Archivalien in niedersächsischen Archiven: Annika Kalvelage stellt den Aktenbestand der Hebammen-schule Göttingen von 1900 bis 2011 im Universitätsarchiv Göttingen vor; Martin Schürer befasst sich in einer quellenkundlichen Studie mit ausgewählten Lehnbriefen des 19. Jahrhunderts aus dem Depositum des Gutes Schulenburg in der Abteilung Osnabrück des Niedersächsischen Landesarchivs.

Der letzte Abschnitt der Archiv-Nachrichten Niedersachsen vereinigt wie immer Informationen aus dem „Verband der Archivarinnen und Archivare in Niedersachsen und Bremen e. V.“ (VANB). Der Fachverband hat bei der Mitgliederversammlung während des Goslarer Archivtags diesen neuen Vereinsnamen beschlossen, worauf der Bericht aus der letzten Mitgliederversammlung unter anderem eingeht. Des Weiteren berichten die Regionalgruppen Bentheim-Emsland-Osnabrück sowie Elbe-Weser aus ihrer Arbeit. Beschlossen wird dieser Band mit dem Programm des 9. Norddeutschen Archivtages am 3. und 4. Juni 2025 in Bremen.

Das Redaktionsteam, das durch den Wechsel von Erik Kleine Vennekate zum Stadtarchiv Wuppertal inzwischen nur noch aus zwei Personen besteht, bedankt sich bei den Autorinnen und Autoren für die gute Zusammenarbeit und wünscht allen Leserinnen und Lesern viel Freude mit den neuen Archiv-Nachrichten Niedersachsen.

Im März 2025

Thomas Brakmann
Osnabrück

Lars Nebelung
Hannover

INHALT

7. Niedersächsisch-Bremischer Archivtag in Goslar

Peter Quadflieg

- „Dafür brauchen wir dann aber mehr Ressourcen ...!“ 11
Verhandlungsstrategien eines Kommunalarchivs gegenüber seinem Träger

Ulrich Albers

- Das Stadtarchiv Goslar – 625 Jahre im Spannungsfeld zwischen Kultur und Politik 22

Thomas Jürgens

- Fördervereine als Chance: Beispiel Goslar 31

Hans-Eckhard Dannenberg

- Archive in Niedersachsen. 39
Herausforderungen und Perspektiven aus der Sicht von ALLviN

Jochen Schimmang

- Der Nutzen von Archiven für das Schreiben. 46
Die Arbeit von Archivaren und Autoren im Vergleich

Johannes Spohr

- NS-Familiengeschichte(n): 53
Aktuelle Entwicklungen, Chancen und Erwartungen

Thomas Kück

- Gesammeltes Wissen in dunklen Kellern? 66
Die Erwartungshaltung von Studierenden der Leuphana Universität Lüneburg
gegenüber Archiven

Helmut Liersch

- Zimelien im Bestand Gronewalt der Marktkirchen-Bibliothek Goslar 71

Florian Dirks

- Kommunalarchiv und Erinnerungskultur. 80
Möglichkeiten und Risiken einer Zusammenarbeit

Frank Dührkohp

- Für Forschung und Lehre – die geplante Dateninfrastruktur 87
des Landes Niedersachsen („Culture Cloud“)

INHALT

Aus der Arbeit der Archive

Karolin Bubke und Gunnar B. Zimmermann

- Content statt Metadaten: Studierende der Hochschule Hannover als..... 105
„Science to public“-Bloggerinnen und -Blogger für das Universitätsarchiv Oldenburg

Philip Haas

- Ausstellungsbeteiligung als Behördenbetreuung. 110
Eine gemeinsame Ausstellung von Niedersächsischem Landesarchiv und betreuter
Behörde zum 75-jährigen Bestehen der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit

Philip Haas

- Vereinsarbeit und Metaarchivpädagogik. 117
Erfahrungsbericht und Reflexionen zu einer regionalgeschichtlichen Fortbildung für
schulische Lehrkräfte im Niedersächsischen Landesarchiv Abteilung Wolfenbüttel

Annika Kalvelage

- Die Akten der Hebammenschule Göttingen 127

Martin Schürer

- Lehnsbriefe des 19. Jahrhunderts. 134
Beobachtungen und Fragen an einem Beispiel aus dem Königreich Hannover

VANB-Angelegenheiten

Lars Nebelung

- Bericht aus der Mitgliederversammlung des VNA e. V. am 16. April 2024 149

Anna Philine Schöpfer

- VANB-Regionalgruppe Bentheim-Emsland-Osnabrück 153

Thomas Bardelle und Sönke Kosicki

- VANB-Regionalgruppe Elbe-Weser 155

9. Norddeutscher Archivtag in Bremen 157

The background image shows a courtyard between historic stone buildings in Goslar. The buildings have multiple stories with rows of windows. The ground is paved with cobblestones. The text is overlaid on this image.

7. Niedersächsisch-Bremischer Archivtag 2024

Goslar

„Dafür brauchen wir dann aber mehr Ressourcen...!“

Verhandlungsstrategien eines Kommunalarchivs gegenüber seinem Träger

von Peter Quadflieg

Einleitung:

Ressourcenbedarfe kommunizieren

Wenn sich die erste Arbeitssitzung des 7. Niedersächsisch-Bremischen Archivtags mit der „Durchsetzung von Ressourcenbedarfen beim Archivträger“ auseinandersetzte, so griff sie ganz zweifellos ein zentrales Thema im Kontext von „Strategien zur erfolgreichen Außenwahrnehmung von Archiven“, also dem Leitthema der Goslarer Tagung auf. Zugleich passt das Thema zu den jüngsten Veränderungen der budgetären Rahmenbedingungen, unter denen Archive seit der Eintrübung der ökonomischen Großwetterlage arbeiten müssen.

Die expansive Fiskalpolitik, mit der der deutsche Staat auf die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und auf die Energiekrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine reagiert hat, ist jüngst einer deflationistischen Sparpolitik gewichen, die sich auch auf die kommunalen Haushalte stark auswirkt. Sparvorgaben und steigende Kosten durch die allgemeine Inflation, insbesondere in den Jahren 2022 und 2023, sowie hohe Tarifabschlüsse müssen in den Trägerverwaltungen und damit auch bei den Archiven abgebildet werden.

Vor diesem Hintergrund kann der vorliegende Beitrag keine Patentrezepte für Verhandlungsstrategien gegenüber Archivträgern liefern. Was er allerdings zu leisten

erhofft, ist Impulse für die Entwicklung einer individuellen, auf die spezifische Situation im jeweiligen Archiv zugeschnittene Verhandlungsstrategie zu geben. Diese Denkanstöße werden in vier Punkten zusammengefasst, die mit Beispielen aus dem Stadtarchiv Wiesbaden illustriert werden sollen. Abschließend werden die Ausführungen in einem Fazit zusammengefasst.

1. Impuls:

Integriert geplante Verhandlungsstrategie

Es scheint eine Binsenweisheit zu sein, aber die Chancen, in Verhandlungen erfolgreich zu sein, steigen ungemein, wenn sich ein Verhandlungsteilnehmer planvoll auf diese vorbereitet.¹ Der Erfolg bei Ressourcenverhandlungen mit dem Träger hängt dabei von unterschiedlichen Faktoren ab. Einflussgrößen wie eine stichhaltige Argumentation, die das Archiv beeinflussen kann, stehen weniger zu beeinflussende, *weiche* Einflussfaktoren gegenüber. Hierzu gehört etwa das Vertrauen der Entscheidungsträger in das Archiv und seine Leitung oder auch die Identifikation der Entscheidungsträgerinnen und Entscheider mit den Aufgaben des Archivs. Hinzu kommen exogene Einflussfaktoren, die das verhandelnde Archiv nicht beeinflussen kann. Hierzu zählen beispielsweise die bereits angesprochenen

Haushaltswänge oder gewachsene organisatorische Strukturen, in die das Archiv bei der Trägerverwaltung eingebunden ist.

Auf Grund dieser komplexen Gemengelage sollte zu Beginn der individuellen Strategieentwicklung eine ehrliche Analyse der eigenen Position im Entscheidungsnetzwerk und eine realistische Bewertung der Rahmenbedingungen stehen.² Hierzu gehört auch, die eigenen Bedarfe ehrlich zu priorisieren. Es wird in der Praxis wenig bringen, wenn das Archiv alle geforderten zusätzlichen Bedarfe als gleich wichtig priorisiert und sich so in Bezug auf die eigene Verhandlungsposition unflexibel darstellt.

Nehmen wir beispielsweise an, die Analyse des Personalbedarfs³ hat ergeben, dass das Archiv drei zusätzliche Stellen entlang aller Fachaufgaben benötigt. Dann ist es trotz der objektiven Notwendigkeit eher unwahrscheinlich, dass der Träger den vollen Bedarf in einer einzigen Haushalts- bzw. Verhandlungsrunde anerkennt. Daher sollten sich die Verantwortlichen im Archiv fragen, an welcher Stelle der zusätzliche Bedarf am dringendsten gebraucht wird und wo er den größten, messbaren Nutzen stiftet. Auf diese Minimalforderung werden dann weitere Forderungen aufgeschichtet und wichtige Ressourcenbedarfe mit jedoch geringerem messbarem Nutzen benannt, bevor in einer dritten Kategorie wünschenswerte Ressourcen-Zuflüsse gesammelt werden. Diese sind wahrscheinlich nicht oder nicht in absehbarer Zeit herauszuverhandeln und stellen gewissermaßen die Maximalforderung des Archivs in den Verhandlungen dar.⁴

Wichtig ist, diese Prioritätenliste stets aktuell zu halten und keine neuen oder zusätzlichen Aufgaben ohne zusätzliche Ausstattungsbedarfe, sei es personell, sei

es budgetär, für diese neue Aufgabe zu quantifizieren und in die Prioritätenliste aufzunehmen. Überhaupt sind erfahrungsgemäß einmal vergebene Chancen, bei neuen Aufgaben eine Zusetzung von Ressourcen zu erreichen, später nur mit viel Aufwand zu korrigieren. Freilich entstehen auf Grund der exogenen Einflussfaktoren, wie der allgemeinen Kassenlage der Träger, Opportunitätszeitfenster, in denen sich die Übernahme neuer Aufgaben mehr oder weniger anbietet, da die verbundenen zusätzlichen Ressourcenbedarfe besser oder schlechter eingefordert werden können.

Unter einer integriert geplanten Verhandlungsstrategie ist aber auch die konsequente Verknüpfung von Ressourcenforderungen mit der Kommunikation strategischer Ziele zu verstehen. Damit ist gemeint, dass das Archiv einzelne Maßnahmen, etwa die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle oder die Erhöhung des Sachmittel- oder Investitionsbudgets, immer auch als Beitrag zum Erreichen übergeordneter Ziele des Archivs und der Trägerverwaltung insgesamt begreifen und so auch kommunizieren sollte. Dies setzt voraus, dass vorab solche Ziele für das Archiv definiert, gegenüber dem Träger öffentlich gemacht und bestenfalls auch sein Wohlwollen für diese Zielsetzung gesichert wurde.⁵

Ein Beispiel: In Wiesbaden wurden 2020 langfristige strategische Ziele des Stadtarchivs in einer Vision formuliert und auf der Homepage veröffentlicht. Die Ziele der Vision sind relativ abstrakt und heben darauf ab, welchen Beitrag das Stadtarchiv zur positiven Entwicklung der Landeshauptstadt Wiesbaden und ihrer Verwaltung insgesamt leisten kann. Die Vision dockte dabei an große Themen der städtischen Entwicklung

an, beispielsweise an die Handlungsfelder „Digitalisierung“ und „Kulturelle Teilhabe“. Ein wichtiger Ansatzpunkt bei der Formulierung der weitreichenden Ziele war, dass man sie analog zu übergeordneten Zielen des Archivträgers, also beispielsweise des gesamtstädtischen Kulturentwicklungsplans, lesen kann. Die Mitarbeitenden des Stadtarchivs Wiesbaden haben sich also bemüht, Ziele zu formulieren, deren Erreichen auch auf die Ziele der Vorgesetzten in der Kulturverwaltung und des Ressourcengebers des Archivs einzahlen. Das bedeutet konkret: Wenn beispielsweise die zuständigen politischen Entscheidungsträger im Kulturentwicklungsplan der Stadt Wiesbaden als politisches Ziel formuliert haben, dass mehr innovative Angebote der Kulturvermittlung geschaffen werden sollen, dann wurde dieses Ziel auf die Öffentlichkeitsarbeit des Stadtarchivs Wiesbaden heruntergebrochen und entsprechend in der Vision ausformuliert.⁶ Damit wurden die Ziele des Stadtarchivs gewissermaßen zu Subzielen des Ressourcengebers, wobei das Stadtarchiv selbst die Schwerpunkte setzen konnte.

Aus den langfristigen Zielen wurden beim Stadtarchiv Wiesbaden in einem internen Prozess sogenannte Durchbruchziele abgeleitet, die mit der konkreten Kette der archivischen Fachaufgaben korrespondieren und mit ihnen verzahnt sind. Aus dieser Zielkaskade lassen sich Bausteine formen, die benutzt werden können, um zu zeigen, welche zusätzlichen Leistungen das Stadtarchiv erbringen kann, wenn zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden.

2. Impuls:

Kooperative Verhandlungsergebnisse durch flexible Verhandlungspositionen

Damit sind wir bei den Ressourcen angelangt und kommen zum zweiten Impuls: Bei Verhandlungen muss das Archiv deutlich machen, inwiefern die Ressourcenforderungen auf die Ziele nicht nur des Archivs, sondern auch des Ressourcengebers, sprich der Trägerverwaltung, einzahlen. Dabei sollte das Archiv gleichzeitig in seinen Verhandlungspositionen flexibel bleiben.

Das Stadtarchiv Wiesbaden hat beispielsweise in seiner Vision das Durchbruchziel formuliert, das „Wiesbadener Stadtlexikon“, ein 2017 erschienenes und mittlerweile vergriffenes Druckwerk⁷ mit 1 700 Lemmata, kostenfrei und digital zugänglich zu machen und damit besonders jungen, sozial schwachen und bildungsfernen Menschen neue Zugänge zur Wiesbadener Stadtgeschichte zu ermöglichen. Mit einem solchen Projekt erfüllte das Wiesbadener Stadtarchiv gleich mehrere Zielvorgaben, die etwa der Kulturentwicklungsplan der Stadt Wiesbaden⁸ macht: Es werden neue Zielgruppen erreicht und die Barriere zur Beschäftigung mit der Stadtgeschichte gesenkt, da die Nutzung kostenlos, einfach und überall erfolgen kann.

Der Transfer der Informationen von einem recht teuren Buch in eine öffentliche Datenbank, die Rechtefragen und die Bebilderung, all dies waren Aufgaben, die 2020 nicht in den Stellenbeschreibungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtarchivs abgebildet waren. Es fehlten also Ressourcen zur Digitalisierung des Stadtlexikons. In einem knappen Exposé wurde durch das Stadtarchiv erläutert, wie die Digi-

talisierung des Lexikons zur Erreichung einzelner Handlungsempfehlungen des Kulturentwicklungsplanes beitragen kann. Zudem hat das Stadtarchiv deutlich gemacht, wie beabsichtigt ist, das Projekt in die Öffentlichkeit zu kommunizieren⁹ und es bei Folgeprojekten¹⁰ einzusetzen. Erst nachdem so dem Träger der Nutzen erläutert worden war, machte das Archiv die Rechnung der Kosten auf. Diese wurden zugleich realistisch und ehrlich beziffert.

Flexibel wurde die Verhandlungsstrategie des Stadtarchivs dadurch, dass bereits im Vorfeld verschiedene Ausbaustufen für das Projekt definiert wurden, mit denen das Archiv dann in die Verhandlungen gehen konnte. Die kleinste Lösung war ein wortgleicher Transfer des Buchtextes ins Netz. Die nächste Ausbaustufe war ein Transfer mit zusätzlicher Bebilderung, die dritte ein Transfer mit zusätzlicher Bebilderung und inhaltlicher Überarbeitung und Erweiterung usw. Die skizzierten Kosten für die einzelnen Ausbaustufen fußten auf Testeingaben und einem realistischen Zeit- und Lohnkostenansatz, der sich mittels der Ergebnisse von Probeeingaben und Arbeitshilfen aus dem Netz¹¹ relativ einfach berechnen ließ.

Auch wurden alternative Vorschläge zur Projektorganisation konzipiert. Für jede Alternative wurden Vorteile, Nachteile und Kosten festgehalten. Es wurde also beispielsweise die Bearbeitung mit Hilfe von studentischen Hilfskräften im Vergleich zu einer Vergabe an einen externen Dienstleister durchgerechnet. Diese Alternativen wurden dann priorisiert, um für die Verhandlungen eine Vorstellung des Optimal-Ergebnisses und des Minimal-Ergebnisses zu haben. Schlussendlich ist es gelungen, notwendige zusätzliche Budgets für die

Onlinestellung, es handelte sich um rund 9 000 Euro, aus Haushaltsmitteln zur Umsetzung des Kulturentwicklungsplans zu erhalten, um eine sehr engagierte studentische Hilfskraft für das Einpflegen und Bearbeiten der Artikel im Backend des digitalen Stadtlexikons zu bezahlen. Zwei Jahre nach den ersten Überlegungen war das Stadtlexikon vollständig digital zugänglich.

Nun ist die Digitalisierung des Stadtlexikons ein kulturpolitisch sehr viel interessanteres Projekt als eine klassische archivische Fachaufgabe, beispielsweise die Beantwortung von Personenstandsanfragen. Der Grund liegt auf der Hand: Das Stadtlexikon-Projekt zählt direkt auf die übergeordneten Ziele der städtischen Kulturpolitik ein und lässt sich mit Hilfe von Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit auch entsprechend politisch *vermarkten*. Dies sieht bei einer klassischen, durch Sachbearbeitung gekennzeichneten und wenig innovativen Daueraufgabe natürlich anders aus. Gleichwohl bietet sich hier eine andere Strategie an.

3. Impuls:

Objektive Beurteilungskriterien argumentativ einsetzen und auf Interessen des Ressourcengebers eingehen

Der dritte Impuls für die individuelle Strategie-Entwicklung lautet: Konzentration der Forderungen nach mehr Ressourcen auf solche Projekte, bei denen neben einem für die Entscheidungsträger greifbaren Mehrwert auch eindeutige rechtliche Vorgaben und/oder betriebswirtschaftliche Überlegungen zur Untermauerung der archivseitigen Argumentation eingebracht werden können.¹²

Warum ist das wichtig? Wie bei jeder Verhandlungssituation besteht theoretisch auch bei der Verhandlung um Ressourcen mit einem Archivträger die Möglichkeit, verschiedene Strategien zu wählen. Allerdings laufen solche Verhandlungen natürlich unter anderen Bedingungen ab als etwa der Gebrauchtwagenkauf oder auch Tarifverhandlungen. Der Grund ist einfach, die Verhandlungsposition des Archivs ist spieltheoretisch¹³ betrachtet äußerst schwach. Anders ausgedrückt, die „Marktmacht“ des Verhandlungspartners, also der Vertreter des Archivträgers, ist formal absolut. Auf Grund der zwischen dem Träger und dem Archiv bestehenden Hierarchie kann der Träger seine Position in der Regel einseitig durchsetzen. Die Führungskraft oder die kommunalen Mandatsträger können schlichtweg einseitig beschließen, ob das Archiv zusätzliche Ressourcen erhält oder nicht. Sie sind nicht unbedingt darauf angewiesen, einen Kompromiss zu schließen.

Klassische aggressive Verhandlungsstrategien, etwa Druck aufbauen, mit dem Abbruch der Verhandlungen drohen etc. führen so für das Archiv ins Leere. Das bedeutet aber nicht, dass automatisch entgegengesetzte, also passive Verhandlungsstrategien, wie „Betteln“, „Nachgeben“ oder „Ausweichen“ gewählt werden sollten. Sonst laufen die archivischen Verhandler Gefahr, bei der folgenden Verhandlungssituation immer wieder mit enttäuschenden Ergebnissen leben zu müssen.¹⁴

Sinnvoller ist es, auf eine kooperative Lösung zu bauen, bei der beide Verhandlungspartner ihre Ziele erreichen und sogenannte Win-Win-Situationen entstehen.¹⁵ Eine solche Verhandlungsstrategie erfordert freilich eine starke Vertrauensbezie-

hung, die erst erarbeitet werden muss. Kurzfristig wirksam ist hingegen der klassische Kompromiss, in der vielleicht nicht das vorher definierte Optimal-Ergebnis, aber möglicherweise mehr als das Minimalziel erreicht wird.

Eine Win-Win-Situation geht allerdings über den einfachen Kompromiss hinaus.¹⁶ Wenn das Archiv Verhandlungen zumindest anfangs auf Themen konzentriert, die dem Träger wichtig sind, steigert dies die Chance auf Win-Win-Ergebnisse und festigt damit das Vertrauen, welches notwendig ist, damit auch bei weniger populären, sprich fachlichen archivischen Themen auf eine angemessene Ressourcenausstattung gehofft werden kann.

Bei der Abstimmung mit fachfremden Vorgesetzten und politischen Entscheidungsträgern sollten daher nicht die wichtigen, jedoch wenig attraktiven Fachaufgaben in den Vordergrund gestellt werden, sondern die Potentiale, die durch einen Ressourcenzuwachs für die Erreichung der kulturpolitischen Ziele des Archivs entstehen. Besonders gute Erfolgchancen bei einer kooperativen Strategie bestehen darüber hinaus insbesondere dann, wenn dieser Ansatz mit quantifizierbaren, objektiv überprüfbaren Argumenten unterlegt werden kann.

Ein weiteres Beispiel aus dem Stadtarchiv Wiesbaden: Ein 2020 aus den Reihen der Facharchivarinnen des gehobenen Dienstes vorgetragenes Problem betraf die Arbeitsbelastung durch die Beantwortung von schriftlichen Anfragen. Die Kolleginnen wiesen immer wieder darauf hin, dass sie auf Grund der großen Zahl von Anfragen nicht dazu kommen würden, andere Fachaufgaben so zu erfüllen, wie es eigentlich

notwendig sei. Die Kolleginnen betonten, dass nicht nur Projekte mit Außenwirkung wie das digitale Stadtlexikon, sondern auch die Bewertung, Übernahme und Verzeichnung unter der Arbeitsbelastung durch die Anfragenbeantwortung leiden würden.

In einem ersten Schritt wurden die Kolleginnen gebeten, die Zahl der Anfragen, die sie zu beantworten hatten, sowie die Art der Anfrage und den Zeitaufwand einen Monat lang zu erfassen. Die Daten wurden anonym gesammelt und summiert. Dabei wurden zwei Dinge deutlich: Erstens bearbeiteten die drei betroffenen Kolleginnen während etwa eines Drittels der ihnen tatsächlich zur Verfügung stehenden Arbeitszeit Anfragen. Zweitens betraf ein Großteil dieser Anfragen Auskünfte aus Personenstandsunterlagen, der historischen Meldekartei sowie den ergänzenden personenbezogenen Beständen. Diese Anfragen inklusive der Erstellung der notwendigen Kopien, Beglaubigungen und Kostenbescheide, sind in der überwiegenden Zahl der Fälle inhaltlich nicht sehr anspruchsvoll, stellen aber eine rechtlich normierte, wichtige Aufgabe des Stadtarchivs dar,¹⁷ sorgen für viele Bürgerkontakte und generieren Einnahmen durch Entgelte.

In einem zweiten Schritt wurden die Hintergründe der Situation ermittelt. Durch die Reform des Personenstandsgesetzes 2008 waren die Erstschriften der Personenstandsbücher, deren Fortschreibungsfrist erloschen war, an das Stadtarchiv Wiesbaden als zuständiges kommunales Archiv abgegeben worden. Die Zahl der entsprechenden Anfragen schoss in die Höhe, eine Zusetzung an Personal hatte jedoch im Zuge dieser Aufgabenübertragung nicht stattgefunden. Frühere Versuche, mit Verweis auf die pflichtige Aufgabe der Archivierung von

und Beauskunftung aus Personenstandsunterlagen zusätzliche Personalressourcen zu erhalten, waren gescheitert.¹⁸

2020 lag es auf der Hand, dass das Stadtarchiv Wiesbaden einen seit rund zwölf Jahren aufgestauten Personalbedarf hatte, um die Aufgabe der Beauskunftung aus personenbezogenen Unterlagen zu erfüllen. Um diesen Personalbedarf geltend zu machen, setzte das Stadtarchiv jedoch nicht nur bei der konkreten Fachaufgabe an. Warum? Das Gegenargument hätte folgelogisch gelautet, dass das System doch seit mehr als zehn Jahren funktioniere und die Aufgabe ja auch erfüllt werde. Daher erfolgte die Argumentation gegenüber dem Träger stärker mit Verweis auf die Verschwendung hochqualifizierter und damit teurer Personalressourcen für eine Arbeitsaufgabe, die durchaus auf dem Qualifikationsniveau des mittleren Dienstes und auch durch eine angelernte Quereinsteigskraft erfüllt werden konnte. Die mögliche Entlastung der drei Facharchivarinnen für innovative und auf die kulturpolitischen Ziele der Landeshauptstadt Wiesbaden einzahlende Projekte konnte allerdings nur durch die Zusetzung einer Stelle im mittleren Dienst behoben werden.

Nachdem der Kulturamtsleitung aufgezeigt werden konnte, welchen Mehrwert eine relativ günstige zusätzliche Stelle im Bereich der Personenstandsanfragen auch für ganz andere Bereiche der strategischen Entwicklung des Stadtarchivs haben konnte, da quasi für den Preis eines zusätzlichen Mitarbeiters des mittleren Dienstes die Arbeitskraft einer Facharchivarin des gehobenen Dienstes zusätzlich zur Verfügung stand, galt es in einem zweiten Schritt einen entsprechenden Antrag zum Stellenplan zu formulieren.

Zu den nicht oder nur bedingt beeinflussbaren Faktoren bei Ressourcenentscheidungen gehört die Einbindung in die Entscheidungshierarchie. In kommunalen Verwaltungen entstehen Entscheidungen stets im Zusammenspiel aus Verwaltungsebene und politischer Ebene. Es empfiehlt sich daher, die Entscheidungswege, die beispielsweise zur Zusetzung einer Stelle im Stellenplan führen, zunächst abstrakt zu visualisieren. Die Leitfrage dabei lautet: Wer entscheidet wann über eine solche zusätzliche Stelle? In Wiesbaden führte der Weg zunächst über das den Stellenplan verwaltende Organisationsamt. Wiederum galt es, die Interessen der Beteiligten zu erkennen und auf diese mit objektiven Argumenten einzugehen.

An dieser Stelle war entscheidend, die Ist-Situation und die Bedarfe genau zu quantifizieren. Mittels Kalkulationen hat das Stadtarchiv dargelegt, wie viele Anfragen mit welcher Bearbeitungsdauer welche Personalmittel binden und welche Kosten dies bei einer Bearbeitung durch den gehobenen Dienst hervorruft. Die Rechengrundlagen wurden dabei aus den einschlägigen Arbeitshilfen u. a. der BKK, der KLA und des VdA abgeleitet.¹⁹ Diese Aufwände wurden nicht zuletzt mit denen in den Stellenprofilen der drei betroffenen Kolleginnen abgeglichen. Im nächsten Schritt wurde dargestellt, welche relative Kosteneinsparung bei einer Bearbeitung der Anfragen durch einen Kollegen des mittleren Dienstes pro Anfrage erreicht werden kann. Durch die sinkenden Personalkosten in diesem Szenario stiegen zugleich die Deckungsbeiträge durch die Entgelteinnahmen an. Diese Argumentation überzeugte auch das Organisationsamt.

Nun konnte eine Stellenbeschreibung erstellt und durch das Personalamt bewer-

tet werden. Nach einem intensiven Austausch mit der Stellenplan-Abteilung des Organisationsamtes wurden diese harten, zahlenbasierten Fakten mit den weichen Argumenten zu einer Sitzungsvorlage für die Haushaltsberatungen verbunden. Nach der formalen Zustimmung durch das Organisationsamt und dank der Rückendeckung des vorgesetzten Dezernats wurde der Antrag zum Stellenplan genehmigt. Die Stelle konnte somit im Frühjahr 2022 besetzt werden.

Diese spürbare Entlastung für die Facharchivarinnen konnte das Stadtarchiv bereits nutzen, um wichtige Projekte insbesondere im Bereich Retrokonversion, der AFIS-Umstellung auf „Arcinsys“ und der DIMAG-Einführung voranzutreiben, die Überlieferungsbildung und die Erschließung zu stärken und parallel öffentlichkeitswirksame Projekte wie die angesprochene Onlinestellung des Stadtlexikons Wiesbaden umzusetzen.

4. Impuls:

Ehrliche Priorisierung und Nutzung von Opportunitätsfenstern

Die Nutzung von Opportunitätsfenstern gelingt am besten, wenn die Verantwortsträger im Archiv politisch gewollte Veränderungen als Chance begrüßen, auch wenn sie sie inhaltlich nicht oder nur unvollständig teilen. Immerhin bieten solche Veränderungen die Gelegenheit, zeitnah mehr Ressourcen zu erhalten. Hierzu ein letztes Beispiel aus der Praxis: Nachdem Ende der 2010er-Jahre in Wiesbaden intensiv über eine nach dem antisemitischen Komponisten Hans Pfitzner (1869-1949) benannte Straße diskutiert und gestritten worden war, erhielt

das Stadtarchiv Wiesbaden Anfang 2020 den politischen Auftrag, die bestehenden Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Stadt in Bezug auf die NS-Belastung ihrer Namenspatrone zu untersuchen.²⁰

Mit Bordmitteln des Stadtarchivs wurde mehrere Wochen durchgearbeitet, um allein die rund 600 Namensgeberinnen und Namensgeber zu identifizieren und zu klassifizieren, die im öffentlichen Raum durch Benennungen verewigt sind. Die gewünschten Ergebnisse wurden unter zeitweiser Vernachlässigung anderer Aufgaben zusammen mit einer umfangreichen Zusammenstellung der Vorgehensweise anderer Städte innerhalb weniger Wochen geliefert.

Als daraufhin der Auftrag erging, die rund 70 Namensgeber, die auf Grund ihrer Lebensdaten für eine weitere Untersuchung in Betracht kamen, in Bezug auf ihre NS-Belastung durchzuprüfen, wurde umgehend ein konstruktiver Vorschlag für das weitere Vorgehen gemacht: nämlich die Einrichtung einer mit externen Experten besetzten Fachkommission sowie die Schaffung einer zeitlich befristeten wissenschaftlichen Mitarbeiterstelle beim Stadtarchiv zur Durchführung der notwendigen Recherchen und für die Geschäftsführung der Kommission. Es wurden dabei mit den Arbeits- und Zeitaufwänden für die Recherche, der Notwendigkeit einer Kommission und den Vorteilen eines zweistufigen Verfahrens mit einer zunächst rein wissenschaftlichen Begutachtung der Fälle und einer erst anschließenden politischen Diskussion um mögliche Umbenennungen argumentiert. Auch in diesem Fall wurde eine volle Stelle für den Zeitraum der Projektlaufzeit von rund zweieinhalb Jahren und die notwendigen Sachmittel inklusive Aufwandsentschädi-

gungen für die externen Experten durch die politische Mehrheit in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zugestanden. Insgesamt hatte das Projekt ein Haushaltsvolumen von über 200 000 Euro.

Auch dieses Beispiel verdeutlicht, dass unter günstigen Rahmenbedingungen und mit einer auf die Bedürfnisse des Trägers abgestimmten Position sowie einer transparenten, ehrlichen und professionellen Quantifizierung der notwendigen Bedarfe die Einwerbung zusätzlicher Ressourcen möglich ist, völlig unabhängig von der Frage, wie sinnvoll man die Debatte um Straßenumbenennungen im Einzelfall findet.

Fazit:

Verhandlungssituationen als Chancen begreifen und nutzen

Ein immer noch im Archivwesen beobachtbarer *Verhandlungsfehler* ist eine einseitige Fokussierung auf fachliche und/oder rechtliche Begründungen eigener Ressourcenbedarfe. In Verhandlungssituationen werden dann nicht Interessen vorgetragen, sondern Positionen und Entscheidungssituationen auf nur scheinbar alternativlose Notwendigkeiten reduziert. Zugleich werden Probleme und nicht Ziele in den Fokus gerückt.²¹

Eine solche Verhandlungsführung ist nur selten von Erfolg gekrönt, zumal aus einer faktisch sehr schwachen Verhandlungsposition heraus. Auch objektive Beurteilungskriterien helfen zwar immer, Bedarfe deutlich zu machen, sind aber mitnichten Garanten für eine positive Entscheidung im Sinne des Archivs. Man sollte daher nicht die Bedeutung der Verhandlungsführung

unterschätzen und sich klarmachen, dass auf Grund der naturgemäß sehr schwachen Verhandlungsposition der Archive das jeweilige Gegenüber überzeugt werden muss, dass eine Entscheidung im Sinne des Archivs auch im Sinne der Ressourcen verteilenden Verhandlungsseite ist.

Daher ist es, insbesondere für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger ohne konkreten archivfachlichen Bezug – und das sind die allermeisten – deutlich überzeugender, etwa gemeinsame strategische Ziele oder die Kosteneffizienz zu betonen als auf archivfachlichen Standards herumzureiten. An dieser Stelle sollte allerdings auch nicht der Fehler gemacht werden, sich auf die reine Überzeugungskraft und die Beschwörung positiver Effekte in der Zukunft zu beschränken, die quasi als Bedingung zunächst die Zuführung von zusätzlichen Ressourcen einfordern.

Aus der praktischen Erfahrung gesprochen ist es oft zielführender, im Rahmen des Möglichen und mittels kreativer Ideen Potentiale einer Entwicklung mit tatsächlich realisierten kleinen Schritten zu demonstrieren und dann die Möglichkeiten einer Skalierung der Ergebnisse bei entsprechender Mittelzusetzung aufzuzeigen. Diese Vorleistung schafft Vertrauen beim Gegenüber, was wiederum eine zentrale Bedingung für kooperative Verhandlungslösungen ist.

Es gilt also, Referenzerfahrungen zu sammeln, Pilotprojekte durchzuführen und insbesondere bei der Präsentation der Ergebnisse die Entscheidungsträger mit einzubinden. Dabei sollten auch positive Zwischenergebnisse an die Träger und nicht nur Probleme kommuniziert werden. Zur Frage der Zwischenergebnisse ist noch hinzuzufügen, dass ein wiederkehrendes

Problem im deutschen Archivwesen zu sein scheint, dass Projekte sehr ambitioniert geplant und ausgesteuert werden. Dabei werden oft jahrelang Ressourcen in ein Projekt gesteckt, dass erst nach seiner Fertigstellung veröffentlicht werden soll. Sinnvoller, als auf die vollständige Fertigstellung zu warten, ist es jedoch, Meilensteine zu definieren und diese auch der Öffentlichkeit zu präsentieren. Ehrlichkeit, dass es sich erst um ein Teilergebnis, erst um 20, 40 oder 60 Prozent des beabsichtigten Endproduktes handelt, ist kein Zeichen der Schwäche – im Gegenteil. Zwischenerfolge dürfen und müssen öffentlich gefeiert werden.

Am erwähnten digitalen Stadtlexikon wurde beispielsweise über einen Zeitraum von fast zwei Jahren gearbeitet. Dies ist Stück für Stück erfolgt. Vor den Augen der Öffentlichkeit wuchs das Stadtlexikon an. Natürlich hat dies am Anfang Rückfragen hervorgerufen, warum bestimmte Stichworte nicht zu finden seien. Die offene Antwort, dass es sich um eine Baustelle handele, die sich jede Woche ändere, ließ die Öffentlichkeit neugierig bleiben.

Man sollte also auch für eine erfolgreiche Verhandlungsstrategie möglicherweise am Anfang noch bescheidene, aber regelmäßige, in der Öffentlichkeit wahrnehmbare Ergebnisse produzieren und diese nach außen und in die eigene Trägerverwaltung hinein kommunizieren. Das Intranet, die Mitarbeiterzeitschrift oder verwaltungsinterne Newsletter bieten gute Plattformen. So lassen sich Möglichkeiten zur Potenzierung der Ergebnisse des Archivs bei einer Zusetzung von Ressourcen darstellen und zugleich höheres Vertrauen beim Ressourcengeber dahingehend generieren, dass zusätzliche Mittel im Archiv sinnvoll investiert sind.

- 1 Nicht zuletzt deshalb, weil die Vorbereitung auf eine Verhandlung der einzige Teil des Verhandlungsprozesses ist, der vollständig kontrollierbar ist. Zur methodisch-praktischen Unterfütterung vgl. etwa Raimund Schmitz/Ulrich Spilker/Josef A. Schmelzer, *Strategische Verhandlungsvorbereitung*. Ein Leitfaden mit Arbeitshilfen, Wiesbaden 2006. Eine schnelle Einführung in die Prinzipien und Strategien der Verhandlungsführung bietet Barbara Schott/Peter Troczynski, *Verhandeln*, 2. Aufl., Freiburg im Breisgau 2015.
- 2 Zu diesem strategischen Planungsprozess und seinen Methoden vgl. Gudrun Sander/Elisabeth Bauer, *Strategieentwicklung kurz und klar*. Das Handbuch für Non-Profit-Organisationen, 2. Aufl., Bern u. a. 2011, S. 44-127. Inhaltliche Ansatzpunkte für eine solche übergeordnete Zielsetzung kann das BKK-Positionspapier „Das Kommunalarchiv. Standortbestimmung in der Wissensgesellschaft“ bieten, das 2022 veröffentlicht wurde. Es ist abrufbar unter https://www.bundeskonferenz-kommunalarchiv.de/empfehlungen/dokumente/BKK-Papier_Das_Kommunalarchiv_2022.pdf (letzter Abruf 29.8.2024). Eine Vorstellung des Papiers erfolgt bei Peter Quadflieg, *Das BKK-Positionspapier „Das Kommunalarchiv – Standortbestimmung in der Wissensgesellschaft“ und seine Zielsetzung*, in: *Wachsende Aufgaben, knappe Ressourcen. Wohin steuert die Archivarbeit?* 56. Rheinischer Archivtag 15.-16. Juni 2023 in Krefeld. Beiträge, Bonn 2024, S. 41-50.
- 3 Eine solche kann beispielsweise mittels des Excel-basierten Personalbedarfsbemessungstools (PBB) erfolgen, das vom Ausschuss Betriebswirtschaftliche Steuerung der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (KLA) erarbeitet worden ist. Weitere Informationen zum PBB unter <https://www.bundesarchiv.de/das-bundesarchiv/kooperationen-und-partner/kla/betriebswirtschaftliche-steuerung/> (letzter Abruf 29.8.2024).
- 4 Vgl. zu diesem Prozess Schott u. a., *Verhandeln* (wie Anm. 1), S. 21-66. Schott folgt dabei dem kanonischen Handbuch zur Verhandlungsführung von Robert Fisher/William Ury/Bruce Patton, *Das Harvard-Konzept*. Die unschlagbare Methode für beste Verhandlungsergebnisse, 7. Aufl., München 2011. Das bereits 1981 von Fisher aus der Verhandlungsforschung an der Harvard-Universität entwickelte Modell sieht als die vier zentralen Bedingungen für erfolgreiche Verhandlungen vor: „Trennen Sie Menschen und Sachfragen“, „Stellen Sie Interessen in den Mittelpunkt, nicht Positionen“, „Erarbeiten Sie Optionen, von denen alle profitieren, und bestehen Sie auf objektiven Kriterien“.
- 5 Zum Aspekt der strategischen Zieldefinition im Archiv vgl. Peter Quadflieg, *Auf dem Weg zur Profilierung: Vision, Zielbildung und Strategieformulierung am Beispiel des Stadtarchivs Wiesbaden*, in: Marcus Stumpf/Katharina Tiemann (Hg.), *Archivische Überlieferungsbildung und Öffentlichkeitsarbeit in Kommunalarchiven*. Beiträge des 31. Fortbildungsseminars der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BBK) in Gotha vom 29. November-1. Dezember 2023, Münster 2023, S. 10-27, und Peter Quadflieg, *Von der Mission zur Vision: Das betriebswirtschaftliche Konzept des Vision-Statements und Wege zu seiner Implementierung beim Hessischen Landesarchiv*, Marburg 2020, <https://archiv.ub.uni-marburg.de/es/2020/0013/pdf/spq.pdf> (letzter Abruf 29.8.2024). Zur Anwendung der in Anm. 4 genannten Prinzipien der Methode von Fisher et al. vgl. Fisher u. a., *Harvard-Konzept* (wie Anm. 4), S. 75-95.
- 6 „Unsere Geschichte. In guten Händen“. Vision des Stadtarchivs Wiesbaden (Stand 2021), <https://www.wiesbaden.de/kultur/archiv/stadtarchiv/vision.php> (letzter Abruf 28.8.2024).
- 7 Vgl. Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden (Hg.), *Stadtlexikon Wiesbaden*, Darmstadt 2017.
- 8 Der Kulturentwicklungsplan (KEP) aus dem Jahr 2020 ist online abrufbar unter <https://www.wiesbaden.de/kulturentwicklungsplan> (letzter Abruf 28.8.2024).
- 9 Vgl. beispielsweise Artikel „Stadtlexikon jetzt ganz online“, in: *Wiesbadener Kurier*, 29.12.2021, S. 13, und Artikel „Die Zahl der Nutzer steigt“, in: *Wiesbadener Kurier*, 5.6.2023, S. 14. Das digitale Stadtlexikon ist abrufbar unter <https://www.wiesbaden.de/stadtlexikon> (letzter Abruf 28.8.2024).
- 10 So wird das digitale Stadtlexikon genutzt, um Ergebnisse aus einem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen und 2021 bis 2023 durchgeführten Projekt zu den Namenspatronen Wiesbadener Straßennamen nachzuhalten. Vgl. hierzu Peter Quadflieg, *Das „Wiesbadener Modell“ zur Untersuchung historisch belasteter Straßennamen*. Ein Zwischenfazit aus archivischer Sicht, in: *Archiv. Theorie & Praxis* 78 (2025), S. 64-68.
- 11 So lassen sich mit dem kostenpflichtigen Kalkulationstool KALKöD Personalkosten von Angestellten, Beamten, Hilfskräften und Auszubildenden im Netz kalkulieren. Personalkostensätze für Kostenberechnungen bzw. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sind aber auch kostenfrei und für die verschiedenen Bundesländer sowie den Bund im Netz zu finden.
- 12 Hier kommt das Prinzip der objektiven Kriterien nach Fisher zum Einsatz, wie es in Anm. 4 genannt wurde. Vgl. Fisher u. a., *Harvard-Konzept* (wie Anm. 4), S. 126-146.
- 13 Die Spieltheorie untersucht mathematisch Situationen, bei denen mehrere Beteiligte interagieren, um Entscheidungen zu treffen. Eigentlich ein mathematisches Teilgebiet, wird sie in den Wirtschaftswissenschaften angewendet, um Entscheidungssituationen zu modellieren und die entsprechenden

- Ergebnisse zu antizipieren. Eine Einführung gibt Stefan Winter, Grundzüge der Spieltheorie: Ein Lehr- und Arbeitsbuch für das (Selbst-)Studium, 2. Aufl., Wiesbaden 2018.
- 14 Einen guten Überblick über Verhandlungsstrategien von kooperativ bis diabolisch bietet Udo Kreggenfeld, Erfolgreich systemisch verhandeln. Ganzheitliche Verhandlungsstrategien – Checklisten – Anwendungsbeispiele, Wiesbaden 2014, S. 39-72. Zur Frage von Macht und ihrem Einfluss auf die Verhandlung vgl. ebd., S. 137-155.
- 15 Vgl. zum folgenden Fisher u. a., Harvard-Konzept (wie Anm. 4), S. 75-95.
- 16 Vgl. ebd., S. 95-125.
- 17 Die Zuständigkeit für die historischen Personenstandsunterlagen ergibt sich in Hessen für die Kommunalarchive aus § 7 Abs. 3 des bundeseinheitlichen Personenstandsgesetzes vom 19.2.2007 i. V. m. § 6 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Personenstandsgesetz vom 19.11.2008.
- 18 Vergessen wir auch nicht, dass die deutsche Wirtschaft nach der Finanzkrise 2008 just in jenen Jahren in eine Rezession rutschte, mit entsprechenden negativen Folgen für die öffentlichen Haushalte.
- 19 Als hilfreich erwiesen sich neben dem bereits erwähnten Personalbedarfsbemessungstool auch das KLA-Papier „Empfehlung zur Systematisierung von Querschnitts- und Fachleistungen sowie relevanter Kennzahlen in Archiven“, online unter <https://www.bundesarchiv.de/assets/bundesarchiv/de/Downloads/Erklaerungen/systematisierung-querschnitts-fachleistungen.pdf> (letzter Abruf 28.8.2024), die Beispielkataloge „Archivische Fachaufgaben“ für Beschäftigte und Beamte in Kommunaleinrichtungen, die eine Zuordnung von Fachaufgaben und Entgeltgruppen enthalten, online unter <https://www.vda.archiv.net/empfehlungen/archivarischefachaufgaben.html> (letzter Abruf 28.08.2024), sowie die BKK-Positionspapiere „Produktkennzahlen Archiv“ und die Arbeitshilfe „Grundlagen kommunalarchivischer Arbeit“; online unter <https://www.bundeskonferenzkommunalarchive.de/empfehlungen/grundlegendes.html> (letzter Abruf 28.8.2024).
- 20 Vgl. zu den Ergebnissen: Dirk Stolper (Bearb.), Namen im öffentlichen Raum. Abschlussbericht der Historischen Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden, hg. von Peter Quadflieg und Katharine Lukat, Wiesbaden 2023. Zum Prozess auch demnächst Peter Quadflieg, „Eine Straße gehört niemals anders genannt, als mit der treffenden Bezeichnung.“ Diskurse um Straßenumbenennungen in Wiesbaden im 20. und 21. Jahrhundert, in: Nassauische Annalen 136/2025 [im Erscheinen], und ders., „Wiesbadener Modell“ (wie Anm. 10).
- 21 Vgl. hierzu nochmals Fisher u. a., Harvard-Konzept (wie Anm. 4), S. 75-95. In diesem Kontext kommt auch dieser Text nicht umhin, an den berühmten Aufsatz von Gerd Schneider, „Archivare aufgewacht!“ Anmerkungen eines Externen zur gegenwärtigen Situation im deutschen Archivwesen, in: Der Archivar 57 (2004), S. 37-44, zu erinnern, in dem der Unternehmensberater Schneider den meisten deutschen Archivaren attestierte, „wie die Erdhörnchen in ihren Höhlen [zu sitzen] und [abzu-]warten. Einige stecken lediglich ab und zu den Kopf heraus, um zu sehen, was weiter passiert.“ (S. 37). Auch wenn dies heute so sicher nicht mehr zutrifft – wenn es denn je zutroffen hat – so bleibt es richtig, dass sich Archivare als „strategischer Partner ihres Trägers“ präsentieren sollten (S. 43). Zur Schneider-Rezeption im deutschen Archivwesen vgl. Stefan Schröder, „Patient wach und orientiert?“ – Zum Stand des Archivmanagements, in: Wachsende Aufgaben, knappe Ressourcen. Wohin steuert die Archivarbeit? 56. Rheinischer Archivtag 15.-16. Juni 2023 in Krefeld. Beiträge, Bonn 2024, S. 24-38. Schneider hatte selbst auf dem Archivtag in Krefeld gesprochen, sein Beitrag wurde aber für den Sammelband leider nicht verschriftlicht.

*Dr. Peter Quadflieg
leitet das Stadtarchiv Wiesbaden.*

*E-Mail:
peter.quadflieg@wiesbaden.de*

Das Stadtarchiv Goslar – 625 Jahre im Spannungsfeld zwischen Kultur und Politik

von Ulrich Albers

625 Jahre im Spannungsfeld zwischen Kultur und Politik – man könnte auch sagen, 625 Jahre immer wieder Auseinandersetzung und Kampf mit der Stadtpolitik, um die Existenz des Archivs zu sichern. Und diese Auseinandersetzung hält bis heute an. Es begann vor 625 Jahren zunächst sehr positiv. Es bestand der Wunsch, die Archivalien, die an den verschiedensten Stellen verwahrt wurden, vor allem in der Marktkirche, zusammenzufassen und aufzulisten. Zu diesem Zweck erteilte der Rat 1399 dem damaligen Stadtschreiber den Befehl,

die wichtigsten Urkunden und Privilegien in einem Buch aufzuführen. Dieses sogenannte Archivregister, quasi unsere Geburtsurkunde, ist noch heute vorhanden (Abb. 1).¹

Als Standort für die Verwahrung der städtischen Urkunden bestimmte man die dem Rathaus benachbarte Marktkirche. Die Wahl dieses Ortes lässt zum einen den Platzmangel im Rathaus erkennen, zum anderen zeugt sie aber auch von der Hoffnung des Rates, dass die Unverletzbarkeit der Kirche auch dem städtischen Schriftgut zugutekommen möge. Während man

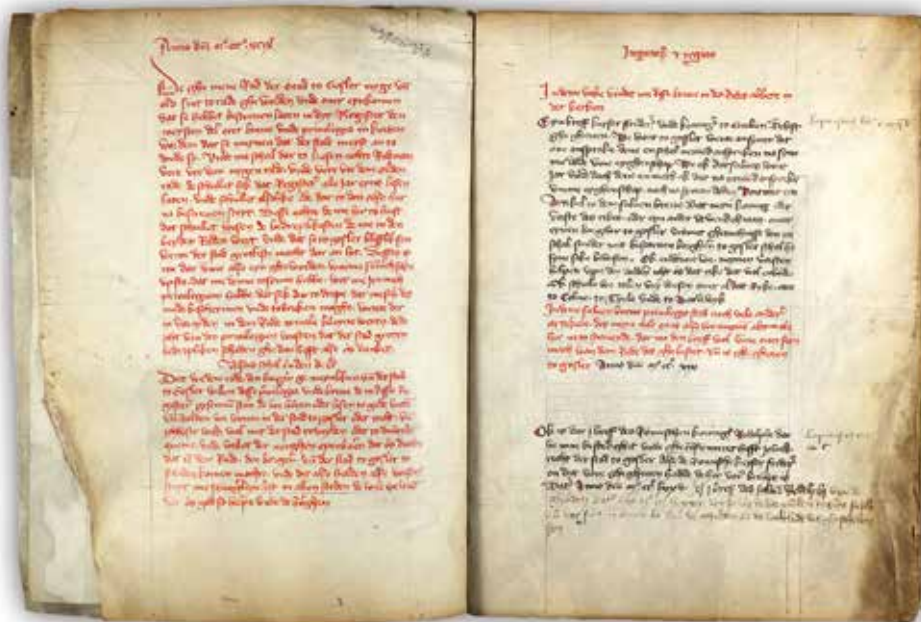


Abb. 1: Archivregister von 1399. (Foto: Martin Schenk, Stadtarchiv Goslar, 2023)

die Originalurkunden weiterhin in Kisten in der Marktkirche lagerte, legte der Rat nach und nach Kopialbücher mit Urkundenabschriften an, die im Rathaus im täglichen Gebrauch waren. Die Betreuung des Archivs wurde dem Stadtschreiber anvertraut, später wurde das Amt vom Stadtsyndicus bzw. dem Kämmerer ausgeübt.² Wir erfahren

dann gut 100 Jahre nichts über die Situation des Archivs. Erst mitten im Dreißigjährigen Krieg machte sich der Ratsherr und spätere Kämmerer Johannes Söchtig daran, die Registratur des städtischen Archivs zu überarbeiten, und legte als Ergebnis seiner Arbeit den „Catalogus Archivi Goslariensis“ vor (Abb. 2).³



Abb. 2: *Catalogus Archivi Goslariensis* von 1630. (Foto: Martin Schenk, Stadtarchiv Goslar, 2023)

Diese Ordnung war auch längst überfällig, da der Rat gemerkt hatte, dass viele Dinge nicht nachweisbar, weil unauffindbar waren. Die Papierflut war besonders im 16. Jahrhundert enorm angestiegen, da der Streit der Stadt Goslar mit den Herzögen von Braunschweig-Wolfenbüttel um den Grubenbesitz am Ramelsberg zu einem riesigen Schriftwechsel geführt hatte. Auch der große Bevölkerungsanstieg, hervorgerufen durch den Bergbau, ließ die städtische Verwaltung und damit das Schriftgut anwachsen. Bei diesem Anstieg war es kein Wunder, dass das Archiv schon damals unter Raumnot litt. So begann man, sich dafür nach und nach des benachbarten Ratssitzungssaales, des Huldigungssaales, zu bemächtigen (Abb. 3).



Abb. 3: Huldigungssaal im Goslarer Rathaus. (Foto: Martin Schenk, Stadtarchiv Goslar, 2023)

Die Versuche, den gesamten Raum als Archiv zu benutzen, führte zu Auseinandersetzungen mit dem Stadtschreiber. Der Rat gab ihn schließlich für das Archiv frei, allerdings nicht, weil ihm so viel am Archiv gelegen war. Man hatte vielmehr festgestellt, dass dieser alte Saal, der unbeheizbar war, nicht mehr zum Sitzungszimmer taugte, da inzwischen bequemere, weil beheizbare Räume im Rathaus zur Verfügung standen.

Die 1630 von Söchtig errichtete Archivordnung hatte nicht lange Bestand. 1713 versuchte man, eine neue Ordnung einzuführen, und 1721 machte der Rat den Vorschlag, „beim hiesigen Archiv jemand zu constituieren, welcher solches in Ordnung brächte“.⁴ Ausgangspunkt war, dass man eine Pfründe für den Sohn des Bürgerworthalters Erdwin von der Hardt suchte.⁵ Von der Hardt sen. hatte sich übrigens um die Stadt sehr verdient gemacht, weniger um die Geschichtsforschung. Viele Dinge, die ihm in der Stadtgeschichte zu unspektaku-

lär erschienen, versuchte er mit Fälschungen etwas aufzuwerten. Der Rat bewilligte aus Verbundenheit zu ihm, zunächst einmal auf die Dauer von drei Jahren, jeweils 100 Taler für die Archivarbeit und nahm seinen Sohn, den Advokaten Johann Heinrich von der Hardt in die Pflicht. Trotz der ursprünglichen Befristung auf drei Jahre und zahlreicher vergeblicher Nachfragen nach Erfolgen seiner Arbeit konnte sich von der Hardt etwa 20 Jahre dieses Amtes und der Einkünfte erfreuen. Ein Ergebnis seiner Tätigkeit liegt nicht vor, und Lust auf einen Nachfolger im Archiv scheint man auch nicht gehabt zu haben. In einem Archivverzeichnis von 1713 findet sich ein späterer Vermerk eines Rats Herrn mit folgendem Inhalt: „Von diesen vormals im Tafelamt in guter Verwahrung gewesenen Sachen sind die mehresten und wichtigsten in die Canzlei gebracht oder sonst Gott weiß wohin[;] und nachdem der Herr Consul Koch dem Tafelamte den Archivschlüssel eigenmächtig abgenommen[,] sind verschiedene Sachen verreg-

net und vermodert“.⁶ An diesem Desinteresse der Stadt Goslar an ihrem Archiv hat sich bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nichts geändert. Als 1797 der Stadtschreiber dem Rat einen Bericht über die in der Tafelamtsstube lagernden Archivalien, die man als überaus störend empfand, einreichte, beschloss der Rat kurzerhand, den Bürgermeister zu beauftragen, den Verkauf der Archivalien zu besorgen.⁷ Wenn man sich einige Lücken in den heutigen Archivbeständen ansieht, scheint er den Anweisungen Folge geleistet zu haben. Aus den folgenden Jahren erfahren wir recht wenig über das Archiv. Das änderte sich erst, als Goslar 1802 seine Reichsfreiheit verlor und dem preußischen Staat einverleibt wurde. Der nun eingesetzte Organisationskommissar Christian von Dohm versuchte, sich in kürzester Zeit einen Überblick über die finanzielle, wirtschaftliche und vor allem auch rechtliche Lage Goslars zu verschaffen.⁸ Er wurde dadurch dem provisorischen Magistrat, den er ständig mit Nachfragen belästigte, relativ schnell unbequem. Es stellte sich jedoch bald heraus, dass die von Christian von Dohm angeforderten Gutachten und Stellungnahmen oft unvollkommen waren, da schlichtweg manches infolge fehlender oder nicht greifbarer Unterlagen nicht geklärt werden konnte. Man benötigte also wieder einmal das Archiv. Das hatte zur Folge, dass von Dohm den Sohn des Stadtkämmerers, den Kandidaten Holzmann, beauftragte, das Archiv in Ordnung zu bringen.⁹ Viel scheint allerdings bei dieser „Aufräumung des Archivs“, wie diese Tätigkeit in Protokollen bezeichnet wurde, nicht herausgekommen zu sein. Bereits 1804 verließ Holzmann Goslar. Das Stadtarchiv war wieder einmal nicht betreut. Erst die Eingliederung Goslars in das Königreich Hannover 1816 führte zu besseren

Verhältnissen für das Archiv, da die Landdrostei Hildesheim als vorgesetzte Behörde eine strenge Dienstaufsicht durchführte, immer wieder auf den Wert eines geordneten Stadtarchivs hinwies und auf eine sachgerechte Unterbringung drängte.¹⁰

In Goslar dauert vieles etwas länger und so vergingen 23 Jahre, bis sich 1839 der Magistrat bereit erklärte, das Archiv vernünftig betreuen zu lassen. Zu diesem Zweck stellte man Ernst Volger, einen Kandidaten der Philologie, ein.¹¹ Wegen des fehlenden Platzes und der Feuergefahr im Rathaus verlegte man das Stadtarchiv zudem in das sogenannte Konsistorienzimmer der Marktkirche.¹² Leider hatte man in der Folge wenig Vergnügen an Volger. Trotz ständiger schriftlicher Ermahnungen hat er sich kaum im Archiv blicken lassen, geschweige denn Ordnungsarbeiten durchgeführt. Nach sechs Jahren war es dem Magistrat genug und er setzte Volger vor die Tür. Dieser revanchierte sich, indem er eine ganze Kiste Handschriften und Urkunden mitgehen ließ. Diese Archivalien sind erst 1891, nach seinem Tode, als sein persönlicher Nachlass wieder ins Stadtarchiv zurückgekehrt.¹³ Nach diesen leidvollen Erfahrungen war der Stadt erst einmal die Lust auf das Archiv und einen neuen Archivar vergangen. Stattdessen übernahm der Registrator und spätere Kämmerer Louis Schlesinger diese Aufgabe und begann mit der Verzeichnung, vor allem der Registraturen des 18. und 19. Jahrhunderts.¹⁴ Schlesinger, dem eigentlich nur aushilfsweise die Sorge um das Archiv übertragen worden war, gelang es, in den Jahren 1853 bis 1866 einen großen Teil der Akten zu sichten und Findmittel anzulegen, die bis heute in Gebrauch sind. Nachdem durch ihn die Registratur geordnet worden war, sah der Rat keine Veranlassung, seine Aufmerksamkeit noch weiter

dem Archiv zu schenken. Es vergingen einige Jahre, bis man mit Dr. Ludwig Adolf Pacht aus Hildesheim und Dr. Eduard Jacobs, dem gräflichen Archivar aus Wernigerode, geeignete Personen verpflichtete, die sich der Verzeichnung der Urkunden widmeten.¹⁵ Die Masse der Bestände aber blieb unerfasst und wartete weiter auf eine Bearbeitung. Die erneute Einstellung eines eigenen Archivars lehnte der Rat ab. Für die Archivarbeit fand sich der Gymnasialprofessor Dr. Uvo Hölscher, der seit 1881 am Ratsgymnasium tätig war und sich ehrenamtlich um das Archiv kümmerte.¹⁶ Zur Erstellung gebrauchsfähiger Findbücher ist es dabei leider nicht gekommen, da er sich mehr der Herausgabe von Aufsätzen zur Stadtgeschichte widmete, aber dadurch zumindest auf die Geschichte der Stadt und die umfangreichen Bestände des Stadtarchivs aufmerksam machte.

In seine Amtszeit fielen zwei Umzüge des Stadtarchivs. 1904 kündigte die Marktkirche



Abb. 4: Standort des Stadtarchivs im Hinterhaus der Marktstraße 1. (Foto: Martin Schenk, Stadtarchiv Goslar, 2023)

das seit 1841 vom Archiv belegte Konsistorienzimmer. Das Archiv fand bis 1907 eine vorläufige Unterkunft im Keller der lutherischen Mädchenschule, bevor es 1907 einen neuen Standort im Hintergebäude des Hauses Marktstraße 1 (Abb. 4) erhielt. Nach dem Tode Hölschers wurde 1914 aus Sparsamkeitsgründen Theda Tappen, die Tochter des früheren Bürgermeisters, die versorgt werden musste, mit der Leitung des Archivs betraut.¹⁷ Erschwert wurde die Situation dadurch, dass das Archiv neben dem Standort Marktstraße 1 noch an fünf anderen Stellen untergebracht war. Ein besonderes Verdienst von Theda Tappen ist es, die wertvollen Bestände im Zweiten Weltkrieg vor der drohenden Bombardierung, die in Goslar zum Glück ausblieb, zu sichern und vor allem im Bergwerk Rammelsberg einzulagern. 1948 übernahm mit Dr. Karl Bruchmann, ehemals Leiter des Staatsarchivs Kattowitz, erstmals ein ausgebildeter Archivar das Stadtarchiv Goslar.¹⁸ Er musste bei der Verzeichnung von Grund auf neu beginnen, da die Ordnung seines Vorgängers bei der Auslagerung ziemlich durcheinandergeraten war und dieser den einzelnen Stücken in Erwartung weiterer Zugänge noch keine Signaturen gegeben hatte.

1962 konnte auch die Raumnot vorläufig wieder behoben werden. Das Archiv bezog das ehemals zur Vititorkaserne gehörige Lagergebäude, das 1902/1903 in der Zehntstraße 24 errichtet worden war (Abb. 5).¹⁹

Statt bisher gut 100 Quadratmetern standen nun 400 Quadratmeter zur Verfügung. Die Gelegenheit des Umzugs konnte dafür genutzt werden, die bis zu diesem Zeitpunkt an verschiedenen Stellen verwahrten Aktenbestände zumindest teilweise wieder zusammenzuführen. Seit den 1980er Jahren wurde aber die Raumsituation in der Zehntstraße



Abb. 5: Standort des Stadtarchivs in der Zehntstraße 24. (Foto: Martin Schenk, Stadtarchiv Goslar, 2023)

immer schwieriger.²⁰ Im Haus Zehntstraße 24 befand sich neben dem Archiv auch das Sozialamt des Landkreises. Nach dessen Auszug in den 1980er Jahren gab es die Hoffnung auf eine Ausdehnung des Archivs, doch leider hatte sich der Rat vorgenommen, aus diesem Gebäude ein sogenanntes Bürgerhaus zu machen und dort alle möglichen Gruppen und Vereine einzuquartieren. Erst 1993 beschloss er einstimmig die Erweiterung des Stadtarchivs auf das gesamte Gebäude Zehntstraße 24.²¹

In dieser Zeit wurde nie in Frage gestellt, dass das Stadtarchiv eine Pflichtaufgabe der Kommune ist. Erst 2010 wurde versucht, das Archiv als freiwillige Leistung der Stadt zu deklarieren.²² Das hatte zur Folge, dass die bereits geplante ANKA-Tagung in Goslar auf Betreiben des Oberbürgermeisters abgesagt werden musste. Den Hinweis auf das Niedersächsische Archivgesetz beantwortete der damalige Erste Stadtrat mit den inzwischen legendären Worten: „Dieses Gesetz sehe ich

anders!“. Was war geschehen? Als Novum in der Goslarer Ratsgeschichte hatte der Rat einem Oberbürgermeister keine Entlastung für den Haushalt erteilt. Als Grund wurden schwerwiegende und wesentliche Mängel sowie Verstöße gegen die Grundsätze ordnungsgemäßer Haushaltsführung angegeben. Die Jahresabschlüsse 2006/2007 waren mittlerweile schon Gegenstand disziplinarischer und strafrechtlicher Ermittlungen gegen die Rathausspitze. Anfang 2010 wurde versucht, den Kreditrahmen zu erhöhen, um wenigstens die vollständige und pünktliche Zahlung der Gehälter an die städtischen Bediensteten weiter gewährleisten zu können. Erstmals war jetzt auch von einer erheblichen Reduzierung der freiwilligen Leistungen die Rede. Das betraf im besonderen Maße das Stadtarchiv, das man kurzerhand in den Bereich der freiwilligen Leistungen abgeschoben, ihm aber immerhin noch 10 Prozent Pflichtaufgaben zugebilligt hatte. Der Rat der Stadt kam dann auf die Idee, überhaupt erst

einmal zu überprüfen, ob die Stadt selbst ein Archiv führen müsse oder ob man dieses nicht an ein Staatsarchiv abgeben könne. Die Altbestände, die im Stadtarchiv Goslar ja relativ umfangreich sind, hätten nach Meinung des Rates, des Ersten Stadtrats und des Oberbürgermeisters nur musealen Charakter, wären damit ohnehin freiwillig, und gehörten damit gar nicht in ein Archiv. Es sollten lediglich die sogenannten wichtigen Archivalien in Goslar verbleiben. Als wichtig wurden die Unterlagen eingestuft, die der Erste Stadtrat und der Oberbürgermeister selbst für sich und den laufenden Betrieb benötigten. Als es nach einem Jahr immer noch keine Entscheidung zugunsten des Archivs gab, beschloss unser Förderverein „pro stadttarchiv goslar e. V.“ – der sich schon Jahre vorher gebildet hatte – mit der Angelegenheit an die Presse zu gehen.²³ In einem Leserbrief des Ersten Vorsitzenden des Fördervereins hieß es: „Auch wenn der Oberbürgermeister ein gestörtes Verhältnis zum Stadtarchiv zu haben scheint, muss er doch akzeptieren, dass es ein Archivgesetz gibt. Im Hinblick auf die Kommunal-

wahl sollte man sich gut überlegen, ob man Kandidaten eine Stimme gibt, die 1 000 Jahre gesicherte und verwahrte Stadtgeschichte, die im Archiv vorhanden ist, leichtfertig als freiwillige Leistung verschleudern wollen.“ Dass sich der damalige Oberbürgermeister auf Druck von außen plötzlich zu einem Befürworter des Archivs wandelte, geht unter anderem auf den engagierten öffentlichen Einsatz des Fördervereins zurück.

Der besagte Oberbürgermeister war nicht mehr sehr lange im Amt. Für seinen Nachfolger stellte sich nicht mehr die Frage nach freiwilliger Leistung oder Pflichtaufgabe. Mit Hilfe unseres Fördervereins suchte er den Kontakt zum Archiv, machte konkrete Vorschläge für einen neuen Standort und mischte sich vehement ein, wenn der damalige Erste Stadtrat und Kämmerer das Archivgesetz manchmal immer noch anders sah. Inzwischen platzte aber der alte Standort Zehntstraße 24 auch trotz der Einrichtung einer Außenstelle aus allen Nähten. Nach dem Freiwerden der ehemaligen Goetheschule im Jahr 2015 kam dieser Standort ins Gespräch (Abb. 6).



Abb. 6: Die ehemalige Goetheschule aus der Luft. (Foto: Martin Schenk, Stadtarchiv Goslar, 2023)

Dieses Gebäude aus dem Jahr 1932 ist insofern eine gute Lösung, da es an zentraler Stelle liegt, unmittelbar neben dem Städtischen Museum. Das Haus bot genügend Platz, auch noch die Stadtbibliothek, die Marktkirchenbibliothek und die Kulturverwaltung sowie einen Hort mit aufzunehmen. Das Problem war aber, dass die Begehrlichkeiten an diesem Gebäude sehr groß waren und es unterschiedlichste Vorstellungen über die Nutzung dieser Schule gab. Die Stadtverwaltung selbst hatte großes Interesse an der Unterbringung eigener Verwaltungseinheiten. Auch hier kam dem Stadtarchiv wieder einmal der Förderverein zu Hilfe und stellte Öffentlichkeit her. Der Rat reagierte überraschenderweise im Sinne des Archivs, indem er sich einstimmig für den Vorrang des Stadtarchivs als Pflichtaufgabe vor allen anderen Verwaltungsbereichen aussprach. Ein enormer An Schub in dieser Angelegenheit war, dass die Stadt einen Antrag auf Förderung stellte. So erhielt das Projekt „Kulturmarktplatz“, wie es inzwischen bezeichnet wurde, eine Zusage von Fördermitteln und die höchstmögliche Einzelförderung.²⁴

Nachdem der Rat dieses Projekt abgesegnet hatte, begannen 2017 die Bauarbeiten. Die Baukosten hatten sich im Lauf der Jahre von 4,4 Millionen auf 11,2 Millionen erhöht. Eine breite Mehrheit im Rat hielt aber an der Durchsetzung des Kulturmarktplatzes fest, und es herrschte Konsens darüber, dass Archiv und Bibliothek endlich vernünftig untergebracht werden mussten. Bei den Planungen gab es zwischen den Beteiligten, wie Kulturverwaltung, Museum, Bibliothek und Archiv keine Probleme. Schwierig war es eher, die Interessen Außenstehender, z. B. von Vereinen und auch des Rates unter einen Hut zu bringen. Da bekanntlich Kultur und namentlich Archiv und Museum jeder kann, kamen z. T. die abenteuerlichsten Vorschläge aus Rat und Verwaltung im Hinblick auf die Einrichtung unserer Häuser. Nach Fertigstellung des Kulturmarktplatzes gingen sowohl Rat als auch Verwaltung dann davon aus, dass die dort untergebrachten Einrichtungen unverzüglich ihren Betrieb aufnehmen konnten und dass alles Erforderliche von ihnen veranlasst worden sei. Das Interesse der



Abb. 7: Eingang des neuen Kulturmarktplatzes. (Foto: Martin Schenk, Stadtarchiv Goslar, 2023)

Verwaltungsspitze am Archiv war nach der Einweihung des Kulturmarktplatzes schlagartig erloschen. Durch bauliche Verzögerungen und enorme Baumängel, die vor dem Einzug des Archivs noch beseitigt werden mussten, kam es jedoch zu einer deutlichen Verzögerung des Umzugs und der Wiederinbetriebnahme des Archivs. Es ist nach wie vor problematisch für alle hier untergebrachten Nutzer, Rat und Verwaltung klarzumachen, dass eine schöne Hülle nicht reicht und für den Betrieb eines so großen Hauses, wie es der Kulturmarktplatz nun einmal ist, auch eine Mindestausstattung an Personal notwendig ist. Dieses Problem beschäftigt uns alle im Kulturmarktplatz, egal ob im Archiv, in

der Bibliothek oder in der Kulturverwaltung, zurzeit täglich.

Aber ich will positiv enden: Für uns alle, Archiv, Bibliothek, Museum, Kulturverwaltung ist es eine Riesenchance, mitten im Altstadtbereich einen vernünftigen Standort zu haben, der auch langfristig genutzt werden kann (Abb. 7). Die Zusammenführung dieser verschiedenen Einrichtungen gemeinsam in einem Haus hat bewirkt, dass die einzelnen Institutionen sich allmählich – auch dank des Engagements der neuen Kulturamtsleiterin – gemeinsam als Kulturmarktplatz verstehen und sich dadurch auch stärker gegenüber Rat und Verwaltung positionieren können als es vorher der Fall war.

-
- 1 Stadtarchiv Goslar, B 4331.
 - 2 Karl Frölich, Das älteste Archivregister der Stadt Goslar. Ein Geheimbuch des Rates aus dem Jahr 1399, Goslar 1951.
 - 3 Stadtarchiv Goslar, B 6113.
 - 4 Stadtarchiv Goslar, B 3875.
 - 5 Uvo Hölscher, Beiträge zur Geschichte von Goslar: 2. Erdwin von der Hardt (1656-1749), in: Zeitschrift des Harz-Vereins für Geschichte und Altertumskunde 28 (1895), S. 646-657.
 - 6 Stadtarchiv Goslar, B 3875.
 - 7 Stadtarchiv Goslar, B 1382.
 - 8 Stadtarchiv Goslar, Currente Registratur I/41-42/1840.
 - 9 Stadtarchiv Goslar, C 1390.
 - 10 Stadtarchiv Goslar, Currente Registratur I/3/1680.
 - 11 Stadtarchiv Goslar, Currente Registratur I/3/150.
 - 12 Stadtarchiv Goslar, Currente Registratur I/3/1681.
 - 13 Georg Bode, Ein neuerdings aufgefundener Schatz von Urkunden und anderen Schriften zur Geschichte Goslars, in: Zeitschrift des Harz-Vereins für Geschichte und Altertumskunde 24 (1891), S. 486-493.
 - 14 Stadtarchiv Goslar, Reponierte Registratur I/40/5.
 - 15 Stadtarchiv Goslar, Currente Registratur I/3/150.
 - 16 Emil Straßburger, Nachruf Prof. Dr. Uvo Hölscher, in: Zeitschrift des Harz-Vereins für Geschichte und Altertumskunde 47 (1914), S. I-IV.
 - 17 Stadtarchiv Goslar, Reponierte Registratur I/4/1.
 - 18 Wolfgang Mommsen, Karl G. Bruchmann zum Gedenken, in: Der Archivar 24 (1971), Sp. 345-358.
 - 19 Goslarsche Zeitung vom 7.5.1962 und 13.9.1962.
 - 20 Goslarsche Zeitung vom 12./13.9.1987.
 - 21 Goslarsche Zeitung vom 28.5.1993, 9.6.1993 und 18.6.1993.
 - 22 Goslarsche Zeitung vom 11.12.2010.
 - 23 Stadtarchiv Goslar, Zeitgeschichtliche Sammlung, 1-705.
 - 24 Stadtarchiv Goslar, Zeitgeschichtliche Sammlung, 1-705.

*Ulrich Albers
leitete bis zum Eintritt in den Ruhestand
Ende 2024 das Stadtarchiv Goslar.*

*E-Mail:
Ulrich.Albers@goslar.de*

Fördervereine als Chance: Beispiel Goslar

von Thomas Jürgens

Als langjähriges Mitglied des Fördervereins pro stadttarchiv goslar e. V., davon die letzten zwei Jahre als Zweiter Vorsitzender, hatte ich Gelegenheit, mich im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten ausgiebig mit dem Goslarer Stadtarchiv zu beschäftigen. Dabei stellte ich irgendwann fest, dass es in Bezug auf das Stadtarchiv drei Arten von Menschen gibt: Diejenigen, die das Archiv als öffentliche Verwaltungseinrichtung für wichtig halten, diejenigen, denen das Archiv mehr oder weniger egal ist, und diejenigen, die vom Archiv mit seinen vielfältigen und ein Jahrtausend zurückreichenden Beständen fasziniert sind. Die letzte Gruppe bildet den Kern der Mitglieder unseres Fördervereins.

Fördervereine allgemein

Laut Wikipedia gibt es zurzeit ca. 130 000 Fördervereine in Deutschland, davon wurden knapp 30 Prozent erst nach 2006 gegründet. Somit sind Fördervereine das am stärksten wachsende Segment bei gemeinnützigen Organisationen. Damit kommen wir zu der Frage, was einen Förderverein von anderen Vereinen unterscheidet. Fördervereine sind eine Form des bürgerschaftlichen Engagements in der Zivilgesellschaft. Ein Förderverein ist in der Regel ein Verein, dessen Hauptzweck in der Verbindung von finanziell möglichst potenten Geldgebern

und einer zu unterstützenden gemeinnützigen Einrichtung besteht.

In Zeiten knapper öffentlicher Mittel sind viele Kultureinrichtungen auf zusätzliche finanzielle Unterstützung angewiesen, um ihr Programm aufrechtzuerhalten und auszubauen. Ein wichtiger Aspekt von Fördervereinen im Kulturbereich ist ihre Rolle als Bindeglied zwischen Kultureinrichtungen und der Öffentlichkeit. Durch ihre Aktivitäten schaffen sie eine Verbindung zwischen den Institutionen und den Menschen vor Ort. Sie können dazu beitragen, das Bewusstsein für die Bedeutung von Kunst und Kultur in der Gesellschaft zu stärken und das Interesse an kulturellen Themen zu wecken.

Von einem klassischen Verein unterscheidet sich ein Förderverein dadurch, dass der Vereinszweck nicht die unmittelbare „Freude am Tun“, also zum Beispiel vereinseigene Veranstaltungen, in den Vordergrund stellt. Vielmehr geht es um das Einwerben von Spenden, um Beziehungspflege und Werbung. Gleichwohl richten aber in diesem Sinne auch Fördervereine gesellige oder kulturelle Benefizveranstaltungen, Ausflüge und andere typische Vereinsveranstaltungen aus, womit wir zu der Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit im Zusammenhang mit Stadtarchiven kommen.

Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit im Archiv

Fördervereine sind geeignet, ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu rekrutieren und deren Arbeit zu koordinieren. Es sind die Leistungen dieser fleißigen Helfer im Hintergrund, die ein nutzerfreundliches Funktionieren eines Archivs oft erst ermöglichen. Im Goslarer Stadtarchiv werden zurzeit folgende Bereiche durch ehrenamtlich Tätige abgedeckt:

- Der Aufbau und die Pflege der historischen Postkartensammlung mit ca. 40 000 Exemplaren,
- die Pflege der historischen Fotosammlung mit ca. 300 000 Bildern,
- die Verzeichnung und Aufnahme der Bücher für die Präsenzbibliothek mit ca. 40 000 Bänden sowie
- die aufwendige Pflege der zeitgeschichtlichen Sammlung mit der Auswertung tausender Zeitungsartikel zu stadtgeschichtlich relevanten Themen.

Ehrenamtliche Arbeit erfordert ebenso Engagement und Expertise wie professionelle Arbeit, sie wird jedoch häufig als selbstverständlich hingenommen. Es ist daher wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, in welchem Maße die kommunalen Kassen durch sie entlastet werden.

Der Archivleiter des Goslarer Stadtarchivs, Ulrich Albers, hat 2007 einmal den Versuch unternommen, den Wert der im Archiv geleisteten ehrenamtlichen Arbeit zu beziffern. Heraus kam dabei die Summe von 150 000 Euro in einem Jahr, verteilt auf insgesamt zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein stolzer Betrag, und ein schlag-

kräftiges Argument bei der jährlichen Personalbedarfsplanung.

Da über ehrenamtliche Arbeit in der Regel keine Statistik geführt wird, ist den meisten Menschen nicht bewusst, welchen Wert die unentgeltlichen Dienstleistungen um sie herum darstellen. Wenn Sie bereits die Gelegenheit hatten, sich einmal im Goslarer Stadtarchiv umzusehen, ist Ihnen sicherlich aufgefallen, dass ein Großteil der Einrichtungsgegenstände einen neuwertigen Eindruck macht. Im Rahmen des Umzuges in die ehemalige Goetheschule wurde es erforderlich, Tische, Stühle, mobile Lampen und diverses technisches Gerät mit Vereinsmitteln zu finanzieren. Wenn Sie nun fragen: „Ist das nicht eine Aufgabe der Verwaltung?“, so lautet die Antwort: „Eigentlich ja“. Nur sind Qualität und Anschaffungszeitpunkt dann nicht mehr in der Hand des Archivs. Beispielhaft sei an dieser Stelle die Wartezeit bis zur Anlieferung einer Saugwand zur Anfertigung von Reproduktionen von Großformaten genannt, die über ein Jahr betrug. Solche Verzögerungen sind im Zusammenhang mit komplizierten Ausschreibungsverfahren und dem Verwaltungsweg heutzutage kaum vermeidbar.

Vereinsgründung

Im Jahre 1997 sorgte der Versuch seitens der Stadtverwaltung, den Arbeitsvertrag eines verdienten Mitarbeiters nicht zu verlängern, für großen Unmut bei den Kollegen und der Archivleitung. Dies war der Anstoß dafür, dass sich eine kleine Gruppe Gleichgesinnter zusammenschloss und eine Initiative mit dem Ziel gründete, dem Goslarer Stadtarchiv eine öffentliche Stimme zu ver-

leihen. Die bescheidenen Möglichkeiten, durch Öffentlichkeit Druck auszuüben, etwa durch Gespräche mit Verantwortlichen und Leserbriefe in der örtlichen Presse, führten zu einem ersten Erfolg und motivierten zur weiteren Zusammenarbeit. Innerhalb der folgenden zehn Jahre wurde der Kreis derer, die das Stadtarchiv in seinen Belangen unterstützen wollten, immer größer, und am 8. Februar 2007 entstand aus dem lockeren Zusammenschluss der gemeinnützigen Verein pro stadttarchiv goslar e. V. Durch die Möglichkeit, um Spendengelder und Mitgliedsbeiträge zu werben, ergaben sich neue Perspektiven, und das Ziel der Öffentlichkeitsarbeit konnte in ganz anderen Dimensionen verfolgt werden.

Das Spannungsfeld zwischen freiwilliger Leistung und Pflichtaufgabe und erste Erfolge

Spricht man über Probleme niedersächsischer Kommunalarchive, so fallen zwei Begriffe: „Freiwillige Leistung“ und „Pflichtaufgabe“. Mangelnde gesetzliche Definition (der Gesetzgeber hat den Begriff „Freiwillige Leistungen“ nicht definiert), führen in Zeiten klammer Haushalte geradezu zwangsläufig zu Konflikten mit den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung. Im Jahre 2008 sagte der damalige niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann in seiner Begrüßungsrede auf der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Kommunalarchive in Holzminde: „[...] die Zuständigkeit des Innenministeriums für die Kommunalaufsicht erstreckt sich schließlich

auch auf die gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommunen, für die Sicherung ihres Archivgutes zu sorgen und folglich angemessene Gegebenheiten in ihren Kommunalarchiven zu schaffen“.¹

In diesem Zusammenhang gab es im Jahr 2010 in Goslar eine Kontroverse mit gutem Ausgang für das Archiv. Ausgangspunkt war eine Liste, die die Aufgaben des Goslarer Archivs in freiwillige Leistungen und Pflichtaufgaben unterteilte. Demnach teilten sich die Aufgaben des Archivs in 90 Prozent freiwillige Leistungen und 10 Prozent Pflichtaufgaben. Auf Nachfrage wurde diese Liste im Rahmen einer Punkteskala verfeinert, indem sämtliche Produkte der Verwaltung beschrieben und nach strategischer Bedeutung bewertet wurden. Auf der Skala von eins für die Kulturkonzeption bis fünf für das Büro des Oberbürgermeisters wurde das Archiv von den Mitgliedern des Rates immerhin mit zwei bis vier Punkten bewertet.

Es stellt sich die Frage nach den Ursachen dieses Konfliktes. Auf Nachfrage erläuterte der damalige Erste Stadtrat, dass die Altbestände, die bei einer ehemaligen Reichsstadt wie Goslar einen erheblichen Teil ausmachen, eher einen musealen Charakter hätten. Wichtige Archivalien seien diejenigen, die beispielsweise für den laufenden Betrieb der Kämmerei benötigt würden.

Die Situation spitzte sich zu und der Verein stand vor einer ersten Bewährungsprobe. Mit damals 140 Mitgliedern, darunter einigen Ratsmitgliedern, verfügte der Verein bereits über ein Gewicht in der öffentlichen Wahrnehmung. Der Vorstand wurde aktiv und verfasste einen Brief, der an den Präsidenten des Niedersächsischen Landesarchivs, an die Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag, den Leiter der

Archivschule Marburg und an den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Kommunalarchivare (ANKA) versendet wurde. Die Rückmeldungen gingen häufig direkt beim Bürgermeister ein. So auch der Appell des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Archivarinnen und Archivare, sich dafür einzusetzen, dass das Stadtarchiv weiterhin in vollem Umfang seinen Aufgaben nachkommen könne. Dies alles führte dazu, dass der damalige Oberbürgermeister schließlich einlenkte und den Status der kommunalen Pflichtaufgabe für das Goslarer Stadtarchiv ohne Wenn und Aber anerkannte, was als großer Erfolg in der noch jungen Vereinsgeschichte gewertet werden kann.

Mit dem schnellen Anwachsen der Mitgliederzahl von 17 Gründungsmitgliedern auf 200 in wenigen Jahren wurden die kühnsten

Erwartungen des Vorstands übertroffen. Die große Mitgliederzahl verleiht dem Verein seither ein bedeutendes Gewicht, nicht nur, wenn Belange des Stadtarchivs direkt betroffen sind, sondern auch bei allen Diskussionen, die den gesamten Kulturbereich der Stadt betreffen. Ein gutes Verhältnis mit befreundeten Vereinen, etwa dem Geschichts- und dem Museumsverein, verstärkt diesen Effekt. Öffentlichkeitsarbeit stärkt die Position des Archivs und weckt das Interesse daran. Bei Führungen bemerken wir oft, wie leicht es fällt, Menschen für ein Stadtarchiv wie unseres zu interessieren und zu begeistern. Bei der Präsentation ausgewählter Zimelien, wie beispielsweise dem Archivreger von 1399 oder der Ablassurkunde des Kloster Neuwerk von 1339, können wir immer wieder beobachten, welche Faszination diese Stücke heute noch ausüben (Abb. 1).



Abb. 1: Urkunde Neuwerk 24 von 1339. (Foto: Martin Schenk, 2022)

Interessenkonflikt

Gelegentlich stellt sich die Frage, ob Amtsinhaber bzw. Stadtarchivmitarbeiterinnen und -mitarbeiter gleichzeitig Mitglieder des Fördervereins sein können. Die Antwort lautet: Ja, dem steht nichts entgegen. Es gibt sogar Beispiele, bei denen der Leiter des Archivs qua Amt Mitglied im Vorstand des Fördervereins ist. Wenn Förderverein und Archivleitung auch gleiche Interessen verfolgen, so muss dennoch selbstverständlich darauf geachtet werden, dass Vereinsarbeit und berufliche Arbeit stets sauber getrennt werden.

Hauptaufgaben

Zu den Hauptaufgaben des Vereins zählen laut Satzung von Beginn an:

- Die Finanzierung von Restaurierungsmaßnahmen an Urkunden, Amtsbüchern, Akten, Handschriften und historischen Buchbeständen,
- der Ankauf von Objekten für archivische Sammlungen, z. B. Fotos, Zeitungen, Plakate, stadt- und landeskundliche Literatur,
- die Mithilfe bei der Organisation und Durchführung von Ausstellungen und Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Stadtarchivs,
- Spendenaktionen und Sponsoring für die genannten Vorhaben und
- Veranstaltungen, die der Werbung für den genannten Zweck dienen.

Abschließend sei die Unterstützung in archivbezogenen Notfällen genannt: So hat der Verein sich beispielsweise 2013 erfolgreich beim Umgang mit sogenannten Schimmelakten eingesetzt.

Herausforderung Umzug

Im Jahr 2014 begannen die Vorbereitungen für den Umzug des Goslarer Stadtarchivs in die Räume des Kulturmarktplatzes. Aus einem ehemaligen Schulgebäude entstand mit großem finanziellen Aufwand, finanziert zum Teil durch Fördergelder des Bundes, eine öffentliche Einrichtung als Zusammenschluss von Bibliothek, Museum und Stadtarchiv unter einem Namen und unter einem Dach. Dies war die Geburtsstunde des „Kulturmarktplatzes“.

Die aktuelle Situation im Goslarer Stadtarchiv

2023 betrug die Zahl der Besucher 1 303, davon etwa die Hälfte wissenschaftliche Nutzer, die an Dissertationen, Buchprojekten und Ausstellungen arbeiteten. Dazu kamen Heimat- und Regionalforscher sowie Familienforscher, die Bürgerbücher, Kirchenbücher, Gerichtsakten, Meldekarten und historische Fotos einsahen. Darunter waren auffallend viele junge Leute und Schüler, die das Archiv als Informationsquelle für Arbeiten und Referate nutzten. Ein Zeichen dafür, dass Internet und ChatGPT allein als Quellen noch nicht ausreichen. Hinzu kommen 456 Personen, die das Archiv im Rahmen einer Führung besucht haben. Vorgelegt wurden insgesamt 8 650 Urkunden, 2 500 Zeitungen, 9 300 Fotos und ca. 20 000 Bände Archivliteratur. Zu den Nutzern vor Ort kamen noch 1 150 schriftliche Anfragen. Im Rahmen der unterschiedlichen Formen der Nutzung des Stadtarchivs wurde zielgenau das gewünschte Schriftgut

aus dem 6 000 Regalmeter umfassenden Archivbestand ausgehoben und vorgelegt, beziehungsweise weiterbearbeitet.

Dies alles wäre ohne den Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht zu leisten. Die Archivbibliothek mit über 40 000 Bänden und die Zeitungsauswertung ab dem Jahr 1800 liegen komplett in den Händen von Ehrenamtlichen, von denen fast alle Vereinsmitglieder sind.

Für die Neueinrichtung des Archivs im Kulturmarktplatz hat der Verein Mobiliar und technische Ausrüstung im Wert von rund 50 000 Euro angeschafft. In der deutschen Archivlandschaft ist der Verein mittlerweile eine feste Größe, was durch Anfragen größerer Archive wie Bautzen, Leipzig und Göttingen bestätigt wird. Als im November 2024 die Feierlichkeiten zum 625-jährigen Jubiläum anstanden, war der Verein mit zahlreichen Helfern vor Ort, um Sonderausstellungen und weitere Veranstaltungen zu organisieren.

Der Verein heute, nach 16 Jahren des Bestehens

Der Verein pro stadttarchiv goslar hat im Jahre 2024 rund 190 Mitglieder. Die Werbung von Neumitgliedern ist nach wie vor ein wichtiger Teil der Vereinsarbeit. Viele Mitglieder werden im Rahmen von Führungen angeworben oder indem sie als Teil einer Arbeitsgruppe Gefallen am Archiv gefunden haben. Als Beispiele seien an dieser Stelle die Transkriptionsgruppe sowie der Kurs zum Erlernen der deutschen Schreibschrift genannt. In der Transkriptionsgruppe, die sich auch „Übersetzerinnen der Vergangenheit“ nennt, werden gegen ein geringes Honorar alte Texte, wie zum Beispiel Feldpostbriefe oder Pachtverträge, in moderne Klerschrift übersetzt. Durch die Zusammenarbeit mit dieser Gruppe hat der Verein bereits eine Vielzahl von Neumitgliedern



Abb. 2: Festumzug zur 1100-Jahr-Feier der Stadt Goslar am 2. Juli 2022. (Foto: Martin Schenk, 2022)

gewinnen können. Exkursionen mit stadthistorischem Hintergrund oder mit Archivbezug sind ein weiteres erfolgversprechendes Mittel zur Anhebung der Mitgliederzahl (Abb. 2).

Aktivitäten

Neben der jährlichen Hauptversammlung und monatlichen Vorstandssitzungen wurden im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit bisher folgende Aktivitäten organisiert:

- Exkursionen zu Kirchen, Klöstern und historischen Gebäuden,
- Ausstellungen (Heinrich III., Verschwundenes Goslar, Goslar in den 1950er Jahren etc.),
- Einrichtung von Dauerausstellungen (Historische Fotoapparate, Ehemalige Goslarer Unternehmen),
- Dekoration leerstehender Geschäftsräume, u. a. mit historischen Fotos,
- Beteiligung an größeren Veranstaltungen (Weihnachtlicher Rammelsberg, Frühlingsfest Kulturmarktplatz, Jubiläumsumzug zum 1100-jährigen Bestehen der Stadt Goslar),
- Herausgabe der Archivnachrichten mehrmals im Jahr,
- Durchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten zum 625-jährigen Bestehen des Archivs,
- Herausgabe eines Buches zum Archivjubiläum,²
- unregelmäßige Zeitungsartikel „Geschichten aus dem Stadtarchiv“ in der örtlichen Presse und
- Informationsstände, z. B. beim Tag des Ehrenamtes.

Ausblick

Wir sehen uns als Moderatoren im Spannungsfeld zwischen Politik, Verwaltung und den Interessen der Archivleitung. Das Goslarer Stadtarchiv hat heute neben den Museen sowie historischen Gebäuden und Plätzen einen festen Platz in der Reihe der Anziehungspunkte der Stadt Goslar. Die Arbeit daran, dass das Stadtarchiv auch in Zukunft durch Führungen und Veranstaltungen als ein faszinierender Ort für historisch Interessierte wahrgenommen wird, ist unsere Kernaufgabe.

Das Buch „Stadtarchiv Goslar – Das Gedächtnis der Stadt“

Anlässlich des Jubiläums zum 625-jährigen Bestehen des Goslarer Stadtarchivs hat der Vereinsvorstand ein Buch finanziert

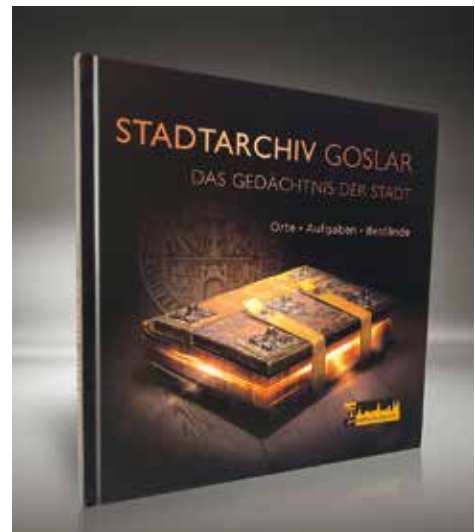


Abb. 3: Einband des Buchs „Stadtarchiv Goslar. Das Gedächtnis der Stadt“. (Foto: Cora Abler, 2022)

und herausgebracht. Acht Autorinnen und Autoren beleuchten auf knapp 170 Seiten die Entwicklung des Archivs und seiner unterschiedlichen Standorte. Das Buch wird seitdem erfolgreich als ein weiteres Mittel zur Steigerung des Bekanntheitsgrades des Fördervereins eingesetzt (Abb. 3).

Fazit

Die Gründung und die Existenz des Fördervereins kann als ein Glücksfall für das Archiv angesehen werden. Archivleitung und Verein arbeiten gemeinsam daran, die technische Ausstattung sowie die Arbeitsbedin-

gungen im Archiv auf einen bestmöglichen Stand zu bringen, eine klassische Win-Win-Situation, von der alle Seiten profitieren. Die zahlreichen schwarzgelben Aufkleber auf Einrichtungsgegenständen und technischen Geräten belegen eindrucksvoll den Grad der materiellen Unterstützung, die nahezu allen Arbeitsbereichen zugutekommt. Es handelt sich dabei um die Inventarmarken des Vereins, der auf diese Weise dafür Sorge tragen möchte, dass die angeschafften Gegenstände Vereinseigentum bleiben. Zusammen mit der ehrenamtlich erbrachten Arbeitsleistung hat sich der Verein zu einer unentbehrlichen Säule im Kulturbereich der Stadt Goslar entwickelt.

-
- 1 Grußwort zum Empfang der 46. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Kommunalarchivare (ANKA) in Holzminden (Schloss Bevern) am 21.4.2008, <https://www.mi.niedersachsen.de/download/34823> (letzter Abruf 25.11.2024).
 - 2 Stadtarchiv Goslar. Das Gedächtnis der Stadt. Orte, Aufgaben, Bestände, Goslar 2023.

Thomas Jürgens
ist Mitarbeiter im Stadtarchiv Goslar und
Zweiter Vorsitzender des Fördervereins
pro stadtarchiv goslar e. V.

E-Mail:
info@prostadtarchiv.de

Archive in Niedersachsen.

Herausforderungen und Perspektiven aus der Sicht von ALLviN

von Hans-Eckhard Dannenberg

ALLviN und die Archive

Zwischen den Archiven und den Landschaften und Landschaftsverbänden in Niedersachsen gibt es viele Berührungspunkte, Verbindungen und Kooperationen. Entstanden aus den in Niedersachsen – bundesweit einzigartig – seit dem Mittelalter fortbestehenden historischen Landschaften, leisten die 13 Landschaftsverbände in historisch gewachsenen Regionen Kulturarbeit, fördern die Kultur mit Mitteln des Landes Niedersachsen, der Versicherungsgruppe Hannover (VGH) und eigenen Mitteln, beraten Kulturträger und Kulturschaffende, regen Kooperationen und Vernetzungen an, führen Forschungsprogramme und -projekte durch und unterhalten teilweise auch eigene kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen. Seit 1997 arbeiten diese Landschaftsverbände in der „Arbeitsgemeinschaft der Landschaften und Landschaftsverbände in Niedersachsen“ (ALLviN) zusammen, der seit 2004 auch die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz und die Region Hannover sowie seit 2018 der „Verbund der historischen Landschaften“ angehören.

Historische Forschungsprojekte in den Regionen lassen Landschaften und Landschaftsverbände zu Nutzern der Archive werden, im Elbe-Weser-Dreieck zum Beispiel im Rahmen eines vom Landschaftsverband Stade getragenen, zwei Dekaden währenden

Programms zur Erforschung der Geschichte des Deichbaus in den Marschen an Elbe und Weser, bei Editionsprojekten von Urkundenbüchern („Urkundenbuch der Bischöfe und des Domkapitels von Verden“) und von anderen Quellen (u. a. „Die Landtagsabschiede Bremen-Verdens“, „Die Inventare des Landes Hadeln“). In der Realisation dieser Forschungsvorhaben sind von den Archiven der Elbe-Weser-Region, aber auch vom Landschaftsverband Stade einige grundlegende Archivbestände zunächst erschlossen worden, damit sie für das Projekt selbst und damit aber auch für künftige weitere Forschungen überhaupt erst zur Verfügung standen bzw. stehen. Derartige Kooperationen zwischen Landschaftsverbänden und Archiven, zum Beispiel in der Herausgabe von Publikationen und Schriftenreihen oder in der Durchführung von Tagungen, finden in ganz Niedersachsen statt. Auch strukturell gibt es Verbindungen: Mitglieder von Landschaften und Landschaftsverbänden – historische Landschaften, Landkreise, Kommunen, Vereine – sind (zumindest potenziell) auch Träger von Archiven.

Seit 2014 erörtert ALLviN verstärkt die Situation der Archive in Niedersachsen. Vor dem Hintergrund vermehrter Förderanträge, Anfragen und „Hilferufe“ von privaten und auch kommunal getragenen Archiven, die auf die hohe Dringlichkeit der nachhaltigen Sicherung, Erschließung und Digitali-

sierung von Archivbeständen aufmerksam machten, hat ALLViN sich über Probleme und Herausforderungen der Archive in Niedersachsen informiert, das Gespräch mit den Archiven gesucht, insbesondere mit dem Niedersächsischen Landesarchiv (NLA), aber auch mit kommunal getragenen Archiven, mit dem Verband Niedersächsischer Archivarinnen und Archivare e. V. (VNA), mit der Landesregierung und auch mit dem Niedersächsischen Landtag. Ergebnisse dieser Bemühungen waren 2017 eine Tagung („Das Archiv in der Region: Praxis, Strukturen, Perspektiven“, 19. Oktober 2017), 2019 eine Denkschrift („Situation und Perspektiven der Archive in Niedersachsen“, 6. Juni 2019) und bisher zwei Workshops („Archive in Niedersachsen – Wie kann das regionale Gedächtnis bewahrt werden?“, 9. November 2022; „Notfallverbünde in Niedersachsen – Voraussetzungen, Bedarfe, Best Practice“, 5. März 2024). Hinzu kamen und kommen Gespräche mit der Niedersächsischen Staatskanzlei und den kommunalen Spitzenverbänden, in denen ALLViN auf Probleme hingewiesen und Lösungsvorschläge im Sinne von Unterstützung, Beratung und Förderung von Archiven gemacht hat.

Motivationen für diese Bemühungen von ALLViN waren und sind die genannten inhaltlichen und strukturellen Gemeinsamkeiten von Landschaften und Archiven sowie die wachsende gesellschaftlichen Relevanz der Archive: Die Archive mit ihren teilweise bis in das erste Jahrtausend n. Chr. zurückreichenden Archivbeständen sind zunächst das authentische kulturelle Gedächtnis des Landes, seiner Regionen, der Städte und Dörfer. Sie sind auch Stätten historischer Forschung und Zentren historischer Bildungsarbeit, darüber hinaus integrativ wir-

kende Orte der Begegnung von Menschen ganz unterschiedlicher Milieus und Herkünfte, die an der Geschichte ihres Lebensumfeldes interessiert sind. Zudem sind Archive unverzichtbar nicht nur für die Erforschung historischer Prozesse und individueller Schicksale, sondern auch für die Klärung wichtiger rechtlicher Fragen sowie für die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen und von Verwaltungshandeln.

Archive in Niedersachsen: Potenziale und Probleme

Es gibt mehr als 200 Archive in Niedersachsen: das Landesarchiv mit seinen sieben Abteilungen, Kreis-, Stadt- und Gemeindearchive, Vereinsarchive, Archive von Ritterschaften und (historischen) Landschaften, Familien- und Hausarchive, Kirchenarchive, Hochschul- bzw. Universitätsarchive, das Archiv des Niedersächsischen Landtages, Wirtschaftsarchive sowie das Niedersächsische Wirtschaftsarchiv in Braunschweig. Allerdings gibt es auch große Lücken in der kommunalen Archivlandschaft. Die meisten Landkreise, großen Städte und selbständigen Gemeinden unterhalten Archive selbst oder auch in Kooperation mit anderen Einrichtungen (beispielsweise mit der zuständigen Abteilung des Niedersächsischen Landesarchivs) – aber für etwa 40 Prozent der Kommunen in Niedersachsen gilt dies nicht. Es steht daher zu befürchten, dass in vielen dieser meist kleinen „archivlosen“ Kommunen der Verlust von archivwürdigen Unterlagen droht bzw. dass hier historische Überlieferung bereits verloren gegangen ist.

Das derzeitige Niedersächsische Archivgesetz (NArchG 1993, zuletzt novelliert 2018) regelt u. a. die Aufgaben des Niedersächsischen Landesarchivs (§ 1) und die „Sicherung des Archivgutes des Landtages, der kommunalen Körperschaften und sonstiger Einrichtungen“ (§ 7). Eine Konkretisierung der letztgenannten, bisher sehr allgemein gehaltenen gesetzlichen Bestimmung könnte helfen, die großen Lücken in der kommunalen Archivlandschaft zu schließen. In seiner bisherigen Form ist das NArchG zuerst auch ein Gesetz für das Niedersächsische Landesarchiv (§ 1), alle anderen Archive müssen ihre Aufgaben daraus (§ 7) herleiten. Diese Konstruktion führt dazu, dass die auf das Archivgesetz zurückzuführende Verpflichtung zur Einrichtung eines professionellen Archivs von den kommunalen Trägern häufig nicht gesehen oder marginalisiert wird. Zur Stärkung des öffentlichen Archivwesens in Niedersachsen wäre es sehr hilfreich, wenn ein neues Niedersächsisches Archivgesetz expliziter und direkter als bisher für alle öffentlichen Archive (Kreis- und Kommunalarchive, Universitäts- und Hochschularchive, das Archiv des Niedersächsischen Landtages u. a.) verbindliche Grundlagen und Rahmenbedingungen schaffen würde.

Archive sichern nicht nur das schon vorhandene Schriftgut wie mittelalterliche Urkunden, frühneuzeitliche Amtsbücher oder Akten des 19. Jahrhunderts. Auch die Sicherung von jüngeren Verwaltungsdokumenten der letzten Jahrzehnte und Jahre, z. B. von Personenstandsregistern, grundbuchlichen Dokumenten, Sitzungsunterlagen des Rates oder des Kreistages gehören zu ihren Aufgaben. Potenzielles Archivgut sind zudem Fotografien, Karten und Pläne sowie Kartei-

en, die öffentliche Verwaltungen im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung produzieren. Die kontinuierliche Überlieferungsbildung ist daher von großer Bedeutung. Neben den analogen und in stark zunehmendem Maße auch digital entstehenden Dokumenten der öffentlichen Verwaltungen rücken auch die Unterlagen etwa von regionalen und lokalen sozialen und politischen Bewegungen (Stichwort Gorleben-Archiv) in das Blickfeld.

Digitalisierung

Schon die Bewahrung „traditioneller“ Archivbestände erfordert große Anstrengungen. Große Teile der Überlieferung des 19. und 20. Jahrhunderts sind wegen des säurehaltigen Papiers von schleichendem Zerfall bedroht. Erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen sind notwendig, um diese wichtige Überlieferung der jüngeren und der Zeitgeschichte zu erhalten. Geradezu revolutionär ist auch – und gerade für die Archive eine besondere Herausforderung – die zunehmende Digitalisierung der gesamten Lebenswelt, insbesondere die Digitalisierung des Zugangs zu Informationen sowie die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. Allgemein steigen mit dieser fortschreitenden Digitalisierung und den immer größeren, im Internet abrufbaren Informationsmengen die Erwartungen an die Sichtbarkeit der Archive und ihrer Bestände auch im Internet. Um diese Erwartungen erfüllen zu können, müssen Archive analoge Dokumente digitalisieren und – soweit rechtlich möglich – online stellen. Auch die Digitalisierung analogen Archivgutes erfordert Konzepte, Priorisierungen, Personal, Speicherplatz und Geld.

Eine noch größere Herausforderung stellt die dauerhafte Sicherung elektronischer Unterlagen dar. Seit mehr als 30 Jahren entstehen in öffentlichen Verwaltungen elektronische Daten, die teilweise schon aus rechtlichen Gründen dauerhaft archiviert werden müssen, z. B. Daten der Melde- und Standesämter. Die Langzeitspeicherung dieser Daten, die Schulung und Weiterbildung der Mitarbeitenden in den Archiven, die Beratung von Behörden und Verwaltungen im Hinblick auf die Archivierung elektronischer Akten erfordern weitere und vor allem kontinuierlich vorgehaltene Kompetenzen und Ressourcen. Die Software DIMAG (Digitales Magazin) zur digitalen Langzeitarchivierung liegt vor und ist im Einsatz, eine „archivfachliche Leitstelle“ für digitale Unterlagen, die Hilfestellung und Orientierung gibt, etwa bei Fragen, wann in welchem Format in welchen Zeitabständen welche Unterlagen aus welchem System mit welchen Metadaten unter welchen Voraussetzungen ins DIMAG übernommen werden können, wäre aber nicht nur hilfreich, sondern erscheint dringend notwendig.

Forschung und historische Bildung

Die staatlichen Archive in den Vorgängerländern des heutigen Landes Niedersachsen waren spätestens seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts jeweils auch wichtige Ausgangspunkte für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Regional- und Lokalgeschichte. Mit den Archivaren kamen zum ersten Mal Fachhistoriker in die Räume abseits der Universitätsstädte und

legten wissenschaftliche Grundlagen für die Erforschung der Regionalgeschichte. Die Ausstrahlung und infrastrukturelle Bedeutung der Archivabteilungen des Landesarchivs reicht bis heute weit über den eng gesteckten gesetzlichen Rahmen zur behördlichen Schriftgutsicherung hinaus. Aus gemeinsamem Interesse heraus hat sich im Laufe der Jahrzehnte eine Kooperation der Archive mit vielen regionalen und lokalen Trägern wie etwa den Landschaften und Landschaftsverbänden oder den historischen Vereinen ergeben, die wesentlich zur Entstehung einer lebendigen regionalen Kultur der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte beiträgt. So werden beispielsweise Vortragsreihen initiiert, Tagungen organisiert oder auch Beiträge zur regionalen und lokalen Geschichte veröffentlicht. Vielfach sind die Leitungen der Abteilungen des Landesarchivs auch in den Gremien und Arbeitsgruppen der Landschaftsverbände aktiv. Durch solche Kooperationen erst werden z. B. auch Landschaften und Landschaftsverbände sowie Geschichtsvereine in die Lage versetzt, Forschungsvorhaben, Tagungen und Publikationen zu realisieren. Andererseits werden die staatlichen und kommunalen Archive in den Regionen von gemeinsamen Initiativen mit den genannten Institutionen in ihrer Netzwerkfunktion als „Häuser der regionalen Geschichte“ gestärkt. Auch vor dem Hintergrund des Abbaus landes- und regionalgeschichtlicher Lehrstühle an den Universitäten sehen Historikerinnen und Historiker die Zuständigkeit für lokale und regionale Geschichte zunehmend bei den Archiven. Da auch die Hilfswissenschaften im Rahmen der Geschichtswissenschaft an den Universitäten immer weniger gelehrt

werden, sind es vielfach die Abteilungen des Landesarchivs und die Kommunalarchive, die dies teilweise kompensieren und Studierende in diesem Bereich unterweisen. Darüber hinaus sind die Archive wichtige Initiatoren und Kooperationspartner der Universitäten bei der Entwicklung und Durchführung von wissenschaftlichen Forschungsprojekten.

Gerade auch „kleine“ (nicht-staatliche und kommunale) Archive sind von großer Bedeutung für die „Erinnerungskultur“ und das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus (etwa durch die Verlegung von Stolpersteinen), für den Diskurs über Verstrickungen und Täterschaften (beispielsweise im Rahmen der Auseinandersetzung um die Umbenennung von Straßennamen) wie auch für eine landes-, regional- und lokalgeschichtliche Forschung, die sich zunehmend auch als „Problemgeschichtsforschung der Gegenwart“ versteht. In Städten, Dörfern, Kommunen und Kreisen treffen unterschiedliche Milieus, Gruppen und Akteure aufeinander, zeichnen sich soziale Spannungsfelder und Entwicklungen wie unter einem Brennglas ab. Für diese Forschungen sind „kleine“ Archive vor Ort einschlägig, da ihre Bestände ermöglichen, explizite räumliche Verortungen politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Wandlungsprozesse zu analysieren.

Wachsende Anforderungen

Archive sind schon heute „regionale Informationsdienstleister“ und Kooperationspartner für historische Bildung und Forschung. Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung wird künftig die Behörden-

beratung und -fortbildung beispielsweise im Hinblick auf eine stringente Führung von elektronischen Akten eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Zugleich wird es darum gehen, das Archivpersonal intensiv für die Erschließung und Bewahrung elektronischer Akten zu schulen. Die Nutzung elektronischer Systeme und Datenbanken in der Verwaltung erfordert eine engere Zusammenarbeit zwischen Behörden und Archiven. Wünschenswert wären daher Ressourcen in den Archiven zur Beratung bei der Schriftgutverwaltung (analog und digital). Dementsprechend erweitern sich auch die beruflichen Anforderungen der Archivarinnen und Archivare im Hinblick auf die Bewertung elektronischer Daten. Gerade die Digitalisierung erfordert zudem aber auch eine stärkere Verankerung der Archive in der Region, damit die Verbindung von Heimatkunde und Geschichtsforschung vor Ort zu den originalen Quellen nicht abreißt. So muss etwa die Beratung der Nutzer vor Ort intensiviert werden, wenn die Akten nicht allein abstrakt und schwer nutzbar ins Internet gestellt werden sollen.

Spätestens seit der Flutkatastrophe im Ahrtal im Juni 2021, dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs 2009 und dem Brand in der Weimarer Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek 2004 ist die Notfallvorsorge für Archive und andere Kulturgut bewahrende Einrichtungen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Die Dringlichkeit der Gründung von Notfallverbänden Kulturgut bewahrender Einrichtungen wird auch von ALLviN gesehen: Zu den Projekt- und Förderpartnern der Landschaften und Landschaftsverbänden in Niedersachsen, also den konkret geförderten Einrichtungen gehören auch die Museen, Bibliotheken, Kunstvereine

(gelegentlich mit Sammlungen), die Theater (Requisiten, Kostüme), die Vereine (Bauernhausanlagen), Rittergüter und auch Kirchen. Das Winterhochwasser 2023/24 hat uns die Dringlichkeit dieses Themas erneut hautnah vor Augen geführt, auch angesichts der Prognosen der Folgen des Klimawandels, die nicht nur fluss- und küstennahe Gebiete betreffen werden (Stürme, Starkregenereignisse, Trockenperioden).

Der Workshop „Notfallverbünde in Niedersachsen – Voraussetzungen, Bedarfe, Best Practice“, den ALLviN im März 2024 durchgeführt hat, hat zweierlei deutlich gemacht. Erstens: Die Sicherung des anvertrauten Kulturgutes (Archivalien, museale Realia, Bücher etc.) ist zunächst eine Aufgabe der jeweiligen Einrichtung und zwar eine essentielle Aufgabe gerade der Leitung. Sie erfordert Konzepte, Ressourcen, Aufmerksamkeit und dauerhaftes Engagement sowie auch die Überzeugung der jeweiligen Träger von der Notwendigkeit der damit in Verbindung stehenden Maßnahmen und Kosten. Und zweitens: Nur ganz wenige Kulturgut bewahrende Einrichtungen sind in der Lage, diese Notfallvorsorge allein darzustellen. Verbundarbeit ist notwendig, gerade auch in kleinstädtisch-ländlichen Milieus und gerade auch im Zusammenwirken von größeren und kleineren Einrichtungen, von Archiven, Museen und Bibliotheken.

Archivverbünde und Archivberatung

Unabhängig von gesetzlichen Rahmenbedingungen, die sicherlich nicht alles regeln können und auch nicht sollen, plä-

diert ALLviN für die Stärkung der Archive auf kommunaler Ebene und für ein dichteres Netz von kommunal getragenen Archiven in Niedersachsen. Als modellhaft auch für kleinere Kommunen können der Archivverbund der Abteilung Osnabrück des Niedersächsischen Landesarchivs und die Neueinrichtung des Kreis- und Kommunalarchivs des Landkreises Grafschaft Bentheim angesehen werden, das 2018 eröffnet wurde und das für den Landkreis und die beteiligten Kommunen zuständig ist. Ein professionell geführtes, gut ausgestattetes Kommunalarchiv liefert belastbare Arbeitsunterlagen für kommunale Parlamente und Verwaltungen und ist eine unverzichtbare Grundlage für jede seriöse Ortsgeschichtsschreibung. Dort, wo kleinere Gemeinden nicht in der Lage sind, ein eigenständiges Archiv zu unterhalten, sollten Archivverbünde gezielt geschaffen und gefördert werden.

Angesichts der – hier nur skizzierten – großen Herausforderungen, vor denen alle Archive in Niedersachsen stehen (z. B. dauerhafte Konservierung des schon jetzt sehr umfangreichen Archivgutes, Übernahme und dauerhafte Archivierung des künftig anfallenden digitalen Archivgutes) hält ALLviN den Aufbau einer effektiven landesweiten Archivberatung im Flächenland Niedersachsen für dringend geboten. In Nordrhein-Westfalen beraten und unterstützen von den Landschaftsverbänden finanzierte Archivämter die nichtstaatlichen Archivträger und -eigentümer beim Aufbau und bei der Führung ihrer Archive. In Hessen ist es eine vom Land finanzierte Archivberatungsstelle, die diese Aufgabe übernimmt. Ein adäquates System auch für Niedersachsen erscheint mit Blick auf

die Vielzahl und die Heterogenität der nichtstaatlichen Archive in Niedersachsen notwendig. Um konkret in den jeweiligen Regionen wirken zu können, wäre es von Vorteil, wenn eine solche Archivberatung durch eine personelle Aufstockung bei den sieben Abteilungen des NLA eingerichtet werden würde. Möglich wäre auch, eine solche Archivberatung in Kooperation mit den Landschaften und Landschaftsverbänden zu etablieren. Adressaten dieser Archivberatung könnten Kommunalarchive, Ver-

eins- und Privatarhive, insbesondere auch Adels- und Familienarchive sein. Aufgaben der Archivberatung sollten Hilfe und finanzielle Förderung bei der Einrichtung von Archiven, fachliche Unterstützung bei der Übernahme und Erschließung von Archivgut aller Art, Aus- und Weiterbildung von Archivpersonal, Beratung in Fragen der Benutzung und der Öffentlichkeitsarbeit sowie technische Dienstleistungen, etwa in den Bereichen Konservierung, Restaurierung und Digitalisierung von Archivgut, sein.

*Dr. Hans-Eckhard Dannenberg
ist Geschäftsführer des Landschafts-
verbandes der ehemaligen Herzogtümer
Bremen und Verden
(Landschaftsverband Stade) e. V.*

*E-Mail:
dannenberg@landschaftsverband-stade.de*

Der Nutzen von Archiven für das Schreiben.

Die Arbeit von Archivaren und Autoren im Vergleich

von Jochen Schimmang

Ich bedanke mich zunächst für die Einladung und kann nur hoffen, mit meinen Ausführungen ihre Erwartungen zu erfüllen. Es versteht sich, dass mein Blick auf die Parallelen zwischen der Arbeit von Archivarinnen und Archivaren auf der einen und Autorinnen und Autoren auf der anderen Seite und auf den Nutzen von Archiven für das literarische Schreiben vor allem auf eigenen Erfahrungen fußt und deshalb subjektiv geprägt ist. Deshalb beginne ich auch mit einigen Episoden aus meinem eigenen Archiv, sprich meinen Tagebüchern und Arbeitsjournalen.

Im Sommer 1985, ich wohnte damals noch in Köln, wo ich zwanzig Jahre meines Lebens verbracht habe, fuhr ich etliche Male tageweise ins Aachener Stadtarchiv und verbrachte dort jeweils viele Stunden. Ich recherchierte für einen geplanten Roman, aus dem dann nichts geworden ist, was jedoch nicht an mangelndem Archivmaterial lag, sondern daran, dass es mir nicht gelang, die Fülle des Stoffes zu organisieren, und dass ich mich damals in einer umfassenden Schreibkrise befand. Der Fachausdruck dafür heißt *writer's block* und zog sich über mehrere Jahre hin. Der Grundeinfall dieses Romans mit dem Arbeitstitel „Der Engländer“ bestand darin, einen 1933 emigrierten Deutschen namens Schilling am Kriegsende als britischen Besatzungsoffizier nach Deutschland zurückkehren zu lassen, dafür gibt es in der realen Geschichte genug

Beispiele. Bekanntlich war Aachen die erste deutsche Großstadt, die von amerikanischen Truppen erobert wurde, auch wenn in dieser Großstadt zum damaligen Zeitpunkt nur noch elftausend Menschen lebten. Im Oktober 1944 unterschrieb der Kommandant der Truppen, die seit sechs Wochen Aachen zu verteidigen versuchten, die Kapitulationserklärung, übrigens erst, wie man 2019 erfahren konnte, nachdem ihm ein amerikanischer Lt. Colonel namens John T. Corley den dritten Whiskey eingesenkt hatte.

Wenig später gehörte die Stadt zur britischen Besatzungszone, und hier sollte nun mein britischer Besatzungsoffizier mit deutschen Wurzeln ins Spiel kommen. Aus den genannten historischen Gründen erschien in der vom Nationalsozialismus befreiten Stadt auch die erste von den Alliierten lizenzierte Zeitung, die „Aachener Nachrichten“ nämlich, gewissermaßen das erste Blatt der neuen Zeit, zunächst als Wochenzeitung. Die erste Ausgabe stammt vom 24. Januar 1945. Da saßen Hitler und seine Entourage noch im Berliner Bunker, im Zwölfjährigen Reich wurden noch munter Volksschädlinge hingerichtet und Vierzehnjährige zusammen mit alten Menschen in den Tod geschickt; das Ganze nannte sich Volkssturm. Nicht weit von Aachen, im Hürtgenwald an der Westgrenze des Deutschen Reiches, tobte zur selben Zeit eine der erbittertsten Schlachten des Zweiten Weltkriegs.

Die Jahrgänge der „Aachener Nachrichten“ sind von der ersten Ausgabe an im Aachener Stadtarchiv aufbewahrt, das damals, im Sommer 1985, noch ganz zentral im sogenannten Grashaus am Fischmarkt residierte, einem der ältesten Häuser der Stadt, dessen Grundmauern vermutlich noch aus der Karolingerzeit stammen und das ab Mitte des 13. Jahrhunderts als erstes Aachener Rathaus überhaupt diente. Diese ersten Jahrgänge der ersten deutschen Zeitung der neuen Zeit waren also der Grund, warum ich ab Juni über mehrere Wochen tageweise von Köln nach Aachen fuhr und in der angenehmen Kühle und im gedämpften Licht des Stadtarchivs verschwand und systematisch die „Aachener Nachrichten“ von Ausgabe 1 bis vielleicht Ausgabe 50 las. Am 8. Mai 1945 etwa – Aachen stand schon seit fünf Monaten nicht mehr unter der Nazi Herrschaft – lautete die fette Schlagzeile auf der ersten Seite „Der Krieg ist aus!“ und etwas kleiner darunter „Bedingungslose Kapitulation!“, beides mit Ausrufungszeichen am Ende. Man sah dann in der oberen Reihe die fotografischen Konterfeis von Stalin, Truman und Churchill und in der darunter die von Hitler und Mussolini, die beide zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr am Leben waren.

Nach und nach brachte ich so in Erfahrung, was für meinen geplanten Roman wichtig war, zum Beispiel, wann alliierte Soldaten mit deutschen Kindern sprechen durften und wann dann auch mit deutschen Erwachsenen, nämlich einen Monat später: Es galt ja anfangs das strikte Fraternisierungsverbot. Ich fand heraus, wo der Sitz der britischen Militärregierung gewesen war, nachdem die Briten die Amerikaner abgelöst hatten, und las in den Lokalberichten über allerlei Kriminalfälle und natürlich auch

über die Ermordung des von den Amerikanern eingesetzten Oberbürgermeisters Franz Oppenhoff, befohlen noch von Himmler und ausgeführt von den örtlichen Aachener Werwolf-Schergen. Dieser Herr Oppenhoff übrigens war kein Konservativer, sondern ein Reaktionär, der von freien Wahlen so wenig hielt wie von Gewerkschaften und Sozialdemokraten; die Alliierten hätten auf lange Sicht keine Freude an ihm gehabt.

Der Sommer 1985 war, wie mir heute meine Tagebuch-Quelle verrät, vom Wetter her sehr durchwachsen. Meine seit Jahrzehnten bewahrte Erinnerung an ihn schildert ihn mir aber als einen einzigen großen Sommertag, an dem ich nach zwei oder drei Stunden Archiv in der selbst verordneten Mittagspause im Herzen der Stadt essen ging oder einen Kaffee trank oder einfach nur umherlief und auf das Stimmengewirr um mich herum achtete, in dem zuweilen niederländisch-flämische und französische Laute die deutschsprachigen übertönten, so wie die Parkhäuser ihre Ausfahrten dreisprachig mit „Ausfahrt“, „Uit“ und „Sortie“ kennzeichneten. An dem einen großen Sommertag ist so viel richtig, dass – nach meinem Tagebuch – meine Archivbesuche ausnahmslos an sommerlichen Tagen stattfanden, dem durchwachsenen Sommer zum Trotz.

Daran ist wichtig, dass der Wechsel zwischen den Stunden im Archiv und denen in der bekanntlich äußerst geschichtsträchtigen Stadt insgesamt etwas vermittelte, was für meine Arbeit unerlässlich ist: Sinnlichkeit. Die reinen Fakten, die ich aus meinen Archivaufenthalten gewann, ließen sich bis zu einem gewissen Grad heute auch auf digitalem Wege eruieren. Für einen Sachbuchautor mag dies ausreichen – ob

das wirklich so ist, ich weiß es nicht –, für jemanden, der Romane und Erzählungen schreibt, das also, was unter dem Namen Belletristik läuft, reicht es nicht. Es war gerade die Kühle und das gedämpfte Licht des Archivs, der leicht modrige Geruch des nicht sehr hochwertigen Papiers, auf dem die ersten Jahrgänge der „Aachener Nachrichten“ gedruckt wurden, die leicht reißerische, boulevardeske Präsentation mancher Nachrichten, vor allem im Lokalteil, und dann der Wechsel in das Sommerlicht der ehrwürdigen alten, aber sehr lebendigen und lebenslustigen Stadt mit ihrem schon westeuropäischen Flair, die es mir leicht machten, mir meinen deutsch-britischen Besatzungsoffizier Schilling hier in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorzustellen. Deshalb denke ich an diese Aachener Sommerwochen als an eine sehr schöne, beinahe glückliche Zeit zurück. Digitale Quellen, die ein Autor natürlich auch nutzt und deren zunehmender Wert nicht im Mindesten bestritten werden soll, können diese Intensität von Sinnlichkeit, von Konkretheit, die gute Literatur braucht, nicht erreichen.

Wie schon erwähnt, aus dem Projekt „Der Engländer“ ist dann nichts geworden, und ich wiederhole, dass das nicht an einem Mangel an Material lag, sondern an meinem damaligen Scheitern an zu viel Stoff. Das wäre, nach der erwähnten Sinnlichkeit, die zweite Lektion, die für Autoren und Autorinnen zu lernen wäre: dass sie die Archive brauchen, dass sie sich aber auch zum richtigen Zeitpunkt gegen sie zur Wehr setzen müssen, weil sie sonst eventuell von der Fülle des Stoffs gelähmt werden. Das trifft ganz allgemein auf Rechercheaktivitäten für Romane oder andere erzählende Texte zu: Man kann plötzlich zu viel wissen und

in diesem Wissen das ursprüngliche Motiv, einen bestimmten Stoff zu bearbeiten und eine bestimmte Geschichte zu erzählen, verlieren und sich in diesem Stoff verirren.

Zurück zu den Berufen: Es sind ja die Tätigkeiten von Schriftstellern und Historikern nicht nur ähnlich, sondern entspringen derselben Motivation: etwas zu bewahren, es vor dem Vergessen zu retten – und zu erzählen. Sie verstehen an dieser Stelle, dass ich den Berufsstand des Archivars nicht saubervon dem des Historikers trennen möchte.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass unsere Arbeit – ich meine die des Historikers, Archivars und Schriftstellers – die Notwendigkeit der Distanz und des langen Atems gemeinsam hat. Von der literarischen Seite möchte ich als Beispiel nennen, dass kein Roman, der etwa zeitgleich mit den Ereignissen nach dem Mauerfall geschrieben wurde und also um höchstmögliche Aktualität bemüht war, eine längere Halbwertszeit hatte. Sven Regeners Roman „Herr Lehmann“ über die Nacht des Mauerfalls, bekannt geworden auch durch seine Verfilmung, erschien immerhin zwölf Jahre nach dem Mauerfall, Lutz Seilers „Stern 111“, der wesentlich zu seiner Auszeichnung mit dem Büchner-Preis beigetragen hat, sogar erst 2020. Erzählende Literatur braucht zeitliche Distanz, um bestehen zu können, das hat sie mit Geschichtsschreibung gemein. Ob die Literatur aus der Geschichtsschreibung entstanden ist oder umgekehrt, das wäre eine Frage ähnlich der nach der Henne oder dem Ei. In jüngerer Zeit wurde dies einmal mehr an dem Gewinner des Preises der Leipziger Buchmesse 2016 deutlich, dem großen Roman „Frohburg“, dessen Autor Guntram Vesper leider 2020 an Corona verstorben ist. Dieser Roman handelt titelgemäß von

Vespers Geburts- und Kindheitsort Frohburg in Sachsen, bevor die Familie Vesper 1957 in den Westen übermachte und Guntram Vesper dann durch seinen Wohnort Göttingen ein niedersächsischer Autor wurde. Er handelt aber auch, könnte man sagen, von allem möglichen anderen, was es auf der Welt gibt. Der Autor, ein manischer Sammler, Archiv- und Antiquariatsbesucher, hat viele Jahre an ihm geschrieben und wäre vermutlich nie damit fertig geworden, wenn sein Verleger nicht irgendwann befunden hätte, dass 1 002 Seiten wirklich genug sind, und wenn er nicht das Machtwort gesprochen hätte: „Wir drucken das jetzt.“

Was ich heute sehr bedaure, ist die Tatsache, dass ich irgendwann alle Materialien und Manuskriptfragmente von „Der Engländer“ eines Tages vernichtet, oder, um im Fachjargon zu bleiben, kassiert habe. Es wird sie nicht überraschen, dass dies weniger aus Ärger über das Scheitern des Romans geschah, denn schließlich kann man aus dem Scheitern unter Umständen mehr lernen als aus dem Gelingen, sondern aus dem ihnen gut bekannten profanen Grund des mangelnden Platzes. So ist das Aachener Stadtarchiv, in dem ich damals so glückliche Stunden verbracht habe, aus eben diesen Platzgründen im Jahr 2012 aus dem historischen Grashaus in eine modernisierte ehemalige Nadelfabrik umgezogen, wie sie vermutlich wissen.

Mein nächster Kontakt mit einem Archiv, genauer: mit einem Archivar, fand im Sommer 1991 statt. Das hing damit zusammen, dass ich in jenem Jahr an einer Erzählung mit dem Titel „Carmen“ schrieb, einer Novelle, die im Jahr darauf erschien und deren Protagonist ein Archivar ist. Ob dieses Buch zu meinen besten gehört, sei dahingestellt; jedenfalls

musste ich mich über diesen Berufsstand sachkundig machen und nahm Kontakt zum rheinland-pfälzischen Landeshauptarchiv in Koblenz auf. Dort war ich am 28. Mai, wie mir meine Quelle zuverlässig bescheinigt, mit Herrn Dr. Krüger verabredet, der mich, alle anderen hatten das Haus schon verlassen, von halb fünf Uhr nachmittags bis halb zehn abends durchs Archiv führte, wie ich sagen darf, mit nie nachlassender Begeisterung. Das ist ausdrücklich nicht ironisch gemeint. Dr. Krüger war offenkundig selbst ein intensiver Leser von Literatur und an meiner Novelle, in der es eigentlich um den Kontrast archivarische Ordnung und erotische Anarchie geht, ehrlich interessiert. Bei ihm lernte ich Begriffe wie „Registaturbildner“ und „Provenienzprinzip“, „Findbuch“ kannte ich schon. Notiert habe ich in meinem Journal auch den Begriff „Zugangskeller“. Herr Dr. Krüger schilderte mir den Kreis der Archivare als eine relativ kleine Kaste, wo man sich gegenseitig kenne und durchaus auch ein leicht elitäres Bewusstsein habe; auch das übrigens eine Parallele zum Literaturbetrieb, der ebenfalls relativ klein ist und wo man sich gegenseitig kennt. Nachdem ich meinen Protagonisten der Novelle charakterisiert hatte, kam Herr Dr. Krüger übrigens zu der Einschätzung, ich erzählte hier eher von einem Bibliothekar. Archivare seien in der Regel weltoffener, kommunikativer und weniger in sich vergraben; vielleicht freut sie das zu hören.

Ein Archivar, mit Namen Carl Schelling, ist auch einer der Protagonisten meines 2009 erschienenen Romans „Das Beste, was wir hatten“. Der Roman spielt hauptsächlich in den achtziger und neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts und ist eine Art Nachruf auf die alte Bundesrepublik, man beachte

auch wieder den historischen Abstand von zwei bis drei Jahrzehnten. Er konzentriert sich zunächst auf die Entwicklung des Verfassungsschützers Leo Müns und seines engsten Freundes, des Politikwissenschaftlers und späteren Ministerberaters Gregor Korff; dann aber kommt als Dritter eben dieser Archivar Carl Schelling ins Bild, der beruflich von Koblenz nach Köln umzieht, um dort im Stadtarchiv zu arbeiten. Außerdem ist er ein begnadeter Koch. Der Handlungsstrang, der ihn betrifft, ist eine ziemlich wilde Story; Schelling ist insgeheim eine Art Anarchist und rheinischer Separatist und will das berühmte Niederwalddenkmal in die Luft jagen, das verhasste und ästhetisch geschmacklose Inbild des wilhelminischen Preußentums am Rhein. Dafür gibt es ein historisches Vorbild, der Anarchist August Reinsdorf hatte das mit seinen Genossen bereits 1883 versucht, der Anschlag scheiterte aber daran, dass Dynamit und Zündschnur unsachgemäß gelagert worden und die Zündschnur in der Nacht vor ihrer geplanten Anwendung feucht geworden war. In meiner modernen Version verhält es sich so, dass mein Archivar vorher auffliegt, zu fünf Jahren Haft verurteilt, in einer wilden Aktion von Freunden befreit und nach Holland transportiert wird, wo er später – selbstverständlich unter falschem Namen – Küchenchef im Amsterdamer Restaurant „Het Melkmeisje“ (zu Deutsch: das Milchmädchen) werden wird. Eine abenteuerliche Story also, die dann aber, als das Buch schon in der Herstellung war, noch von der Realität übertroffen wurde, weil das Kölner Stadtarchiv, in dem Carl Schelling bis zu seiner Inhaftierung arbeitet, am 3. März 2009 einstürzte, „das größte kommunale Archiv nördlich der Alpen“, wie immer wieder

stolz betont worden war. Obwohl die Schuldigen nie wirklich benannt und verurteilt wurden, sondern die Untersuchungen in einem typisch kölschen Vergleich endeten, ist bekannt, dass es sich um Schlamperei beim Bau einer U-Bahnstrecke handelte, die die Fahrtzeit zwischen dem Kölner Neumarkt und dem Hauptbahnhof um sagenhafte fünf Minuten verkürzen sollte.

Symbolischer kann es eigentlich gar nicht zugehen. Hier wurden durch die Bedürfnisse – oder eher scheinbaren Bedürfnisse – der Aktualität, der gesteigerten Mobilität, also der Forderung nach mehr Tempo die Zeugnisse von Jahrhunderten Geschichte im wahrsten Sinn des Wortes verschüttet. Inzwischen weiß man zwar, dass ein sehr großer Teil dieser verschütteten Geschichte gerettet und wiederhergestellt werden kann, inzwischen hat das Kölner Stadtarchiv auch am Eifelwall einen neuen Standort gefunden, der auf absehbare Zeit nicht durch Wühlarbeiten im Untergrund gefährdet ist, aber die Stadt Köln als eine der ältesten Städte in Deutschland hatte zwischenzeitlich quasi einen großen Teil ihrer eigenen Geschichte verloren. Diese Geschichte war vorübergehend auf eine krude Art und Weise auf eine bloße Abfolge von bekannten Daten geschrumpft, eine lineare Litanei: ohne Sinnlichkeit, ohne Plastizität, ohne den besonderen Einzelfall, mit einem Wort, für einen Schriftsteller völlig unbrauchbar.

Da wir in Deutschland sind, kommen wir am Ende nicht umhin, über ein ganz besonderes Archivgut und eine ganz besondere Art der Literaturproduktion zu sprechen. Ich weiß nicht mehr, welcher Autor, eventuell auch Journalist, geschrieben hat, die Staatsicherheit, die Stasi sei der größte Literatur-

produzent der DDR gewesen. Es ist eine spezifische, eine überaus detailbesessene Literatur gewesen, die in den Berichten ihrer rund neunzigtausend hauptamtlichen und über hunderttausend inoffiziellen Mitarbeiter geschrieben wurde, bei der möglichst keine Einzelheit verlorengehen sollte. Dabei hielt sich die Kreativität dieser Literatur sehr in Grenzen, denkt man etwa an den Decknamen, den die Staatssicherheit dem überwachten, 1977 in die Bundesrepublik übergesiedelten Schriftsteller Hans-Joachim Schädlich verpasst hatte. In den Akten hieß der Autor „Schädling“, eine Pointe, die einem nicht einmal ein müdes Lächeln entlocken kann.

Entsprechend war auch das Archiv, das nach und nach in der Berliner Normannenstraße entstand, in seinem Wissenwollen völlig undifferenziert, alles war gleich wichtig und deshalb wert, aufbewahrt zu werden, den Begriff der Kassation schien man dort nicht zu kennen. Schlechte Archivarbeit, könnte man sagen. Und als es dann nach dem Mauerfall für die Archive, sprich die Stasi, höchste Zeit war, alles zu vernichten, scheiterte das weitgehend, weil die Bürger des Landes am 15. Januar 1990 die Stasi-Zentrale stürmten, um an Unterlagen zu retten, was zu retten war. Ich finde es sehr bemerkenswert, dass der erste Gedanke nach dem Mauerfall und der raschen Implosion der DDR nicht der Rache an den bisher Herrschenden galt, sondern der Rettung der Geschichte, um es etwas pathetisch auszudrücken. Und der Rettung von Material, das seitdem der künstlerischen Produktion ebenso gedient hat wie der nach und nach einsetzenden ernsthaften Geschichtsschreibung.

Kleiner Schlenker zum Schluss: Mein Ministerberater Gregor Korff aus „Das Beste,

was wir hatten“ stolpert am Ende übrigens über eine IMB, eine inoffizielle Mitarbeiterin mit Feindberührung (so hieß das wirklich), die die Stasi in diesem Fall auf ihn ansetzt, in diesem Fall nicht als Romeo wie bei den Bonner Sekretärinnen der damaligen Zeit, sondern als Julia. Und da wir diesem Korff später noch mal in einem anderen Roman im Ruhestand begegnen – ich pflege eine gewisse Treue gegenüber meinen Figuren –, habe ich mir erlaubt, ihm per Zufall eine einzige Seite aus der Akte über ihn zuzuspielen, in der er erfährt, wie die Stasi ihn einschätzt. Leider endet die Seite gerade da, wo er als nächstes den Decknamen seiner Spionin erfahren hätte. Das ist natürlich höchst konstruiert, aber diese Freiheit, die kruden Fakten zu verlassen und Unwahrscheinlichkeiten zu konstruieren, die dennoch glaubhaft wirken, macht die Differenz aus zwischen der Arbeit von Autorinnen und Autoren und der von Historikern.

Ich komme zum Schluss: Obwohl ich auf der Schule in Deutsch immer ein „gut“, manchmal auch ein „sehr gut“ hatte, mochte ich nie den klassischen Schulaufsatz, also Einleitung – Hauptteil – Schluss. Vor allem den Letztgenannten nicht. Ich möchte hier aber eine Ausnahme machen und in Bezug auf die beiden Fragestellungen, die im Thema meines Beitrags formuliert wurden, kurz zusammenfassen:

ad 1) Archive und Schriftsteller haben gemein, dass sie durch ihre Tätigkeit Beiträge für das gesellschaftliche, politische und kulturelle Gedächtnis und die Erinnerungskultur liefern. Auch wenn Archive zuweilen staubig sein mögen, sind Archive, um auf den Obertitel dieser Arbeitssitzung Bezug zu nehmen, noch lange nicht verstaubt.

ad 2) Für Schriftsteller, vor allem für die literarische Produktion, bedeutet die Nutzung von Archiven etwa dasselbe, was für sie auch Recherchen vor Ort bedeuten: den Schritt vom rein Faktischen, über das sie meistens beim Be-

ginn eines neuen Projekts schon vieles wissen, zu dem, was ich oben mit den Begriffen Sinnlichkeit und Plastizität bezeichnet habe.

Und das zusammen, finde ich, ist doch eine ganze Menge. Ich danke fürs Zuhören.

*Jochen Schimmang
ist ein deutscher Schriftsteller,
Hörspielautor und Übersetzer und
lebt in Oldenburg.*

*E-Mail:
j.schimmang@gmx.de*

NS-Familiengeschichte(n):

Aktuelle Entwicklungen, Chancen und Erwartungen

von Johannes Spohr

Einleitung

Das Interesse an familienbezogenen NS-Recherchen ist in den letzten Jahren gewachsen. Bei weitem keine Mehrheit, aber eine größer werdende Minderheit begibt sich heute auf die Suche nach Verantwortlichkeiten und Rollen ihrer familiären Vorfahren im Nationalsozialismus. Oftmals finden die Interessierten den Weg in Archive, sei es per gezielter Anfrage oder auch in Form einer Vor-Ort-Recherche. Dabei entdecken sie die Chancen historischer Rekonstruktionen, stoßen jedoch auch auf Hürden. Im Folgenden werde ich zunächst einige gesellschafts-politische Hintergründe und Entwicklungen solcher Recherchen benennen, um dann die Gruppe der heute Recherchierenden sowie ihre Interessen genauer zu beschreiben. Schließlich beleuchte ich, welche Chancen und Erwartungen sich daraus festhalten lassen, die eventuell von den dafür relevanten Archiven in der Bundesrepublik aufgenommen werden können.

Ich spreche hier aus der Sicht eines Historikers, der sich seit vielen Jahren mit Facetten von NS-Täterschaften,¹ Verfolgungsgeschichten und zugehörigen familienbiografischen Recherchen beschäftigt. Als Gründer eines Recherchedienstes führe ich Auftragsrecherchen in privatem und teils öffentlichem Auftrag durch; zudem gebe ich Workshops für Interessierte, die selbst recherchieren

oder dies beabsichtigen. Hierbei ist das Empowerment der Teilnehmenden zentral, aber auch das Dämpfen von Erwartungen gehört zur Vermittlung. Immer wieder besprechen wir in den Seminaren, dass es sein und was es bedeuten kann, an nur wenige oder gar keine neuen Informationen über die eigenen Vorfahren zu gelangen. Dies ist der Faktor, mit dem viele Recherchierende am schwierigsten umgehen können.

Dabei stehe ich mit den unmittelbaren Bedarfen der an Familiengeschichte interessierten Personen im Austausch und kann somit hier dazu etwas vermitteln. Weniger beitragen kann ich zu den Möglichkeiten und Hürden der Archive und den damit zusammenhängenden rechtlichen Bestimmungen. Zweifelsfrei bewegen wir uns mit den vorangestellten Fragestellungen zwischen diesen Polen. Insofern wäre ein weiterer, disziplinübergreifender Austausch dazu wünschenswert.

Hintergründe und Entwicklungen

Der zeitliche Abstand zum Nationalsozialismus erleichtert es vielen, sich ihrer Familiengeschichte unbefangener und kritischer zu widmen. Die Loyalitäten zu den unmittelbar Beteiligten lockern sich, emotionale und ökonomische Abhängigkeiten

nehmen ab – ohne dass jedoch damit die transgenerationale Weitergabe von Gefühlen und Ideologemen abgeschlossen wäre. Den Recherchen liegt in der Regel die Annahme zugrunde, in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft zu leben, die auf vielfältige Weise von dem NS-Erbe geprägt ist.

Einerseits entsteht durch das Ableben der Frauen und Männer, die als Täter, Profiteure, Nutznießer, Zuschauer etc. in der NS-Zeit wirkten, ein Defizit, da diese nicht mehr befragt werden können. Andererseits ermöglicht jedoch gerade dieser Umstand eine kritischere Auseinandersetzung in den Familien, da diese nun keine Kontrolle mehr darüber ausüben können. Loyalitätskonflikte und Abhängigkeiten blockieren hier nicht mehr, weder die (vermeintliche) familiäre Harmonie noch materielle Ressourcen wie Erbschaften stehen unmittelbar in Gefahr.

Familienbiografische Recherchen haben das Potential, Mythen wie dem der „sauberen Wehrmacht“² entgegenzuwirken und die Bedeutung historischer Fakten gegen Verschwörungsmythen zu verteidigen. Sie beleuchten nicht nur die NS-Zeit, sondern auch gesellschaftliche Strukturen in der Nachkriegszeit Ost- und Westdeutschlands – etwa den Umgang mit NS-Verbrechen, ihre juristische Ahndung bzw. die Schonung der Verantwortlichen.³

Teile dieser innerfamiliären Mythen sind heute durch Untersuchungen belegt. So haben die Studien des Multidimensionalen Erinnerungsmonitors (MEMO), die seitens des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) in Bielefeld, gefördert durch die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ), seit 2018 durchgeführt werden, veranschaulicht, wie groß die Diskrepanz zwischen

wissenschaftlichem und medial vermitteltem Wissen über den Nationalsozialismus auf der einen und dem familiären Gedächtnis auf der anderen Seite in Deutschland ist. Viele der Befragten verorteten ihre Familienmitglieder unter den Opfern des Zweiten Weltkrieges bzw. des Nationalsozialismus, ebenso unter denjenigen, die Verfolgten geholfen oder Widerstand geleistet haben.⁴ Da die hier zutage tretenden Zahlen in ihrer Summe nicht mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen in Einklang zu bringen sind, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass es sich in Teilen um gefühlte Antworten handelt. Die ihnen zugrunde liegenden Aussagen speisen sich demnach häufig nicht aus recherchiertem Wissen. Mehr als für eine „opferzentrierte“ Erinnerung sprechen sie für eine „opferidentifizierende“ Erinnerungspraxis. Das bedeutet, „dass [sich] die Art und Weise, wie sich mit den Opfern beschäftigt wird, vor allem an den Bedürfnissen der Täternachfahren orientiert, anstatt sich umfassend auf die ambivalenten Erfahrungen Überlebender, Opfer und Nachfahren einzulassen.“⁵ Mitunter führt dies dazu, dass Menschen als Verfolgte des Nationalsozialismus bzw. deren Nachfahren auftreten, die es nachweislich nicht sind.⁶ Auch inszenieren sich sogenannte Querdenker öffentlich als Verfolgte, indem sie „Judensterne“ tragen oder sich mit Sophie Scholl oder Anne Frank vergleichen – bewusste und gezielte Relativierungen des Nationalsozialismus und Leugnungen der Shoah, die Aufmerksamkeit erzeugen sollen.⁷

Zu berücksichtigen sind hinsichtlich der Zahlen der MEMO-Studie die unterschiedlichen Erfahrungen migrierter Personen. Laut Bundeszentrale für politische Bildung

hatten 2023 29,7 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik einen sogenannten Migrationshintergrund, wobei hier eine sehr weitläufige Definition zugrunde liegt, bei der auch sieben Millionen „Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung“ einbezogen werden.⁸ Es kann davon ausgegangen werden, dass die realen Hintergründe der Menschen, die einen unmittelbaren biografischen Zusammenhang herstellen können, als auch die Geschichtskulturen, mit denen sie konfrontiert waren, vielfältig sind. Es können sich Nachfahren italienischer Faschisten ebenso darunter befinden wie von Partisaninnen und Partisanen, ukrainischen Hilfspolizisten sowie Soldatinnen und Soldaten der Roten Armee – oder auch Menschen, deren Vorfahren nicht unmittelbar am Zweiten Weltkrieg teilgenommen haben.

In dieser Gemengelage bieten Archivrecherchen die Möglichkeit, Fakten zu generieren, statt sich den eigenen Begehrlichkeiten und Phantasien hinzugeben. Die MEMO-Jugendstudie von 2022 ergab zudem, dass das allgemeine Interesse an der Beschäftigung mit der NS-Geschichte unter Jugendlichen grundlegend hoch ist. Fast die Hälfte der befragten 16- bis 25-Jährigen (48,5 Prozent) hatte sich jedoch bisher kaum oder gar nicht mit der NS-Vergangenheit der eigenen Vorfahren auseinandergesetzt.⁹

Einige einschneidende Ereignisse der jüngsten Vergangenheit lenkten erneut den Blick auf dieses familiäre nationalsozialistische Erbe.

Während der ersten Hochphase der Covid-19-Pandemie verbrachten die meisten Menschen viel Zeit bei sich zu Hause oder im engsten Familienkreis. Sie fanden mitunter Fotoalben und Dokumente oder nah-

men durch Gespräche Fäden der Familiengeschichte wieder auf. Dachbodenfunde und bislang unbekannte Dokumente können nicht nur die familiäre Perspektive erweitern, sondern auch die historische Forschung bereichern.¹⁰

Seit Februar 2022 ist die Ukraine stärker ins Bewusstsein – auf die mentale Landkarte – vieler Deutscher gerückt, da sie Orte aus den Nachrichten mit ihrer Familiengeschichte in Verbindung brachten. Auch begannen vor dem Krieg nach Deutschland geflohene Ukrainerinnen und Ukrainer, kritische Fragen über die deutsche Geschichte zu formulieren, und stellten somit einen oftmals verleugneten Zusammenhang her.

Auch gesellschaftliche Diskurse beeinflussen, ob und wie Familien sich ihrer NS-Vergangenheit widmen. Während eine wachsende Minderheit heute aktiv nachforscht, reproduzieren andere unreflektiert Mythen oder lehnen eine Auseinandersetzung ab. Das neurechte Schlagwort „Schuld kult“¹¹ dient immer häufiger der Abwertung der als hegemonial bezeichneten „Erinnerungskultur“. Dabei wird gerade moniert, es gäbe ein Zuviel an Erinnerung und dieses führe zu Problemen – gerade dort, wo der Wissensmangel über die NS-Verfolgung sich offenbart. Zuletzt häuften sich bundesweit physische Anschläge auf NS-Gedenkstätten.¹² Diese sehen sich zunehmend von Gruppierungen bedroht, die NS-Geschichte verfälschen oder relativieren. Gedenkstätten erkennen zunehmend, dass es weder möglich noch wünschenswert ist, sich gesellschaftlichen Konflikten um die NS-Erinnerungskultur gänzlich zu entziehen. Auch die Archive sollten sich auf eine Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse und antidemokratische Ein-

flussnahmen in den kommenden Jahren einstellen.

Familienforschung erfordert das Aushalten unbequemer Wahrheiten. Sie offenbart oft, dass viele Familien während der NS-Zeit profitierten oder zumindest das Handeln der Nationalsozialisten befürworteten und stützten. Solche Erkenntnisse tragen zur Selbstreflexion bei und bieten die Chance, sich von tradierten Narrativen zu emanzipieren. Historische Wahrheit anzuerkennen ist nicht nur eine unverzichtbare Grundlage für den Umgang mit der NS-Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart.

Archive und Archivsituationen

Die Bedingungen für familienbiografische Recherchen sind nicht konstant, sondern unterliegen Schwankungen.

Noch während des Zweiten Weltkrieges begannen Verfolgte selbst damit, die Verbrechen gegen sie und andere zu dokumentieren. Wir verdanken Ihnen einige der unmittelbarsten Dokumente zur Shoah. So bauten etwa Jüdinnen und Juden das Geheime Archiv des Warschauer Ghettos (auch Ringelblum-Archiv genannt) auf, das teilweise erhalten blieb.¹³

Die Nationalsozialisten zerstörten während ihres Rückzugs potenzielle Beweise, die ihre Schuld im Falle einer Niederlage hätten belegen können. Dazu gehörte die Ermordung von Zeugen und die Vernichtung von Leichen, die mit früheren Verbrechen in Verbindung standen – besonders durch die „Aktion 1005“, bei der Opfer wieder ausgegraben und verbrannt wurden.¹⁴ Auch die Infrastruktur der Vernichtungslager wie

Auschwitz, Sobibor und Treblinka wurde zerstört. In den letzten Kriegsmonaten wurden zudem Akten von militärischen und zivilen Behörden gezielt vernichtet, um Informationen vor den Alliierten zu verbergen.¹⁵ Ein Erlass des Reichswirtschaftsministeriums im Februar 1945 ordnete an, alle Beweise für die Morde an Jüdinnen und Juden zu vernichten, um zu verhindern, dass sie in die Hände der Feinde fielen.¹⁶ Schließlich wurde auch das Heeresarchiv in Potsdam 1945 bei einem Luftangriff erheblich zerstört.¹⁷

Hinsichtlich einer weiteren Rekonstruktion militärischer Abläufe ist daher heute zu beachten, „dass die militärische Überlieferung bis 1945 sehr große Lücken durch kriegsbedingte Zerstörung (Luftkrieg, Artillerie, befohlene Aktenvernichtung) aufweist. Das Ausmaß dieser Verluste ist in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich ausgeprägt – sie liegen zwischen ca. 10 % und deutlich über 90 %.“¹⁸

Archivgestützte Recherchen sind also nicht immer einfacher geworden, sondern hängen stark von gesellschaftlichen Konjunkturen, politischen Umbrüchen und der Vergänglichkeit von Materialien ab – teils auch von neuen Kriegen. So sind relevante Archive in Russland derzeit kaum zugänglich, während ukrainische Archive unmittelbar von Kriegseinwirkungen bedroht sind.¹⁹

Nur die wenigsten haben heute noch die Möglichkeit, sich die Geschichte des Nationalsozialismus über Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu erschließen, die im Falle der Verfolgerinnen und Verfolger zudem meist unzuverlässig und extrem lückenhaft, wenn überhaupt berichteten. Infolgedessen nimmt die Bedeutung der Archive zu – und es lässt sich konstatieren, dass die Möglichkeiten der Archivrecherche zum Nationalso-

zialismus in Deutschland heute besser denn je sind. Schutzfristen greifen nur noch verhältnismäßig selten, die Bereitstellung und Digitalisierung erfolgt schneller und einfacher. Auch Reproduktionen zu erhalten ist heute meist möglich, und in der Digitalisierung sind deutliche Fortschritte erkennbar. Durch die Übernahme neuer Bestände in das Bundesarchiv²⁰ werden diese historisiert und ihnen eine neue Aufgabe zugeordnet. Klärte früher die Wehrmachtauskunftsstelle (WAST)²¹ über den Verbleib der Soldaten auf, so lassen sich mit ihren Beständen heute Kriegsbiografien erschließen.

Ob diese Form der Historisierung auch bedeutet, der Nationalsozialismus als solcher lasse sich historisieren – habe also keine herausragendere Bedeutung mehr für unsere Gegenwart als jede andere historische Epoche – liegt am Umgang der Recherchierenden. Die Konkretion einer Familienrecherche löst jedoch meist das Gegenteil aus: Menschen stellen einen aktiven Bezug zur NS-Vergangenheit her und setzen sich dazu in ein (in der Regel kritisches) Verhältnis.

Die Arolsen Archives²² haben bereits sehr viele Dokumente – vor allem zur Recherche nach Verfolgten des Nationalsozialismus – online zugänglich gemacht und zeigen damit Möglichkeiten auf. Auch kommerzielle Dienstleistungsanbieter wie „Ancestry“ oder „MyHeritage“ stellen viele Dokumente online bereit, ohne auf die Einschränkungen der deutschen Archivgesetze Rücksicht nehmen zu müssen. Der Zugriff auf Personenstandsurkunden und Kirchenbücher über staatliche Archive verliert daher unweigerlich an Bedeutung.

Die intensive Suche nach Spuren der verfolgten Vorfahren, ihre Dokumentationen und Publikationen sowie ihr institu-

tioneller Überbau auf der einen und die Beschränkungen in den meisten Archiven mit Dokumenten zu NS-Täterschaft auf der anderen Seite sorgen dafür, dass die Biografien der Verfolgten bis heute wesentlich öffentlicher sind. Ihre Nachfahren äußern sich dazu sehr unterschiedlich. In Anbetracht des Umstands, dass Überlebende der NS-Verfolgung Jahrzehnte für ihre symbolische und öffentliche Anerkennung kämpfen mussten, ist diese Öffentlichkeit als Erfolg zu werten.

Während Biografien der NS-Verfolgten in den letzten Jahrzehnten zunehmend öffentlich aufgearbeitet wurden, bleiben gleichzeitig die Lebensgeschichten von Tätern, Helfern und Profiteuren – Frauen wie Männern – jedoch oft anonym und unsichtbar. In dem Film „Was bleibt“ von Gesa Knolle und Birthe Templin über unterschiedliche transgenerationale Folgen aufseiten der Verfolgten und Verfolgerinnen und Verfolger kommt eine Nachfahrin von verfolgten Jüdinnen und Juden zu Wort, die sich immer gewünscht hätte, anonym sein zu können. Doch sie war in dem deutschen Ort, in dem sie lebte, immer „die Jüdin“, die Nachfahrin der „Opfer“.²³

Im Jahr 2028 werden die Schutzfristen der NSDAP-Zentral- und Gaukartei im Bundesarchiv ablaufen. Auch die 1945 17-Jährigen werden dann vor mindestens 100 Jahren geboren worden sein.²⁴ Unter der Voraussetzung ausreichender personeller und finanzieller Mittel stünde daher dem Bundesarchiv frei, den Zugang zu den Karteien zu erleichtern – oder diese gar zu veröffentlichen. Hier könnte, wie zuletzt in einem Projekt zu den deutschen Kolonien, der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) bei der Erfassung helfen.

Auch die Landesarchive sind in den meisten Fällen der Familienrecherchen relevant. Nicht nur personenbezogene, auch organisationsbezogene Überlieferungen sind hierbei hilfreich – etwa zur Rekonstruktion der beruflichen Laufbahn einer Person. Justizakten sind für viele lebensgeschichtliche Zusammenhänge wie auch Verbrechenskompexe reichhaltige Quellen.

Bei der Digitalisierung von Unterlagen der Entnazifizierung sind in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt worden. Ende August 2023 stellte das Landesarchiv NRW rund 610 000 Akten zur Entnazifizierung online – und übernahm damit eine bundesweite Vorreiterrolle. Seit September 2024 stockt die weitere Bereitstellung aufgrund finanzieller und betrieblicher Engpässe.²⁵ Es ist zu hoffen, dass hier bald Lösungen gefunden werden. Auch die staatlichen Archive anderer Bundesländer haben bereits Akten online gestellt.

Dokumente der Entnazifizierung sind eine wertvolle Quelle, aber ihre Interpretation ist voraussetzungsreich und erfordert besondere Vorsicht. Ihr Entstehungskontext und eine entsprechende Quellenkritik sind besonders bedeutend, denn nur so wird verständlich, warum die Erzählungen derjenigen, die sich haben entnazifizieren lassen, abseits nomineller Mitgliedschaften so wenig Aufschluss auf ihre tatsächlichen Rollen geben.²⁶

Erfahrungen: Wer recherchiert ...

Menschen, die sich heute aktiv auf die Suche nach ihren Familienangehörigen begeben, kommen aus allen Altersstufen. Sie gehören verschiedenen Generationen an – der

zweiten, dritten, vierten und bald auch der fünften Generation nach den unmittelbar Beteiligten.²⁷ Es besteht ein gewichtiger Unterschied zwischen denjenigen, die die Verwandten aus der NS-Zeit noch selbst gekannt haben und auch deshalb aufklären wollen, und denjenigen, die dies unbekannterweise aus anderen Gründen tun.

Meist entstammen die Recherchierenden einem progressiven, liberalen und aufgeklärten Milieu.

Einige Nachfahren von Täterinnen und Tätern artikulieren ebenfalls eine Dringlichkeit, sich mit den Rollen ihrer Vorfahren zu beschäftigen. Für einige sind Gewalterfahrungen, physische wie psychische, Ausgangspunkt für Ihre Auseinandersetzung mit der Familienhistorie. Diese Erfahrungen werden in einen möglichen Zusammenhang mit der Gewaltgeschichte des Nationalsozialismus gebracht, an der die Familienmitglieder womöglich Anteil hatten und die sie mitunter auch zurück in die Familien getragen haben. Oftmals liegt den Recherchen aufseiten der Nicht-Verfolgten jedoch zugrunde, dass man sich aktiv dafür entschieden hat. Viele betonen das Schweigen oder eine selektive Kommunikation in den Familien, die sie mit ihren Auseinandersetzungen durchbrechen. Nicht selten bedeutet die Archivrecherche, sich nicht allein auf die innerfamiliären Überlieferungen zu stützen, was Verwandte teils als Verrat interpretieren. Jennifer Teege, „Enkelin eines Massenmörders“, des SS-Hauptsturmführers Amon Göth, erwidert etwa einer Verwandten, „dass auch eine furchtbare Wahrheit besser ist als das Schweigen, auch eine kaputte Familie besser als gar keine Wurzeln“.²⁸

Die biografischen Erkundungen werden mit der Zeit immer komplexer, und es treten

immer häufiger Mehrfachbetroffenheiten auf. Dies liegt einerseits am zeitlichen Abstand zum Geschehen, andererseits an der zunehmenden kritischen Auseinandersetzung, die teils eine Entstigmatisierung nach sich zieht. Dies ist etwa im Feld der „Euthanasie“ und Krankenmorde der Fall. In den letzten Jahren äußern immer mehr Teilnehmende meiner familienbiografischen Workshops den Verdacht, unter ihren Vorfahren könnten Opfer der „Euthanasie“ gewesen sein, und beginnen entsprechende Recherchen. Dass es lange gedauert hat, bis hier eine gewisse Offenheit entstanden ist, hat einerseits mit der andauernden gesellschaftlichen Stigmatisierung, aber auch mit den schwierigen Rollen eigener Verwandter zu tun, die mitunter die Verfolgung erleichtert oder begünstigt haben oder die gar dafür verantwortlich waren.²⁹

Nachkommen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die heute in der Bundesrepublik leben und deren Vorfahren aus verschiedenen Teilen Europas – teils auch aus dem Deutschen Reich – stammten, interessieren sich zunehmend für diese verschütteten Geschichten. Und auch einige derjenigen, die im Schwerpunkt nach Täterschaften recherchieren, beschäftigen sich ebenso mit denjenigen, die davon betroffen waren, etwa Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf dem familieneigenen Hof oder im Betrieb. Auch wird eine Rückkopplung an die Geschichten von Verfolgten als sinnvoll erachtet, um ein umfassenderes Verständnis der NS-Taten und ihrer Auswirkungen über Generationen hinweg zu ermöglichen.

Die Recherche ist Teil einer aktiven Erinnerungsarbeit, sie mündet manchmal im Verlegen von Stolpersteinen. Nach

Möglichkeit werden darin auch, sofern sie nicht selbst die Forschungen anleiten, die Nachfahren der Ermordeten einbezogen. Auf diese Weise entstehen gegenwärtige zwischenmenschliche Verbindungen.

Aufgrund der rassistischen und biologistischen Abstammungslehre der Nationalsozialisten spielte die Genealogie eine wichtige Rolle in ihrer Herrschaft. Stammbäume, Ahnentafeln und entsprechende Urkunden hatten im Nationalsozialismus Hochkonjunktur. Die sogenannten Rasse(n)-gesetze der 1930er Jahre lösten einen massenhaften Boom in der Ahnenforschung aus. Abstammungsnachweise wurden zu einem Faktor der gesellschaftlichen Teilhabe – und des Ausschlusses sowie der Verfolgung. Auch der Germanenkult und andere Geschichtsmythen sowie ihre zugehörigen Symbole erlebten unter den Nationalsozialisten einen nie geahnten Aufschwung.

Es überrascht daher nicht, dass auch heute Neonationalsozialisten und andere Rechte die Recherche nach Verwandten im Nationalsozialismus für sich entdecken. Dabei ist nicht von einer historisch-kritischen, sondern von einer verklärenden Beschäftigung mit den eigenen Verwandten auszugehen. Auf eine Veröffentlichung der Tageszeitung „Die Welt“ über die NS-belastete Familiengeschichte der AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel im Herbst 2024 reagierten auch einige ihrer Parteifreunde. Anders als Weidel, die beteuerte, nicht von der Vergangenheit ihres Großvaters gewusst zu haben, schrieb Rüdiger Lucassen, Verteidigungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, offensiv und geradezu begeistert auf X (vormals Twitter):

„Die Welt hat herausgefunden, dass Alice Weidels Großvater Militärrichter und

Wehrmachtsangehöriger war. Eine gute Recherche. Ich empfehle jedem jungen Deutschen, sich mit seinen Vorfahren auseinanderzusetzen. Es gibt viel zu entdecken. Mein Vater Hans war bei Kriegsende Bataillonskommandeur im Fallschirmjäger-Regiment 1. Er landete auf Kreta, kämpfte in Frankreich, Rußland und am Monte Cassino. Das Foto zeigt ihn neben Boxschwergewichtsweltmeister Max Schmeling, der mit ihm über Kreta absprang.

Kennt Ihr Eure Vorfahren? Habt Ihr Bilder?“³⁰

Dem Fallschirmjäger-Regiment 1 wird eine ganze Reihe von Massakern an der Zivilbevölkerung zugeordnet, wovon Lucassen nicht sprach.³¹ Sein Publikum verstand indes diesen Wink und etliche Personen schrieben unter diesem Post glorifizierende Einträge über ihre Verwandten im Nationalsozialismus bzw. dem Zweiten Weltkrieg. Angesichts des großen Zuspruchs zur AfD sollten auch Institutionen auf eine neue Welle rechter Ahnenforschung vorbereitet sein, die zunehmend die Form einer „Stolzgeschichte“ annimmt. Einige NS-Gedenkstätten haben bereits erkannt, dass auch sie mit rechter Agitation und faktenfernen Darstellung des Nationalsozialismus sowie propagandistischen Auftritten umgehen müssen.

Kritische Recherchen zur eigenen Familie im Nationalsozialismus – also im Ergebnis Aufklärung anhand von Fakten statt Mythen – werden rechte Wahlerfolge und Diskursverschiebungen nicht aufhalten. Sie können aber dazu beitragen, gesellschaftliche Resilienz zu entwickeln.

... wonach?

Viele stellen sich Fragen nach der Beteiligung ihrer Vorfahren an Formen der Massengewalt. Einige haben eigene Gewaltgeschichten in der Familie und beziehen diese auf eine mögliche NS-Belastung. Der Nationalsozialismus und die Shoah dienen hier als Chiffre für das absolut Böse und für Gewalt.

Ein nicht eindeutig zuzuordnendes und eventuell belastetes materielles Erbe, Immobilien wie Geld, können ein Grund für Recherchen nach Enteignung („Arisierung“) und Spuren von Zwangsarbeit sein. Das gilt ebenso für diejenigen, deren Vorfahren enteignet wurden oder die gezwungen waren, für die deutschen Betriebe zu arbeiten.

In vielen Familien finden sich Kunstwerke und andere Objekte, die möglicherweise während der nationalsozialistischen Raubkunstaktionen vor und während des Zweiten Weltkrieges aus jüdischem Besitz oder anderweitig entwendet wurden. Diese Gegenstände – etwa Gemälde, Skulpturen oder Artefakte – können als Teil des familiären Erbes über Generationen weitergegeben worden sein, ohne dass deren problematische Herkunft bekannt war.³²

Große Teile der zur NS-„Volksgemeinschaft“ gezählten Personen werden heute erst zögerlich auf eine mögliche Beteiligung am Gesellschaftsverbrechen des Nationalsozialismus hin untersucht. Dazu zählen Frauen, die in den meisten familienbezogenen Recherchen eine untergeordnete, teils auch gar keine Rolle spielen.

Die Recherchen erstrecken sich zunehmend über das Gebiet des Deutschen Reiches hinaus auf die besetzten Gebiete Europas. Dadurch gewinnen immer mehr

Personengruppen an Bedeutung, deren Handlungsfacetten nun stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Dazu gehören nicht nur General- und Gebietskommissare sowie Angehörige von Polizei und SS/SD, sondern auch weitere in zivilen Stellen tätige Frauen und Männer wie Mitarbeiter der Deutschen Reichsbahn und Lkw-Fahrer, die als Teil des Kriegsapparats fungierten. Weiterhin sind auch Frauen und Männer zu nennen, die unterstützende Rollen in den besetzten Gebieten übernahmen, etwa als Schreibhelfer, Dolmetscher oder Pflegekräfte, ebenso wie die Stabshelferinnen der Wehrmacht und die „volksdeutschen“ Siedlerinnen und Siedler. Der Kreis erweitert sich noch weiter auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsämter und der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi) sowie auf Ehefrauen und Kinder, die zusammen mit den Besatzern in die verschiedenen Reichskommissariate zogen.

Die Kriegsbiografien von Wehrmachtsoldaten, einschließlich ihrer Einsätze, Verwundungen und Gefangenschaft, können durch die umfangreichen Bestände der Abteilung PA im Bundesarchiv gut rekonstruiert werden. Ergänzend dazu ermöglichen die Akten im Freiburger Militärarchiv eine detaillierte und oft aufwendigere Recherche, insbesondere auf Divisionsebene.³³

85 Prozent der Anfragen an die Abteilung PA betreffen Familienangehörige.³⁴ Das Niveau der Anfragen ist in den vergangenen Jahren recht stabil. Für das Jahr 2022 konnte man dort 38 186 Eingänge verzeichnen. Im Jahr 2021 waren es 38 534 Eingänge von Anfragen im Bereich Personenbezogene Auskünfte zum Ersten und Zweiten Weltkrieg.³⁵

Im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde lässt sich mithilfe der BDC-Bestände, des ehe-

maligen MfS-Archivs und weiterer Bestände danach forschen, welche Aufgaben Verwandte in der NSDAP und deren Gliederungen (wie u. a. der SS), in unterschiedlichen Polizeiformationen und in den Zivilverwaltungen besetzter Gebiete übernommen haben.

Bekannterweise können schließlich Stadt- und Kreisarchive nicht nur bedeutend für die Klärung grundlegender Personendaten, sondern auch reichhaltige Fundstellen zur Erörterung lokaler historischer Kontexte sein. Oftmals sind gerade die kleineren Archive eng verbunden mit lokalen Geschichtsinitiativen und Gedenkstätten, deren Arbeit ein wichtiges Fundament von NS-Familiengeschichten darstellen können. Wo es kleineren Erinnerungsstätten an Nachwuchs fehlt, ist die Sicherung ihrer Bestände von großer Bedeutung.³⁶

Chancen und Erwartungen

„§ 10 Nutzung von Archivgut des Bundes

(1) Jeder Person steht nach Maßgabe dieses Gesetzes auf Antrag das Recht zu, Archivgut des Bundes zu nutzen.“³⁷

Auch abseits psychischer Faktoren erfahre ich von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Workshops wie auch von meinen Kundinnen und Kunden, was mögliche Hemmnisse einer Recherche sind. Dazu zählt eine Distanz zur Welt der Archive wie auch eine Form der Ehrfurcht vor ihnen. Einige haben gar keine, andere sehr gute Erfahrungen mit der Arbeit in Archiven. Andere wiederum berichten gar von negativen Erfahrungen und von nicht beantworteten Anfragen, aber auch positive Erlebnisse und

Erfolge werden genannt. Grundlegend ist die Archivrecherche etwas, was sich Interessierte zutrauen und was sie selbst aktiv gestalten müssen. Familienbiografische Workshops dienen unter anderem dazu, einige dieser Ängste zu mindern und Hürden zu nehmen. Zu vermitteln, dass Privatmenschen dazu autorisiert sind, Archive für ihre genealogischen Zwecke zu nutzen, dass ihre Anliegen dafür „wichtig genug“ sind, ist Aufgabe der historischen Bildungsarbeit, aber auch der Archive selbst.

Teilt man die Ansicht, dass Recherchen einen positiven Effekt auf die Gegenwart haben können, so sind diese zu fördern und zu erleichtern, sind Interessierte also zu ermutigen. Zu meinen Aufgaben zählt es jedoch auch immer, Erwartungen an die Ergebnisse der Recherchen zu dämpfen. Es besteht immer die Möglichkeit, über eine Person nur sehr wenig oder – in seltenen Fällen – gar nichts zu finden. Auch hiermit müssen die Recherchierenden einen Umgang finden. Historikerinnen und Historiker sowie Archivarinnen und Archivare stehen vor der Aufgabe, dies erklärbar zu machen. Zu Recherchen gehört gesellschaftliches Kontextwissen, das beispielsweise verstehbarer macht, warum sich über einen mäßig engagierten Mecklenburger Bauern und späteren Gefreiten der Wehrmacht weniger finden lässt als über einen im urbanen Raum aktiven Staatsanwalt mit Karriere im Nationalsozialismus. Interesse dafür zu wecken, dass die Briefe der in der NS-Frauenschaft aktiven Urgroßmutter für viele Fragestellungen ebenfalls relevant sein können, gehört auch zu diesen Aufgaben. Für die Archive bedeutet das: Aktivierung, auf Menschen zugehen, Vermittlung, aktive Betreuung vor Ort, aber auch die vielfach diskutierte Präsenz im digitalen Raum.

Gleichzeitig kann und muss den Interessierten zugemutet werden, selbstständig zu recherchieren. Viele Aufgaben können Archivarinnen und Archivare ihnen nicht abnehmen: Recherche bedeutet Aufwand. Das eigenständige Recherchieren wird häufig als eine gewinnbringende Erfahrung geschildert. Vor allem aber bleibt der Bereich der Interpretation und der Schlussfolgerungen notwendiger- und sinnvollerweise den Einzelnen überlassen. Teils lässt sich Geschichte über Karteikarten erschließen – in Karteiform allein funktioniert sie aber nie. Sich Kontext zu erschließen, der zum Verständnis der Ergebnisse beiträgt, bleibt ein mühsames Unterfangen.

Das Bundesarchiv hat in letzter Zeit wichtige Meilensteine vollbracht, etwa mit der Bearbeitung deutscher Kolonialakten mit KI, womit alte Handschriften leichter zugänglich geworden sind.³⁸ Auch die allgemeine Digitalisierung deutscher Kolonialakten schreitet voran.

Neben dem deutschen Kolonialismus wird auch die DDR-Geschichte künftig eine größere Rolle bei privaten Recherchen spielen.³⁹

Mittelfristig gefragt sind Schnittstellen zwischen dem Forschungsinteresse einzelner Privatpersonen und den Ressourcen der Archive. Länger wird es wohl noch dauern, bis solche Schnittstellen direkt mit den Quellen verbunden werden können. Auch hier kann jedoch niemandem die Mühe abgenommen werden, die historische Recherchen bedeuten. Vor allem aber die Deutung der Quellen und daraus eventuell hervorgehende moralische Schlüsse obliegen den Angehörigen selbst. Ob und wie eine für die Gegenwart gewinnbringende Auseinandersetzung gestaltet werden kann, ist Teil der

inner- und außerfamiliären Kommunikation – es handelt sich mitunter um den herausforderndsten, aber auch um den interessantesten Teil der NS-Familienrecherchen.

Unter den derzeitigen Bedingungen ist für die Auftraggeber am kostengünstigsten und einfachsten, teils auch rechtlich unumgänglich, schriftliche Anfragen beim Bundesarchiv zu stellen, statt die Recherchen selbst durchzuführen. Der in vielen Fällen bürokratische Ablauf einer Recherche verlangsamt nicht nur die Arbeit der Recherchedienste, sondern auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Archive. Aus der Sicht des Recherchedienstleisters wären daher autorisierte Zwischeninstanzen zwischen Interessierten und Archiven vonnöten. Dabei wäre auszuloten, wie die archivrechtlichen Bestimmungen gewahrt, Ressourcen der Archive geschont und Recherchierenden die Arbeit erleichtert werden kann. Es stellt sich die Frage, inwieweit der Schutz von Persönlichkeitsrechten an

Dritte abgegeben werden kann. Bezüglich der NS-bezogenen Recherchen werden viele Schutzfristen in den kommenden Jahren aber ohnehin wegfallen und dadurch neue Möglichkeiten entstehen.

Eine Erweiterung der Möglichkeiten bedeutet nicht zwangsläufig, dass sich auch immer mehr Fragen der Recherchierenden aufklären lassen. Meist bleiben hier Lücken bestehen, vor allem hinsichtlich der Mentalität, der Einstellungen und des inneren Erlebens der recherchierten Personen. Damit umzugehen, bleibt häufig eine Herausforderung für die Nachfahren.

Familienbiografische Recherchen sind kein vermeidbarer Luxus, sondern vielmehr ein möglicher Baustein gesellschaftlicher Emanzipation. Den interessierten und kritischen Blick in eine Vergangenheit, die nicht vergeht, aufzugeben, könnte hingegen bedeuten, die gesellschaftliche Regression noch stärker zu beschleunigen.

1 Vgl. Oliver von Wrochem/Christine Eckel/KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), *Nationalsozialistische Täterschaften: Nachwirkungen in Gesellschaft und Familie*, Berlin 2016.

2 Vgl. Detlef Bald/Johannes Klotz/Wolfram Wette, *Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege*, Berlin 2001.

3 Vgl. Achim Doerfer, „Irgendjemand musste die Täter ja bestrafen“. Die Rache der Juden, das Versagen der deutschen Justiz nach 1945 und das Märchen deutsch-jüdischer Versöhnung, Köln 2021.

4 Michael Papendick/Jonas Rees/Franziska Wäschle/Andreas Zick, *Multidimensionaler Erinnerungsmonitor (MEMO) III/2020. Forschungsbericht IKG. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) Universität Bielefeld, Bielefeld 2020, S. 14.*

5 Vgl. Clemens Böckmann/Johannes Spohr (Hg.), *Phantastische Gesellschaft. Gespräche über falsche und imaginierte Familiengeschichten zur NS-Verfolgung*, Berlin 2022, S. 277.

6 Vgl. zu diesem Phänomen Böckmann u. a., *Phantastische Gesellschaft* (wie Anm. 5).

7 *Perfide Strategie oder mangelnde Bildung*, in: *Tagesschau*, 24.11.2020, <https://www.tagesschau.de/inland> (letzter Abruf 22.11.2021).

8 „Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt; Zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedler, Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Adoption durch einen deutschen Elternteil erhalten haben sowie die mit deutscher Staatsangehörigkeit geborenen Kinder der vier zuvor genannten Gruppen.“ Vgl. *Bevölkerung mit Migrationshintergrund*, 24.4.2024, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund/> (letzter Abruf 6.1.2025).

- 9 Vgl. Papendick u. a., Erinnerungsmonitor (MEMO) (wie Anm. 4).
- 10 Als Beispiel ist hier das Fotokonvolut des SS-Untersturmführers Johann Niemann zu nennen, das in das United States Holocaust Memorial Museum abgegeben und in Buchform kommentiert veröffentlicht wurde. Vgl. Bildungswerk Stanislaw Hantz/Forschungsstelle Ludwigsburg (Hg.), Fotos aus Sobibor. Die Niemann-Sammlung zu Holocaust und Nationalsozialismus, Berlin 2020.
- 11 Vgl. „Schuld kult“, in: Bente Gießelmann, Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Schwalbach 2016.
- 12 Vgl. zu den Angaben der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin: Vandalismus an jüdischen Gedenkstätten hat zugenommen, in: rbb24, 2.11.2024, <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/11/antisemitismus-stopersteine-beschadigung-gedenkstaetten.html> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 13 Vgl. Ulla-Britta Vollhardt/Mirjam Zadoff/NS-Dokumentationszentrum München (Hg.), Wichtiger als unser Leben. Das Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos, Göttingen 2023.
- 14 Vgl. zum systematischen Verbrennen von Leichen aus vormaligen Massengräbern Andrej Angrick, „Aktion 1005“, Spurenbeseitigung von NS-Massenverbrechen 1942–1945. Eine „geheime Reichssache“ im Spannungsfeld von Kriegswende und Propaganda, Göttingen 2018.
- 15 Vgl. Andreas Kunz, Wehrmacht und Niederlage. Die bewaffnete Macht in der Endphase der nationalsozialistischen Herrschaft 1944 bis 1945, München 2007, S. 17 (u. a. Anm. 41).
- 16 Vgl. Joseph Walk/Daniel Cil Brecher/Robert M. W. Kempner u. a. (Hg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat: eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien. Inhalt und Bedeutung, 2. Aufl., Heidelberg 1996, S. 406.
- 17 Vgl. Josef Henke, Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme – Rückführung – Verbleib, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 30 (1982), S. 557–620, hier S. 564.
- 18 Digitalisierung in der Abteilung Militärarchiv (Überlieferungsbereich 1849 bis 1949), o. D., in: Das Bundesarchiv, <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Artikel/Ueber-uns/Aus-unserer-Arbeit/digitalisierung-abt-ma.html> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 19 Vgl. Zerstört, geplündert, der Witterung ausgesetzt: Hilferuf ukrainischer Archive, in: Arolsen Archives, 29.11.2023, <https://arolsen-archives.org/news/zerstoert-gepluendert-der-witterung-ausgesetzt-hilferuf-ukrainischer-archiv/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 20 Dazu zählen die Bestände des ehemaligen Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), der Wehrmacht-
auskunftsstelle (WAS) sowie künftig auch bestimmter Bestände des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) zum Zweiten Weltkrieg.
- 21 Vollständige Bezeichnung: Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WAS).
- 22 Vgl. die Homepage der Arolsen Archives, <https://arolsen-archives.org/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 23 Gesa Knolle und Birthe Templin, Was bleibt, Deutschland 2008, <http://www.wasbleibt-film.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 24 „Gemäß Anordnung 1/44 des Reichsschatzmeisters vom 7.1.1944 wurde hinsichtlich der Aufnahme von weiblichen und männlichen HJ-Angehörigen der Jahrgänge 1926 und 1927 verfügt, dass das Aufnahmealter von 18 auf 17 Jahre herabzusetzen war.“ „Für die Angehörigen der Hitlerjugend des Geburtsjahrganges 1928 war gemäß Anordnung 24/44 vom 30.9.1944 eine Aufnahme in die NSDAP nicht mehr geplant.“ Vgl. Informationen zum Verfahren der Aufnahme in die NSDAP, o. D., in: Das Bundesarchiv, <https://www.bundesarchiv.de/das-bundesarchiv/aus-unserer-archivarbeit/informationen-zum-verfahren-der-aufnahme-in-die-nsdap/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 25 Vgl. NRW-Entnazifizierungsakten: Stillstand bei der Online-Stellung, in: CompGen, 29.9.2024, <https://www.compgen.de/2024/09/nrw-entnazifizierungsakten-stillstand-bei-der-online-stellung/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 26 Vgl. Hanne Lessau, Entnazifizierungsgeschichten: die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020.
- 27 Vgl. zum Konzept der Generation: Ohad Parnes/Ulrike Vedder/Stefan Willer, Das Konzept der Generation. Eine Wissenschafts- und Kulturgeschichte, Frankfurt am Main 2008.
- 28 Vgl. Johannes Reitter, Ein Mantel des Schweigens. Der Umgang mit der NS-Geschichte in Opfer- und Täterfamilien, Wien 2022, S. 321.
- 29 Vgl. zudem zu den Schwierigkeiten der Organisationsversuche unter Nachfahren: Andreas Hechler, Diagnosen von Gewicht. Innerfamiliäre Folgen der Ermordung meiner als „lebensunwert“ diagnostizierten Urgroßmutter, in: Cora Schmechel/Fabian Dion/Kevin Dudek/Mäks Roßmöller (Hg.), Gegen-diagnose. Beiträge zur radikalen Kritik an Psychologie und Psychiatrie, Münster 2015, S. 143–193.
- 30 Vgl. den Post von Rüdiger Lucassen am 2.11.2024 auf X, https://x.com/MdB_Lucassen/status/1852681148951896151 (letzter Abruf 6.1.2025).
- 31 Vgl. <https://www.straginzafasciste.it/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 32 Vgl. beispielsweise Benjamin Lahusen, Vom hard law zum soft law und wieder zurück? Die Rücker-

- stattung nationalsozialistischer Raubkunst seit 1945, in: Kunst und Recht 24 (2022), S. 91-97.
- 33 Vgl. Personenbezogene Unterlagen militärischer Herkunft, in: Das Bundesarchiv, o. D., <https://www.bundesarchiv.de/im-archiv-recherchieren/archivgut-recherchieren/personen-und-familienforschung/personenbezogene-unterlagen-militaerischer-herkunft/#c51245> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 34 Vgl. Berlin-Tegel (ehemals Wehrmachtsauskunftsstelle), in: Das Bundesarchiv, o. D., <https://www.bundesarchiv.de/das-bundesarchiv/standorte/berlin-tegel/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 35 Schriftliche Auskunft auf Pressefrage vom 15.6.2023.
- 36 Vgl. Gedenken an NS-Verbrechen: Den kleinen Erinnerungsstätten fehlt es an Nachwuchs, in: FAZ.NET, 13.3.2021, <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/gedenken-an-ns-verbrechen-erinnerungsstaetten-fehlt-es-an-nachwuchs-17229628.html> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 37 Vgl. Bundesarchivgesetz, in: Das Bundesarchiv, <https://www.bundesarchiv.de/das-bundesarchiv/rechtsgrundlagen/bundesarchivgesetz/> (letzter Abruf 6.1.2025). Die Bestimmungen in den Landesarchiven sind häufig denen im Bundesarchiv ähnlich, zudem sind die Stadt- und Kreisarchive häufig an die Vorgaben aus den Landesarchivgesetzen gebunden.
- 38 Vgl. Kolonialakten dank Künstlicher Intelligenz jetzt vollständig durchsuchbar, in: Das Bundesarchiv, 28.6.2024, <https://www.bundesarchiv.de/presse-und-medien/pressemitteilung/kolonialakten-dank-kuenstlicher-intelligenz-jetzt-vollstaendig-durchsuchbar/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 39 Die familiäre Bedeutung der Überlagerungen von NS- und DDR-Geschichte hat beispielsweise der Erfolg des Buches von Anne Rabe bewiesen. Vgl. Anne Rabe, Die Möglichkeit von Glück, Stuttgart 2023.

*Dr. Johannes Spohr
ist Historiker und betreibt in Berlin
den Recherchedienst present past
zum Nationalsozialismus in Familie
und Gesellschaft (present-past.net).*

*E-Mail:
info@present-past.net*

Gesammeltes Wissen in dunklen Kellern?

Die Erwartungshaltung von Studierenden der Leuphana Universität Lüneburg gegenüber Archiven

von Thomas Kück

Umfrage

Um die Erwartungshaltung von Studierenden gegenüber Archiven darzustellen, musste diese Haltung erst einmal erforscht werden: Haben Sie schon einmal ein Archiv genutzt? Und wenn ja, was waren vorher ihre Erwartungen und inwiefern decken sich die Erwartungen hinterher mit Ihren Erfahrungen? Diese und andere Fragen wurden im Wintersemester 2023/24 in einer Umfrage erhoben und für den Vortrag auf dem 7. Niedersächsisch-Bremischen Archivtag in Goslar im April 2024 ausgewertet.

Die Befragten waren Teilnehmende aus verschiedenen Lehrveranstaltungen an der Fakultät Bildung der Leuphana Universität Lüneburg, einer Vorlesung und einem Seminar. Die Auswahl der Studierenden und auch deren Antworten sind nicht repräsentativ.

Die Befragten befanden sich mehrheitlich im Lehramtsstudium für Grund-, Haupt- und Realschulen sowie für Berufsbildende Schulen. Einige Befragte waren Gasthörer:de. Der Rücklauf war hoch und betrug insgesamt 61 Fragebögen.

Umfragedesign

Der analoge Fragebogen umfasste insgesamt acht Fragen, die in ihrer Struktur sowohl quantitativ als auch qualitativ

ausgerichtet waren. Die quantitativen Fragen dienten einem Faktencheck: Welcher Studienabschluss wird angestrebt, wurde schon einmal eine Bibliothek oder ein Archiv genutzt und wenn ja, zu welchem Zweck? Sollte ein Archiv digital oder analog zur Verfügung stehen? Bei einigen dieser Fragen waren Mehrfachantworten möglich. Die qualitativen Fragen zielten auf eine individuelle Beschreibung der Erwartungen und Erfahrungen.

Die Fragen lauteten im Einzelnen:

1. „Ich studiere aktuell:
a) Abschluss Bachelor, b) Abschluss Master, c) Gasthörer/in“.
2. „Die Universitätsbibliothek nutze ich:
a) analog, b) online, c) analog und online, d) gar nicht“.
3. „Mit dem Begriff ‚Archiv‘ assoziiere ich: ...“.
4. „Für mich hat ein Archiv folgende Funktionen: ...“.
5. „Ich habe schon einmal ein Archiv genutzt:
a) ja, b) nein“.
6. „Ein Archiv würde ich zu folgendem Zweck nutzen:
a) Studium/Prüfungsleistung, b) beruflich, c) privat (z. B. Familienforschung)“.
7. „Wenn ich ein Archiv nutzen wollte, müsste es
a) analog zugänglich sein, b) online zur Verfügung stehen“.

8. „Von einem Archiv erwarte ich:
 a) analoge Erreichbarkeit (Anbindung an Öffis usw.), b) online Erreichbarkeit (digitale Vernetzung usw.), c) Service (professionelle Unterstützung durch Fachpersonal), d) TechniksUPPORT (Kopiermöglichkeiten, Dateien teilen usw.), e) weitere Erwartungen: ...“.

Die Auswertung der Antworten richtete sich quantitativ nach der Gesamtzahl (N = 61). Bei den qualitativen Antworten zeigten sich bei leichten sprachlichen Abweichungen zahlreiche inhaltliche Übereinstimmungen, sodass die Antworten übersichtlich kategorisiert werden konnten.

Auswertung

Die erste Frage richtete sich auf den angestrebten Studienabschluss. Von den 61 Teilnehmenden befanden sich 29 Personen im Bachelorstudium und 26 im Masterstudium. Sechs Studierende waren Gasthörernde.

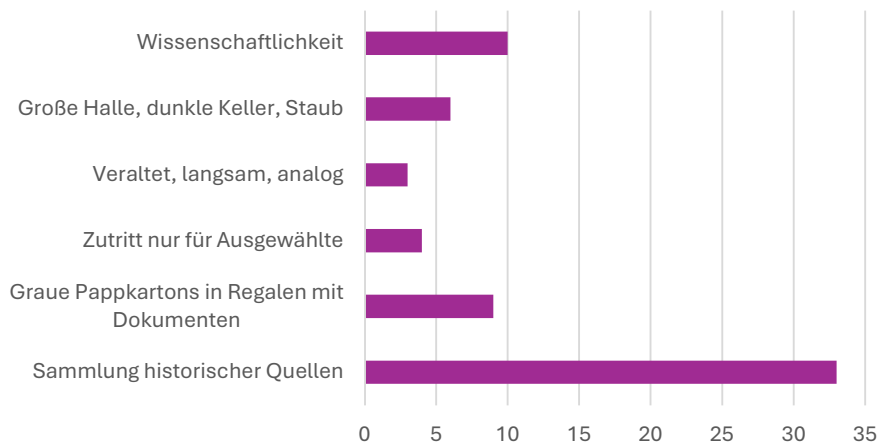
Bevor die Umfrage konkret zur Archivnutzung überging, sollte mit der zweiten Frage zunächst erhoben werden, ob und wie die Befragten die Universitätsbibliothek nutzen: Analog, online, analog und online oder gar nicht. Die Corona-Pandemie hatte von den Studierenden ein sofortiges Umstellen des Studienverhaltens gefordert: Bibliotheken durften nicht mehr vor Ort genutzt werden. Alles musste online gesucht und digital gelesen werden. Jetzt, nach Corona, den Schritt zurück zu machen und die Bibliotheken wieder analog zu nutzen, fällt vielen schwer. Entsprechend fielen die Antworten auf diese Frage aus: Drei Studierende nutzen die Bibliothek ausschließlich

analog und fünf Studierende nutzen sie ausschließlich online. Die überwiegende Mehrheit (52 Teilnehmende) greift sowohl analog als auch online auf die Universitätsbibliothek zu. Das sind 85 Prozent aller Teilnehmenden. Eine Person räumt ein, die Bibliothek gar nicht zu nutzen.

Den Übergang zum Thema Archiv und Archivnutzung bildete eine freie Assoziation zum Begriff „Archiv“. Die Antworten lassen sich in sechs Kategorien einordnen, die in aufsteigender Anzahl wie folgt lauten: „Veraltet, langsam, analog“ (= 3), „Zutritt nur für Ausgewählte“ (= 4), „Große Halle, dunkle Keller, Staub“ (= 6), „Graue Pappkartons in Regalen mit Dokumenten“ (= 9), „Wissenschaftlichkeit“ (= 10) und „Sammlung historischer Quellen“ (= 33). Diese Antworten lassen sich zwar nicht am Normalwert (N = 61) ausrichten, weil Mehrfachantworten möglich waren. Sie zeigen aber, dass die drei am häufigsten genannten Assoziationen um die Qualität wissenschaftlich-historischer Arbeit kreisen: Mit einem Archiv werden Regale mit Dokumenten, Wissenschaftlichkeit und die Sammlung historischer Quellen verbunden.

Welche Funktionen schreiben die Studierenden einem Archiv zu? Bei den Antworten zu dieser vierten Frage ließen sich fünf Kategorien finden, wiederum in aufsteigender Reihenfolge: „Wissenschaftliche historische Arbeit“ (= 10), „Recherche“ (= 11), „Sammlung und Sortierung“ (= 14), „Bewahrung von Dokumenten“ (= 22) und „Wissen zugänglich machen“ (= 23). Dieses Ergebnis zeigt in seinen beiden am meisten genannten Antworten eine doppelte Funktion: Intern geht es um die (wissenschaftlich-historische und sortierte) Bewahrung von Dokumenten, die als Wissen extern zugänglich gemacht werden sollen.

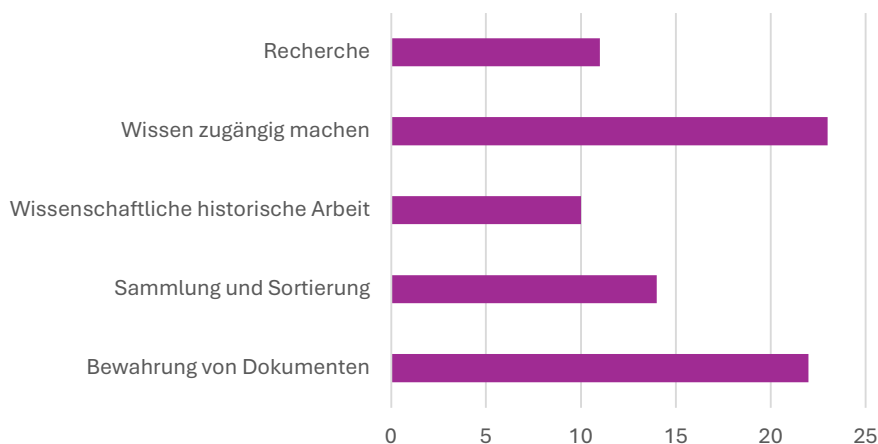
Mit dem Begriff "Archiv" assoziiere ich:



Lassen diese konkreten Erwartungen an das Wesen und die Funktion eines Archivs erwarten, dass eine qualifiziert große Mehrheit schon einmal ein Archiv genutzt hat? Hier kann die Beantwortung der fünften Frage überraschen, weil etwas

weniger als die Hälfte der Befragten noch nie ein Archiv genutzt hat. 35 Personen geben zwar an, schon einmal ein Archiv genutzt zu haben (= 58 Prozent), aber 25 Teilnehmende haben das noch nie getan (= 42 Prozent).

Für mich hat ein Archiv folgende Funktionen:



Zu welchem Zweck würden die Studierenden ein Archiv nutzen? Auf diese sechste Frage antworteten 51 Personen mit „Studium/Prüfungsleistung“, 35 Teilnehmende mit „privat“, also für Familienforschung beispielsweise, und 25 Befragte können sich vorstellen, später einmal beruflich ein Archiv nutzen zu wollen oder zu müssen. Auch hier waren Mehrfachantworten möglich.

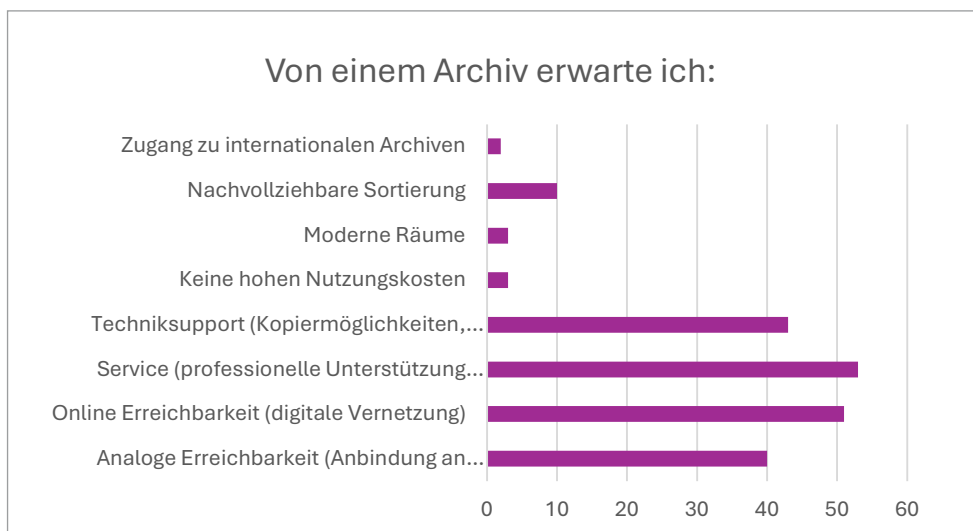
Wie bei der Frage nach der Art und Weise der Bibliotheksnutzung wurde in der siebten Frage auch zur Archivnutzung gefragt: 41 Personen wollen ein Archiv analog nutzen, und für 49 Befragte müsste es online zur Verfügung stehen. Das sind insgesamt 90 Antworten bei 61 Befragten. Auch hier wurden also Mehrfachantworten gegeben, sodass wie bei der zweiten Frage nach der Art und Weise der Bibliotheksnutzung auch hier ein „sowohl als auch“ mehrheitsfähig war.

Die achte und letzte Frage zielte schließlich auf die konkrete Erwartungshaltung der Studierenden in Bezug auf die Nutzung von Archiven. Neben den fünf vorgeschlagenen

Antwortmöglichkeiten wurden weitere Antworten gegeben, sodass sich insgesamt acht Kategorien herausgestellt haben, hier wiederum in der Reihenfolge aufsteigend genannt: „Zugang zu internationalen Archiven“ (= 2), gleichrangig dann sowohl „Keine hohen Nutzungskosten“ (= 3) als auch „Moderne Räume“ (= 3), dann eine „Nachvollziehbare Sortierung“ (= 10), eine „Analoge Erreichbarkeit (Anbindung an Öffis usw.)“ (= 40), „Techniksupport (Kopiermöglichkeiten, Dateien teilen usw.)“ (= 43), „Online Erreichbarkeit (digitale Vernetzung)“ (= 51) und „Service (professionelle Unterstützung durch Fachpersonal)“ (= 53).

Fazit

Was ist also die Erwartungshaltung von Studierenden der Leuphana Universität Lüneburg gegenüber Archiven? Der Vergleich zwischen der Bibliotheks- und der Archivnutzung hat Parallelen aufgezeigt. Die Coronapandemie hat das Nutzungsverhalten ver-



ändert, manche sagen auch modernisiert, sodass die früher übliche analoge Nutzung in den Hintergrund tritt. Zwar sind auch diejenigen in der Minderheit, die das eine oder das andere Angebot ausschließlich online nutzen, aber eine Mischung aus analoger und digitaler Nutzung entspricht der Erwartung einer überwiegenden Mehrheit. In dieser Gruppe wird der Anteil derjenigen zunehmen, die sowohl eine Bibliothek als auch ein Archiv online nutzen wollen. Archive und deren Finanzierungsträger werden sich darauf einzustellen haben, was zwar einen nicht unerheblichen finanziellen Aufwand mit sich bringt, aber die wertvolle Arbeit für die Zukunft sichert.

Außerordentlich positiv fällt die Bewertung der Arbeit eines Archivs auf. Auch ohne jemals in einem Archiv gewesen zu sein, assoziiert eine Mehrheit der Befragten damit Regale mit Dokumenten, Wissenschaftlichkeit und die Sammlung historischer Quellen. Entsprechend hoch wird auch die Funktion der Archive qualifiziert. Diese stark gewichtete Funktion richtet sich sowohl nach innen als auch nach außen, denn es geht um die anspruchsvolle Bewahrung von Dokumenten, die Interessierten als Wissen zugänglich gemacht werden sollen.

Um diesen hohen Anspruch zum Archivwesen auch künftig halten und ihm gerecht werden zu können, sollten die beiden höchsten Werte in der Beantwortung der achten Frage gewürdigt werden: Erwartet werden Service und Support. Studierende wie auch andere Besuchende, denen ein Archiv fremd ist, überwinden innere Barrieren und wenden sich an ein Archiv. Dass sie dort ein gesammeltes Wissen in dunklen und staubigen Kellern vorfinden, erwarten die wenigsten (= 6 bei N= 61). Daher dient diese Minderheitenantwort in der Überschrift dieses Beitrags auch als ein Klischee und wird mit einem deutlichen Fragezeichen versehen. Wenn aber die überwiegende Mehrheit der Befragten bei einer grundsätzlich wertschätzenden Haltung gegenüber Archiven eine Unterstützung in Service und Technik erwartet, dann entspricht das zum einen den Ergebnissen der jüngsten Shell-Jugendstudie in Bezug auf das grundsätzliche Nutzungsverhalten von Jugendlichen und stellt zum anderen hohe Anforderungen an die Professionalität der in einem oder für ein Archiv tätigen Fachleute. Das kann hilfreich sein, um junge Menschen zu verstehen und deren Nutzungserwartungen zu antizipieren, um ihnen künftig angemessen begegnen zu können.

*Prof. Dr. Thomas Kück
ist außerplanmäßiger Professor am Institut
für Ethik und Theologie der Leuphana
Universität Lüneburg.*

*E-Mail:
thomas.kueck@leuphana.de*

Zimelien im Bestand Gronewalt der Marktkirchen-Bibliothek Goslar¹

von Helmut Liersch

Es handele sich um „eine kleine und wie es scheint nicht wertvolle theologische Bibliothek“, so urteilte 1840 der Goslarer Magistrat. Mit dieser Einschätzung erreichte er, dass der Kirchenvorstand der Marktgemeinde die 434 Bände aus ihrem 1535 errichteten Anbau am Hohen Chor der Marktkirche herausnahm und die Bücher an ungeeigneter Stelle im Kirchenraum unterbrachte. Stattdessen durften in dem „feuerfesten Local“ die Akten und Urkunden der Stadt sicher untergebracht werden.² Erst Jahrzehnte später begann es den Verantwortlichen in der ehemaligen Kaiserstadt zu dämmern, dass ihnen da etwas sehr Besonderes anvertraut war. 1896 erschien ein Verzeichnis der lateinischen Titel, 1904 kamen die Bücher wieder an ihren angestammten Platz, 1911 folgte ein vollständiger Katalog in gedruckter Form.³ Der eigentliche Schlüssel zur Erschließung der Bibliothek, der ihr trotz des bescheidenen Umfangs eine herausgehobene Bedeutung gibt, wurde allerdings erst 1982 durch Ulrich Bubenheimer entdeckt und erstmals 1996 publiziert.⁴

Die Entdeckung der Provenienz Gronewalt

Der Reutlinger Reformationswissenschaftler Ulrich Bubenheimer hatte sich im Zuge seiner Forschungen über Karlstadt und

Müntzer in der Goslarer Bibliothek umgesehen. Da sein besonderes Augenmerk auf die Bestimmung der jeweiligen Provenienz eines Bandes gerichtet war, achtete er vor allem auf die handschriftlichen Zusätze und Paratexte. Diese Methode führte zu einer überraschenden Entdeckung: Ein umfangreicher Kernbestand gehörte ursprünglich einem Kleriker und Notar aus Halberstadt. Bubenheimer hatte und hat die Fähigkeit, Autographen des 16. Jahrhunderts dem jeweiligen Schreiber zuzuordnen, was zu zahlreichen Funden in diversen Bibliotheken geführt hat. Hatte man früher in Goslar geglaubt, dass die Bestände im Zuge des Aufkommens der Reformation nach und nach von Bürgern der Stadt zusammengetragen worden waren, kam es nun zu einer völlig neuen Sicht. Nicht unterschiedliche Personen hatten die Einträge in die Flugschriften und Bücher ausgeführt, sondern ein und dasselbe Individuum. Damit präsentierte sich ein Teilbestand als umfangreiche Privatbibliothek eines gelehrten Humanisten des frühen 16. Jahrhunderts. Die Auswertung eines im Goslarer Stadtarchiv aufbewahrten Inventariums von 1559⁵ ergab, dass zu diesem Zeitpunkt drei Viertel der Bibliothek aus Bänden bestand, die dieser nach Goslar gegeben hatte.

Es handelte sich um Andreas Gronewalt, der vor 1480 geboren wurde und seine humanistische Bildung in Erfurt und Wit-



Der Halberstädter Notar und Kleriker Andreas Gronewalt hatte die Angewohnheit, viele seiner Bände im Buchschnitt mit Signaturen zu versehen und entsprechend aufzustellen. Diese Anordnung wurde im neuen Schaudapot des Kulturmarktplatzes Goslar übernommen. (Foto: Archiv der Marktkirchen-Bibliothek Goslar)

tenberg erhalten hatte. Ulrich Bubenheimer brachte damit in einer Art historischer Kriminalistik eine bis dahin unbekannte Persönlichkeit ans Licht, die einerseits fasziniert war von den neu aufkommenden lutherischen Gedanken, andererseits aber im alten System verhaftet war, nicht zuletzt durch notarielle Aufgaben für Kardinal Albrecht von Brandenburg. Somit bieten seine handschriftlichen Anmerkungen in den von ihm erworbenen Schriften einen unmittelbaren Einblick in die hoch ambivalente Gärzeit der Reformation: Noch war nichts entschieden, Luther war vogelfrei, die reformatorischen Bestrebungen in Halberstadt wurden 1523 brutal niedergeschlagen, humanistische Freunde wurden offen Anhänger Luthers.

Stifternamen auf Buchschließen

Somit kann man den gesamten Bestand Gronewalt – in Goslar⁶ handelt es sich um 158 Bände mit 727 Titeln, davon 60 Inkunabeln – als eine Zimelie ansehen: Die Anmerkungen machen jede einzelne der von Gronewalt erworbenen Publikationen zu einem Unikat. Aus der Fülle des Bestandes können hier nur ein paar wenige erwähnt werden. Zunächst jedoch zu einer Besonderheit, die eine Folge des Bibliothekstransfers von Halberstadt nach Goslar im Jahre 1535 war: Die Stadt hatte an den Hohen Chor der Marktkirche einen Anbau für die Aufnahme der Bibliothek errichten lassen – das dürfte der allererste



Buchgeschichtlich einmalig ist die Gravur von Stifternamen auf Buchschließen. 1535 stifteten die Goslarer Geistlichen die zehnbändige Augustin-Ausgabe des Erasmus von Rotterdam aus dem Jahre 1528/29. Im Bild die untere Schließe des Bandes von Eberhard Weidensee: WIDENSE[E](VS). Der Goslarer Superintendent war mit Gronewalt befreundet und Empfänger der Halberstädter Bibliothek. (MKB 60; Foto: Archiv der Marktkirchen-Bibliothek Goslar)

Bau sein, der durch die Reformation aufgelöst war. Die seit 1528 der lutherischen Lehre verpflichteten Gemeindepfarrer der Reichsstadt waren von der Ankunft einer so reichhaltigen Bibliothek offenbar so sehr angetan, dass sie ihrerseits eine Spende hinzufügten. Sie besorgten gemeinsam die im Bestand Gronewalt nicht enthaltenen zehn Bände der von Erasmus von Rotterdam 1528/29 herausgegebenen Werke Augustins und fügten sie der neu entstandenen Sammlung hinzu. Auf die je zwei Buchschließen ließen sie oben ihren Vor- und unten ihren Nachnamen eingravieren, so dass auf diese Weise das Geistliche Ministerium der Stadt verewigt ist. Gleichzeitig wurde damit ein theologisches Statement abgegeben: Man wusste sich angesichts der sowohl bei Augustin als auch bei Luther vertretenen Gnadenlehre mit der Alten Kirche verbunden – das Mittelalter dazwischen galt als Zeit der

Fehlentwicklung. Dieser Vorgang, dass die Namen einer Gruppe von zehn Stiftern auf Buchschließen graviert wurden, ist buchgeschichtlich einmalig.⁷

Ablass wird Makulatur

Die 2012 begonnene systematische Erforschung des Goslarer Altbestandes umfasste auch ein Durchblättern sämtlicher Bücher – schließlich war die Herkunft aus der Sammlung Gronewalt vor allem durch Autographen nachweisbar. Bei dieser sich über mehrere Wochen erstreckenden Arbeit kamen einige Besonderheiten zum Vorschein, die in der Fachwelt Aufmerksamkeit erregten. Dazu gehören Fragmente eines bis dahin unbekannten lateinischen Einblattdruckes von 1516, den Erzbischof Albrecht



Ein in der Forschung bis dahin unbekannter Einblattdruck von 1516 kam 2016 in Form von drei Makulaturfragmenten zum Vorschein. Es handelt sich um die Erläuterung des Peterskirchen-Ablasses, der Auslöser für Luthers 95 Thesen war. (MKB 338; Foto: Archiv der Marktkirchen-Bibliothek Goslar)

von Brandenburg für den Peterskirchen-Ablass als Werbemedium eingesetzt hatte. Die Stücke fanden sich, als Makulatur für Bucheinbände verarbeitet, in den Spiegeln von zwei Sammelbänden.⁸ Offenbar hatte der Priester Gronewalt das Exemplar aus Halle mitgebracht, wo er als Notar im Auftrag des Kirchenfürsten arbeitete. Bekanntlich ist der genannte Ablass angesichts von Luthers Intervention 1517 im Laufe des Jahres 1518 gescheitert, so dass sich Werbung dafür erübrigte: Ein Ablassplakat wird Altpapier. Durch den Fund wurden zahlreiche Bibliotheken angeregt, sich im Bestand ihrer nicht identifizierten Fragmente nach wichtigem Material umzusehen.

Melanchthon-Autographen

Eine große Überraschung brachte auch die Durchsicht einiger Folianten aus dem Besitz von Gronewalt. Im „Decretum Gratiani“, dem 1506 gedruckten ersten Teil des kanonischen Rechts der römischen Kirche, sowie in einem Band der Basler Hieronymus-Ausgabe von 1516 und in der 1519 in Paris vollendeten lateinischen Ausgabe der Schriften des Kirchenvaters Athanasius fanden sich handschriftliche Einträge von Luthers Mitstreiter Philipp Melanchthon.⁹ Daraus lässt sich schließen, dass der Halberstädter Gelehrte Gronewalt im Zeitraum 1521/22 nach Wittenberg gereist war, um dort an theologischen Disputationen teilzunehmen. Er dürfte dem Reformator dort seine Bände vorgelegt oder



Melanchthon widerspricht in diesem Autograph der Meinung des Hieronymus, dass der Mensch in gewisser Weise an seinem Heil mitwirken muss: reformatorische Disputation im Buch. (MKB 76; Foto: Archiv der Marktkirchen-Bibliothek Goslar)

zeitweise überlassen haben. Die Autographen betreffen zentrale Themen der damaligen Auseinandersetzungen: den Ämterkauf, das Abendmahl unter beiderlei Gestalt und die Rechtfertigung allein aus Gnade.

Das Ringen um die Übersetzung der Bibel

Da sich Gronewalt intensiv mit der Bibel auseinandersetzte und er auch diesbezügliche Literatur nach Goslar abgab, ist die Marktkirchen-Bibliothek heute Eigentümerin wichtiger Zeugnisse der reformationszeitlichen Beschäftigung mit der biblischen Überlieferung und für deren persönliche Aneignung. Als Gebrauchsbibel nutzte Gronewalt die Vulgata in einer Ausgabe von 1513. Im vorderen Spiegel äußert sich der Halberstädter Humanist über die Geschichte der Bibelübersetzung und lobt dabei die Leis-



Andreas Gronewalt lobt in seiner Vulgata die philologische Arbeit des „großen Deutschen“ Erasmus von Rotterdam, der den Text verbessert habe. (MKB 71; Foto: Archiv der Marktkirchen-Bibliothek Goslar)

tung des Erasmus von Rotterdam: „Ptolemäus ließ die Bibel [nämlich das Alte Testament] durch siebenzig getrennt arbeitende und miteinander übereinstimmende Übersetzer vom Hebräischen ins Griechische übersetzen. Und der Heilige Hieronymus übersetzte sie vom Griechischen ins Lateinische. Der berühmte Mann Erasmus von Rotterdam, ein Deutscher, hat sie in unserer Zeit von Neuem in einigen Passagen und Worten, die durch Unachtsamkeit der Schreiber des Hieronymus und später der Buchdrucker verunstaltet waren, auf fromme und sehr klare Weise korrigiert und verbessert. Gott und diesem so großen Deutschen sei ewiges Lob. Die Verbesserung fand unter dem Kaiser Maximilian im Jahr der Jungfrauengeburt und unseres Heils 1512 statt, wie angenommen wird.“¹⁰ Diese handschriftliche Eintragung zeigt eindrucksvoll, wie problematisch es am Beginn des 16. Jahrhunderts war, die überlieferten biblischen Texte anzutasten oder Mängel als solche zu benennen: Nicht der Heilige Hieronymus hatte demnach Fehler gemacht, sondern Schreiber und Buchdrucker.

Gronewalts Verehrung des Erasmus kommt darin zum Ausdruck, dass er zahlreiche Schriften des Humanisten erworben hatte. Dazu gehörte auch eine 1519 gedruckte Ausgabe von Erasmus' griechischem Neuen Testament mit dessen verbesserter lateinischer Übersetzung.¹¹ Dieses Werk stand Martin Luther zur

Verfügung, als er während des Aufenthaltes auf der Wartburg seine Übersetzung des Neuen Testaments erarbeitete. Ergebnis war das sogenannte „Septembertestament“ von 1522; es gehört ebenfalls zu den Goslarer Zimelien.¹² Obwohl Luther seinen Namen im gesamten Werk nicht nennt, gibt er durch Vorreden und Randglossen zu erkennen, dass sein auf der Wartburg erarbeitetes Werk substantieller Bestandteil seines Kampfes gegen den „Papisten hauff“¹³ und Rom insgesamt ist. Bei der von ihm wenig geschätzten Offenbarung des Johannes hält er sich mit Glossen zurück. An deren Stelle treten jedoch umso

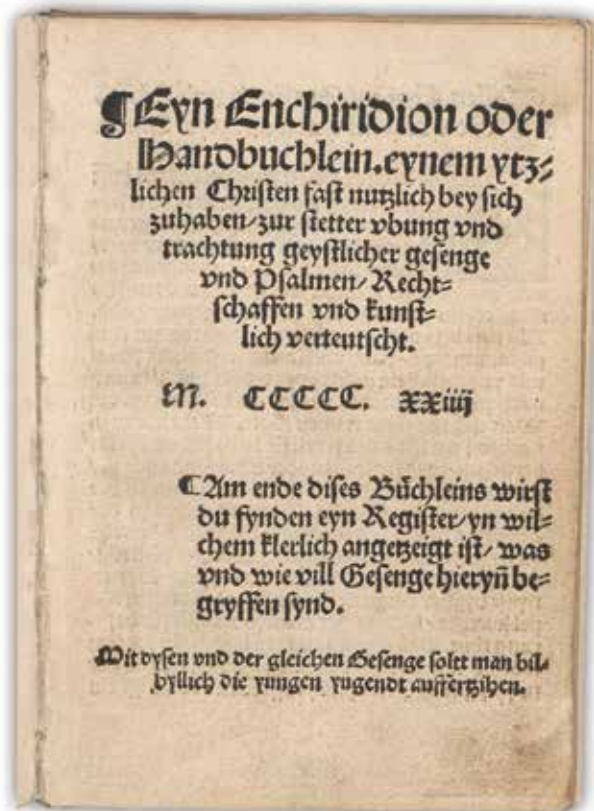


In seinem Exemplar des Septembertestaments von 1522 verstärkt Gronewalt mit roter Tinte den Brand Roms. Damit bringt er seine Ablehnung der päpstlichen Machtausübung zum Ausdruck. (MKB 209,2; Foto: Archiv der Marktkirchen-Bibliothek Goslar)

wirkmächtigere Holzschnitte. Zustimmung und Protest lösten die Darstellungen aus, auf denen die dreifache Krone, also die päpstliche Tiara, das Papsttum als Hure Babylon oder als Antichrist definierten. Andreas Gronewalt hatte ganz offenbar besonderen Gefallen an der von Lukas Cranach d. Ä. nach Albrecht Dürer gefertigten Illustration der in Offenbarung 18 geschilderten „Klage über das brennende Babylon“ gefunden. An den Gebäuden erkannte er unschwer, dass der Künstler aktualisiert hatte: Das Kapitol und die Engelsburg zeigen, dass Rom gemeint ist, und im Vordergrund klagen nicht, wie der Bibeltext vorgibt, Könige, Kaufleute und Schiffsherren über den großen Schaden. Es sind Pfründeninhaber, Geistliche, Kanoniker, die angesichts des Untergangs Roms über den Verlust ihrer Einkünfte klagen. Diese kritische Sicht gefiel Gronewalt so gut, dass er zur Feder griff, sie in die rote Tinte tauchte, und den Brand kräftig verstärkte. Daraus ist zu schließen: Das Dargestellte entsprach ganz seiner Haltung. Der Halberstädter war zwar Bestandteil des damaligen Systems, neigte aber der im Reich verbreiteten Ablehnung der römischen Zustände und Machtansprüche zu. Damit war auch eine Nähe zu manchen Gedanken der Reformatoren gegeben. So begegnet uns in Andreas Gronewalt ein Mensch, der zwischen den Konfessionen steht – und auch dabei bleibt.

Das erste Gesangbuch

Durch die intensive Erforschung des Goslarer Bestandes konnte die Provenienz Gronewalt auch für das „Erfurter Ferbepf-Enchiridion“ von 1524¹⁴ gesichert werden. Da es wenige Benutzerspuren aufweist und aus dem ursprünglichen Trägerband herausgelöst wurde, konnte über die Herkunft des Unikates bisher nur spekuliert werden. Das Büchlein steht am Beginn der Gattung Gemeindegesangbuch. Nachdem bereits Nikolaus Decius und Thomas Müntzer damit begonnen hatten, war es vor allem Martin Luther, der das Me-



Das Erfurter Ferbepf-Enchiridion von 1524 existiert lediglich in einem einzigen Exemplar. Es gehörte dem Halberstädter Andreas Gronewalt, der darin allerdings keine auswertbaren Benutzerspuren hinterließ. (MKB 513,1; Foto: Archiv der Marktkirchen-Bibliothek Goslar)

dium der gesungenen Predigt gezielt nutzte. So könne man dafür sorgen, dass Gottes Wort „unter den Leuten bleibt“, auch wenn ihnen das Lesen der Bibel verboten wird. Im Jahre 1523 verfasste Luther sein erstes Lied „Eyn neues lied wir heben an“. Es ist sein Protest gegen die Verbrennung zweier Augustiner-Eremiten-Mönche in Brüssel. Das Singen von Lutherliedern auf öffentlichen Plätzen oder gar als gezielte Störung von Gottesdiensten entwickelte sich trotz schärfster obrigkeitlicher Drohungen schnell zur Protestform gegen die etablierte Kirche. In den herkömmlichen Gottesdiensten war eine derartige Beteiligung der Gemeinde nicht vorgesehen. Es hatte für Laien bis dahin kaum mehr als einstrophige deutsche Gesänge gegeben, die jeweils mit „Kyrieleis“ endeten und daher „Leisen“ genannt wurden. Dennoch waren manche davon durch Prozessionen oder Wallfahrten so beliebt, dass sie ihren Weg in das vorliegende Enchiridion gefunden haben. Seit 1524 erschienen – wohl ohne Wissen und Zustimmung der Autoren – Druckerzeugnisse, die sich angesichts von werbendem Titelblatt, Vorrede und Inhaltsverzeichnis als Gesangbuch bezeichnen lassen. Drastisch wird im Vorwort dargelegt, wogegen das neue Medium sich richten soll: Bisher habe man „wie die Waltesel zu eynem tauben Gott“ gebrüllt, „dyweil sie auch selbert oft nit verstehen was sye syngen“. Das „Erfurter Ferbefaß-Enchiridion“, das in der Druckerei in der Permentergasse hergestellt wurde, ist das erste seiner Art. Allein das Exemplar des Andreas Gronewalt hat überlebt, was wohl der schnöden Tatsache geschuldet ist, dass er es nicht benutzt, sondern alsbald mit vier anderen Schriften im Oktavformat zu einem schmalen Band¹⁵ seiner Bibliothek hatte binden lassen; um 1860 wurde es wieder herausgelöst.

Frühe braunschweigische Reformationsgeschichte

Zwei weitere kleine Schriften aus dem Bestand Gronewalt seien hier noch erwähnt, die speziell für die Geschichte der Reformation im Braunschweiger Land von Bedeutung sind. Zum einen ist da ein 1522 bei dem braunschweigischen Drucker Hans Dorn publiziertes Büchlein, das der Propst des Steterburger Chorfrauenstiftes Nikolaus Decius verfasst hat: die „Summula“,¹⁶ in der er 111 Aussprüche Jesu aus dem Matthäusevangelium zu didaktischen Zwecken für die Nonnenschülerinnen zusammengestellt hat. Jeder Vers wird mit einem lateinischen Distichon und einem niederdeutschen Doppelreimpaar ausgelegt. Der zwölf Blätter umfassende Druck existiert nur noch in zwei Exemplaren. Die herkömmliche Deutung, es handele sich um eine frühreformatorische Schrift,¹⁷ ist unzutreffend. Vielmehr bietet Decius hier Maximen moralischer Erziehung, die ganz in der Tradition spätmittelalterlicher Frömmigkeit stehen. Eine weitere, ebenfalls sehr seltene Schrift stammt von dem Benediktinermönch Gottschalk Kruse: „To allen Christ gelöuigen mynschen“,¹⁸ eine vermutlich 1523 verfasste Rechtfertigungsschrift, in welcher er darlegt, warum er das Ägidienkloster und Braunschweig verlassen hatte. Die Schuld gibt er dem altgläubigen Landesherrn und Patron des Klosters Herzog Heinrich d. J., der dem Anhänger Luthers nach dem Leben trachtete.

- 1 Der vorliegende Beitrag weicht insofern leicht von dem auf dem 7. Niedersächsisch-Bremischen Archivtag in Goslar gehaltenen Vortrag ab, als er sich stärker als dieser auf die Zimelien aus der Provenienz Andreas Gronewalt konzentriert und nicht noch weitere Zimelien der Marktkirchen-Bibliothek behandelt. Vgl. dazu insbesondere Helmut Liersch (Hg.), Marktkirchen-Bibliothek Goslar. Beiträge zur Erforschung der reformationszeitlichen Sammlung, Regensburg 2017.
- 2 Der Vorgang wird detailliert geschildert in: Helmut Liersch, Zur Geschichte der Marktkirchen-Bibliothek. Etappen ihrer Wahrnehmung und Erforschung seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Entdeckung der Provenienz Gronewalt, in: ders., Marktkirchen-Bibliothek (wie Anm. 1), S. 16-55, hier S. 23. Zahlreiche der im vorliegenden Beitrag nur kurz angerissenen Themen sind in diesem Sammelband ausführlich dargestellt.
- 3 Karl Bormann/Theda Tappen (Hg.), Katalog der Marktkirchen-Bibliothek zu Goslar, Hannover 1911.
- 4 Ulrich Bubenheimer, Die Bücher und Buchzeichnungen des Klerikers Andreas Gronewalt aus Halberstadt. Ein Beitrag zur Geschichte der Marktkirchen-Bibliothek Goslar und zur Rezeption der Wittenberger Reformation, in: Jahrbuch der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte 94 (1996), S. 51-74.
- 5 Stadtarchiv Goslar, B 6377. Eine kommentierte Edition befindet sich in dem in Anm. 1 genannten Band: Ulrich Bubenheimer/Helmut Liersch, Das älteste Bücherverzeichnis (Inventarium) der Marktkirchen-Bibliothek Goslar aus dem Jahr 1559, in: Liersch, Marktkirchen-Bibliothek (wie Anm. 1), S. 56-131.
- 6 Ursprünglich dürfte die Zahl der Bücher, die 1535 nach Goslar gekommen waren, etwa 215 Exemplare betragen haben. Einige verblieben in Halberstadt und werden heute im Gleimhaus aufbewahrt. Ein Teil – bisher sind 17 Exemplare identifiziert – gelangte unter Herzog August d. J. in die Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel. Weitere, bisher nur teilweise erschlossene Bestände befinden sich in der Reformationsgeschichtlichen Forschungsbibliothek Wittenberg.
- 7 Helmut Liersch, Buchschließen als Quelle für die Goslarer und die Halberstädter Reformationsgeschichte. Neue Erkenntnisse in der Marktkirchen-Bibliothek Goslar, in: Jahrbuch der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte 111 (2013), S. 29-73.
- 8 Marktkirchen-Bibliothek Goslar (im folgenden MKB) 338, hinterer und vorderer Spiegel; MKB 341, vorderer Spiegel. Die Fragmente waren auf der Textseite verklebt, wurden fachgerecht abgelöst und so wieder eingearbeitet, dass die Texte nun zu lesen sind.
- 9 MKB 15, MKB 76, MKB 77.
- 10 MKB 71.
- 11 MKB 128. NOVVM TESTAMENTVM OMNE, [...]. Basel 1519.
- 12 MKB 209,2.
- 13 Ebd., Glosse zu Mt 5,17.
- 14 MKB 513,1.
- 15 MKB 427.
- 16 MKB 315. Su[m]mula doctri=||narum Jhesu Christi ex Codice || Matthei per Nicolaum Thecium Curien[sem]: || Artium et Vtriusq[ue] Juris || Baccalaureum || coacta. || [Holzschnitt datiert „1521“]. Braunschweig: Johann Dorn, 17. Dezember oder kurz darauf („in festis Saturnalibus“) 1522. VD16 D 366.
- 17 Vgl. Niels Niemann, „Alleine God in der hoege syeere“, Braunschweig 1522. Die ersten evangelischen Gemeindelieder und ihr Verfasser Nikolaus Decius, Wolfenbüttel 2002, S. 20 („Dass Decius [...] offenkundig mit reformatorischen Ideen sympathisierte [...]“). Zugespitzt von Britta Juliane Kruse, Nikolaus Decius: Die Summula doctrinarum Jhesu Christi – ein erbauliches Unterrichtswerk für Novizinnen des Augustiner-Chorfrauenstifts Steterburg, in: dies. (Hg.), Rosenkranz und Seelengärten. Bildung und Frömmigkeit in niedersächsischen Frauenklöstern, Wolfenbüttel 2013, S. 209-211, hier S. 210 („im Sinne der reformatorischen Laiendidaxe“; „Ähnlich wie in Martin Luthers Katechismen [...]“).
- 18 MKB 343. To allen Christ || gelöuigen mynschen || beßondern der statt Bruns=||wygk/D. Godschalci Crußen || Wörumme hee ghewecken wth || synem kloester eyn un=||derrichtunghe. Wittenberg [1523]. VD16 ZV 9237.

Helmut Liersch

Propst i. R., ist ehrenamtlicher Beauftragter für die Marktkirchen-Bibliothek Goslar.

E-Mail:

helmut@liersch.name

Homepage:

www.helmutliersch.de

Kommunalarchiv und Erinnerungskultur.

Möglichkeiten und Risiken einer Zusammenarbeit

von Florian Dirks

Einleitung und Begriff Erinnerungskultur(en)

Dieser Beitrag beleuchtet aus Sicht eines Kreisarchivs die Möglichkeiten und Risiken der Arbeit auf dem Feld der Erinnerungskultur. Dabei wird nach einer kurzen Einführung mit Blick auf die genutzten Begriffe der Erinnerungskultur(en) und der public history ein Beispielprojekt aus dem Landkreis Verden vorgestellt. Dabei ist das Feld der sogenannten Erinnerungskultur(en) durchaus mit dem Feld der public history verknüpfbar und auch verknüpft.¹

Das „Netzwerk Erinnerungskultur im Landkreis Verden“ als Fallbeispiel

Im Landkreis Verden entstand vor etwas mehr als zehn Jahren der Wunsch, sich verstärkt einer zivilgesellschaftlichen Erinnerungsarbeit zu widmen. Dies sollte, so die Auffassung der Kreisverwaltung, bewusst ehrenamtlich getragen sein, weil man dies nicht als (zusätzliche) Aufgabe bei der Verwaltung sah. Im Jahr 2014 gründete der Kreistag daher durch einen Beschluss ein „Netzwerk Erinnerungskultur im Landkreis Verden“ als fraktionsübergreifende Plattform der zivilgesellschaftlichen Erinnerungsarbeit. Ziel war und ist es, die Geschichte der Region rund um Verden, mithin im heuti-

gen Kreisgebiet, im gesamten 20. Jahrhundert zu erforschen. Zur Ausgestaltung der Arbeit dieses Netzwerks veranstaltete man einen Workshop. Hierbei kristallisierte sich dann eine Struktur mit einer Lenkungsgruppe sowie mit mehreren Arbeitsgruppen heraus, die sich jeweils einem speziellen Thema widmen.

Regelmäßig, zumeist jährlich stattfindende Veranstaltungen dienten und dienen dazu, sowohl externen Input durch Expertinnen und Experten im Bereich von Geschichtsforschung und Erinnerungskultur einzuholen als auch der Selbstvergewisserung der geleisteten Arbeit.

Seit dem Haushaltsjahr 2017 gibt es einen vom Kreistag zur Verfügung gestellten Haushaltsposten, der jährlich mit 10 000 Euro die Förderung von Projekten der Erinnerungskultur ermöglicht (max. 50 % oder 1 000 Euro pro Projekt). Zugleich wurde ein Stellenanteil von 0,2 Vollzeitäquivalenten bereitgestellt, um die Arbeit des Netzwerks administrativ zu unterstützen. Die Person hatte mit dem Stellenanteil die quartalsweise stattfindenden Sitzungen der Lenkungsgruppe des Netzwerks zu betreuen (Raumbuchung, Einladung, Bewirtung, Protokollerstellung und -versand).

In einem nächsten Schritt erarbeitete das Netzwerk einen Internetauftritt, der bislang im Rahmen der großen Webseite der Kreisverwaltung Verden zu finden ist. Eingeflossen sind dort auch veröffentlichte Kurztexte zu Erinnerungsorten im Kreisgebiet, die von einer damaligen befristeten Projektstelle realisiert

wurden.² Hier sind die folgenden thematischen Rubriken bearbeitet: Flucht und Vertreibung, frauenORTE,³ jüdisches Leben, Leben im Nationalsozialismus, Soldaten und Krieg sowie schließlich Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Diese sind dann jeweils nach dem betreffenden Ort im Kreisgebiet wählbar (Stadt Achim, Gemeinden Dörverden, Kirchlinteln, Flecken Langwedel, Flecken Ottersberg, Oyten, Samtgemeinde Thedinghausen und Stadt Verden) und durch den sogenannten Kreisnavigator geographisch lokalisierbar.⁴

Kritische Stimmen kamen und kommen auf, sobald man sich „nur“ auf die Zeit von 1933-1945 fokussiert, wenngleich dazu zahlenmäßig mehr Projekte auf die Beine gestellt und gefördert werden konnten, verglichen mit inhaltlich vor 1933 oder nach 1945 platzierten Projekten.⁵

Allerdings hätte es dieses Netzwerk Erinnerungskultur nicht ohne eine *longue durée* der Vorarbeiten gegeben. Diese sind stark verknüpft mit Untersuchungen von Regionalhistorikern, darunter allen voran Dr. Joachim Wöock, der seit den 1980er Jahren in und neben seinem Unterricht an den Berufsbildenden Schulen Verden Themen vor allem zur NS-Geschichte der Region bearbeitete.⁶ Seit 1992 hatte Verden mit dem von ihm maßgeblich ins Leben gerufenen Förderverein für Regionalgeschichte des Landkreises Verden 1933-1945 e. V. eine Initiative, die sich die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zum Ziel gesetzt hat.⁷ 1993 organisierten Wöock und seine Mitstreitenden die erste „Woche der Begegnungen“ zwischen ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus Osteuropa und Verdener Jugendlichen. Bis heute sind diese damaligen Begegnungswochen ein wichtiger Teil der sich etablierenden Erinnerungskultur, trotz der rapide sinkenden Zahl der Zeitzeugen.⁸

Im Jahr 2002 stieß der Förderverein die Einrichtung eines zentralen Mahnmals für die Zwangsarbeiter des Dritten Reiches an. Dazu sollte ein von Wöock in Mitteldeutschland aufgefundener Güterwaggon des Typs, wie er seinerzeit u. a. zum Transport von KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitenden genutzt wurde, vor den Berufsbildenden Schulen Verden-Dauelsen aufgestellt werden. Verschiedene Klassen der Berufsschule halfen bei der Umsetzung und der Landkreis Verden beteiligte sich mit 2 000 Euro an dem Projekt. 2004 wurde das Mahnmal enthüllt und durch Eva Spielberger, eine ehemalige Zwangsarbeiterin, der Öffentlichkeit übergeben.

In der Nacht vom 26. Januar 2007, einen Tag vor dem internationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, wurde ein Brandanschlag auf den Waggon verübt. Er brannte vollständig aus. Dazu schrieb der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse: „Der nächtliche Brandanschlag auf die Gedenkstätte in Verden wirft ein bezeichnendes Licht auf die Geisteshaltung der Feinde unserer Demokratie. Diese heimtückische Brandtat zielt auf die Verunglimpfung aller Opfer des Holocaust [...] Seit über drei Jahren erinnert der zur Gedenkstätte umgestaltete Reichsbahnwaggon [...] in Verden daran, dass das nationalsozialistische Unrecht vor aller Augen exekutiert wurde.“⁹

Der Förderverein als Eigentümer brachte einen neuen zentralen Gedenkort für Demokratie und Menschenrechte ins Gespräch, der aber nie die Planungsphase überschritt. Eine Übernahme des Reichsbahnwagens durch den Landkreis Verden scheiterte ebenso wie durch die St. Jakobi-Gemeinde in Wittlohe. Der Förderverein für Regionalgeschichte sah sich nicht mehr in der Lage, seine Hauptaufgabe, die Betreuung des Waggons, zu erfüllen



Der ausgebrannte Waggon wird vom Verein für Regionalgeschichte Verden für alle sichtbar vor das Verdener Rathaus gestellt. (Foto: Joachim Wook, Kreisarchiv Verden 50/Sammlung Verein für Regionalgeschichte Verden)

und beschloss daher im Jahr 2012, seine Auflösung einzuleiten. In den damit zusammenhängenden Debatten entstand die Idee, Erinnerungsorte für das ganze 20. Jahrhundert und im gesamten Landkreisgebiet sichtbar zu machen. Der Landkreis war bereit, sich maßgeblich an dieser Initiative zu beteiligen.

Joachim Wook war es auch, der ein übergreifendes Konzept für Denkmale im Kreisgebiet im Sinne der Erinnerungskultur und Demokratiebildung vordachte und über den Verein für Regionalgeschichte die Historikerin Christl Wickert beauftragte, dieses Konzept weiter zu entwickeln. Dieses 2008 vorgelegte Rahmenkonzept konnte sich in der Lokalpolitik allerdings nicht durchsetzen.¹⁰

Doch zurück zum Netzwerk Erinnerungskultur: Mit der ersten sogenannten Plenums-

veranstaltung vom 27. November 2014 wurde das Netzwerk offiziell vorgestellt. Am 24. August 2015 überließ der in Auflösung befindliche Förderverein dem Landkreis Verden den abgebrannten Eisenbahnwaggon, der auch zukünftig vor der BBS stehen sollte. Seit den Anfängen des Netzwerkes beschäftigte sich eine eigene Arbeitsgruppe mit der Nutzung und dem Erhalt des Reichsbahnwaggons. Seit dem Sommer 2017 liegt ein umfassendes pädagogisches Konzept vor, das in Zukunft von einem eigenen Verein getragen werden soll.¹¹ Der Landkreis Verden finanzierte ab 2017 die Wiederherstellung des Waggons und der Verein eröffnete feierlich – zeitlich verzögert aufgrund der Covid-19-Pandemie – im Sommer 2021 mit Gästen und musikalischer Umrahmung durch die Hamburger

Band Mikrophone Mafia (zusammen mit der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano, die eigentlich selbst teilnehmen wollte, aber dann plötzlich erkrankte und verstarb). Zahlreiche weitere kleinere wie größere Projekte konnten in den vergangenen zehn Jahren durch das Netzwerk bezuschusst werden. Es fungiert daneben als eine der Trägerorganisationen für den „Cato-Bontjes-van-Beek-Jugendpreis für demokratisches Engagement und Zivilcourage“, der von den Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Achim und der Gemeinde Flecken Ottersberg initiiert und organisiert wird.¹² Weitere, inzwischen als Jahres- oder Hauptveranstaltung betitelte Zusammenkünfte beschäftigten sich ausgehend von einem Vortrag einer externen Fachperson mit Themen der sich wandelnden Erinnerungskultur (Dr. Jens Binner), mit dem Gedenken an die Opfer des Ersten Weltkriegs im europäischen Vergleich (Prof. Dr. Jörn Leonhard) oder auch mit Projekten, die Studierende an Universitäten (Dr. Sonja Kinzler) sowie Schülerinnen und Schüler in einer Stadt zur Gedenkarbeit anregen (Dr. Julia Kahleyß).

Insofern ist das Netzwerk Erinnerungskultur ein durchaus erfolgreiches Projekt, dessen Arbeit allerdings durch die Pandemie erheblich ausgebremst worden ist. Zugleich bewegen nur relativ wenige Personen sehr viel der im Netzwerk tatsächlich geplanten und durchgeführten Projekte, was aus anderen Ehrenamts-Kontexten bekannt erscheint. Hier ließe sich durch mehr bzw. zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit und den Einsatz von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren eventuell ein größerer Kreis zur Mitarbeit bewegen.¹³

Archive, Ehrenamtliche und weitere Akteure im städtisch-ländlichen Raum – Möglichkeiten und Risiken von Erinnerungskultur bis Kulturgutschutz

Kommunale Archive bewahren eine Fülle an amtlichen Unterlagen sowie an Sammlungsgut, das von privaten Stellen an diese abgegeben werden. Projekte zur Erinnerungskultur bieten daher die Chance, die eigenen Bestände in fokussierter Form nutzen und erforschen zu lassen. In entsprechenden AGs mitzuwirken, erfüllt zugleich auch eine der im Niedersächsischen Archivgesetz zwar für das Landesarchiv formulierten, aber auch für die kommunalen Archive gültigen Aufgaben, nämlich an der Veröffentlichung und wissenschaftlichen Auswertung des Archivgutes teilzunehmen.¹⁴

Kommunale Archive im ländlich geprägten Raum, zumal in Niedersachsen, sind allerdings – das ist die Kehrseite der Medaille – außergewöhnlich oft mit wenig Personal ausgestattet. Bekommt ein derartiges Archiv neben seinen ohnehin als sogenannte Kernaufgaben bezeichneten Tätigkeiten, wie der Überlieferungsbildung, der Erschließung und Bereitstellung und auch der Vermittlung des Archivgutes an Interessierte sowie bestenfalls noch die Einbindung in diverse verwaltungsinterne Arbeitsgruppen (z. B. zur Einführung oder zur Ausgestaltung der Fortführung eines DMS sowie zur digitalen Archivierung), dann noch die Aufgabe, Projekte zur Erinnerungskultur mit bestehendem Personal zu füllen, muss man sich zweifelsohne fragen, wie das zu bewältigen sein kann. Allein aus arbeitsökonomischen Gründen kann dies bei geringer

Personaldecke nur gelingen, wenn Ehrenamtliche eingebunden werden. Diese Einbindung vergrößert zugleich auch einen möglichen Personenkreis, der sich für diese Arbeit und ihre Ergebnisse interessiert, da die Ehrenamtlichen als Multiplikatoren dienen (können).

Aus Sicht eines Kommunalarchivs kann es kritisch sein, wenn sich ein Netzwerk auch das Ziel der Schaffung neuer Sammelorte für historisches Material gibt. Dies ist natürlich entsprechend der Ausgestaltung in der Praxis und entsprechend der Kontaktpflege zu den jeweils Sammelnden zugleich Chance wie auch Risiko. Denn was in Vereinshand privat gesammelt wird, steht unter Umständen gar nicht oder nur eingeschränkt der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung. Eine bessere Alternative könnte die Aufbewahrung in einem hauptamtlich geführten Archiv eines öffentlichen Trägers nach den aktuellen Standards sein. Eine Chance ist es dann, wenn man durch Absprachen auf die Umstände der Sammlungstätigkeit einwirken kann, sodass sowohl die sammelnden Stellen bzw. Vereine als auch das Kommunalarchiv davon profitieren können.

Die Frage, wie mit einem etwaigen Aufbau eigener Sammlungen umzugehen sein wird, ist auch in der Kooperation mit den regionalen Museen und Bibliotheken sowie im Fall der Stadt Verden mit einem gerade im Entstehen begriffenen und am Stadtarchiv angedockten „Lernort für Demokratie“¹⁵ zu klären.

Das Kreisarchiv Verden ist kein Kreiszentralarchiv; die Archive der kreisangehörigen Städte und Gemeinden befinden sich in den zuständigen Kommunen. Hier bedarf es also ebenfalls einer guten Kommunikation und Abstimmung darüber, wer welches Material vorliegen hat. Zudem – eigentlich auch ein Allgemeinplatz – sollten die hauptamtlichen

Archive auch darauf achten, dass die Ehrenamtlichen zu den Themen der Erschließung von Materialien und die Bestandserhaltung beraten werden. Auch ein Hinweis darauf, in den von ihnen produzierten Texten zumindest rudimentäre Quellenangaben zu nutzen, ist ratsam.¹⁶

Ehrenamtlich betreute Einrichtungen und Sammlungen überliefern dabei ganz vielfältige und aussagekräftige Materialien, deren Erhaltung ohne den leidenschaftlichen Einsatz Ehrenamtlicher oft gar nicht möglich wäre. Berufspolitiker drücken das in der Regel so aus, dass das Ehrenamt gestärkt gehört und die Zivilgesellschaft einen wesentlichen Beitrag leisten müsse. Ohne hauptamtliche Fachleute ist dies jedoch auch schwierig, denn sie kennen die aktuellen Diskurse und wirken oft sogar daran mit.

Fazit

Die Arbeit mit ehrenamtlich getragenen Gruppen und Initiativen ist für kommunale Archive zugleich Chance wie auch Risiko. Chancen bestehen in der zunehmenden Auswertung des Archivgutes, ihrer möglichen Publikation sowie in der erweiterten Kontaktpflege, die über den Kontakt mit Einzelnutzenden zumeist weit hinausgehen kann. Risiken bestehen demgegenüber darin, gewisse Konkurrenzsituationen zumindest nicht ausschließen zu können, wenn es z. B. darum geht, Sammlungsgut in die Archive zu bekommen oder zu bearbeitende Themen zu wählen. Außerdem ist die Arbeitsbelastung bei dünner Personaldecke nicht zu vernachlässigen und fordert das Standing des Archivs durchaus heraus, wenn es darum geht, Kernaufgaben, Tagesgeschäft und Projektgruppen „unter einen Hut zu bekommen“.

In Bezug auf die Erinnerungskultur sind Ehrenamtliche ebenso nicht wegzudenken. Sie initiieren vielfach Projekte und führen sie eigenständig oder mit Hilfe der hauptamtlich geführten Gedächtniseinrichtungen durch, im Idealfall gefördert durch die öffentliche Hand.

So entstanden und entstehen im Landkreis Verden beispielsweise immer wieder Informationstafeln an Örtlichkeiten, die im heutigen Kontext nicht mehr ohne zusätzliche historische Kenntnisse zu verstehen wären.

- 1 Inzwischen sind zahlreiche Sammelbände dazu erschienen, zuletzt u. a. Thomas Bürger/Roland Löffler (Hg.), *Erinnerungskultur digital. Herausforderungen und Chancen für die historische und politische Bildung*, Dresden 2024; Victoria Kumar/Gerald Lamprecht/Lukas Nievoll/Grit Oelschlegel/Sebastian Stoff (Hg.), *Erinnerungskultur und Holocaust Education im digitalen Wandel. Georeferenzierte Dokumentations-, Erinnerungs- und Vermittlungsprojekte*, Bielefeld 2024 (online verfügbar unter: <https://library.oapen.org/bitstream/id/c6735dd0-397d-4660-990a-96d6df24986d/9783839464151.pdf>, letzter Abruf 6.1.2025); Marion Großmann/Thomas Hellmuth/Martin Tschiggerl/Thomas Walach (Hg.), *Go public! Zugänge zur public history*, Wiesbaden 2024; Christine Gundermann/Barbara Hanke/Martin Schlutow (Hg.), *Digital Public History. Analytische Zugänge und Lernpotenziale digitaler Geschichte*, Berlin u. a. 2024; Christine Gundermann/Wolfgang Hasberg/Holger Thünemann (Hg.), *Geschichte in der Öffentlichkeit. Konzepte – Analysen – Dialoge*, Berlin 2019.
- 2 Siehe <https://www.landkreis-verden.de/kultur-tourismus/netzwerk-erinnerungskultur/> (letzter Abruf 6.1.2025) sowie zu den Erinnerungsorten im Kreisgebiet <https://www.landkreis-verden.de/kultur-tourismus/netzwerk-erinnerungskultur/erinnerungsorte-im-landkreis/> (letzter Abruf 6.1.2025). Die Inhalte sollten aktualisiert werden, u. a. auch im Hinblick auf die Benutzerfreundlichkeit bzw. Barrierefreiheit der Webseite. Die bisherige Struktur erfordert das Zulassen von pop-up-Fenstern und ist auf mobilen Endgeräten eher schwierig darzustellen.
- 3 Entsprechend dem Projekt der frauenORTE in Niedersachsen, das durch den Landesfrauenrat ins Leben gerufen wurde. Vgl. <https://frauenorte-niedersachsen.de/informationen/ueber-die-initiative-gremien/> (letzter Abruf 6.1.2025). In Verden ist mit Anita Augspurg sogar einer der ersten frauenORTE umgesetzt worden. Daneben gibt es zur Erinnerung an die Widerstandshandlungen von Cato Bontjes van Beek einen weiteren frauenORT in Fischerhude und Achim.
- 4 Der Kreisnavigator ist eine interaktive Karte, die vom Webseiten-Anbieter zur Verfügung gestellt wurde.
- 5 Vgl. etwa: Cato Bontjes van Beek – Jugendpreis im LK Verden, in: Homepage Gemeinde Flecken Ottersberg, o. D., <https://www.flecken-ottersberg.de/portal/seiten/cato-bontjes-van-beek-jugendpreises-im-lk-verden-900000118-20670.html> (letzter Abruf 6.1.2025). Vgl. Anm. 11 in diesem Beitrag.
- 6 Diese sind vor allem im „Heimatkalendar“ und der Nachfolgepublikation, dem „Jahrbuch für den Landkreis Verden“, veröffentlicht. Daneben gab er 2016 zusammen mit Hermann Deuter und einer Gruppe Autorinnen und Autoren einen Sammelband heraus: Hermann Deuter/Joachim Woock (Hg.), *Es war hier, nicht anderswo! Der Landkreis Verden im Nationalsozialismus*, Bremen 2016. Seine jüngsten Arbeiten beschäftigen sich mit Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos in der Gemeinde Kirchlinteln (im Jahrbuch für den Landkreis Verden 2025) sowie mit der Geschichte der Baufirma Matthäi in Verden seit ihrer Gründung 1933.
- 7 An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Gründung von Vereinen bereits hier von der Verwaltung gefordert wurde, denn ursprünglich sollte die Kreisverwaltung Verden die „Woche der Begegnung“ organisieren. Dies stieß beim damaligen Oberkreisdirektor nicht auf Zustimmung und der Verein für Regionalgeschichte wurde gegründet. 2016 löste sich der Verein auf. Die bis dahin maßgeblich von Joachim Woock erarbeiteten Materialien befinden sich inzwischen als Bestand 50 im Kreisarchiv Verden.
- 8 Die Veranstaltungen sind dokumentiert durch Fotos sowie auch zahlreiche Tonaufnahmen, die noch einer Digitalisierung bedürfen. So verfügt das Kreisarchiv Verden in der Sammlung Woock/Verein für Regionalgeschichte über mehr als 100 Audiokassetten, auf denen Joachim Woock und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter die Veranstaltungen im gesamten Kreisgebiet dokumentierten.
- 9 Chronik des Netzwerks auf der Webseite <https://www.landkreis-verden.de/kultur-tourismus/netzwerk-erinnerungskultur/> (letzter Abruf 6.1.2025). Über den Anschlag berichteten NDR und Radio Bremen sowie diverse Zeitungen.
- 10 Christl Wickert, *Denkorte in Verden. Überlegungen zur Erinnerungskultur und Demokratiebildung*, in:

GedenkstättenRundbrief 152 (2009), S. 32–39. Das Konzept selbst war über die Webseite des Vereins für Regionalgeschichte abrufbar, hierzu muss nun das InternetArchive genutzt werden: http://web.archive.org/web/20160811120833/http://regionalgeschichte-verden.de/Dateien/Gesamtkonzept/Rahmenkonzept_Wickert.pdf (letzter Abruf 8.1.2025); dazu Joachim Woock, Denkmale in Verden? Nein danke! Über das Scheitern eines Projektes, in: GedenkstättenRundbrief 162 (2011), S. 36–39, https://www.gedenkstaettenforum.de/uploads/media/GedRund162_36-39.pdf (letzter Abruf 6.1.2025).

- 11 Siehe die Webseite des Vereins „Verdener Waggon im Netzwerk Erinnerungskultur e. V.“ <https://www.verdener-waggon.de/start> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 12 Siehe dazu <https://www.flecken-ottersberg.de/portal/seiten/cato-bontjes-van-beek-jugendpreis-im-lk-verden-900000118-20670.html> (letzter Abruf 6.1.2025). Zudem hat eine AG des Netzwerks Materialien über die vorhandenen Kriegerdenkmäler im Kreisgebiet erarbeitet, die für den Schulunterricht genutzt werden können (bisher nicht online verfügbar und nicht publiziert). Alle Aktivitäten zu nennen, würde den hier verfügbaren Rahmen sprengen.

- 13 Hier wird man ohnehin nicht Jede und Jeden erreichen können. Leider ist ein Teil der Bevölkerung gegen alle Formen der Erinnerungskultur eingestellt, was aus Leserbriefen z. B. nach der Aufstellung eines Gedenksteins für zu Tode „gepflegte“ Säuglinge von Zwangsarbeiterinnen hervorgeht. Zur etwaigen Modernisierung in Geschichtsvereinen siehe Philip Haas, Wo steht der Geschichtsverein und wie könnte es weitergehen? Bericht zu einer Standortbestimmung und zu Ansätzen für einen Reformprozess des Braunschweigischen Geschichtsvereins, in: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 104 (2023), S. 189–201.
- 14 Niedersächsisches Archivgesetz § 1 Abs. 1 Satz 2.
- 15 Zum Projekt „Der Syndikatshof. Lernort für Demokratie und Geschichte“ siehe www.syndikatshof-verden.de (letzter Abruf 6.1.2025).
- 16 Natürlich wird man keine Wissenschaftlichkeit erreichen, was auch nicht der Zweck ist. Die Erfahrung mit zahlreichen Ortschroniken der vergangenen vier Jahrzehnte zeigt aber, dass Quellenbelege bei Rückfragen und vertiefenden Recherchen von großem Nutzen sind.

*Dr. Florian Dirks, M. A.
ist Historiker und leitet seit 2018 das
Kreisarchiv Verden.*

*E-Mail:
Florian-Dirks@landkreis-verden.de*

Für Forschung und Lehre – die geplante Dateninfrastruktur des Landes Niedersachsen („Culture Cloud“)

von Frank Dührkohp

Einleitung

„Kulturerbe Niedersachsen“¹ stand ursprünglich für ein gemeinsames Internetangebot von Archiven, Bibliotheken, Museen und anderen Sammlungen in Niedersachsen.² Das Portal sollte der interessierten Öffentlichkeit in multimedialer Form einen direkten Zugang zu ausgewählten, digital erfassten Kulturgütern aus Archiven, Bibliotheken und Museen des Landes ermöglichen.³ Ziel war, eine virtuelle Zusammenführung verschiedenartiger Bestände unterschiedlicher Kultureinrichtungen zu ermöglichen. „Kulturerbe Niedersachsen“ war folglich der Beitrag des Landes Niedersachsen zur Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB) und sollte dieser als Aggregator die niedersächsischen Bestände an digitalem Kulturgut zur Verfügung stellen. Als zentraler Baustein im Masterplan Digitalisierung der Niedersächsischen Landesregierung wurde das Portal der Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (VZG)⁴ als nachgeordnete Behörde zum Dauerbetrieb übertragen, mit dem grundsätzlichen Auftrag, im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Landes im organisatorischen Rahmen von „Kulturerbe Niedersachsen“ weitere Services zu entwickeln und den

niedersächsischen Gedächtniseinrichtungen dauerhaft zur Verfügung zu stellen.⁵ Da es gemäß Verwaltungsabkommen des Gemeinsamen Bibliotheksverbunds (GBV) grundsätzliche Aufgabe der VZG ist, digitale Inhalte der Wissenschaft zur Verfügung zu stellen, wurde der zusätzliche Anspruch formuliert, neben den an Kunst und Kultur interessierten Bürgerinnen und Bürgern Niedersachsens als ursprünglichem Zielpublikum über die bereitgestellten Dienste auch wissenschaftlichen Content für Forschung und Lehre zur Verfügung zu stellen.

Kulturerbeportal Niedersachsen

Der Zugriff auf die Inhalte des Portals erfolgt über drei mögliche Zugangswege. Selbstverständlich stehen vor allem die Objekte im Vordergrund. Aus einer Objektwahl



Portalansicht „Kulturerbe Niedersachsen“. (Screenshot: Verfasser)

lassen sich einzelne Objekte auswählen. Die digitalen Abbilder sind zoombar. Neben den Digitalisaten werden auch die beschreibenden Daten, die sogenannten Metadaten, dargestellt. Wichtig ist vor allem, dass sowohl den Objektdaten als auch den Bilddaten Lizenzen beigegeben sind, die die Nachnutzung eindeutig regelt. Auf Basis eines persistenten Links lassen sich die Objekte in anderen Anwendungen verlinken und zitieren. Automatisch generierte Schlagworte sorgen für eine direkte Verknüpfung mit anderen Objekten im Portal.

Die zweite Möglichkeit des Zugriffs besteht über die teilnehmenden Kulturinstitutionen. Die Angebote gliedern sich in digitale Sammlungen, aus denen einzelne Objekte ausgewählt werden können. Diese Objekte sind über eine automatische Schlagwortgenerierung immer mit ähnlichen Objekten aus anderen Sammlungen verknüpft.

Ein dritter Zugriff erfolgt über Themenschwerpunkte, (virtuelle) Ausstellungen genannt. In dieser Rubrik werden aktuelle Ausstellungen dokumentiert und somit auch archiviert. Die Ausstellungsräume werden mit einer 3-D-Panoramatechnik fotografiert und sind nach der Publikation im Portal virtuell begehen- und erlebbar. Über entsprechende Links in den Panoramen können Zusatzinformationen angezeigt werden.

Bei der Publikation von digitalen Beständen in Portalen stellt sich allerdings das Problem der Such- und Auffindbarkeit, im Besonderen in Hinblick auf ein wissenschaftliches Fachpublikum. Durch die verhältnismäßig geringe Anzahl von digitalen Objekten im Portal sind Kulturportale in der Regel für eine wissenschaftliche Recherche uninteressant. Sie werden daher allenfalls als zitierbare Datenquelle genutzt. Abhilfe

lässt sich schaffen, indem verfügbare Fachportale durch Ex- und Import von Daten in den Bestand von Kulturportalen integriert werden. Unmittelbare Folge ist allerdings die Duplizierung von Metadaten und digitalen Medien. Vor allem bei den digitalen Medien sollte eine exponentielle Duplizierung trotz fallender Speicherpreise vermieden werden. In Bezug auf die beschreibenden Metadaten dieser Objekte besteht zusätzlich das Problem der Aktualität. Da es inzwischen der wissenschaftlichen Praxis entspricht, Metadaten und digitale Medien über standardisierte Schnittstellen für Forschung und Lehre zur Verfügung zu stellen, potenzieren sich diese Probleme.

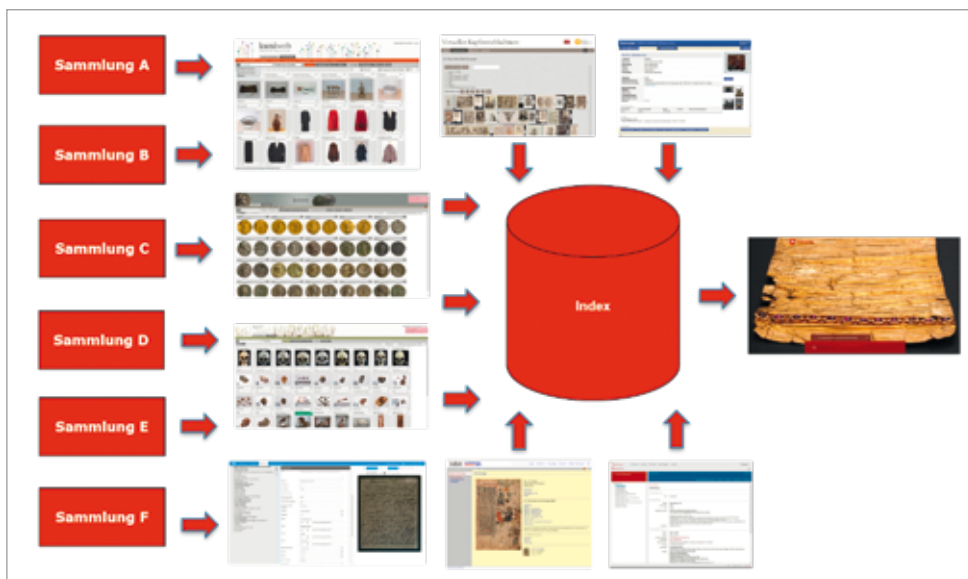
Auf Basis dieser Überlegungen wurde eine spezielle verteilte Suche (Kulturgetriebe) entwickelt. Im Rahmen einer Suchanfrage in „Kulturerbe Niedersachsen“ können nicht nur Bestände des Portals, sondern auch die der „Künstlerdatenbank und Nachlassarchiv Niedersachsen“, des Sammlungsportals der Universität Göttingen, des „KENOM-Virtuellen Münzkabinetts“ (Kooperative Erschließung und Nutzung der Objektdaten von Münzsammlungen), des „Virtuellen Kupferstichkabinetts“ und des „Denkmalatlases Niedersachsen“ durchsucht und gefunden werden. Außerdem ist die Deutsche Digitale Bibliothek über die DDB-API (Application Programming Interface oder Programmierschnittstelle) eingebunden. Somit wird ein direkter Zugriff auf die digitalen Bestände des kulturellen Erbes in Niedersachsen geboten und vernetzt diese mit den anderen digitalen Beständen Deutschlands.

Die recherchierten Metadaten und digitalen Medien werden über das International Image Interoperability Framework

(IIIF)⁶ standardisiert bereitgestellt. Somit wird eine direkte Interoperabilität und ein unmittelbarer institutionsübergreifender Austausch digitaler Objekte sowie deren standortunabhängige Darstellung in unterschiedlichsten Viewern und sonstigen Präsentationslösungen ermöglicht. Metadaten und digitale Medien aus dem Bestand der Portaldienste der VZG können ebenfalls über diese Schnittstelle direkt in Forschungsinfrastrukturen eingebunden werden. Die IIIF-API erlaubt es zum Beispiel, Bildbereiche persistent zu adressieren, Digitalisate in eigene Forschungsumgebungen zu laden, Vergleichsansichten aus mehreren Portalen zu generieren sowie eigene Kollektionen zu erstellen. Die Interoperabilität und die Nachnutzbarkeit der im Portal „Kulturerbe Niedersachsen“ eingestellten digitalen Objekte sind somit gewährleistet.

Datenerfassung von Artefakten

Das ursprüngliche Konzept der Datenerfassung für das Portal „Kulturerbe Niedersachsen“ beruhte allein auf einer dezentralen Erfassung durch bereits in den Einrichtungen betriebene Softwareapplikationen sowie den Austausch von standardisierten Metadaten. Das Portal sollte lediglich als Publikationsplattform dienen. Allerdings hatte sich gezeigt, dass ein Großteil der kleinen und mittleren Häuser keine geeigneten Softwarelösungen besaßen und somit auch keine Daten im Portal zur Verfügung stellen konnten. Aus diesem Grund wurden in einer zweiten Projektphase zentrale Erfassungsdatenbanken entwickelt, die die Einrichtungen bei der Erschließung ihrer Daten unterstützen sollten.⁷ Durch diese Maßnahme wurde die Teilnahme vor allem der kleineren Sammlungen am Portal deutlich erhöht.



Datenmanagement für „Kulturerbe Niedersachsen“. (Graphik: Verfasser)

Kernstück der Erschließungsstrategie ist die Datenbank kuniweb.⁸ Diese wurde auf Basis der Software easydb/fyler⁹ von der VZG entwickelt und den Museen und Sammlungen zur Erschließung ihrer Bestände bereitgestellt. Die Datenbank ist eine Webapplikation, so dass ein Zugriff nur über das Internet erfolgt. Damit entfällt die aufwändig installierte und gepflegte Software in den Häusern. Die Datenfelder wurden mit nationalen und internationalen Fachgremien abgestimmt.

Die Datenbank kuniweb war ursprünglich nur als Erfassungsmöglichkeit für das Portal konzipiert. Allerdings zeigte sich schnell der Bedarf, Tools zur Sammlungsverwaltung zu integrieren. Diese Verwaltung von Sammlungsobjekten und die fortlaufende Dokumentation von deren Pflege, Nutzung und Leihverkehr erfolgen auf Grundlage von im Museumsbereich international etablierten Standards, deren Vorgangstypen in der Datenbank implementiert wurden. Damit wird das Management sowohl der einzelnen Sammlungen als auch die Dokumentation laufender Arbeiten an und mit den Objekten digital unterstützt. So erhält auch das übergreifende Sammlungsmanagement der Universität Göttingen eine digitale Arbeitsumgebung, die speziell die Planung und Realisierung von interdisziplinären Kooperationen in der objektbasierten Forschung und Lehre ermöglicht.¹⁰

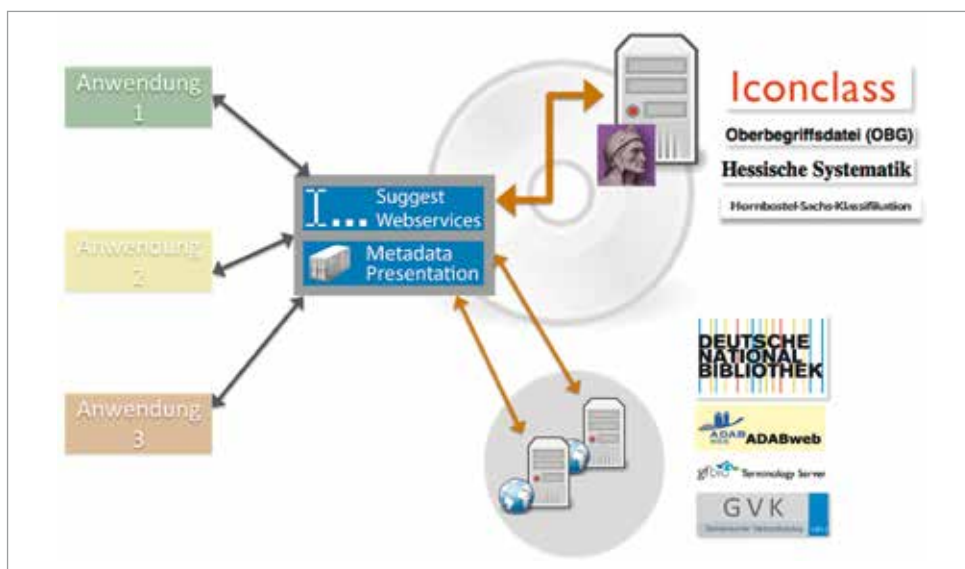
Anwendung findet kuniweb nicht nur in der Sammlungserfassung, sondern sie wird in Niedersachsen auch als zentrale Datenbank zur Erstellung von Werksammlungen und Nachlassarchiven niedersächsischer Kunstschaffender genutzt. Die Ergebnisse werden im Portal „Künstlerdatenbank und Nachlassarchiv Niedersachsen“¹¹ veröffentlicht.

Normdatenerschließung

Um in allen Datenbanken zur musealen Objekterfassung eine konstant hohe Datenqualität zu gewährleisten, wurde auf Freitextfelder möglichst verzichtet und der konsequente Einsatz von Normvokabular ermöglicht. Die Datenfelder lassen sich von verschiedenen nationalen und internationalen Normdatenquellen befüllen. Um die heterogenen Normdaten-Anforderungen verschiedener Erfassungsdatenbanken und Portale zu erfüllen, etablierte die Verbundzentrale den zentralen Vokabulardienst DANTE (Datendrehscheibe für Normdaten und Terminologien).¹² In DANTE werden Terminologien, Vokabulare und Normdaten abgelegt, welche bisher gar nicht oder nur eingeschränkt über Live-Schnittstellen online erreichbar waren und nun über eine standardisierte und dokumentierte API genutzt werden können. Mit der Zentralisierung der Normdaten soll die bisher noch verbreitete, oftmals mehrfache lokale Haltung von Normdaten und Vokabularen aufgelöst werden.¹³ Die von DANTE bereitgestellten Vokabulare sollen außerdem der Gemeinsamen Normdatei (GND) zur Verfügung gestellt werden.

Altdatenbestände

Ein grundsätzliches Problem bleibt allerdings der Dauerbetrieb von wissenschaftlichen Fachdatenbanken und die nachhaltige Bereitstellung ihrer wissenschaftlichen Inhalte. Hier kann eine Bereitstellung der Fachdaten aus Gründen des Alterungsprozesses von Softwareentwicklungen nicht dauerhaft garantiert werden. Die Lösung des Problems ist die Konvertierung der



Datenkonzept DANTE. (Graphik: Tobias Helms)

Metadaten in aktuelle Datenmodelle und die Übernahme der Mediendaten in die von der VZG zur Verfügung gestellte technische Infrastruktur für die Wissenschafts- und Kultureinrichtungen des Landes. Auf Basis der bereits skizzierten Softwarearchitektur wird eine Forschungsdatenbank bereitgestellt, in der die unterschiedlichen Datenmodelle der Altsoftwareapplikationen abgebildet werden können. Allerdings sollte die Bereitstellung von individuellen Such- und Retrievalmöglichkeiten auf die Bedürfnisse der jeweiligen wissenschaftlichen Fachcommunity zugeschnitten sein. Daher wurde an der Entwicklung eines Portalframeworks gearbeitet, das eine forschungsgerechte individuelle Bereitstellung der Metadaten und Digitalisate ermöglicht. Die konzeptuelle Entwicklung erfolgte auf Basis der wissenschaftlichen Altdatenbanken „Datenbank der Welfensiegel“ der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bre-

men und der „Pilgerzeichendatenbank“¹⁴ des SMB-Kunstgewerbemuseums Berlin in Kooperation mit den Museen Stade. Auch die Erschließungsdatenbank des „Virtuellen Kupferstichkabinetts“ wurde in Kooperation mit der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel und des Herzog-Anton-Ulrich-Museums Braunschweig auf diese zentrale Infrastruktur überführt.

Strukturierte Erfassung

Neben Artefakten können auch sogenannte strukturierte Objekte wie Bücher und Akten, also Objekte, die einer inneren Struktur folgen, als Service erfasst und zur Publikation bereitgestellt werden. Die VZG stellt hier den Open-Source-Workflow Goo-bi (Göttingen online-objects binaries)¹⁵ zur Verfügung, der maßgeblich an der Universitätsbibliothek Göttingen entwickelt wurde.

Auf Basis dieser Infrastruktur wurde in Kooperation mit dem Stadtarchiv Duderstadt auch das „Digitale Archiv Duderstadt“ in die bestehende Softwarearchitektur der VZG überführt und soll über eine speziell entwickelte Oberfläche auf Basis des Goobi-Viewers¹⁶ neu publiziert werden. Die Bestände sollen dann außerdem mit Arcinsys (Archivinformationssystem),¹⁷ dem zentralen System zur Erschließung und Publikation von Archivbeständen in Niedersachsen und Bremen, vernetzt werden.

„Künstlerdatenbank und Nachlassarchiv Niedersachsen“

Selbstverständlich sollen die erschlossenen Objekte über zentrale Landesportale publiziert werden. Das Portal „Kulturerbe Niedersachsen“ nimmt hier eine zentrale Rolle ein. Ein weiterer Baustein dieses Konzeptes ist das Portal „Künstlerdatenbank und Nachlassarchiv Niedersachsen“.¹⁸ Neben der Bereitstellung einer zentralen webgestützten Erschließungsmöglichkeit auf Basis der Erfassungsdatenbank kuniweb hatte die Konzeption und Entwicklung des Portals „Künstlerdatenbank und Nach-

lassarchiv Niedersachsen“ das Ziel, Künstler-nachlässe in Niedersachsen sichtbar zu machen und die öffentliche Wahrnehmung lebender Künstlerinnen und Künstler in Niedersachsen zu fördern. Analog zu den im Portal „Kulturerbe Niedersachsen“ digital sichtbar werdenden Beständen niedersächsischer Sammlungen wird das Portal „Künstlerdatenbank und Nachlassarchiv Niedersachsen“ aus dem dazugehörigen Datenbank-Pool aus kuniweb gespeist. Neben den Werken aus der Erfassungsdatenbank können biografische Daten, Werktexte, Hinweise auf Werke in öffentlichen Sammlungen, Verzeichnisse von Ausstellungen und Publikationen über ein Content-Management-System aufgenommen, verwaltet und publiziert werden. Voraussetzung für die Einrichtung des Portals war unter anderem eine Kompatibilität mit der DDB und Europeana. Daher wurde zur Schaffung von Synergien mit dem Portal „Kulturerbe Niedersachsen“ die Open-Source-Software Goobi-Viewer als Portalsoftware eingesetzt. Die Software ermöglicht nicht nur den Zugriff auf die Kunstwerke über eine einfache und eine erweiterte Suche, sondern auch ein intuitives Browsing über Personen, Werke, Kategorien und Orte im Portal. Das responsive Design erlaubt eine Nutzung des Portals auch über mobile Endgeräte.



Portalansicht „Künstlerdatenbank und Nachlassarchiv Niedersachsen“. (Screenshot: Verfasser)

„Denkmalatlas Niedersachsen“

Ein weiterer Teil des Masterplans Digitalisierung der Niedersächsischen Landesregierung ist die Entwicklung und Bereitstellung des „Denkmalatlas Niedersachsen“¹⁹ in Kooperation von VZG, dem Niedersäch-



Portalansicht „Denkmalatlas Niedersachsen“.
(Screenshot: Verfasser)

sischen Landesamt für Denkmalpflege (NLD) und dem Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN). Bis Ende 2024 wurden durch das NLD die Verzeichniseinträge der Kulturdenkmale geprüft, gegebenenfalls erweitert und im „Denkmalatlas Niedersachsen“ online veröffentlicht. Zum Projektende wird die Denkmallandschaft Niedersachsens flächendeckend digital zur Verfügung stehen. Das Projekt hat also eine doppelte Basis: zum einen die digitale Erfassung der Kulturdenkmale des Landes voranzutreiben und bereits vorhandene Einträge zu prüfen, um die Denkmale optimal zu erfassen und damit bestmöglich schützen zu können, zum anderen die Denkmale übersichtlich, allgemeinverständlich und ansprechend digital zu präsentieren und so besser sichtbar zu machen. Es finden sich außerdem Informationen zum rechtlichen Status und dem Objekttyp des Denkmals. Um eine möglichst einfache Nutzbarkeit der im „Denkmalatlas Niedersachsen“ zur Verfügung gestellten Daten zu gewährleisten, werden alle Inhalte unter Creative-Commons-Lizenzen zur Verfügung gestellt. Neben diesen Datensätzen können sich Nutzerinnen und Nutzer durch Denkmalthemen zu besonderen Schwerpunkten informieren. Auch ist der Denkmalbestand mit unterschiedlichen Re-

chercheoptionen durchsuchbar und wird durch den Denkmalviewer²⁰ in einem Geoinformationssystem dargestellt. Mit den anderen Portalen hat der „Denkmalatlas Niedersachsen“ gemeinsam, dass er auf Basis einer Softwarelösung, dem Goobi-Viewer, entwickelt wurde und direkt aus einer zentralen Erfassungsdatenbank beliefert werden kann. Als Erweiterung dieses Konzeptes wurde die Umstellung der Erschließungsdatenbank für Bau- und Bodendenkmäler Niedersachsens ADABweb (Allgemeine Denkmaldatenbank webbasiert) auf die Softwareinfrastruktur der VZG Ende 2024 abgeschlossen.

„Kartenspeicher“

Unter dem Begriff „Virtuelle Landesbibliothek Niedersachsen“ treiben die Landesbibliotheken Niedersachsens ebenfalls im Rahmen des niedersächsischen Masterplans die Digitalisierung, die Erschließung und die gemeinsame Präsentation von bibliothekarischen Beständen voran. Als erstes Projekt ist mit der Erschließung und Digitalisierung von Altkartenbeständen begonnen worden. Ein institutionenübergreifendes Portal zur räumlichen und zeitlichen Recherche und Präsentation von Altkartenbeständen war bislang allerdings ein Desiderat. In komplexer Form ermöglicht die PICA-Datenbank IKAR den Zugriff auf bibliothekarisch erschlossene Kartenmaterialien in den bestandshaltenden Einrichtungen. Doch leider fehlen in diesem Zusammenhang bereits übliche graphische Suchfunktionen via Bounding Box und Zeitstrahl. Mit dem „GBV | Kartenspeicher“²¹ werden nun die aus den jeweiligen Einzelportallösungen bekannten



Portalansicht „Kartenspeicher“. (Screenshot: Verfasser)

Such- und Darstellungsfunktionen in ein einfaches digitales Werkzeug überführt. Ermöglicht werden die Recherche und Präsentation von Kartenbeständen über verschiedene Such- und Filterkomponenten, eine Zeitstrahl-Navigation, Altkarten-Darstellung mit Overlay sowie einer Trefferliste mit Kartenvorschau. Der „Kartenspeicher“ wurde von der VZG mit finanzieller Unterstützung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK) in einen Dauerbetrieb überführt und dient nun dauerhaft als Basisdienst für die Landesbibliotheken Niedersachsens, soll aber auch perspektivisch für Kartenbestände anderer Bibliotheken zur Verfügung stehen. Zur Prozessunterstützung stellt die VZG eine Reihe weitere Services bereit. Die Primärkatalogisierung soll weiterhin in IKAR oder im Gemeinsamen Verbundkatalog (GVK) erfolgen. Für die Unterstützung des Digitalisierungsprozesses steht die Goobi-Installation der VZG zur Verfügung. Digitalisate und Metadaten werden in einem MyCoRe-Repository gespeichert. Dort kann auch eine Anreicherung der Metadaten durch die Verknüpfung

mit weiteren Normdatenquellen über DANTE erfolgen. Über eine API werden Digitalisate und Metadaten im Portal zur Verfügung gestellt. Es besteht die Möglichkeit, auch andere Repositorien und Digitalisierungsworkflows in die Prozesskette einzubinden und weitere historische Karten für den „Kartenspeicher“ bereitzustellen.²²

Textarchiv

Ein weiteres Problem ist die dauerhafte Sicherung und Erschließung von Texterschließungs- und Editionsprojekten. In Kooperation mit der Niedersächsischen Akademie der Wissenschaften, der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel und der Max Weber Stiftung wird ein zentrales Textarchiv auf Basis der Software MyCoRe (My Content Repository)²³ bereitgestellt, das Texterschließungs- und Editionsprojekte dauerhaft sichert und über eine generische Portaloberfläche visualisiert. Die Metadaten der Quellen werden in METS/MODS (Metadata Encoding & Transmission Standard/Metadata

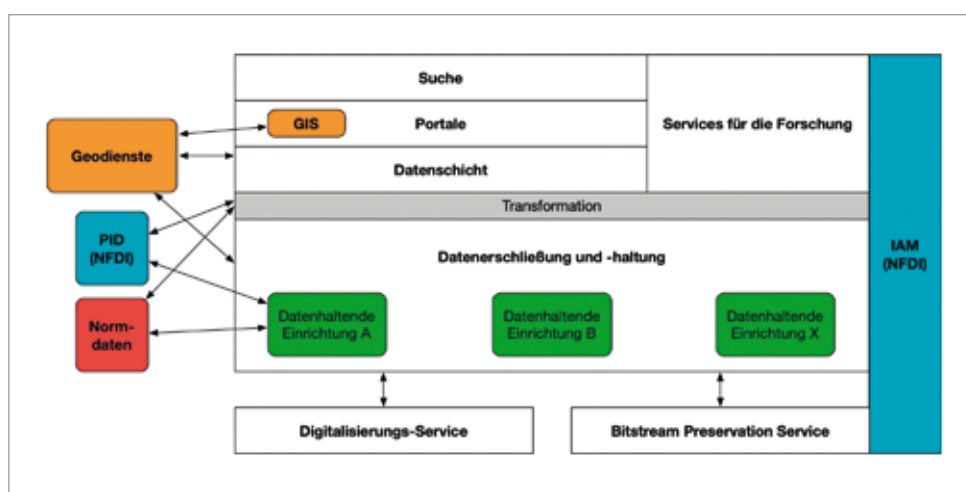
Object Description Schema) recherchierbar gehalten, die Transkriptionen liegen in TEI (Text Encoding Initiative) vor und die Digitalisate werden über IIIF zur Einbindung in Forschungsinfrastrukturen zur Verfügung gestellt. Zur Texterschließung wird der Normdatendienst DANTE eingebunden.

Das Gesamtkonzept „Kulturerbe Niedersachsen“ bietet durch die eingebundenen zentralen Dienste und Portale nicht nur den interessierten Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch den Forschenden und Lehrenden eine Infrastruktur, welche nicht nur Wissen über die Objekte strukturiert und standardisiert erschließt, sondern auch direkte Wege zu digitalem Kulturgut aus Niedersachsen eröffnet.

„Culture Cloud“

Eine gemeinsame Datenerschließung von Archiven, Bibliotheken, Denkmalpflege, Landesforschung und Museen stellt daher auf dieser Infrastruktur aufbauend den

nächsten logischen Schritt in Richtung einer umfassenden kulturellen und historischen Informationsplattform für Niedersachsen dar. Hier setzt das Projekt „Culture Cloud“ (Kulturdateninfrastruktur) an, das gemeinsam von der Gesellschaft für Wissenschaftliche Datenverarbeitung Göttingen (GWDG) als koordinierende Einrichtung, dem LGLN, der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (SUB) und der VZG softwaretechnisch auf Grundlage der bereits bestehenden Services in enger Kooperation mit dem Niedersächsischen Landesarchiv, dem Niedersächsischen Landesdenkmalamt, den Niedersächsischen Landesbibliotheken, den Niedersächsischen Landesmuseen und der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen als Contentpartner sowie in enger Abstimmung mit dem MWK im Rahmen des Förderprogramms „zukunft.niedersachsen“ bei der Volkswagenstiftung beantragt wurde und sich aktuell in der Begutachtungsphase befindet. Diese Zusammenarbeit zielt darauf ab, historische Daten, Artefakte



Konzeptschema „Culture Cloud“ (Graphik: Philipp Wieder)

und Informationen effizienter zu erfassen, zu verwalten sowie Forschung und Lehre zugänglich zu machen. Durch die enge Verknüpfung dieser Einrichtungen entsteht somit eine reichhaltige Wissensbasis. Grundlage für diese Erschließungsinfrastruktur ist die Bereitstellung von spartenspezifischen Datenbanken, die den jeweiligen Erfordernissen in ihren Datenmodellen und Exportformaten Rechnung tragen, die sich aber durch die Nutzung gemeinsamer Services wie Normdaten, Geodiensten und Persistent Identifier (PID) miteinander in Beziehung setzen lassen und somit eine Matrix der kulturellen und historischen Hinterlassenschaften Niedersachsens abbilden.

Museale Erschließung

Technische Grundlage für die Bereitstellung eines Erschließungsservices für die Landes- und kommunalen Museen wird die Datenbank kuniweb. Damit wird das Management sowohl der einzelnen Sammlungen als auch die Dokumentation laufender Arbeiten an und mit den Objekten digital unterstützt und eine digitale Arbeitsumgebung zur Verfügung gestellt, die speziell die Planung und Realisierung von interdisziplinären Kooperationen in der objektbasierten Forschung und Lehre ermöglicht. Mit der Umsetzung des Konzeptes ObjectStore kann das Datenmodell von kuniweb zentral auf andere fylr-Instanzen automatisch übertragen werden. Somit können nicht nur den niedersächsischen Landesmuseen, sondern auch Spezialsammlungen („Virtuelles Kupferstichkabinett“, „KENOM – Virtuelles Münzkabinett“ etc.) kuniweb-fylr-Instanzen auf Basis eines identischen Datenmodells

zur Verfügung gestellt werden. Auf Basis des Konzeptes OpenDataClient lassen sich alle fylr-Instanzen rechtebasiert durchsuchen und per CustomDataType auch Verknüpfungen von Objekten in unterschiedlichen Datenbanken durchführen. In einer folgenden Projektphase soll mit dem OpenDataServer die Recherchemöglichkeit über (Museums-) Datenbanken anderer Softwarehersteller realisiert werden. Über standardisierte und dokumentierte JSON-Schnittstellen (JavaScript Object Notation) können weitere Datenpakete in die kuniweb-Instanzen ingestiert werden. Außerdem sorgen dokumentierte LIDO-Schnittstellen (Lightweight Information Describing Objects) für eine standardisierte Exportmöglichkeit in andere Dateninfrastrukturen. Ergänzt wird das Konzept außerdem durch die Möglichkeit, Rechte auf Basis standardisierter Lizenzvorgaben zu vergeben sowie persistente Identifikatoren über den PID-Service ePIC (European Persistent Identifier Consortium) der GWDG zu prägen. Bei Bedarf können weitere Services zur Museumsbibliotheks- und Museumsarchiverschließung sowie ein Digital-Asset-Management (DAM) zur Verfügung gestellt werden. Museale Objekte aus der Erschließungsinfrastruktur können im Portal „Kulturerbe Niedersachsen“, in Fachportalen („Virtuelles Kupferstichkabinett“,²⁴ „KENOM – Virtuelles Münzkabinett“²⁵) oder hauseigenen Präsentationsoberflächen publiziert werden. Auf Basis der Repositoriumssoftware MyCoRe soll der Museumskatalog Niedersachsen entwickelt werden, der neben den Museumsdaten aus den fylr-Instanzen auch die Daten aus anderen Erschließungsdatenbanken im Metadatenformat LIDO aufnimmt und zur Recherche über alle niedersächsischen Museumsdatenbestände hinweg bereitstellt.

Denkmalerschließung

Die Erschließung von Bau- und Bodendenkmalen wird aktuell auf Basis der Software fylr unter dem Arbeitstitel „Neues FachInformationssystem“ (NFIS) entwickelt, das die Vorgängersoftware ADABweb ablöst. Die Denkmale werden vom NLD und den unteren Denkmalschutzbehörden gemeinschaftlich auf Basis des Metadatenformates LIDO erschlossen. Zur Verwaltung der Bodenfunde steht eine museale Erfassungsdatenbank mit dem kuniweb-Datenmodell zur Verfügung. Die „Niedersächsische Denkmalkartei“ und zukünftige Digitalisierungsprojekte werden über den Digitalisierungsworkflow Goobi erschlossen. Außerdem sind ein DAM auf Basis von fylr sowie ein Dokumenten-Management-System (DMS) auf Basis der Landessoftware Doris angebunden. Die Denkmal- und Objektdatenbanken des NLD sowie die Objektdatenbanken der Museen sollen über den OpenData-Client gemeinschaftlich durchsuchbar sein. Über den CustomDataType können auch hier institutions- und datenbankübergreifende Verknüpfungen erstellt werden. Die Geoinformationsservices werden über das Masterportal des LGLN abgebildet. Über einen Geoserver und entsprechende Schnittstellen wird das Masterportal mit dem NFIS vernetzt. Die Nutzung von Normdaten bei der Denkmalerschließung wird über die Anbindung von DANTE ermöglicht. Die Erschließungsdaten der Denkmalkartei sowie weitere Retrodigitalisate der Denkmalakten können dem Archivportal Arcinsys des Niedersächsischen Landesarchivs im EAD-Format (Encoded Archival Description) sowie die zugehörigen Digitalisate über eine IIIF-Schnittstelle zur Verfügung gestellt

werden. Die Bau- und Bodendenkmaldaten werden im „Denkmalatlas Niedersachsen“ im DenkXweb-Datenmodell publiziert, die Bodenfunde in „Kulturerbe Niedersachsen“.

Archivalische Erschließung

Die archivalische Erschließung und Publikation von Aktenbeständen des Niedersächsischen Landesarchivs sowie eines Teils der Kommunalarchive erfolgt über die Software Arcinsys. Ein Desiderat ist allerdings ein Repositorium zur Sicherung und Bereitstellung der Digitalisate. Es soll daher ein zentrales Repositorium zur Speicherung und Auslieferung der Digitalisate auf Basis der Software MyCoRe bereitgestellt werden. MyCoRe soll über eine IIIF-Schnittstelle die Digitalisate zur Anzeige für Arcinsys bereitstellen. Als Digitalisierungsworkflow lässt sich optional Goobi anbinden, das wiederum die Metadatenaufnahme von Arcinsys einlesen und mit den Strukturdaten der Aktenerschließung im Format METS/MODS verknüpft, die erschlossene Archivtektonik im Format EAD an Arcinsys ausliefert sowie die Digitalisate über eine SWORD-II-Schnittstelle in das Archivrepositorium MyCoRe abgibt. Zur Erschließung mit Normdaten können Arcinsys, MyCoRe und Goobi an den Normdatenservice DANTE angebunden werden. Neben Arcinsys werden von den Kommunal-, Kreis- und Kirchenarchiven weitere Softwarelösungen (Augias, Faust etc.) eingesetzt. Digitalisate und Metadaten aus diesen archivischen Erschließungssystemen können in das Archivrepositorium MyCoRe überführt und von dort über Schnittstellen an Arcinsys geliefert werden. Ein zentraler Digitalisierungsworkflow auf Basis von

Goobi sowie die Einbindung von DANTE zur Normdatenerschließung kann optional bereitgestellt werden.

Bibliothekarische Erschließung

Die bibliothekarische Titelererschließung erfolgt über die bereitgestellten Softwarelösungen CBS/LBS (Zentrales Bibliothekssystem/Lokales Bibliothekssystem) des GBV. Die Recherche dieser Titeldaten erfolgt über den gemeinsamen Verbundkatalog K10plus von GBV und Südwestdeutschem Bibliotheksverbund (SWB). Die Titeldaten stehen über eine SRU-Schnittstelle (Search/Retrieve via URL) zur Einbindung in andere Erschließungssysteme zur Verfügung. Im Verbundsystem werden außerdem niedersächsische Normdaten (Bibliographie und Biographie) erfasst und bereitgestellt. Die Katalogisierung und Strukturierung von Retrodigitalisaten schriftlicher Quellen erfolgt über Digitalisierungsworkflows (u. a. Visual Library, Kitodo (Key to digital objects), Goobi), in die die Titeldaten des K10plus eingebunden, die Strukturdaten im Format METS/MODS erfasst sowie Meta-, Struktur- und Bilddaten über Viewer zur Präsentation bereitgestellt werden. Über IIIF-Schnittstellen können die Digitalisate in andere Präsentationsumgebungen eingebunden werden; die Metadaten können über OAI-PMH-Schnittstellen (Open Archives Initiative – Protocol for Metadata Harvesting) abgerufen werden. Diese Infrastruktur ermöglicht die gemeinsame Bereitstellung von Fachportalen, wie am Beispiel des „Kartenspeichers“ umgesetzt. Metadaten und Digitalisate werden aus den Digitalisie-

rungsworkflows über OAI- bzw. IIIF-Schnittstelle zur Verfügung gestellt und einem zentralen Repositorium auf Softwarebasis von MyCoRe aggregiert, georeferenziert und über eine Portaloberfläche publiziert. Im Rahmen des Vorhabens sollen neben den Kartenbeständen der Bibliotheken auch die Bestände der Archive, Museen, Denkmalpflege und der Geschichtswissenschaft in das Repositorium überführt sowie das Portal durch die Einbindung in Geoinformationsdienste erweitert werden. Darüber hinaus soll das Textarchiv auch für Archive bereitgestellt werden, um Texterschließungs- und Editionsprojekte dauerhaft zu sichern und über eine generische Portaloberfläche zu visualisieren.

Historische Erschließung

Ein Großteil der Quellen für die historische Forschung in Niedersachsen werden über die Erschließungssysteme der Sparten und zur Einbindung in Forschungsinfrastrukturen zur Verfügung gestellt. Für historische digitale Quellen in Sammlungen außerhalb dieser Gedächtniseinrichtungen werden zentrale Repositorien für Artefakte (fyrl), Schriftquellen (MyCoRe) und Retrodigitalisierungsprojekte (Goobi) bereitgestellt. Diese werden zur Normdatenerschließung an den Normdatendienst DANTE angebunden. Zusätzlich wird ein Publikationsserver für Publikationsprojekte der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen zur Verfügung gestellt. Über standardisierte Schnittstellen sollen die Inhalte der Erschließungsdatenbanken in die Langzeitarchivierung überführt werden.

Gemeinsame Präsentation

Auf Basis von standardisierten Schnittstellen sollen die freigegebenen, lizenzierten Meta- und Mediendaten der Erschließungsdatenbanken auf Grundlage der spartenspezifischen Austauschformate in eine übergreifende Datenschicht auf Basis der Software MyCoRe überführt werden. Diese liefert über standardisierte Exportschnittstellen (OAI-PMH, REST (Representational State Transfer), SWORD II, IIIF) den wissenschaftlichen Content an die Landesportale (Kulturerbe, Denkmalatlas, Künstlerdatenbank, Geschichtsportale), aber auch an Spezialportale („KENOM – Virtuelles Münzkabinett“, „Virtuelles Kupferstichkabinett“, Onlineportal „Jüdisches Niedersachsen online“²⁶). Über alle Präsentationsportale der Landesinfrastruktur kann auf Basis einer verteilten Suche (Kulturgetriebe) portalübergreifend recherchiert werden. Außerdem soll die Datenschicht den wissenschaftlichen Content zentral für die DDB und die Europeana sowie zur Einbindung in Forschungsdateninfrastrukturen bereitstellen. Die Gesamtinfrastruktur wird über ein zentrales Authentifizierungsmanagement zugänglich und abgesichert.

Zusammenfassung

Digitale Prozesse prägen seit Jahren Erfassung und Forschung in Museen, Denkmalpflege, Hochschulen, Archiven und Bibliotheken. Institutionen wie einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entwickelten und entwickeln an ihre jeweiligen Prozesse angepasste individuelle Lösungen, um erzeugte Daten strukturiert

abzulegen und vorzuhalten. Gleichzeitig sind Forschungsprozesse, Ausstellungskonzeptionen oder Denkmalsbewertungen darauf angewiesen, auf Daten zugreifen zu können. Die Kulturinstitutionen und Forschungseinrichtungen im Land Niedersachsen verfügen über reichhaltige Datenbestände, die für die Forschung wie für die Vermittlung ihrer Ergebnisse von großem Nutzen sind. Die Ermöglichung des gemeinsamen und einheitlichen Zugriffs auf diese Datenbestände durch eine technisch auf die besonderen Eigenschaften von Kulturdaten ausgerichtete zentrale Infrastruktur würde es erlauben, die in der Regel dezentral verfügbaren Bestände zentral auffindbar und recherchierbar zu machen. Dabei sollten die Daten in der Zuständigkeit der jeweiligen Datenhalter bleiben und der kontinuierlichen, dynamischen Erweiterung unterliegen. Die Entwicklung einer derartigen Infrastruktur zur gemeinsamen Datenerschließung und -bereitstellung hat sich das Projekt „Culture Cloud“ zur Aufgabe gemacht. Die entworfene Kulturdateninfrastruktur stellt einen bedeutenden Schritt in Richtung einer umfassenden kulturellen und historischen Informationsplattform für Niedersachsen dar. Die Zusammenarbeit der Kooperationspartner zielt darauf ab, historische Daten, Artefakte und Informationen standardisierter zu erfassen und effizienter zu verwalten sowie für Forschung, Lehre und Vermittlung zugänglich zu machen. Durch die enge Verknüpfung der am Projekt beteiligten Einrichtungen entsteht zudem eine reichhaltige Wissensbasis. Grundlage für die „Culture Cloud“ ist die Bereitstellung sowie die Einbindung spartenspezifischer Datenbanken, die den jeweiligen Anforderungen der Kulturinstitutionen und For-

schungseinrichtungen entsprechen, die sich aber durch die Nutzung gemeinsamer Services wie Normdaten, Geodiensten und Persistent Identifier miteinander in Beziehung setzen lassen und somit eine Matrix der kulturellen und historischen Hinterlassenschaften Niedersachsens abbilden. Mit der Kulturdateninfrastruktur soll zudem die Integration institutionsübergreifender Forschungsprozesse, eine gemeinsame Nutzung von bereits bestehenden Services, die Bildung von Standards für die Datenerschließung sowie ein Gateway für den gemeinsamen Zugriff auf die Daten durch Forschung, Lehre und Vermittlung ermöglicht und langfristig verfügbar gemacht werden. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Nachhaltigkeit der geschaffenen Strukturen und die dauerhafte Bereitstellung der erschlossenen Inhalte von großer Bedeutung. Daher ist nicht nur eine enge Abstimmung

mit den geisteswissenschaftlichen Konsortien der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI),²⁷ in der die Datenbestände von Wissenschaft und Forschung für das gesamte deutsche Wissenschaftssystem systematisch erschlossen, vernetzt und nachhaltig sowie qualitativ nutzbar gemacht werden, geplant, sondern die in „Culture Cloud“ entwickelten Dienste werden als Softwaregrundlage in das Serviceportfolio der NDFI eingebracht. Somit werden die in Niedersachsen erschlossenen Inhalte einer breiten wissenschaftlichen Community zur Verfügung gestellt und damit sowohl die Partizipation von Partnern aus anderen Bundesländern an den in Niedersachsen entwickelten Services ermöglicht als auch die Nachhaltigkeit der Softwareinfrastruktur und den darin erschlossenen Daten garantiert.

- 1 Vgl. die Internetpräsenz des Kulturportals „Kulturerbe Niedersachsen“: <https://kulturerbe.niedersachsen.de/start/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 2 Einen Überblick über die Gesamtsituation von Kulturportalen in Deutschland gibt Ellen Euler/Monika Hagedorn-Saupe/Gerald Maier/Werner Schweibenz/Jörn Sieglerschmidt (Hg.), *Handbuch Kulturportale. Online-Angebote aus Kultur und Wissenschaft*, Berlin/Boston 2015, mit einem Beitrag des Verfassers zum Stand in Niedersachsen.
- 3 Siehe auch Frank Dührkohp, *Das Portal Kulturerbe Niedersachsen. Ein Schaufenster zu den digitalen Kulturschätzen des Landes*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 149 (2013), S. 535-542, sowie ders., *Spartenübergreifende Präsentation von Kulturobjekten. Das Portal Kulturerbe Niedersachsen*, in: Holger Meyer/Christoph Schmitt/Stefanie Janssen/Alf-Christian Schering (Hg.), *Corpora ethnographica online. Strategien der Digitalisierung kultureller Archive und ihrer Präsentation im Internet*, Münster/New York 2014, S. 245-252.
- 4 Vgl. Homepage der Verbundzentrale des GBV, <https://www.gbv.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 5 Siehe auch Frank Dührkohp, *Publikation, Präsentation, Partizipation. Das Landesportal Kulturerbe*

Niedersachsen als zentrale Dienstleistungsplattform für die Arbeit der Gedächtnisinstitutionen in Niedersachsen, in: Eckhard Bolenz/Lina Franken/Dagmar Hänel (Hg.), *Wenn das Erbe in die Wolke kommt. Digitalisierung und kulturelles Erbe*, Essen 2015, S. 101-112.

- 6 Vgl. die Homepage des International Image Interoperability Framework, <https://iiif.io/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 7 Siehe auch Frank Dührkohp, *kuniweb. Ein neuer Dienst der VZG zur Erfassung von musealen Sammlungsbeständen*, Arbeitsgemeinschaft der Kunst- und Museumsbibliotheken, in: *AKMB-news: Informationen zu Kunst, Museum und Bibliothek* 21 (2015), Heft 2, S. 25-27.
- 8 Vgl. zur Oberfläche von kuniweb, <https://kuniweb.gbv.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 9 Vgl. die Ausführungen auf der Firmenhomepage der Programmfabrik GmbH, <https://www.programmfabrik.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 10 Siehe auch Frank Dührkohp/Karsten Heck/Johannes Mangei, *Sammlungsdatenbank und Sammlungsportal der Universität Göttingen*, in: *AKMB-news: Informationen zu Kunst, Museum und Bibliothek* 24 (2018), Heft 2, S. 32-37.

- 11 Siehe auch Frank Dührkohp, Künstlerportal und Nachlassdatenbank Niedersachsen, in: AKMB-news: Informationen zu Kunst, Museum und Bibliothek 25 (2019), Heft 1, S. 14-17.
- 12 Vgl. die Startseite <https://dante.gbv.de/search> (letzter Abruf 6.1.2025); vgl. auch die Dokumentation von Formaten und Schnittstellen, <http://api.dante.gbv.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 13 Siehe auch Tobias Helms, DANTE – Datendrehscheibe für Normdaten und Terminologien, in: AKMB-news: Informationen zu Kunst, Museum und Bibliothek 24 (2018), Heft 1, S. 14–15.
- 14 Vgl. die Pilgerzeichendatenbank, <https://www.pilgerzeichen.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 15 Vgl. den Open-Source Workflow Goobi, <https://goobi.gbv.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 16 Vgl. <https://www.intranda.com/digiverso/goobi/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 17 Vgl. die Startseite von Arcinsys, <https://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/start.action> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 18 Startseite des Portals „Künstlerdatenbank und Nachlassarchiv Niedersachsen“, <https://www.kuenstlerdatenbank.niedersachsen.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 19 Vgl. die Startseite des „Denkmalatlases Niedersachsen“, <https://denkmalatlas.niedersachsen.de/viewer/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 20 Vgl. https://www.geobasisdaten.niedersachsen.de/mapbender_nldviewer/application/denkmalatlas (letzter Abruf 6.1.2025).
- 21 Vgl. die Startseite des „Kartenspeicher“-Projekts der Verbundzentrale des GBV (VZG), <http://muenzkabinett.gbv.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 22 Siehe auch Andreas Christoph/Frank Dührkohp, Perspektiven auf alte Karten - Neue Dienste für alte Weltansichten, in: Archivquellen für eine moderne Regionalgeschichte. Landesarchivtag Sachsen-Anhalt und Thüringen 2017. Referate des Landesarchivtags in Halle (Saale) am 29./30. März 2017 und einem Anhang mit Referaten des Landesarchivtags 2016 in Quedlinburg, hg. v. VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V., Fulda 2018, S. 85-90.
- 23 Vgl. <https://www.mycore.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 24 Vgl. das Rechercheportal „Virtuelles Kupferstichkabinett“, <http://www.virtuelles-kupferstichkabinett.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 25 Vgl. die Internetpräsenz „KENOM - Virtuelles Münzkabinett“, <https://www.kenom.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 26 Zum Portal „Jüdisches Niedersachsen online“, <https://juedisches-niedersachsen.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).
- 27 Vgl. zur Webseite der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur, <https://www.nfdi.de/> (letzter Abruf 6.1.2025).

*Frank Dührkohp
leitet die Digitale Bibliothek in der
Verbundzentrale des Gemeinsamen
Bibliotheksverbunds Göttingen (VZG).*

*E-Mail:
frank.duehrkohp@gbv.de*



Aus der Arbeit der Archive

Content statt Metadaten:

Studierende der Hochschule Hannover als „Science to public“-Bloggerinnen und -Blogger für das Universitätsarchiv Oldenburg

von Karolin Bubke und Gunnar B. Zimmermann

Elf Studierende der Bachelor-Studiengänge Informationsmanagement und Medizinisches Informationsmanagement der Hochschule Hannover haben ein Blog für das Universitätsarchiv Oldenburg erstellt. Ein geeignetes Tool zum Aufbau des Blogs wurde gesucht und gefunden, das Archivinformationssystem Arcinsys wurde nach interessanten Beständen durchforstet, die potentiellen Zielgruppen wurden diskutiert und bestimmt und die Textsorte Blogbeitrag gesichtet. Dann ging es los: Innerhalb der Projektgruppe beschäftigte sich das Content-Team mit der Jagd nach dem geeigneten Thema und der Einbettung in ein anregendes Storytelling, das Technik-Team mit Fragen der Installation, der optischen Gestaltung sowie der Anreicherung im Sinne der Suchmaschinenoptimierung.

Projektauftrag von Extern: Hintergrund und Einbezug ins Studium

Im fünften Semester lernen die Studierenden der genannten Studiengänge praxisbezogen die Grundlagen des Projektmanagements von der Zielsetzung über die Stakeholderanalyse, Projektkommunikation und Phasen- oder Meilensteinplanung, agiles Projektmanagement mit Methoden wie

Scrum bis hin zum Controlling und Projektabschluss. Auch das erfolgreiche Arbeiten im Team, die Aufgaben der Projektleitung und das Konzept der Fehlerkultur wurden ergründet. Im darauffolgenden, nun sechsten Semester hieß es, diese Methoden auszuprobieren und erste Erfahrungen in alleiniger Projektverantwortung zu sammeln, und das nicht nur theoretisch, sondern beauftragt von einem externen Partner, in diesem Fall dem Universitätsarchiv Oldenburg.

Die Studierenden beider Studiengänge können gemeinsam aus einer Vielzahl von Projekten eines auswählen und haben hier die Chance, auch über den Tellerrand in das andere Fach zu schauen. Angeboten und zur Wahl gestellt werden die Projekte zumeist von Dozierenden der Hochschule in Zusammenarbeit mit Praktikerinnen und Praktikern aus Unternehmen oder Kultureinrichtungen. Ziel dieser Projektarbeit ist es, dass die Studierenden sich selbst organisieren, dass sie lernen, begrenzte Ressourcen effizient zu nutzen und im Team arbeitsteilig und erfolgreich zu agieren, aber auch Konflikte zu lösen.

Projektidee: Öffentlichkeitsarbeit im Blog als weiterer Kommunikationskanal

Die Projektidee entstand aus der Zusammenarbeit zwischen dem Archivleiter Gunnar Zimmermann und Diplom-Archivarin Kirsten Sturm vom Universitätsarchiv Oldenburg sowie Karolin Bubke, Professorin der Hochschule Hannover im genannten Studiengang Informationsmanagement. Die Idee, ein Blog für das Archiv einzurichten, gab es schon lange, nur fehlten personelle Ressourcen wie technisches Verständnis, um dieses selbst umzusetzen. Die Studierenden waren in vielerlei Hinsicht qualifiziert: Einige von ihnen hatten sich bereits zuvor für den Studienschwerpunkt Bibliothek entschieden und verfügten daher über Kenntnisse aus der Arbeit einer Kultureinrichtung aus dem Studium so wie auch aus Nebenjobs. Auch gab es bereits Arbeitserfahrungen aus Archiven. Weitere Studierende, die in ihrem Studium einen Schwerpunkt auf Web Content Management gelegt hatten, waren daran interessiert, nun eigenverantwortlich noch einmal ein komplexeres Blog aufzubauen als zuvor im Studium ausprobiert. Also gab es sowohl Interesse an der inhaltlichen Arbeit mit Archivbeständen als auch den Wunsch, für das Archiv ein Blog so weit zu installieren, dass es im Archivalltag eingesetzt werden kann.

Die Studierenden, die sich in erster Linie mit den Inhalten beschäftigen wollten, unternahmen zu Beginn des Seminars eine Exkursion nach Oldenburg. Sie vertieften sich dort nach einer Campusführung (siehe unten) zu verschiedenen universitätsprägenden Orten und geselligem Mensabesuch in die zuvor bestellten und bereitgestellten Archivbe-

stände. Anschaulich schilderten sie später sowohl die Spannung beim Öffnen der grauen Archivkartons, die Sichtung der vielen Papiere sowie ihre Bewusstwerdung darüber, dass detektivischer Spürsinn entwickelt werden musste, um besondere Inhalte zu entdecken und diese herauszuarbeiten.

Erwartungshaltung des Universitätsarchivs Oldenburg

Nach dem Entschluss zur Kooperation mit dem Projektseminar an der Hochschule Hannover wurde im Universitätsarchiv die Erwartungshaltung an ein Blog eruiert. Dabei stand die Frage nach zu erreichenden Zielgruppen, nach der inhaltlichen Ausrichtung und nach wünschenswerten technischen Features im Fokus. Zu bedenken war hierbei sowohl, was im Rahmen eines studentischen Projekts realistischerweise umsetzbar ist, als auch, was nach Übernahme des Blogs in den Eigenbetrieb notwendig und leistbar ist.

An die Studierenden kommuniziert wurde die Anforderung, dass entstehende Blog-Beiträge ebenso für Angehörige der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg wie für die archivische Fachgemeinschaft interessant, aber auch für eine allgemeine Leserschaft verständlich sein sollten. Die Texte sollten sich somit im Schnittbereich zwischen wissenschaftlichen Anspruch und Allgemeinverständlichkeit bewegen.

Als inhaltliche Zielsetzung wurde ausgegeben, das Universitätsarchiv einmal als institutionalisiertes Gedächtnis für die Oldenburger Universitätsgeschichte sowie in seiner Bedeutung für die Ermöglichung und Begleitung von Forschung und Lehre

darzustellen. Gleichsam sollten die zu erstellenden Blog-Artikel allgemein über die Aufgabenstellung und die Arbeitsweise von Archiven informieren. Konkret wurden den Studierenden Themenkategorien vorgeschlagen, die sich im Spektrum zwischen Archivnachrichten (z. B. Berichte über Bestände, Forschungs- und Kooperationsprojekte, Veranstaltungen des Archivs) und Beiträgen zur Oldenburger Universitätsgeschichte bewegen.

Bei der technischen Umsetzung war eine Anlehnung an das Corporate Design der Universität Oldenburg eine wichtige grafische Anforderung. Als wünschenswerte funktionelle Features wurden ein Wechselrahmen, Kacheln auf der Startseite sowie die Möglichkeit zur Verschlagwortung und eine sich daraus generierende Schlagwörter-Wolke angegeben. Da die Kooperation von Beginn an vom Wunsch getragen war, das Blog im Anschluss im Eigenbetrieb weiterzuführen, wurde die Blogging-Software von den Studierenden unmittelbar auf einem Server der Universität aufgesetzt, um den späteren Übergabeprozess an das Universitätsarchiv organisatorisch und im Sinne der IT-Sicherheit zu vereinfachen.

Ein erfolgreiches Projektteam: selbstorganisiert und auf Augenhöhe

Während der Projektlaufzeit im Sommersemester 2023 kamen die Studierenden regelmäßig zusammen, entweder vor Ort in der Hochschule oder in kürzeren Online-treffen. Diese fanden zwar nicht täglich statt, entsprachen aber in Dauer und Ablauf den im agilen Projektmanagement sogenannten

Daily Scrums: ein engagierter Austausch darüber, welches Arbeitspaket welchen Stand hatte, welches Thema wie weit bearbeitet war oder wer Hilfe von den Kolleginnen und Kollegen brauchte. Die Studierenden hatten sich vorab mit den Rollen im Projektteam und den Phasen der Teamarbeit beschäftigt. Sie hatten Zuständigkeiten zugewiesen, nämlich die im Sinne einer guten Vertretung aus drei Personen bestehende Projektleitung, außerdem Schriftführung, Inhalte-Team und Technik-Team. Auch wurde zunächst mit einer Projektmanagementsoftware gearbeitet. Schnell zeichnete sich jedoch ab, dass die Arbeit in Form eines selbstorganisierten Teams, moderiert von der Projektleitung, für alle die beste Lösung war: gleichberechtigt, sich gegenseitig unterstützend und interessiert Einblick nehmend auch in die Arbeitspakete der anderen, die einem selbst nicht vertraut waren. Für die einen war dies die Systemimplementierung, für die anderen der Umgang mit Archivalien und die sich daraus ergebenden Themen. Die Motivation war hoch, der Zeitdruck im kurzen Sommersemester zum Teil aber auch, galt es doch zwischendurch auch, dem Universitätsarchiv Oldenburg als Projektauftraggeber Bericht zu erstatten und immer wieder das Erarbeitete mit den Bedarfen abzugleichen. Es gab sowohl ruhigere, eher auf sich gestellte Phasen der Erarbeitung, als auch Phasen, in denen in schneller Taktung Inhalte und Technik zusammengeführt werden mussten, was durchaus als stressig betrachtet werden konnte. Der zunehmende Zeitdruck führte auch zu teils kontroversen Diskussionen, aber die Arbeit war durchweg auf das zu erreichende Ziel ausgerichtet.

Vorarbeiten und konkrete Unterstützung seitens des Universitätsarchivs

In der Startphase des Projektseminars fand auf Einladung des Universitätsarchivs eine Einführungsveranstaltung in Oldenburg statt. Im Vorfeld gab es im Archiv Überlegungen, welche konkreten Bestände und daraus ableitbare Themen sich für den gewünschten Zuschnitt der Blog-Beiträge eignen und zugleich bei den Studierenden Interesse wecken könnten. Der Besuchsgruppe aus Hannover wurden sodann das Portfolio möglicher Themen und die Erwartungshaltung des Archivs vorgestellt. Zum Programm gehörte überdies eine Archivführung, um Auftrag und Arbeitsweise des Universitätsarchivs zu verdeutlichen, sowie ein historischer Campusrundgang, der die Einzelthemen in den Kontext der Oldenburger Universitätsgeschichte insgesamt stellte.

Zu den von den Studierenden ausgewählten Themen digitalisierte das Team des Universitätsarchivs – soweit nicht bereits als Digitalisat vorhanden – anschließend entsprechende Archivalien und stellte diese über eine Cloud zur Verfügung. Einzelne Studierende kamen für vertiefte Recherchen ein weiteres Mal nach Oldenburg und ließen sich bei der Quellenauswahl und der Klärung von Rechtfragen vom Archiv beraten. Zum Teil waren präferierte Themen zu weit gefasst, zum Teil lagen interessierende Geschehnisse noch nicht weit genug in der Vergangenheit, um schon in schutzfristfreien Archivalien abgebildet zu sein.

Im Ergebnis führten die Recherchen zu den folgenden neun Blog-Beiträgen:

- Carl von Ossietzky – Ein Steckbrief

- Leiden für Pazifismus und Demokratie – Ein Beitrag zu Carl von Ossietzky
- Botanischer Garten Oldenburg
- Das Energielabor – Forschungsstätte und Experiment
- Die Hörforschung an der Universität Oldenburg
- Erfolgreiche Zusammenarbeit: die Universitäten Groningen und Oldenburg
- Klaus Beilstein und Michael Daxner
- Welche Rolle spielte eine Katze im Uni-Theater?
- Von hitzigen Disputen und Bierzeltmattadoren – Die Flugblattsammlung des Universitätsarchivs Oldenburg

Projektauslieferung und -übergabe: Spannung und Freude am Ende

Zum Abschluss des Projektseminars fanden zwei Präsentationen statt. Für das Projektteam war das Treffen mit Kirsten Sturm, Gunnar Zimmermann und Greta Brosowsky (damals im Rahmen ihres Freiwilligen Wissenschaftlichen Jahres angestellt) vom Universitätsarchiv Oldenburg das wichtigere, auch nervenaufreibende: Wurden die Ziele erreicht, würde das Blog übernommen und schließlich auch öffentlich gemacht werden? Eine weitere Präsentation im Kreis der anderen studentischen Projektgruppen fand im ehemaligen Kaufhof-Kaufhaus in Hannover statt, dem sogenannten „Aufhof“, in dem die Hochschule Hannover Präsentations- und Arbeitsflächen eingerichtet hatte und in dem alle Projektteams ihre Ergebnisse sehr erfolgreich präsentierten.



Die studentische Projektgruppe bei der Präsentation im „Aufhof“ in Hannover.
(Foto: Cina Behzad)

Fazit seitens des Universitätsarchivs und Go-Live des Blogs

Für das Universitätsarchiv hielt sich der Arbeitsaufwand in einem gut leistbaren zeitlichen Rahmen, da die Studierenden weitgehend selbstständig agierten und vielfach Quellen nutzten, die bereits in digitaler Form vorlagen. Einige technische

Features konnten von der Projektgruppe zwar aus zeitlichen Gründen nicht realisiert werden, doch wurde z. B. für die nicht umgesetzten Kacheln eine alternative Gestaltung der Blog-Startseite gefunden, die gleichsam die erwünschte Übersichtlichkeit durch Themen-teaser gewährleistet.

Nach der Blog-Über-gabe galt es im Universitätsarchiv vor allem zu planen, wie es mit dem

kleinen Archivteam möglich ist, das Blog regelmäßig mit qualitativ ansprechenden Beiträgen zu bespielen. Dieser Prozess nahm – in Verbindung mit den Herausforderungen für das Archiv im Kontext des 2024 begangenen Oldenburger Universitätsjubiläums – deutlich mehr Zeit in Anspruch als erwartet. Nach dem nun für das Frühjahr 2025 vorgesehenen Go-Live wird das Blog über die Homepage des Universitätsarchivs Oldenburg ansteuerbar sein.¹

¹ Vgl. <https://uol.de/uni-archiv> (letzter Abruf 25.11.2024).

*Dr. Karolin Bubke
leitet die Universitätsbibliothek Vechta
und war von 2022 bis 2023 Professorin
für Informationswissenschaft an der
Hochschule Hannover.*

*E-Mail:
karolin.bubke@uni-vechta.de*

*Dr. Gunnar B. Zimmermann
leitet das Universitätsarchiv Oldenburg.*

*E-Mail:
gunnar.zimmermann@uni-oldenburg.de*

Ausstellungsbeteiligung als Behördenbetreuung.

Eine gemeinsame Ausstellung von Niedersächsischem Landesarchiv und betreuter Behörde zum 75-jährigen Bestehen der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit

von Philip Haas

1. Einleitung

Die Zusammenarbeit von öffentlichem Archiv und Behörde jenseits der Bewertung wird innerhalb der Fachdiskussion meist als Behördenberatung gefasst. Demnach geben die Archive mit Blick auf die spätere Übernahme Hilfestellung bei der behördlichen Schriftgutverwaltung,¹ was im Zeichen genuin digitaler Unterlagen keineswegs an Bedeutung verloren hat.² Aber die archivische Vorfeldarbeit lässt sich weiter fassen, indem etwa eine Sensibilisierung für archivische Belange – zu denken ist an die gesetzliche Abgabepflicht oder die Markierung potenziell archivwürdigen Schriftguts im Sinne einer qualifizierten Beteiligung – geschaffen wird, und kann dann als Behördenbetreuung bezeichnet werden. Bei ihr handelt es sich zugespitzt formuliert um eine verwaltungsinterne Form der Öffentlichkeitsarbeit. Gleichwohl wurde die Behördenbetreuung nicht ohne Ironie als „das in der Öffentlichkeit am wenigsten bekannte Kerngeschäft der Archive“ bezeichnet,³ denn ihre Ausstrahlungskraft ist oft begrenzt. Mehr noch: Archivisches „Kerngeschäft“ ist sie allenfalls implizit, denn in der Regel wird sie in den archivgesetzlichen Vorgaben nicht ausdrücklich zur Aufgabe gemacht.⁴ Dessen ungeachtet ist sie oftmals unabdingbare Voraussetzung des Bewertungsgeschäfts, weshalb sich in der archivischen Praxis verschiedene Aus-

prägungsformen, von Behördentagen über Informationsveranstaltungen, regelmäßiger Tuchföhlung mit den Verantwortlichen in der abgebenden Stelle („Altregistrator“) bis hin zu Online-Angeboten etabliert haben. Ein bislang anscheinend selten beschrittener Weg besteht darin, die Öffentlichkeitsarbeit der Behörden mit eben deren Betreuung zu verschränken. Vorliegender Beitrag möchte dies an einem Beispiel illustrieren.

2. Ausstellungsbeteiligung

Im April 2024 ging eine Nutzeranfrage des Verwaltungsgerichts Braunschweig beim Niedersächsischen Landesarchiv Abteilung Wolfenbüttel ein, die dem Verfasser zugeschrieben wurde. Herr Dr. Baumgarten, der Vizepräsident und Pressesprecher des Gerichts, teilte mit, dass anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Niedersachsen eine Ausstellung in Planung sei, die sich in eine Reihe von Veranstaltungen und Projekten zur Begehung des Jubiläums einfügen werde. Er bat um Mitteilung, ob das Landesarchiv denn über Unterlagen verfüge, die sich für die Exposition eigneten. Er werde diese dann sichten, ablichten und Reproduktionen für die Ausstellung verwenden.

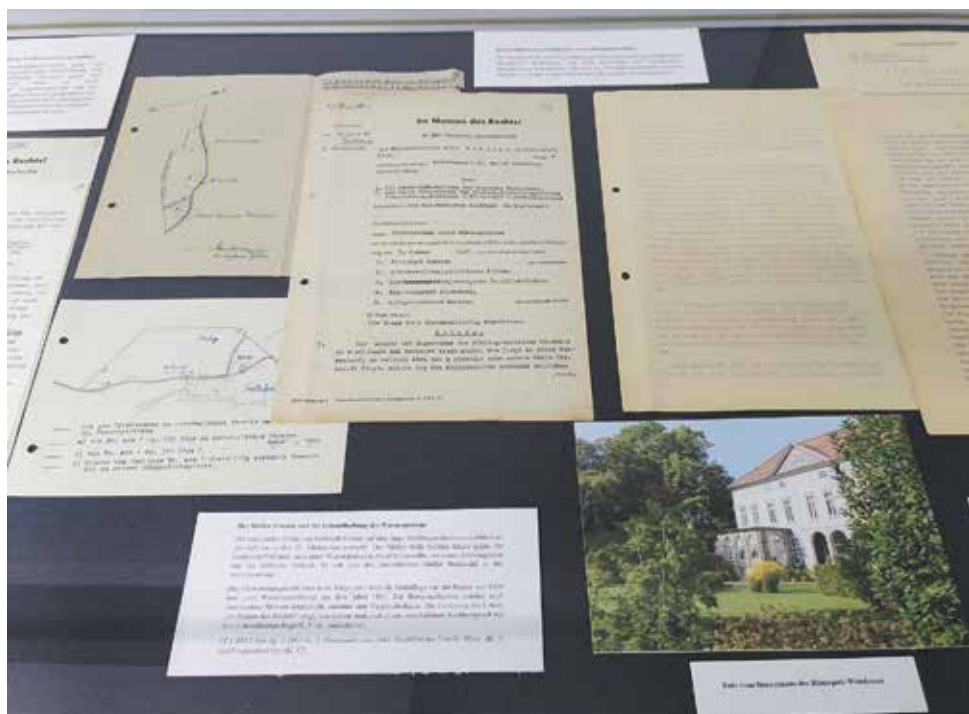
Damit tat sich eine Gelegenheit auf, die Öffentlichkeitsarbeit des Gerichts mit der

archivischen Nutzer- und Behördenbetreuung zu verschränken. Eine Recherche ergab, dass vor allem zu zwei Themenfeldern relevantes Archivgut vorlag: Der Bestand des Verwaltungsgerichts Braunschweig (NLA WO 2 Nds) enthält etwa 1 500 Prozessakten, darunter ebenso spektakuläre wie alltägliche Fälle von den 1940er Jahren bis in die jüngste Vergangenheit. In den Unterlagen des Staatsministeriums Braunschweig finden sich einschlägige Archivalien zur Einrichtung des Verwaltungsgerichts, die bereits im Jahre 1946, noch vor der Gründung des Landes Niedersachsen stattfand.⁵ Zwar gilt der 1. April 1949 als Beginn der Verwaltungsgerichtsbarkeit dieses Bundeslandes, aber die historischen Tatsachen sind wie immer etwas komplizierter. Zu angegebenem Datum wurden das Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg und eine hierarchisch gegliederte Verwaltungsgerichtsbarkeit eingerichtet. Die einzelnen Gerichte selbst bestanden aber schon und können auf unterschiedliche Gründungsdaten zurückgeführt werden. Im Lande Braunschweig hatte die britische Besatzungsmacht mittels eines Dekrets bereits im Oktober 1946 ein Verwaltungsgericht eröffnet, da sie in diesem Zweig der Rechtsprechung einen wesentlichen Bestandteil der Reeducation, der Erziehung der Deutschen zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, erblickte. Dabei konnte man in Teilen an den 1895/96 eingerichteten Braunschweigischen Verwaltungsgerichtshof anknüpfen. Obwohl man also zu Recht ein 75-jähriges Jubiläum beging, konnte man zugleich auf eine längere Vergangenheit zurückblicken.

Das Niedersächsische Landesarchiv gestaltete einen von drei Teilen der Ausstellung, welcher zum einen die Einrichtung des

Gerichts zum Gegenstand hatte und zum anderen dessen Arbeit unter Rückgriff auf Prozessakten dokumentierte. Angesichts der gesetzlichen Schutzfristen mussten dabei Akten aus den 1940er-1960er Jahren ausgewählt werden, was aber zeitlich gut an die Einrichtungsphase anknüpfen konnte. In den Akten spiegeln sich die besonderen Themen und Probleme der Zeit wider. Es wurden drei thematische Stationen gestaltet: der schwierige Umgang mit nationalsozialistischem Unrecht, die Festlegung demokratischer Verfahrensweisen und die alltägliche Verwaltungsgerichtsbarkeit (z. B. Streitigkeiten über Abgaben oder Grundstücke). In steter Rücksprache mit Herrn Baumgarten wurden Prozessakten ausgewählt, gesichtet, für die Ausstellung geeignete Seiten aus den Archivalien herausgesucht, Objekttexte abgefasst und um passende Abbildungen ergänzt.⁶ Die Prozessakten selbst konnten ohne größere rechtliche oder sonstige Hürden unter Verwendung eines einfachen Vertrags dem Verwaltungsgericht als der einstmals abgebenden Stelle ausgeliehen werden, bei allen weiteren Archivalien wurden hingegen Farbkopien verwendet. Da es dem Gericht an Ausstellungsvitrinen mangelte, stellte das Landesarchiv zudem leihweise zwei Tischvitrinen zur Verfügung.

Die beiden anderen Teile der Ausstellung wurden vom Pressteam des Gerichts kuratiert. In einem zweiten Bereich wurden Objekte präsentiert, die einen Eindruck von der Arbeitsweise der Richterinnen und Richter sowie der anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gerichts in der „vordigitalen Zeit“ vermittelten. So war neben Briefwaagen und schweren Frankiergeräten sowie Stempeln zum Beispiel ein Diktiergerät





Einblicke in die Ausstellung „75 Jahre Niedersächsische Verwaltungsgerichtsbarkeit“. (Fotos: Verwaltungsgericht Braunschweig)

zu sehen, mit dem Diktate auf Schallplatte aufgenommen wurden. Die Objekte ergänzten die archivische „Flachware“ um eindrucksvolle und optisch attraktive Objekte.

Das dritte Ausstellungssegment bestand aus großformatigen Bilderrahmen mit einer Auswahl von Presseberichten über Entscheidungen des Gerichts, die in den letzten Jahrzehnten ergangen sind. Auf diese Weise konnte die Ausstellung zeitlich bis zur Gegenwart fortgesetzt werden. Darüber hinaus konnten sich die Besucherinnen und Besucher an einem Bildschirm über die Rechtsprechung der einzelnen Kammern des Gerichts anhand von Leitsätzen informieren.

3. Behördenbetreuung

In Absprache mit Herrn Baumgarten wurde die Ausstellungseröffnung am 6. Juni 2024 zum Zweck der Behördenbetreuung genutzt. Sie fand ohne auswärtiges Publikum statt, dennoch waren etwa 60 bis 70 Personen anwesend. An ihr nahm die Belegschaft des Verwaltungsgerichts und des im selben Gebäude untergebrachten Sozialgerichts Braunschweig sowie eine Gruppe von Rechtsreferendarinnen und -referendaren teil. Harald-Dirk Meyer, der Präsident des Verwaltungsgerichts, und Herr Baumgarten hielten Eröffnungsreden. Anschließend führte der Verfasser durch die Ausstellung und gab dabei objektbezogen einen Über-

blick über die Geschichte des Verwaltungsgerichts beziehungsweise der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Niedersachsen. Davon abgeleitet ließ sich wirkungsvoll für die Bedeutung der Archivarbeit sensibilisieren und werben: Die Anwesenden hatten unmittelbar den historischen Wert der Archivierung ihres eigenen Schriftguts erfahren, was Verständnis für die Notwendigkeit von deren Fortsetzung schuf. Statt aber allgemein an die Abgabepflicht zu appellieren, wurde den anwesenden Richterinnen und Richtern im Anschluss an die Führung und den Vortrag eine Handreichung mit Bewertungskriterien übergeben und erläutert, die ihnen dabei helfen soll, Prozessakten für das Niedersächsische Landesarchiv vorzumerken:



Niedersächsisches Landesarchiv

Abteilung Wolfenbüttel
Forstweg 2
38302 Wolfenbüttel
Ihr Ansprechpartner:
Dr. Philip Haas
Philip.Haas@nla.niedersachsen.de
Durchwahl: 05331 935246

Markierung von Prozessakten der Verwaltungsgerichte für das Niedersächsische Landesarchiv

Das Niedersächsische Landesarchiv (NLA) überliefert Akten und andere Quellen der Behörden und Gerichte des Landes Niedersachsen und stellt sie für die historische Forschung zur Verfügung. Gemäß dem Niedersächsischen Archivgesetz müssen dem NLA von diesen Stellen sämtliche Unterlagen zur Übernahme angeboten werden,

die nicht mehr benötigt werden und deren Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind. Darüber hinaus ist das NLA aber auch auf die tätige Mitarbeit der Behörden angewiesen, um aus der Masse der Akten und Daten eine Auswahl archivwürdiger Unterlagen zu treffen und eine aussagekräftige Überlieferung für die Zukunft bilden zu können.

Dies gilt auch für Prozessakten der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die eine wichtige historische Quelle darstellen. Die Richterinnen und Richter können durch eine Markierung relevanter Prozessakten für das Archiv wesentlich zu einer aussagekräftigen historischen Überlieferung beitragen. Dabei gelten insbesondere folgende Kriterien:

Mediale Resonanz: Prozessakten, zu denen in der (regionalen) Presse berichtet wurde oder die Erwähnung in Pressemeldungen des Landes gefunden haben, sollten ausnahmslos vorgemerkt werden.

Instanzenzug und Präzedenzfälle: Wenn Verfahren bei höheren Instanzen noch einmal verhandelt oder sogar abweichende Entscheidungen getroffen werden sowie bei Urteilen mit präjudizierender Kraft sind die Prozessakten als archivwürdig zu markieren.

Aushandlung zeittypischer Fragen: Prozesse um zeittypische und grundsätzliche gesellschaftliche Fragen und Konflikte sind für das Archiv vorzumerken. Beispielsweise könnten für die Jahre 2020-2022 Streitigkeiten und klärende Prozesse um Corona-Bestimmungen relevant sein.

Besondere regionale Schwerpunkte: Besonderheiten der Region sollten sich in der archivalischen Überlieferung widerspiegeln. So könnten beispielsweise Prozesse zu den in Braunschweig ansässigen Bundesbehörden (Luftfahrt-Bundesamt,

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit usw.) für das Archiv relevant sein, vor allem bei Fragen allgemeiner bzw. grundsätzlicher Bedeutung.

Einblicke in administrative Arbeitsweisen und behördliche Kulturen: Prozessakten, die einen vertieften Einblick in administrative Arbeitsweisen und die Kultur einer Behörde geben, sollten vorgemerkt werden.

Sehr umfangreiche, aussagekräftige Akten: Das sogenannte Prinzip der „Dickität“ oder der „fat files“ kann ein Kriterium sein. Akten mit hoher Dokumentationsdichte, mit Gutachten usw., die einen großen Aussagewert haben, könnten vorgemerkt werden.

Die Handreichung wurde zudem auf elektronischem Weg an alle weitergegeben, die nicht hatten anwesend sein können. Es folgten Nachfragen zur Ausstellung, der Arbeit des Niedersächsischen Landesarchivs im Allgemeinen und zur Handreichung im Besonderen. Die zahlreich vertretenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialgerichts nahmen die Anregungen ebenso auf wie ihre Kolleginnen und Kollegen vom Verwaltungsgericht. Richterinnen und Richter aus den anderen Niedersächsischen Verwaltungsgerichten, darunter der Präsident des Obergerichts, besuchten die Ausstellung in der Folgezeit und wurden von Herrn Baumgarten über die Beteiligung und Tätigkeit des Niedersächsischen Landesarchivs unterrichtet. Die Ausstellung stand bis zu ihrem Ende am 30. September 2024 allen Interessierten offen, ein Angebot, das vermutlich vor allem von Prozessbeteiligten wahrgenommen wurde. Das Projekt kann

also bis zu einem gewissen Grad als Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Landesarchivs angesehen werden. Aber darin lag nicht seine Hauptabsicht, Zielgruppe waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden in einem Gebäude untergebrachten Gerichte.

4. Fazit

Mit verhältnismäßig geringem Aufwand konnte im Frühsommer 2024 durch eine Ausstellungsbeteiligung die Kommunikation zu zwei Gerichten und eingeschränkt zur Niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit insgesamt erheblich intensiviert werden. Das Niedersächsische Landesarchiv kam dem historischen Bedürfnis der Behörde entgegen und nutzte dieses als Ansatzpunkt, um für die eigene Arbeit zu werben. Das fand starken Anklang und stieß auf große Dankbarkeit. Dabei konnten auch – was sonst keineswegs immer gelingt – enge Kontakte zur Leitungsebene und zu den Richterinnen und Richtern geknüpft werden, denen bei der Markierung von Schriftgut für das Archiv eine Schlüsselrolle zukommt. Keineswegs wird es immer möglich sein, historische Bedürfnisse von Behörden, wie sie sich etwa bei Jubiläumsveranstaltungen bieten, zu nutzen. Wo dies aber möglich ist, kann diese Chance als gute Möglichkeit zur Behördenbetreuung ergriffen werden.

- 1 Mit weiterführender Literatur Benjamin Kram, Behördenberatung, in: Archivschule Marburg (Hg.), Terminologie der Archiwissenschaft, Marburg 2015, <https://www.archivschule.de/uploads/Forschung/ArchiwwissenschaftlicheTerminologie/Terminologie.html> (letzter Abruf 9.1.2025). Der Klassiker ist das voluminöse Werk von Heinz Hoffmann, Behördliche Schriftgutverwaltung. Ein Handbuch für das Ordnen, Registrieren, Aussondern und Archivieren von Akten der Behörden, 2. Aufl., München 2000.
- 2 Vgl. etwa die Beiträge im entsprechenden Themenheft der Zeitschrift Archivar 64 (2011), Heft 3, insbesondere: Kerstin Schenke/Burkhart Reiß, Vertraute Aufgaben auf neuem Gebiet. Behördenberatung für elektronische Akten und Unterlagen im Bundesarchiv, S. 292-298, und Ralf-Maria Guntermann, Behördenberatung im Wandel. Ein Fachkonzept zur Zukunftsfähigkeit archivischer Beratungsdienstleistungen im Landesarchiv NRW, S. 332-335.
- 3 Elke Koch/Clemens Rehm/Jürgen Treffeisen, Das Internet als Plattform der Behördenbetreuung – ein neues Angebot des Landesarchivs Baden-Württemberg, <https://www.landesarchiv-bw.de/de/landesarchiv/publikationen/fachbeitraege---transferarbeiten/47489> (letzter Abruf 9.1.2025), S. 1.
- 4 Im Niedersächsischen Archivgesetz (NArchG) § 1, Abs. 1, heißt es, das Niedersächsische Landesarchiv habe die Aufgabe, „aus dem Schriftgut der Behörden, Gerichte und sonstigen Stellen des Landes das Archivgut zu ermitteln, zu übernehmen, zu verwahren, zu erhalten, instand zu setzen, zu erschließen und nutzbar zu machen“. Die Vorfeldarbeit kann gegebenenfalls als Voraussetzung des Ermittels und Übernehmens betrachtet werden, wird aber nicht explizit aufgeführt. Beispielsweise im Bundesarchivgesetz (BArchG) § 3, Abs. 4, wird die Behördenberatung als Aufgabe festgelegt: „Das Bundesarchiv berät die öffentlichen Stellen des Bundes im Rahmen seiner Zuständigkeit bei der Verwaltung und Sicherung ihrer Unterlagen. Bei der Einführung neuer Systeme der Informationstechnologie insbesondere zur Führung elektronischer Akten gemäß § 6 des E-Government-Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I, S. 2749), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I, S. 1626) geändert worden ist, oder bei der wesentlichen Änderung solcher Systeme ist das Bundesarchiv rechtzeitig zu informieren, wenn hierbei anbieterpflichtige Unterlagen entstehen können“.
- 5 Vor allem NLA WO, 4 Nds, Zg. 1/1981, Nr. 107 und Nr. 108. Wie an der Signatur erkennbar ist, wurden die Archivalien nach dem Prinzip der abgebenden Stelle dem Bestand der Bezirksregierung Braunschweig (NLA WO 4 Nds) zugeordnet, dann aber per Lagerungsbestand in den des Staatsministeriums (NLA WO 12 Neu) überführt. Vgl. zum Folgenden auch Günter Burmeister, Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Braunschweig, in: Karl-Peter Sommermann (Hg.), Handbuch der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa, Bd. 1, Berlin 2019, S. 465-515; Niedersächsisches Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten (Hg.), 50 Jahre Verwaltungsgerichtsbarkeit in Niedersachsen, Hannover 1997, insbesondere den Beitrag von Christian Büschen, 100 Jahre Verwaltungsrechtsprechung in Braunschweig, S. 15-19.
- 6 Vgl. hierzu Philip Haas, Archivausstellungen heute – wozu und wie? Überlegungen und praktische Hinweise, in: Archiv-Nachrichten Niedersachsen 27 (2023), S. 136-152.

*Dr. Philip Haas
ist Archivar in der Abteilung Wolfenbüttel
des Niedersächsischen Landesarchivs.*

*E-Mail:
Philip.Haas@nla.niedersachsen.de*

Vereinsarbeit und Metaarchivpädagogik.

Erfahrungsbericht und Reflexionen zu einer regionalgeschichtlichen Fortbildung für schulische Lehrkräfte im Niedersächsischen Landesarchiv Abteilung Wolfenbüttel

von Philip Haas

I. Einleitung

Der Braunschweigische Geschichtsverein unternimmt seit kurzem den Versuch, sich einem Reformprozess zu unterziehen. Die traditionelle Organisationsform „Geschichtsverein“ soll an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts angepasst und dem seit den 1990er Jahren feststellbaren Mitgliederschwund entgegengetreten werden. Zu diesem Zweck werden aktuell eine ganze Reihe von Ideen und Maßnahmen erörtert und ausprobiert, darunter auch die Einrichtung von Arbeitsgruppen, um den Mitgliedern ein partizipatives Angebot zu machen und Außenstehende für den Verein zu gewinnen.¹ Eine attraktive Zielgruppe sind die schulischen Lehrkräfte, insbesondere des Faches Geschichte. Da der Verfasser als Geschäftsführer des Geschichtsvereins an dem intendierten Reformprozess beteiligt ist und aufgrund verschiedener schulischer Angebote, insbesondere einer Ausstellung und schulischer Themenführungen zur Amerikanischen Revolution,² über gewisse Kontakte zu Lehrkräften verfügt, nahm er sich der Aufgabe an, die diesbezüglichen Möglichkeiten auszuloten. Nachdem sich auf einen entsprechenden Aufruf innerhalb des Geschichtsvereins hin nur vier interessierte Personen gemeldet hatten, war klar, dass eine nach außen gerichtete Veranstaltung als Auftakt dienen musste. Sondierungen

innerhalb der Lehrerschaft und Gespräche mit Pädagoginnen und Pädagogen der umliegenden Museen und Gedenkstätten führten zu vier weiteren Einsichten:

1. Die allerwenigsten Lehrkräfte würden in ihrer Freizeit teilnehmen.
2. Das Angebot müsste einen echten Mehrwert für den Unterricht erbringen und folglich lehrplankonform gestaltet sein.
3. Der Geschichtsverein konkurriert mit zahlreichen außerschulischen Angeboten, weshalb ein besonderes Angebot und sehr zielgerichtete Werbung nötig wären.
4. Eine Arbeitsgruppe des Geschichtsvereins für schulische Lehrkräfte müsste auf Originalquellen zurückgreifen können, wenn sie ein attraktives Alleinstellungsmerkmal haben sollte.

Damit kam nur eine akkreditierte Lehrerfortbildung in Frage, deren inhaltliche Ausrichtung auf die aktuellen Rahmenlehrpläne ausgerichtet war, die sich auf archivalische Quellen stützte und entsprechend beworben wurde. Unmerklich war aus Arbeit für den Geschichtsverein zugleich eine Maßnahme der Archivpädagogik oder genauer gesagt der Metaarchivpädagogik geworden. Darin lag kein grundsätzliches Problem, sind doch Synergieeffekte zwischen der Arbeit des Niedersächsischen Landesarchivs und der örtlichen Geschichtsvereine durchaus gewollt. Allerdings stellte sich

die doppelte Frage, ob und wie das Format Lehrkräftefortbildung durchführbar wäre und ob es gelingen würde, die Veranstaltung in eine dauerhafte Vereinsstruktur zu überführen. Ihrer Beantwortung dient der vorliegende Erfahrungsbericht.

2. Bestandsaufnahme und Begriffsklärung zur (Meta-) Archivpädagogik

Die Zeiten, in denen der archivarische „Berufsstand, dem die Öffentlichkeit gern eine asketische Bereitschaft zu staubiger Weltabgeschiedenheit attestiert“,³ davon überzeugt werden musste, sich eben dieser zu öffnen, sind mittlerweile glücklicherweise Archivgeschichte. Öffentlichkeitsarbeit ist gegenwärtig fester Bestandteil des archivarischen Wirkens, obgleich ihr Stellenwert unterschiedlich beurteilt wird und sie nicht unbedingt zu den sogenannten Kerntätigkeiten zählt.

Seit den 1980er Jahren gilt die Archivpädagogik als wichtiges Segment der Öffentlichkeitsarbeit.⁴ Sie hat sich einerseits in Teilen institutionalisiert und wird durch intensive archivfachliche Reflexionen begleitet,⁵ andererseits ist ihre Ausprägung sehr heterogen und durch einen unterschiedlichen Verdichtungsgrad gekennzeichnet: Neben gut aufgestellten Archiven existieren noch immer „Leerstellen auf der archivpädagogischen Landkarte Deutschlands“,⁶ darunter das Bundesland Niedersachsen. Letztlich stellt sich die Möglichkeit, archivpädagogische Angebote machen zu können, als Ressourcenfrage dar. Während etwa die staatlichen Archive in Hamburg, Hessen und

Nordrhein-Westfalen sowie einige größere Kommunalarchive und Archive weiterer Sparten über (teil-)abgeordnete Lehrkräfte verfügen, die professionelle und spezialisierte Archivpädagogik betreiben, ist das in Niedersachsen nicht der Fall. Gleichwohl werden die Abteilungen des Niedersächsischen Landesarchivs seitens der Schulen immer wieder mit der Anforderung konfrontiert, als außerschulische Lernorte zur Verfügung zu stehen. Dies umfasst etwa die Unterstützung beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, thematische Führungen, Hilfestellung zur Abfassung von Seminararbeiten in der Oberstufe oder arbeitsteilige Angebote mit weiteren Institutionen der Region.⁷ An der Sinnhaftigkeit dieser Angebote ist kaum zu zweifeln. Viele der Archivarinnen und Archivare empfinden es als wichtig, sich den Schulen zu öffnen und junge Menschen an archivalische Quellen und archivarische Arbeit heranzuführen, aber dies muss neben den eigentlichen Dienstgeschäften durchgeführt werden, stellt eine erhebliche Belastung dar und kann kaum denselben Professionalisierungsgrad erreichen.

Wie lässt sich Archivpädagogik definieren und wen will sie erreichen? Sie stellt „einen Teilbereich“ der Historischen Bildungsarbeit dar, welche weiter gefasst ist und auch Erwachsene als Zielgruppe anvisiert, und „dient als Sammelbegriff für alle Maßnahmen und Veranstaltungen, bei denen Kinder und Jugendliche im Rahmen von didaktisch aufbereiteten Angeboten mit archivalischen Quellen in Berührung kommen“. ⁸ Archivpädagogik möchte „Schüler ins Archiv“ bekommen, mit ihnen arbeiten und bildend auf sie einwirken.⁹ Damit steht die Archivpädagogik nicht allein. Auch die pädagogische Arbeit der Bibliotheken, Ge-

denkstätten und Museen, die insgesamt fester etabliert und personell besser ausgestattet ist, zielt ganz wesentlich auf die Schüler und Klassenverbände ab.

Der Verfasser wählte demgegenüber einen anderen Ansatz, indem er in Form einer landes- oder regionalgeschichtlich ausgerichteten Fortbildung sozusagen metaarchivpädagogisch die Lehrkräfte als Multiplikatoren adressierte und diese zugleich für den Geschichtsverein zu gewinnen suchte. Ein derartiges Vorgehen ist mit Blick auf die deutsche Archivlandschaft nicht gänzlich neu,¹⁰ entspricht aber gleichwohl nicht der üblichen Stoßrichtung der Archivpädagogik und wurde in Niedersachsen nach dem Kenntnisstand des Verfassers so noch nicht ausprobiert.

3. Zielperspektiven und Vorbereitungen

Die Arbeit mit den schulischen Lehrkräften, die zugleich für den Geschichtsverein gewonnen werden sollten, konnte nur auf Augenhöhe erfolgen und partizipativ gestaltet sein. Statt ein vorgefertigtes Angebot zu liefern, das sich dann von den Teilnehmenden „konsumieren“ ließ, war das Ziel, die Lehrkräfte selbst zur Einarbeitung in die Landes- und Regionalgeschichte sowie zur Aufbereitung von Archivquellen für ihren Unterricht anzuhalten. Getragen wurde diese Überlegung von der Auffassung, dass die Lehrerinnen und Lehrer als pädagogische Profis besser als ein Archivar wissen, was sie für ihren Unterricht benötigen und wie dies didaktisch aufzubereiten ist. Demgegenüber wären sie hierfür auf archivfachliche und wis-

senschaftliche Expertise angewiesen, die vom Archiv bereitgestellt werden muss. Der Verfasser wollte ein Arbeitssetting schaffen und bei der Auswertung der Quellen helfen, die Arbeit selbst sollte von den Teilnehmenden ausgehen. Damit war noch eine weitere Zielsetzung verbunden: Schon mehrfach wurde die Frage an das Niedersächsische Landesarchiv Abteilung Wolfenbüttel gerichtet, ob landes- und regionalgeschichtliches Unterrichtsmaterial verfügbar sei – dies ist nicht der Fall, sondern hier liegt ein bekanntes Desiderat. Die erarbeiteten Materialien sollten daher zur Nachnutzung auf den Blog des Geschichtsvereins hochgeladen werden, um somit – wenn auch nur punktuell – ein Thema der hiesigen Geschichte nachhaltig zugänglich zu machen.

Zunächst waren eine umfassende Lektüre und Gespräche zur Erkundung der Rahmenlehrpläne notwendig. Welche Themen ließen sich überhaupt anhand des vorhandenen Quellenmaterials und unter regionaler Perspektive sinnvoll behandeln? Rasch schälte sich der Freistaat Braunschweig als geeignetes Thema heraus, vor allem aus folgenden Gründen:

- Die Weimarer Republik stand demnächst für die 12. Jahrgangsstufe als zentrales Unterrichtsthema an.¹¹
- Die Quellen aus dieser Zeit sind oft maschinenschriftlich und daher verhältnismäßig gut lesbar und handhabbar.
- Es existiert ein sachthematisches Inventar für die diesbezüglichen Bestände des Niedersächsischen Landesarchivs Abteilung Wolfenbüttel.¹²
- Das Thema „Weimar“ ist in Mode, da in den Medien und in der Wissenschaft regelmäßig gewisse Bezüge zur eigenen Gegenwart als Krisenzeitalter her-

gestellt werden. Serien wie „Babylon Berlin“ steigern den „Kultfaktor“ des Themas weiter.

- Der Verfasser hatte über Erschließungs- und Forschungsarbeiten sowie über Anfragen einen soliden Wissensstand zum Thema.¹³

Nach einem Vortrag des Geschichtsvereins im April 2023 sprach der Verfasser Hans-Ulrich Ludwig als maßgeblichen Experten zur Geschichte des Freistaats an.¹⁴ Er war gerne bereit, bei der geplanten Veranstaltung mitzuwirken. Birgit Hoffmann vernahm im Vorstand des Geschichtsvereins von dem Projekt, sagte zu, als weitere Expertin teilzunehmen und brachte später auch Archivalien des Landeskirchlichen Archivs Wolfenbüttel, dem sie als Leiterin vorsteht, in die Veranstaltung mit ein.

Wie gestalteten sich nun die konkreten Vorbereitungen? Seit Mai 2023 wurde eine große Masse an Sekundärliteratur zur Weimarer Republik im Allgemeinen und dem Freistaat im Besonderen gelesen. Da gerade zum übergeordneten Themenfeld in der Dienstbibliothek viele Titel nicht vorhanden waren, mussten sie privat aus eigenen Mitteln angeschafft werden und wurden später der Veranstaltung zur Verfügung gestellt. Quellen waren zu sichten und geeignete Stücke auszuwählen, wobei meist ganze Konvolute (Akten, Plakatmappen, Fotoalben usw.) bereitgestellt wurden. Auswahlkriterien waren Aussagekraft, Lesbarkeit und Verwendbarkeit für den Unterricht. Etwa drei Vormittage waren nötig, um knapp 200 Archivalien zu sichten und aus diesen etwa 60 Stücke auszuwählen. Dies erfolgte in einer Mischung aus dienstlicher Tätigkeit und privatem Engagement, wobei letzteres deutlich überwog.

Um die Veranstaltung zielgerichtet zu bewerben, wurde Kontakt zur Fachsprecherin Geschichte aufgenommen. Verantwortlich für das Fach Geschichte in der Region erklärte sie sich bereit, die sogenannten Fachobleute anzuschreiben, die auf Ebene ihrer Schulen für die Koordination des Geschichtsunterrichts zuständig sind, und zeigte sich vom Format derart angetan, dass sie sich später selbst anmeldete. Des Weiteren wurden 45 Schulen der Region angeschrieben und bestehende Kontakte zu Lehrkräften genutzt. Ohne allzu großen Arbeitsaufwand gelang es, die Veranstaltung vom Kompetenzzentrum Lehrkräftefortbildung (KLBS) an der Technischen Universität Braunschweig akkreditieren zu lassen. Notwendig waren eine telefonische Erstberatung mit dem zuständigen Referenten und die Einreichung eines Exposés, das später in abgewandelter Form zugleich als Werbematerial genutzt werden konnte. Das KLBS stellte mit Vedab eine Anmelde- und Lernplattform zu Verfügung, bewarb die Fortbildung und übermittelte Namensschilder. Durch die Akkreditierung war es den Lehrkräften leichter möglich, Sonderurlaub zu erhalten, auch konnten die Reisekosten nun erstattet und Fortbildungspunkte erworben werden.

Obwohl von verschiedenen Seiten gewarnt wurde, das geplante Format sei für die Teilnehmenden zu arbeitsintensiv und werde daher kaum auf Interesse stoßen, meldeten sich etwa 25 Lehrkräfte aus der gesamten Region zwischen Harz und Heide sowie zwei Personen aus dem Geschichtsverein an. Die Veranstaltung wurde auf den 2./3. November 2023 terminiert.

4. Durchführung

Angesichts der hohen Teilnehmerzahl stieß die Veranstaltung, welche im Ausstellungssaal des Archivs stattfinden sollte, an räumliche Grenzen. Zusätzliche Tische waren aufzubauen, um die Archivalien und die Literatur entsprechend der Arbeitsstationen anordnen zu können, wobei insbesondere großformatige Werbeplakate eine Herausforderung darstellten. Auf diese Weise waren die Verhältnisse beengt, aber ein Arbeiten gut möglich. Im Foyer des Archivs wurde eine „Getränkebar“ eingerichtet, an der in den Pausen ein geselliger Austausch bei Kaffee, Tee, Mineralwasser und Gebäck stattfand. Angesichts einer vorausgehenden Veranstaltung (Gesundheitstag) im Ausstellungssaal musste der Aufbau am Nachmittag und Abend des Vortags stattfinden, wobei der Verfasser von verschiedenen Archivmitarbeitern unterstützt wurde. Der Ablauf gestaltete sich wie folgt:

Donnerstag, 2. November

9.00-10.00 Uhr

Begrüßung, Einführung in die Veranstaltung (Dr. Haas) und in das Thema (Dr. Ludewig)

10.00-12.00 Uhr

Quellenarbeit (einzeln oder in Gruppen) an vorbereiteten Themenstationen. Auswahl von einzelnen Quellen und deren historische Kontextualisierung

12.00-13.00 Uhr Mittagspause

13.00-14.00 Uhr

Vorstellung der Aufgaben eines öffentlichen Archivs und von Recherchemöglichkeiten zu Archivgut anhand des Archivprogramms Arcinsys

14.00-15.00 Uhr

Führung durch das Archiv

15.00-16.30 Uhr

Fortsetzung der Quellenarbeit und erste Aufbereitung der Ergebnisse

Freitag, 3. November

9.00-10.30 Uhr

Aufbereitung der erzielten Ergebnisse

10.30-12.30 Uhr

Präsentation der Ergebnisse im Plenum (Kolloquium unter Moderation von Dr. Haas und Dr. Ludewig)

12.30-13.00 Uhr

Nachbesprechung, Evaluation und Verabschiedung

Zunächst führte der Verfasser in die Veranstaltung ein, anschließend gab Herr Ludewig in einem halbstündigen Vortrag einen Überblick über die Geschichte des Freistaats, mit Fokus auf dessen Besonderheiten und typische Merkmale für ein Land der Weimarer Republik. Dabei streifte er auch verschiedene Themenblöcke, die im Zentrum der Veranstaltung standen. Auf Basis des Impulsvortrags entschieden sich die Teilnehmenden anschließend für eines dieser Themen:

- 1918/19: Revolution und Ende der Monarchie
- „Der unheimliche Gast“: Die Spanische Grippe
- Konterrevolution oder Stabilisierung? Das Freikorps Maerker und die Folgen
- Die Braunschweiger Verfassung von 1922: Stabilisierung as usual oder die modernste Verfassung der Republik?
- Auf der Suche nach einer neuen Rolle: Die Landeskirche und die Konfessionsschulen
- Inflation, Notgeld und soziale Spannungen: Das Krisenjahr 1923

- Die Parteienlandschaft im Spiegel politischer Plakate
- Frauen in der Braunschweiger Politik: Das Leben und Wirken der Minna Faßhauer
- Eine Braunschweiger Besonderheit: Bildungspolitik und Lehrerbildung
- Gab es die Goldenen Zwanziger und Roaring Twenties in der Provinz?
- Die Weltwirtschaftskrise vor Ort: Auswirkungen und Folgen
- Die Steigbügelhalter: Der frühe Aufstieg der NSDAP in Braunschweig

Der Verfasser hatte zu jedem Thema eine Arbeitsstation mit Quellen und Sekundärliteratur aufgebaut. Die Teilnehmenden verteilten sich auf diese, sichteten das Material eigenständig und wählten Stücke aus, während Herr Ludewig, Frau Hoffmann und der Verfasser herumgingen und bei der Lektüre und Kontextualisierung halfen. Nach einem ersten Arbeitsblock wurde vor der Mittagspause abgestimmt, ob allein Unterrichtsma-

terial erarbeitet oder auch eine Ausstellung gemacht werden sollte, welche die Lehrkräfte dann nahezu eigenständig mit ihren Klassen hätten besuchen können. Erstere Option wurde gewählt.

Nach der Mittagspause folgte ein Theorieblock. Anhand von Arcinsys wurden die Tätigkeiten eines öffentlichen Archivs und Recherchemöglichkeiten demonstriert, zudem mit den Grundsätzen des Provenienzprinzips und Überlieferungszusammenhangs vertraut gemacht, um eine weitere Kontextualisierungsebene für die Archivalien aufzuzeigen (Einordnung in die Archivtektonik, Bestandsvorworte usw.). An dieser und anderen Stellen wurde für den Geschichtsverein geworben, dessen Publikationen während der Arbeit Verwendung fanden und zudem an einem Stand auslagen. Es folgte eine Führung durch das Haus, um bestimmte Vortragsinhalte an praktischen Beispielen zu konkretisieren.

Die Quellenarbeit ging am Nachmittag und am nächsten Morgen weiter. Nach Art eines Kolloquiums wurden die Ergebnis-





Schulische Lehrkräfte während der Fortbildungsveranstaltung bei der Quellenarbeit. (Fotos: Julian Hartig, NLA)

se am Freitagvormittag präsentiert und diskutiert. Die Ergebnisse divergierten stark: Hochprofessionellem Material und vollständig ausgearbeiteten Unterrichtseinheiten standen ausgewählte Dokumente gegenüber. Allerdings war keiner der Anwesenden dazu bereit, die erarbeiteten Produkte für eine Nachnutzung im Geschichtsblog freizugeben. Stattdessen wurden die Unterlagen im Nachgang an den Verfasser

geschickt, der sie im gesamten Teilnehmerkreis versendete.

Die abschließende Evaluation, die im Plenum und mittels Online-Bögen erfolgte, ergab ein klares Bild: Laut Aussagen der Beteiligten hatten sie noch nie in ihrem Leben bei einer Veranstaltung so intensiv arbeiten müssen und dies auch mit Begeisterung getan. Die Veranstaltung, ihre Konzeption und Durchführung stießen dabei auf große

Begeisterung. Laut der anonymen Online-Evaluation würden einhundert Prozent der Teilnehmenden die Veranstaltung weiterempfehlen. Die Auswahl der Quellen und Literatur wurde nahezu einhellig gelobt und betont, dass die Erkenntnisse und Materialien in großem Maße in den Unterricht einfließen werden. Die dringende Bitte wurde geäußert, eine entsprechende Veranstaltung für den Ersten Weltkrieg durchzuführen, der laut Rahmenlehrplan als nächstes ansteht. Während das Interesse an derartigen Veranstaltungen also sehr groß war, wollte keiner der Teilnehmenden einer Arbeitsgruppe des Geschichtsvereins beitreten, die ein ehrenamtliches Engagement in der Freizeit nötig machte.

5. Fazit

Eine als Arbeitskreis geplante Veranstaltung wuchs sich aus dargelegten Gründen zu einer Lehrerfortbildung aus. Diese trug stark experimentellen Charakter und wurde nach Kenntnis des Verfassers in dieser Form in Niedersachsen bislang noch nicht durchgeführt. Folgende Erkenntnisse lassen sich insbesondere aus ihr ziehen:

- Es gibt ein hohes Interesse innerhalb der Lehrerschaft an derartigen Veranstaltungen und Angeboten. Die zahlreichen „Kassandra-Rufe“, denen zufolge niemand kommen werde und die Sache ins Leere laufe, trafen keineswegs zu. Im Gegenteil: Es herrschte großer Zulauf und die Rückmeldungen waren in höchstem Maße begeistert.
- Das Arbeitspensum war für den Verfasser gewaltig und musste neben den Dienstgeschäften, größtenteils in der

Freizeit und im Urlaub, bewältigt werden. Derartige Veranstaltungen sind ohne eine professionelle Archivpädagogin oder Archivpädagogen in wiederholter Frequenz folglich nicht durchführbar.

- Die Evaluation am Ende der Fortbildung ergab, dass man sich seitens der Lehrerschaft zwar mehr solcher Formate erhofft, an einem dauerhaften Arbeitskreis, dem man in seiner Freizeit beiwohnen müsste, aber *keinerlei* Interesse besteht.

Hieraus ergibt sich ein klares Bild: Es wird bei einer einzelnen Veranstaltung bleiben, ein wirklicher Arbeitskreis lässt sich im Rahmen des Geschichtsvereins nicht institutionalisieren, während eine Serie von vergleichbaren Veranstaltungen angesichts beschränkter Arbeitskapazitäten nicht durchführbar ist.

Obwohl das übergeordnete Ziel streng genommen nicht erreicht wurde, ist die Veranstaltung nach Auffassung des Verfassers aus folgenden Gründen als Erfolg zu werten:

- Eine verhältnismäßige große und engagierte Gruppe Lehrender wurde auf den Geschichtsverein und das Niedersächsische Landesarchiv hingewiesen beziehungsweise mit diesen Institutionen vertieft vertraut gemacht. Wenn man mit Hans Booms archivische Öffentlichkeitsarbeit als „werbende Selbstdarstellung in eigener Sache und für das eigene Prestige [...] zu dem Zwecke, sich öffentliche Geltung zu verschaffen“, versteht,¹⁵ so war die Fortbildung ein gelungener Akt derselben für das Niedersächsische Landesarchiv. Was den Braunschweigischen Geschichtsverein betrifft, so besteht Grund zur Hoffnung, dass ihm einige der Teilnehmenden beitreten werden.

- Die Gruppe ist nun mit einem wichtigen Kapitel der Braunschweiger Regionalgeschichte vertraut, hat Material erarbeitet und wird all dies zweifelsohne in den Unterricht einfließen lassen. Damit ist der Geschichtsverein seinem Vermittlungsauftrag gerecht geworden.
- Nutzen und Aufwand metaarchivpädagogischer Maßnahmen und etwaige Möglichkeiten wurden exemplarisch erprobt und sozusagen auf eine empirische Grundlage gestellt.

Trotz des aktuell viel diskutierten Lehrermangels bleibt die Hoffnung, dass mittel- bis langfristig die Archivpädagogik in Niedersachsen analog zu den Museen und Gedenkstätten auf eine professionelle Grundlage gestellt wird, um die Lücke zwischen dem Gewünschten und dem Möglichen zu schließen. Eine auf die Lehrkräfte zielende Metaarchivpädagogik wäre dann sicherlich Bestandteil dieser Tätigkeit.

-
- 1 Philip Haas, Wo steht der Geschichtsverein und wie könnte es weitergehen? Bericht zu einer Standortbestimmung und zu Ansätzen für einen Reformprozess des Braunschweigischen Geschichtsvereins, in: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 104 (2023), S. 189-201.
 - 2 Meike Buck/Philip Haas, Wenn Landesgeschichte Weltgeschichte berührt. Ausstellung und schulische Themenführungen zu Braunschweigs Soldaten und der Amerikanischen Revolution, in: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 103 (2022), S. 253-287.
 - 3 Hans Booms, Öffentlichkeitsarbeit der Archive. Voraussetzungen und Möglichkeiten. Vortrag des 45. Deutschen Archivtages, in: Der Archivar 23 (1970), Sp. 15-32, hier Sp. 15.
 - 4 Kristin Tuma, Archivpädagogik als ein Mittel der historischen Bildungs- und archivischen Öffentlichkeitsarbeit – vorgestellt an ausgewählten Beispielen, Potsdam 2006. Zur Geschichte der Archivpädagogik vgl. ebd., S. 18-21.
 - 5 Zentrales fachliches Forum ist der 1998 gegründete Arbeitskreis „Archivpädagogik und Historische Bildungsarbeit“ des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare, der jährlich eine Archivpädagogikkonferenz veranstaltet, vgl. <https://www.vda.archiv.net/archivpaedagogen/startseite.html> (letzter Abruf 9.1.2025). Der Arbeitskreis erfasst fortlaufend die Forschungsliteratur mittels einer Bibliografie, vgl. Günther Rotenburg/Roswitha Link/Friederike Tiedeken, Bibliographie zu Archivpädagogik und Historischer Bildungsarbeit, Stand: Juli 2022, https://www.vda.archiv.net/fileadmin/user_upload/Bibliographie_zu_Archivpaedagogik2.pdf (letzter Abruf 9.1.2025).
 - 6 Annekatrin Schaller, Anspruch und Wirklichkeit. Archivpädagogik in Deutschland heute, in: Archivar 72 (2019), S. 102-104, hier S. 102.
 - 7 In jüngster Zeit wären für das Niedersächsische Landesarchiv Abteilung Wolfenbüttel folgende Kooperationen zu nennen: „Nationalsozialismus in Wolfenbüttel. Das Schulprojekt für die Klassenstufen 9 bis 11“ (Museum Wolfenbüttel, Niedersächsisches Landesarchiv und Gedenkstätte der JVA in Wolfenbüttel) und „Hexen und Hexenverfolgung im Braunschweiger Land. Ein Schulprojekt zur Sonderausstellung Hexenwahn – Glaube. Macht. Angst. Für die Klassenstufen 11 bis 13“ (Museum Wolfenbüttel, Niedersächsisches Landesarchiv und Herzog August Bibliothek). Insbesondere Dr. Silke Wagener-Fimpel tut sich hier durch ihr Engagement hervor.
 - 8 Gregor Patt, Archivpädagogik, in: Archivschule Marburg (Hg.), Terminologie der Archivwissenschaft, Marburg 2015, <https://www.archivschule.de/uploads/Forschung/ArchivwissenschaftlicheTerminologie/Terminologie.html> (letzter Abruf 9.1.2025).
 - 9 So der Titel von Beate Sturm, Schüler ins Archiv! Archivführungen für Schulklassen, 2. Aufl., Berlin 2016. Vgl. unter den neueren Titeln etwa auch Kathrin Pilger, Schüler forschen im Archiv. Ein archivpädagogischer Führer für Schülerinnen und Schüler durch das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Duisburg 2015. Vgl. auch Schaller, Archivpädagogik (wie Anm. 6), S. 102; Tuma, Archivpädagogik (wie Anm. 4), S. 16 und S. 21-24.
 - 10 Gerade in der Frühzeit der Archivpädagogik gab es einige Fortbildungsveranstaltungen, vor allem in Hessen, vgl. Thomas Lange, Archiv als Ort der Lehrerfortbildung, in: Mitteilungen aus den Hes-

- sischen Staatsarchiven 24/25 (1987), S. 27-28; ders., Regionalhistorische Lehrerfortbildung in Zusammenarbeit von Archiv und Museum, in: Mitteilungen aus den Hessischen Staatsarchiven 27 (1988), S. 6; Ulrich Kirchen, Lehrerfortbildung im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, in: Mitteilungen aus den Hessischen Staatsarchiven 26 (1988), S. 11-12; ders., Die Schüler über die Lehrer gewinnen, in: Der Archivar 42 (1989), Sp. 499-504; Günther Rohdenburg, Der „aktuelle Anlass“. Ein Angebot für die Lehrerfortbildung, in: Bericht über die 38. Versammlung deutscher Historiker in Bochum, Stuttgart 1991, S. 378-381; Friedhelm Weinforth, Wanderausstellung – Publikation – Lehrerfortbildung: Ansätze zu einer regionalen Archivpädagogik, in: Der Archivar 42 (1989), Sp. 504-509. Für die jüngere Zeit wären insbesondere Beispiele aus Nordrhein-Westfalen anzuführen: Wolfhart Beck/Heike Fiedler/Martina Rudnik, Viele Wege führen in die Geschichte. Archivpädagogische Zugänge im Landesarchiv NRW, in: Archivar 72 (2019), S. 108-112, hier S. 111; Wolfhart Beck, Lernort Archiv. Ein Fortbildungsangebot für Lehrerinnen und Lehrer in Münster, in: Archivar 69 (2016), S. 168 f.; Nancy Bodden, Archiv und Schule. Bericht über eine Lehrerfortbildung des Westfälischen Wirtschaftsarchivs, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 74 (2011), S. 52 f.
- 11 Niedersächsisches Kultusministerium (Hg.), Kerncurriculum für das Gymnasium – gymnasiale Oberstufe die Gesamtschule – gymnasiale Oberstufe das Berufliche Gymnasium das Abendgymnasium das Kolleg. Geschichte. Sekundarstufe II, Rahmenthema 3: „Wurzeln unserer Identität“, verbindliches Wahlmodul 6: „Zwischen Krise und Modernisierung – Die Gesellschaft der Weimarer Republik“.
 - 12 Friedrich Wilhelm Rogge, Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen. Ein analytisches Inventar, Bd. 1: Freistaat Braunschweig, Göttingen 1984.
 - 13 Insbesondere: Philip Haas/Dietmar von Reeken, „Spannungen zwischen wissenschaftlicher und pädagogischer Geschichte im Geschichtsunterricht“. Robert Multhoffs Examensarbeit von 1933: Edition und Analyse, Münster 2024; Philip Haas, Die virtuelle Wiederauferstehung des Braunschweigischen Staatsministeriums, in: NLA-Magazin 7 (2022), S. 32-34; ders., „Die ‚spanische Krankheit‘ ist nunmehr auch hier aufgetreten“. Die Influenza des Jahres 1918 im Staate Braunschweig. Darstellung und Quellen, in: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 101 (2020), S. 181-205.
 - 14 Vgl. beispielsweise Hans-Ulrich Ludewig, 160 Tage weht die rote Fahne. Die Revolution in Braunschweig 1918/1919, Braunschweig 2020; ders., Der Erste Weltkrieg und die Revolution, in: Horst-Rüdiger Jarck/Gerhard Schildt (Hg.), Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region, 2. Aufl., Braunschweig 2001, S. 915-944.
 - 15 Booms, Öffentlichkeitsarbeit (wie Anm. 3), Sp. 17.

*Dr. Philip Haas
ist Archivar in der Abteilung Wolfenbüttel
des Niedersächsischen Landesarchivs.*

*E-Mail:
Philip.Haas@nla.niedersachsen.de*

Die Akten der Hebammenschule Göttingen

von Annika Kalvelage

Drei Monate vor Schließung der Hebammenschule Göttingen übergab die Schulleitung im September 2023 die Akten ihrer Einrichtung von 1900 bis 2011 an das Universitätsarchiv Göttingen. Sie bilden die erste, größte und vorletzte Aktenabgabe dieses Registraturbildners. Seit 2020 wird die Qualifizierung zur Hebamme in Deutschland von einer dualen Ausbildung zu einem dualen Hochschulstudium

umgestellt, das in Göttingen an dem von der Universitätsmedizin Göttingen und der Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen (HAWK) gegründeten Gesundheitscampus angesiedelt wurde. Mit dem Abschluss des letzten Auszubildendenjahrgangs schloss deswegen nach 272 Jahren eine der ältesten Einrichtungen der Göttinger Universität.



Gebäude der Frauenklinik und Hebammenschule Göttingen. (Universitätsarchiv Göttingen, Foto 58; Foto: Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen)

Registraturbildner

Die Hebammenschule findet sich im Universitätsarchiv Göttingen seit Eröffnung der Geburtsklinik 1751¹ in den Akten des Universitätskuratoriums, der staatlichen Aufsichtsbehörde für die Universität, und verstreut in einzelnen Akten anderer universitärer Einrichtungen, z. B. der Medizinischen Fakultät.² Als eigener Registraturbildner und aus den eigenen Akten heraus fassbar ist sie erst ab 1900 und dank der Aktenabgabe von 2023. Die Akten der Hebammenschule setzen darüber hinaus in einem Zeitraum ein, in dem die Überlieferung dazu in den Beständen anderer Registraturbildner zu schwinden beginnt. Dort finden sich für das 20. Jahrhundert drei Akten zur Anstellung von Auszubildenden, deren Laufzeit 1950 endet.³ Nun wurde diese lückenhafte Überlieferung ergänzt und es lässt sich nachvollziehen, dass die Hebammenschule angegliedert an die Geburts- und später Frauenklinik bis zu ihrer Schließung mit einer kurzen Unterbrechung von 1870 bis 1888⁴ jedes Jahr neue Hebammen ausbildete. Geleitet wurde die Schule mehr als 200 Jahre lang vom Lehrstuhl für Geburtsmedizin und Gynäkologie, dem auch die Klinikleitung oblag. In den 1960er Jahren wurde die Ausbildung von Lehrhebammen übernommen, die sich deutschlandweit mit anderen Hebammen mit Hilfe von Verbänden und Tagungen zur Ausbildungsplanung organisierten.⁵ Eine schon früher einsetzende Mitverantwortung der Lehrhebammen für den Ausbildungsablauf und die Aktenführung der Schule legen vor allem die von ihnen geführten Verzeichnisse zu praktischen Einsätzen der Auszubildenden⁶ und Korrespondenzen bezüglich fehlender Bewerbungsunterlagen nahe.⁷

Aktenabgabe

Die Akten der Hebammenschule lagerten bis zu ihrer Archivierung in einem Schrank in den Unterrichtsräumen. Ihre Verpackungen bestanden aus wenigen Ordnern und vielen spärlich beschrifteten Umschlagpapieren, Mappen und Kartons, die lose Blätter grob zu Gruppen ähnlichen Betreffs zusammenfassten. Verstreut zwischen den Akten fanden sich Photographien, geburts-hilfliche Fachliteratur und Akten der Frauenklinik. Die Schrankinhalte wurden 2009 für eine Magisterarbeit zur Ausbildung von Hebammen im Nationalsozialismus⁸ thematisch vorgeordnet, und vor der Abgabe sortierte die Schulleitung Bibliotheksgut und nicht archivreife Teile aus.

Nach Ankunft im Archiv wurden die Photographien und die Akten der Frauenklinik als Fremdprovenienz ausgegliedert und separat bearbeitet. Die Akten der Hebammenschule ließen sich anschließend in fünf Untergruppen teilen:

1. Akten zur Schulorganisation,
2. Verzeichnisse der praktischen Einsätze der Auszubildenden,
3. Einzelfallakten zu individuellen Auszubildenden,
4. schriftliche Examenleistungen in Form von Geburtsberichten und
5. einige wenige Akten verschiedenen Betreffs, z. B. zu Ausbildungsvergütungen und Jahrgangslisten.

Nach diesen Gruppen geordnet wurde der neue Bestand „Hebammenschule“ gebildet.

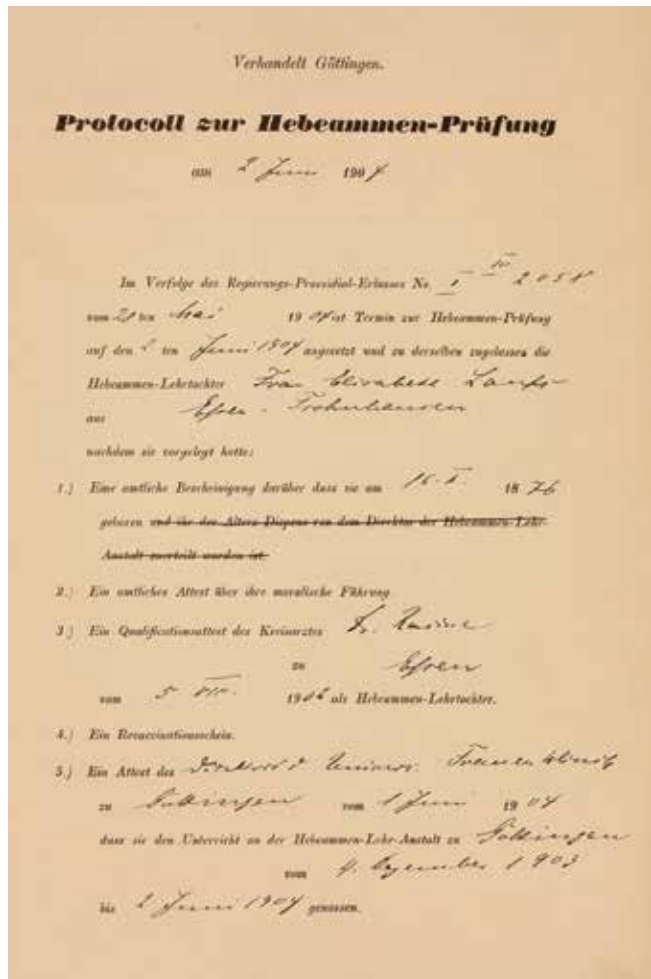
Mehr als 80 % des Bestandes machen die Einzelfallakten zu individuellen Auszubildenden aus, die trotz einer Lücke von 1945

bis 1980 etwa 650 Namen zwischen 1904 und 2011 belegen. Eine einheitliche Aktenbildung lässt sich in den im Schnitt fünf Blatt starken Mappen nicht erkennen: Zu Beginn und zum Ende der Bestandslaufzeit bestehen sie vorrangig aus Prüfungsprotokollen und Zeugnissen, während sie von Ende der 1920er bis in die frühen 1990er Jahre eine je nach Akte sehr stark wechselnde Zusammensetzung, u. a. aus verschiedenen Bewerbungsunterlagen, Korrespondenz zu Ausbildungsbeginn und -ende, Passfotos, Empfehlungsschreiben und Arbeitszeugnissen, aufweisen.

Die anderen Untergruppen des Bestandes sind im Vergleich dazu etwas einheitlicher aufgebaut, aber zahlenmäßig deutlich kleiner. Die als Examensleistung von jedem Prüfling einzureichenden Berichte über die als praktische Abschlussprüfung begleiteten Geburten wurden alle in sehr ähnlicher Form verfasst und – vermutlich zu Zwecken der Prüfungsvorbereitung späterer Jahrgänge – exemplarisch zwischen 1967 und 1984 in der Schule gesammelt. Anhand der vier Akten zur Schulorganisation und den sechs Verzeichnissen über die praktischen Einsätze der Auszubildenden lässt sich keine These aufstellen, warum sie in so geringer Zahl überliefert sind.

Erschließung

Mit Blick auf diese Zusammensetzung des Zuganges, die Laufzeiten und die historische Forschung zum Hebammenwesen an der Georg-August-Universität Göttingen wurden verschiedene inhaltliche Erschließungsziele aufgestellt. Der Schwerpunkt der Forschung liegt auf dem 18. und 19. Jahrhundert, und im Mittelpunkt steht meist die Frauenklinik mit ihren namhaften Professo-



Protokoll zur Hebammenprüfung, 1904. (Universitätsarchiv Göttingen, Heb. 3; Foto: Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen)



Beispiel eines Enthält-Vermerks in Arcinsys zu einer Einzelfallakte, die nur ein Dokument über die betroffene Person enthält. (Arcinsys Niedersachsen und Bremen; Foto: Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen)

ren für Gynäkologie. Jürgen Schlumbohm und Henrike Hampe haben die einflussreichsten Publikationen dazu vorgelegt, aber nur Hampe stellt die Hebammen ins Zentrum ihrer Arbeit.⁹ Schlumbohm konzentriert sich auf die Geburtsklinik, die Hebammenschule wird nur am Rande behandelt.¹⁰ Keiner der Forschenden hat sich der Zeit nach 1900 gewidmet. Die Geschichte der Hebammenschule und der Hebammen an der Göttinger Universität im 20. Jahrhundert wurde bisher nur in Ansätzen und vor allem in unveröffentlichter Form aufgearbeitet.¹¹

Die Enthält-Vermerke der Verzeichnungseinheiten in Arcinsys wurden zugunsten von Forschungsthemen im Bereich der NS-Aufarbeitung, der Universitäts-, Geschlechter- und Medizingeschichte verfasst. Im Anschluss an die Arbeit der ehemaligen Schulleiterin Cornelia Krapp zu den Auszubildenden während des Nationalsozialismus¹² wurden die Einzelfallakten mit besonderer Berücksichtigung für die biographische Forschung verzeichnet. In den Enthält-Vermerken werden die in der jeweiligen Akte befindlichen Dokumententypen (z. B. Lebenslauf, Zeugnis der Krankenpflegeausbildung, Protokoll zur Hebammenprüfung) gelistet, so dass Nutzende vor Bestellung

der Akten einen Eindruck bekommen, wie unterschiedlich die Inhalte beschaffen sind und wie ergiebig die jeweiligen Akten für ihre Forschungsfragen sein könnten.

Die Enthält-Vermerke der anderen Untergruppen des Bestandes, deren inhaltliche Beschaffenheit einheitlicher und erwartbarer ist, sind weniger detailliert verfasst worden und listen Betreffende, die den Gesamteinhalt der jeweiligen Akte charakterisieren oder für die oben genannten Forschungsfragen besonders relevant sind. Eine tiefere Verzeichnung der Geburtsberichte (die schriftlichen Examensleistungen) in Zusammenarbeit mit Forschenden der Medizingeschichte wird für die Zukunft angestrebt, da Einrichtungen der Göttinger Hochschulen bereits Interesse angemeldet haben, diese Akten zu Lehrzwecken nutzen zu wollen. Gegenwärtig unterliegen aber noch etwa zwei Drittel der Geburtsberichte einer Schutzfrist, um die dort enthaltenen Daten der Mütter und ihrer neugeborenen Kinder zu schützen.

Abgesehen von diesen Ausnahmen und den jüngeren Einzelfallakten kann der Bestand seit September 2024 genutzt werden. Interesse an der historischen Auswertung trugen die Göttinger Hochschulen und Forschenden direkt nach Schließung der Heb-



Beispiel eines Enthält-Vermerks in Arcinsys zu einer Einzelfallakte, die eine breite Auswahl an Dokumenten über die betroffene Person enthält. (Arcinsys Niedersachsen und Bremen; Foto: Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen)

ammenschule 2023 an das Universitätsarchiv heran und motivierten damit die oben beschriebene tiefe Erschließung. Ihnen sollte über Arcinsys ein Eindruck von den Quellenwerten vermittelt und der Einstieg in die Nutzung erleichtert werden.

Quellenwert

Die Akten der Hebammenschule ergänzen die Überlieferung zu dieser Einrichtung in den Beständen des Göttinger Universitätsarchivs und verleihen der Gesamtüberlieferung ein neues Profil. Sie verschieben den Überlieferungskern weg von den im Universitätskuratorium bewilligten Anträgen und Etats. Das Universitätskuratorium übernahm im Austausch mit der Leitung der Geburts- bzw. Frauenklinik die Verwaltung der Hebammenschule. Vor allem lagen seine Aufgaben darin, Geld- und Sachmittel zuzuteilen, Rechnungen abzunehmen, staatliche Vorgaben für die Ausbildung an die Schulleitung zu kommunizieren, Ausbildungsgebühren und Obergrenzen für die Auszubildendenzahlen

festzulegen und über die Einstellung von Hebammen und Auszubildenden zu entscheiden. Insgesamt sind 15 Kuratoriumsakten von 1751 bis 1950 überliefert,¹³ in denen die Hebammenschule im Spiegel der für die Verwaltung interessanten Vorschriften und Zahlen abgebildet wird. Dem stehen 786 Akten von 1900 bis 2011 aus der Provenienz der Hebammenschule gegenüber,¹⁴ in denen die Einrichtung die Unterrichtsinhalte, Prüfungen und die Beschäftigten über Listen und Zahlen hinausgehend dokumentiert hat. Sie öffnen Perspektiven zur Beantwortung von Fragen, auf die der Bestand des Universitätskuratoriums wenig oder gar kein Licht wirft.

Beispielsweise wird mit den Akten erstmalig die bisher weitgehend gesichtslos gebliebene Personengruppe der Auszubildenden an der Hebammenschule mit ihren sozialen Hintergründen, Lebens- und Berufswegen greifbar. Mit den Lebensläufen werden auch die Einzugs- und Wirkungsbereiche der Schule fassbarer und berufliche Netzwerke der Göttinger Hebammen erkennbar: Die Auszubildenden wurden zum Teil von Arbeitgebenden oder Stadtver-

Examensgeburst

Am 11. 6. 83 um 22³⁰ Uhr kommt Frau X., eine 32 jährige III. para mit mittelkräftigen Wehen alle 10-15 Minuten in die Universitätsfrauenklinik.

Nach Erhebung der Aufnahmebefunde und dem Kontroll-CTG lassen die Wehen jedoch nach, und die diensthabende Hebamme rät ihr, sich schlafen zu legen.

Um 4³⁰ Uhr meldet sich Frau X. mit leichten Kontraktionen, eine strenge rectale Untersuchung zeigt jedoch, daß noch kein Geburtsfortschritt eingetreten ist. Der Muttermund ist, wie am Vorabend, 2-3 cm eröffnet, wulstig und weich, das kindliche Köpfchen sitzt auf der Oberen Schöpfungsebene und ist noch abdrückbar.

Als ich um 6³⁰ Uhr zum Dienst komme, wird mir Frau X. übergeben. Ich lasse sie noch bis 7³⁰ Uhr schlafen, dann wecke ich sie und stelle mich ihr vor.

Als ich sie nach ihrem Befinden frage, erzählt mir Frau X., daß die Kontraktionen nun wieder etwas kräftiger geworden seien. Die kindlichen Herztöne, die ich mit dem Hörrohr kontrolliere, liegen bei 140 Schlägen pro

waltungen zur Weiterbildung ausgesandt, kamen nicht selten aus Orten mit eigenen Hebammenschulen, kehrten nach ihrer Zeit in Göttingen nicht immer in ihre Heimatorte zurück oder wurden von ihrer Schule an Arbeitgebende vermittelt.

Der Bestand erlaubt ebenso Forschung zur Göttinger Mitwirkung an der landesweiten Organisation der Hebammenausbildung ab den 1960er Jahren, zu Ausbildungsvoraussetzungen, zum Ausbildungsablauf und zu Prüfungsformen und -inhalten. Insbesondere in Bezug auf die praktische Ausbildung und das Prüfungswesen ergänzen sich die einzelnen Teile des Aktenbestandes zu einer dichten Überlieferung für das 20. und beginnende 21. Jahrhundert. Damit dokumentieren die Akten der Hebammenschule Göttingen den letzten Abschnitt des Bestehens dieser Einrichtung und Ausbildungsform vor Einführung des Hebammenstudiums.

Fazit

Die gegenwärtigen Veränderungen im Hebammenwesen erfordern von Archiven eine besondere Aufmerksamkeit. In Wandlungs- und Schließungsprozessen drohen erfahrungsgemäß Verlust und Vergessen von wichtigen Überlieferungsträgern, die hinsichtlich weiblich geprägter Geschichten ohnehin oft rar gesät sind. Dank der Wachsamkeit der Hebammenschule Göttingen in Bezug auf ihre eigene Geschichte konnte ein Überlieferungsverlust während der Schulschließung verhindert und das Göttinger Universitätsarchiv um wertvolle Quellen für die historische Forschung erweitert werden.

- 1 Vgl. Universitätsarchiv Göttingen, Kur. 5406.
- 2 Vgl. Universitätsarchiv Göttingen, Med. Fak. 68.
- 3 Vgl. Universitätsarchiv Göttingen, Kur. 5477, Kur. 1142 und Kur. 1143.
- 4 Vgl. Universitätsarchiv Göttingen, Kur. 5476.
- 5 Vgl. Universitätsarchiv Göttingen, Heb. 1 und Heb. 2.
- 6 Vgl. Universitätsarchiv Göttingen, Heb. 779 bis Heb. 784.
- 7 Vgl. z. B. Universitätsarchiv Göttingen, Heb. 354.
- 8 Vgl. Cornelia Krapp, „Erzieherisch dem Staat dienen“ – die Hebammenausbildung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Geschichte der Hebammenschule an der Universitäts-Frauenklinik in Göttingen, unveröffentlichte Magisterarbeit an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Georg-August-Universität Göttingen 2009.
- 9 Vgl. Henrike Hampe, Zwischen Tradition und Instruktion. Hebammen im 18. und 19. Jahrhundert in der Universitätsstadt Göttingen, Göttingen 1998.
- 10 Vgl. Jürgen Schlumbohm, Lebendige Phantome. Ein Entbindungshospital und seine Patientinnen 1751-1830, Göttingen 2012; Jürgen Schlumbohm/Claudia Wiesemann (Hg.), Die Entstehung der Ge-

burtsklinik in Deutschland 1751-1850. Symposium zum 250. Geburtstag des Göttinger Entbindungshospitals, Göttingen 2004.

- 11 Vgl. Krapp, Erzieherisch (wie Anm. 8), S. 4.
- 12 Vgl. ebd.
- 13 Vgl. Universitätsarchiv Göttingen, Kur. 5406, Kur. 8474, Kur. 5409, Kur. 5416, Kur. 5436, Kur. 5446, Kur. 5452, Kur. 5453, Kur. 5461, Kur. 5458, Kur. 5460, Kur. 5476, Kur. 5477, Kur. 1142 und Kur. 1143.
- 14 Vgl. Universitätsarchiv Göttingen, Heb. 1 bis Heb. 786.

*Annika Kalvelage
arbeitet im Universitätsarchiv Göttingen.*

*E-Mail:
kalvelage@sub.uni-goettingen.de*

Lehnsbriefe des 19. Jahrhunderts.

Beobachtungen und Fragen an einem Beispiel aus dem Königreich Hannover

von **Martin Schürer**

Gemeinhin wird die Vergabe von Lehen, seien es Güter, Rechte oder Einkünfte, von einem Lehnsherrn an seinen Vasallen mit dem Mittelalter in Verbindung gebracht. Das populäre Bild eines knieenden Lehnsmanes, der seine Hände zum Lehnsempfang in die seines Herrn legt und damit in ein persönliches Treueverhältnis tritt, ist ebenso weit verbreitet wie das Schlagwort von der Lehnspyramide, dem strukturgebenden Element der mittelalterlichen Gesellschaft – und genauso irreführend. Eine in den 1990er Jahren durch Susan Reynolds¹ angestoßene fruchtbare Debatte über das Lehnswesen hat gleichfalls liebgewonnene und scheinbar zementierte Vorstellungen dekonstruiert und für das Mittelalter eine neue Vielfalt an politischer und sozialer Verfasstheit hervorgebracht.² Eine Kernthese von Reynolds lautet, dass das Lehnswesen eigentlich Ergebnis einer juristischen Systematisierung des 16. Jahrhunderts sei, dass von der Forschung auf die Verhältnisse des Früh- und Hochmittelalters fälschlich projiziert worden sei. Auch wenn diese Debatte hier nicht nachgezeichnet oder wiederbelebt werden soll, kann aus einer archivalischen Sichtweise hinzugefügt werden, dass in Adelsbeständen Lehnsbriefe in großer Zahl meist erst für die Frühe Neuzeit überliefert sind. Bei der Betrachtung von Adelsarchiven können überspitzt formuliert tatsächlich eher die Jahrhunderte nach 1500 als Zeit des

Lehnswesens bezeichnet werden, für die mannigfaltige Lehnส์übertragungen in Pergamenturkunden zu finden sind. Die Ausstellung solcher Lehnsbriefe von Kaisern, Königen oder Bischöfen über die Epochen-schwelle um 1500 hinaus hat vor dem Hintergrund des Fortlebens von symbolischen Riten³ und Strukturen des Heiligen Römischen Reichs bis zu seinem Untergang 1806 ihre Berechtigung im komplex verfassten Reichsgebilde. Doch mit dem Anbruch des 19. Jahrhunderts, der Neuzeit, der Moderne mit seinen grundlegenden politischen Veränderungen im Gefolge Napoleons und der Neugestaltung Deutschlands wirken Lehnส์vergaben wie Relikte einer untergegangenen Epoche. Nichtsdestotrotz gab es sie noch im Königreich Hannover bis mindestens 1839, dem Jahr, in dem die erste Eisenbahnfernverbindung zwischen Dresden und Leipzig eröffnet und mit der Daguerreotypie ein frühes Fotografieverfahren vorgestellt wurde. Vorliegender Beitrag möchte die Aufmerksamkeit auf genau jene scheinbar aus der Zeit gefallen Lehnsbriefe des 19. Jahrhunderts lenken. Dabei kann es keinesfalls darum gehen, ein abschließendes Urteil zu dieser Quellengruppe zu liefern. Vielmehr sollen diese Urkunden vorgestellt, erste Erkenntnisse präsentiert und Fragen für Folgeuntersuchungen angeregt werden.

Die Historische Hilfswissenschaft der Diplomatie hat seit ihrem Entstehen im

17. Jahrhundert ein beeindruckendes Repertoire an Grundlagenstudien und Instrumentarien zur Entschlüsselung von Urkunden vorgelegt.⁴ Der Fokus lag und liegt bei den diplomatischen Untersuchungen weiterhin allerdings auf den Urkunden des Mittelalters, insbesondere des Früh- und Hochmittelalters, das gemeinhin als Urkundenzeitalter gilt.⁵ In jüngerer Zeit sind einige Pionierstudien zu neuzeitlichen Urkunden erschienen,⁶ doch existiert keine auf die (Frühe) Neuzeit zugeschnittene Urkundenlehre, wobei das Gros der in den Archiven verwahrten Urkunden aus dem Spätmittelalter und der nachfolgenden Epoche stammen dürfte. Ob es solch einer neuzeitlichen Urkundenlehre bedarf, wird in der Forschung auch eher mit einem Fragezeichen versehen, da diese „bewusst als Teil der Aktenlehre begriffen werden“ sollte.⁷ Freilich sind Urkunden der Frühen Neuzeit nur in Verbindung mit dem umgebenden Aktenmaterial vollends zu entschlüsseln. Insbesondere für Lehnsbriefe ist auf die Lehnregister⁸ und die Lehnkammern der fürstlichen Verwaltung zu verweisen.⁹ Trotzdem soll im Folgenden der Versuch gewagt werden, auf limitiertem Raum Lehnsbriefe des Königreichs Hannover vom Ende ihrer Zeit her einmal singular in den Fokus zu nehmen. Aus Ermangelung zeitspezifischer Methoden werden dabei die bewährten Instrumentarien der klassischen Diplomatie angewendet. Zunächst wird in gebotener Kürze die Quellengrundlage dargestellt, um darauf aufbauend äußere und innere Merkmale dieser Urkunden zu analysieren. In einer Schlussbetrachtung werden die aufgeworfenen Beobachtungen und Fragen resümierend zusammengezogen.

I. Quellengrundlage

Als Untersuchungsgrundlage dienen Lehnsbriefe der welfischen Könige von Hannover bzw. Großbritannien für die Herren von Dincklage aus dem Bestand Dep 39 a „Gut Schulenburg“ im Niedersächsischen Landesarchiv Abteilung Osnabrück. Mit dem Verkauf durch die Witwe Beleke von der Recke an Herman von Dincklage 1579 kam die aus dem Raum Vechta stammende Adelsfamilie in den Besitz der Schulenburg in Badbergen im heutigen Landkreis Osnabrück.¹⁰ Das auf diesem Gut entstandene Adelsarchiv umfasst den Urkundenfonds des Familienzweigs der Dincklage von Schulenburg, der 2013 als Depositum in das Niedersächsische Landesarchiv Abteilung Osnabrück gelangte und das dort bereits 1940 hinterlegte Aktenmaterial ergänzt. Hierin finden sich sechs hannoversche Lehnsbriefe, die als Ansatzpunkt zur Untersuchung dieser Quellengruppe dienen sollen. Im Kern handelt es sich um zwei Gruppen von Lehen: den Korn- und Fleischzehnten zu Rathlosen im Königreich Hannover (Nr. 208, Nr. 233, Nr. 231) und den Besitz mehrerer Güter in verschiedenen Kirchspielen des ehemaligen Fürstbistums Osnabrück (Nr. 209, Nr. 210, Nr. 232). Zuvor waren sie vom Bischof verliehen worden,¹¹ während nach der Eingliederung in das Königreich Hannover gemäß den Bestimmungen des Wiener Kongresses 1814/15 die welfischen Monarchen in London respektive Hannover die Lehen vergaben. Der wesentliche Inhalt der sechs Urkunden lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1. NLA OS Dep 39 a Nr. 209: Prinzregent Georg belehnt im Namen König Georgs III. von Großbritannien und König von

Hannover den Obrist-Leutnant Hans Georg Friedrich von Dincklage mit Heinrichs Haus im Kirchspiel Ankum, Fickers Haus zu Adorp im Kirchspiel Essen, mit Grönemanns und Backmanns Erbe im Kirchspiel Ostercappeln sowie einigen Zehnten, Osnabrück 10.11.1819

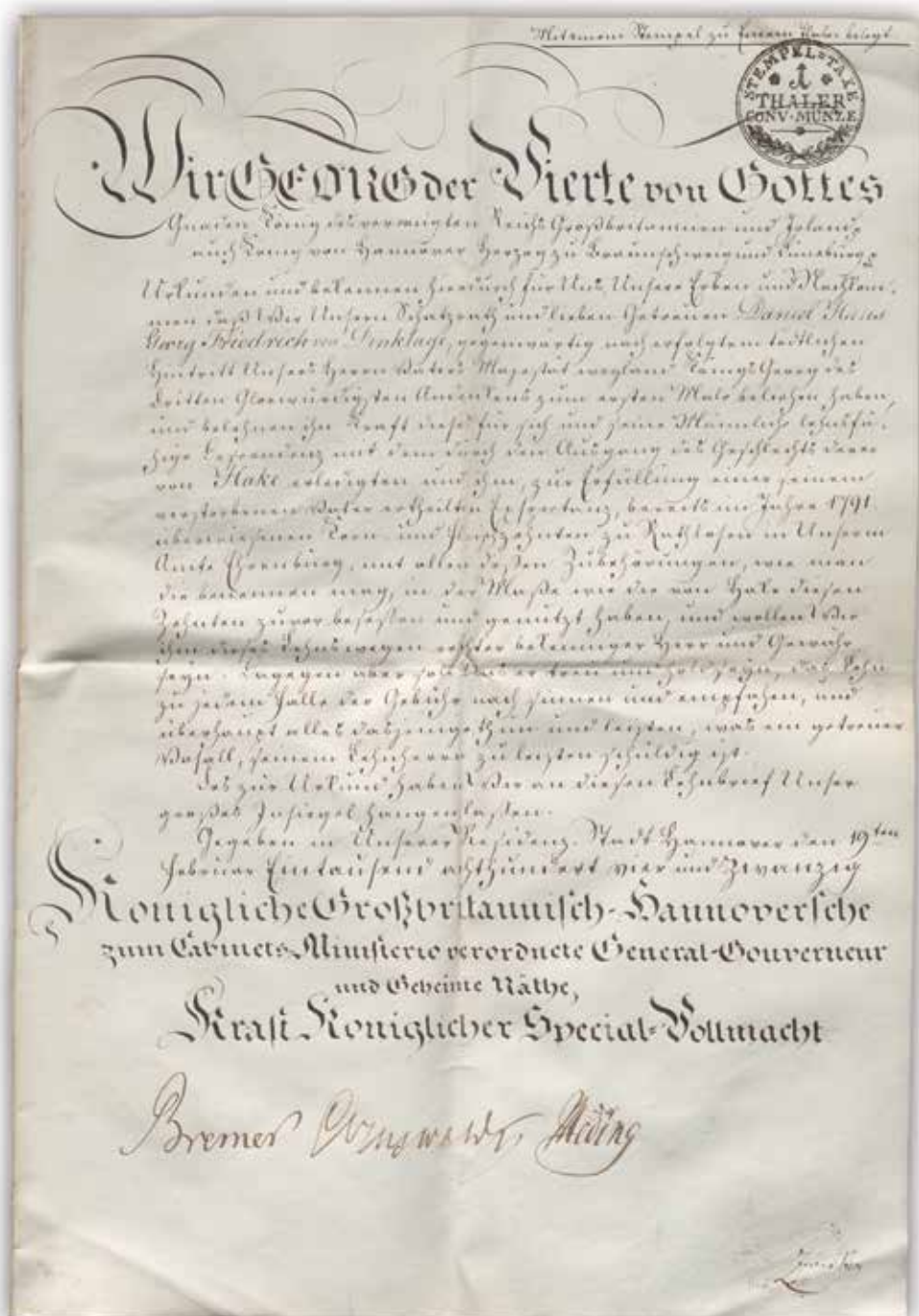
2. NLA OS Dep 39 a Nr. 210: König Georg IV. von Großbritannien und König von Hannover belehnt den Obrist-Leutnant Hans Georg Friedrich von Dincklage mit Heinrichs Haus im Kirchspiel Ankum, Fickers Haus zu Adorp im Kirchspiel Essen, mit Grönemanns und Backmanns Erbe im Kirchspiel Ostercappeln sowie einigen Zehnten, Osnabrück 05.05.1821
3. NLA OS Dep 39 a Nr. 208: König Georg IV. von Großbritannien belehnt als König von Hannover den Schatzrat Daniel Hans Georg Friedrich von Dincklage nach dem Aussterben des Geschlechts von Hake mit dem Korn- und Fleischzehnten zu Rathlosen im Amt Ehrenburg, Hannover 19.02.1824
4. NLA OS Dep 39 a Nr. 233: König Wilhelm IV. von Großbritannien belehnt als König von Hannover Erich Otto von Dincklage nach dem Aussterben des Geschlechts von Hake mit dem Korn- und Fleischzehnten zu Rathlosen im Amt Ehrenburg, Hannover 20.10.1831
5. NLA OS Dep 39 a Nr. 231: König Ernst August I. von Hannover belehnt Erich Otto von Dincklage mit dem Korn- und Fleischzehnten zu Rathlosen im Amt Ehrenburg, Hannover 13.04.1839
6. NLA OS Dep 39 a Nr. 232: König Ernst August I. von Hannover belehnt die Witwe Charlotte von Dincklage, geborene Schwartze, als Vormund ihres Sohnes Otto Erich von Dincklage mit Heinrichs

Haus im Kirchspiel Ankum, Fickers Haus zu Adorp im Kirchspiel Essen, mit Grönemanns und Backmanns Erbe im Kirchspiel Ostercappeln sowie einigen Zehnten, Hannover 04.06.1839

2. Äußere Merkmale

Der *Beschreibstoff* der hannoverschen Lehnbriefe orientiert sich an dem zu diesem Zeitpunkt seit über 1 000 Jahren für Urkunden Verwendung findenden Pergament. Seit dem Spätmittelalter kommen bereits vereinzelt Papierurkunden vor, doch dürfte der Beschreibstoff derart mit der Urkunde als solcher und vor allem mit dem Lehnbrief verknüpft gewesen sein, dass diese Tradition auch im 19. Jahrhundert eine Fortsetzung erfuhr. Dabei wurde bei wahrscheinlich zwei Stücken (Nr. 210, Nr. 232) ein dickerer Papierbogen verwendet und beschichtet, um den Anschein dieser besonders bearbeiteten Tierhaut zu erzeugen. Da es sich um relativ junge Urkunden handelt, ist das Pergament der übrigen Stücke noch recht hell und nicht durch eine jahrhundertalte Patina nachgedunkelt oder verschmutzt. Wie die übrigen Urkunden des Bestands wurden diese auf der Schulenburg gefaltet und in bisher unbekannter Weise gelagert.

Beim *Layout* können weitere interessante Befunde gemacht werden. Bei Nr. 232, Nr. 209 und Nr. 210 kommt das klassische Querformat zum Tragen, wie es – mit einer kurzen Ausnahme im Hochmittelalter – seit den Merowingern Usus für Königsurkunden war.¹² Die Maße variieren dabei zwischen 35,5 cm x 26,0 cm (Nr. 232) und 36,0 cm x 17,0 cm (Nr. 209, Nr.



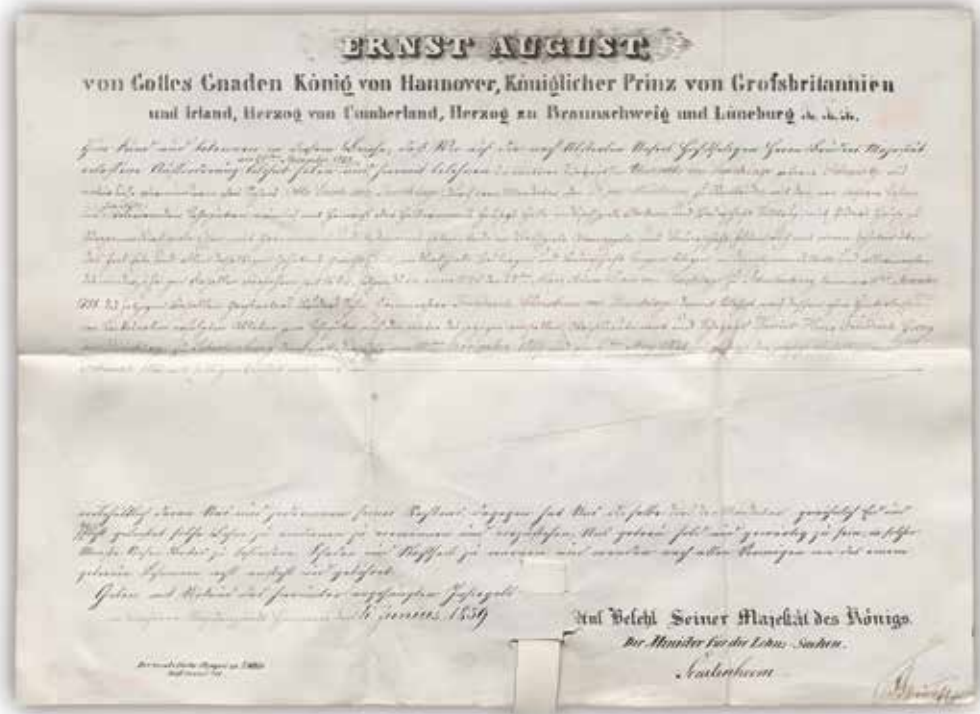
König Georg IV. von Großbritannien belehnt 1824 als König von Hannover den Schatzrat Daniel Hans Georg Friedrich von Dincklage. (NLA OS Dep 39 a Nr. 208; Foto: NLA OS)

210). In dieser zugegebenermaßen vom Umfang wie vom zeitlichen Rahmen her kleinen Stichprobe lassen sich jedoch schon große Unterschiede im Layout feststellen. Die Nr. 208, Nr. 233 und Nr. 231 sind unter Bruch der Tradition im Hochformat gehalten, wobei sie jedoch vielleicht eine hannoversche Tradition fortsetzen. Durch die Faltung des Pergamentbogens erinnern sie eher an die Gattung des Libells. König Georg IV. von Großbritannien (Nr. 208, 1824), König Wilhelm IV. von Großbritannien (Nr. 233, 1831) und König Ernst August I. von Hannover (Nr. 231, 1839) belehnten als Könige von Hannover jeweils einen Herrn von Dincklage mit dem Korn- und Fleischzehnten zu Rathlosen im Amt Ehrenburg. Bei Nr. 233 reichte der Platz auf der Vorderseite der aus einem großen Pergamentbogen mittig gefalteten Urkunde nicht aus, sodass auf der Rückseite die Corroboratio und das Eschatokoll zu finden sind. Wie es hierzu kam, warum das Layout verändert wurde, müsste in weiterführenden Untersuchungen geklärt werden. Festgehalten werden kann bereits, dass der Ausstellungsort (in Hannover ausgestellte Urkunden liegen im Hoch- und Querformat vor) nicht als alleinige Antwort heranzuziehen wäre. Eine Liniiierung ist nicht bei sämtlichen hier untersuchten Urkunden festzustellen, mit dem Ergebnis, dass der Schriftspiegel uneinheitlich ist. Bei Nr. 208 ist deutlich zu erkennen, dass am linken Rand der Abstand zum Text zwischen 3,4 cm und 4,0 cm und am rechten zwischen 1,5 cm und 0,3 cm variiert.

Als *Urkundenschrift* ist eine gewöhnliche Kanzleischrift ihrer Tage zu beobachten. Die Intitulatio bei sämtlichen hier betrachteten Urkunden und die im Eschatokoll der beiden im Hochformat gehaltenen Stücke Nr. 233

und Nr. 208 angekündigten Unterschriften der Beamten („Kraft Königlicher Special-Vollmacht“, Nr. 208) sind hingegen in einer variierenden Auszeichnungsschrift abgefasst. Die Nennung des königlichen Ausstellers, eines Teils seiner Titel und diese Form der Signumzeile, deren Formeln ebenfalls kleinere Unterschiede aufweisen, bilden somit einen Rahmen der Lehnbriefe.

Einen besonderen Fall stellt die Urkunde Nr. 232 dar: Hier ist neben zwei verschiedenen Schriften (von mindestens zwei Händen) ein gedruckter Kopf auf dem pergamentimitierenden Papierbogen auszumachen. König Ernst August I. von Hannover kam 1837 nach Beendigung der Personalunion zwischen Großbritannien und Hannover auf den Thron an der Leine. Massenhaft mussten in dieser neuen politischen Konstellation Lehen bestätigt werden, sodass eine Form von moderner Verwaltungsvereinfachung Einzug in die Lehnbriefe hielt. Die Intitulatio des Königs wurde gedruckt, wobei das „Ernst August“ graphisch besonders hervorgehoben ist. Damit hielt das gedruckte Formular Einzug ins Lehnswesen, das bereits seit dem 17. Jahrhundert gehäuft Verwendung innerhalb der landesherrlichen Administrationen fand¹³ und bei päpstlichen Ablassbriefen schon zu Beginn des 16. Jahrhunderts nachweisbar ist.¹⁴ Auch hier sollte es zu einer beschleunigten Ausstellung führen. Gleiches gilt für die bereits mit Hand vorgeschriebenen Elemente aus dem allgemein anzuwendenden Kontext, der mit der Formel „belehnt haben und hiermit belehnen“ endet. Hieran schließt sich von anderer Hand festgehalten die konkrete Belehnung von 1839 an. Ebenfalls bereits vorgeschrieben waren Elemente aus der Dispositio und



König Ernst August I. von Hannover belehnt 1839 die Witwe Charlotte von Dincklage, geborene Schwarte.
 (NLA OS Dep 39 a Nr. 232; Foto: NLA OS)

dem Eschatokoll. Die angekündigte Unterschrift mit der Formel „Auf Befehl Seiner Majestät des Königs. Der Minister für die Lehn-Sachen“ ist wiederum in einer abweichenden Auszeichnungsschrift gehalten. Der nicht benötigte Freiraum zwischen den vorgefertigten Blöcken des Lehnsbriefes wurde schlicht ausgestrichen. Damit ist im Falle dieses Lehnsbriefes eine interessante Mischung von administrativem Druck und standardisierender Handschriftlichkeit zu erkennen, welche die individuellen Teile und damit die Arbeit des zweiten Schreibers minimierte. Die vorgefertigten Bögen konnten für die Ausstellung der Lehnsbriefe hervorgeholt werden, die vermutlich zu einer schnelleren Bearbeitung in der Lehnkam-

mer führen sollten. Unterlaufen wird diese These in ihrer Stringenz allerdings durch den Brief Nr. 231, der ebenfalls 1839 von König Ernst August I. ausgestellt und vom Minister für die Lehnssachen, Stralenheim, unterschrieben worden ist. Diese Urkunde ist im Hochformat gehalten und vollständig per Hand verfasst worden. Durch den direkten Vergleich fallen die äußeren Merkmale bei Nr. 232 noch deutlicher auf.

Zu den *graphischen Zeichen* zählen in der klassischen Diplomatie unter anderem Monogramm, Chrismon und Rekognitionszeichen, die freilich sämtlich im 19. Jahrhundert fehlen und bereits Jahrhunderte zuvor aus den Urkunden verschwunden sind. Aus Ermangelung alternativer Kategorien für die

äußeren Merkmale werden diese hier jedoch herangezogen, um die Gebührenstempel zu thematisieren. Dieser findet sich nicht bei allen Stücken (bei Nr. 208, Nr. 233, Nr. 231), doch bei einem Fehlen wurde an wechselnder Stelle der Hinweis auf die zu erbringende Gebühr handschriftlich vermerkt. Es scheint, dass für gewöhnlich eine „Stempel-Taxe“ von einem Taler erhoben wurde, die bei Überschreiten einer Seite (Nr. 233) auf das Doppelte angehoben werden konnte. Das auf Abrechnung bedachte Verwaltungshandeln wird an dem Stempel deutlich visualisiert.

Bei den *Beglaubigungsmitteln* rücken die seit den Tagen der Merowinger in Kaiser- und Königsurkunden Verwendung findenden Siegel in den Fokus.¹⁵ Sämtliche der hier betrachteten Lehnsbriefe tragen an einem Presselein in einer Metallkapsel eingefasstes Siegel der Könige von Hannover, auf deren weitergehende Analyse aufgrund des hier begrenzten Raumes allerdings verzichtet werden soll. Auffällig ist der unterschiedliche Anbringungsort. Bei den im Hochformat gehaltenen Urkunden (Nr. 208 und Nr. 233), aber auch bei der querformatigen Nr. 209 sind die Siegel am linken Rand befestigt, bei den übrigen mittig. Die Siegelankündigung in der *Corroboratio* ist bei allen Stücken vorhanden.

Als ein weiteres Beglaubigungsmittel diente die Unterschrift, die in der Frühen Neuzeit verbreitet neben der weiteren Nutzung des Siegels Einzug hielt. Die Forschung hat für das Verhältnis zwischen diesen beiden Beglaubigungsmitteln einige Thesen aufgestellt, unter denen vor allem ein unterschiedsloses Nebeneinander von beiden angenommen wird.¹⁶ Sämtliche Lehnsbriefe sind unterschrieben, doch übernahm diese Aufgabe mit einer Vollmacht ausgestattet

jeweils ein Beamter und in dieser Stichprobe kein Monarch eigenhändig. Ob eine trennscharfe Unterscheidung zwischen einer „Abschlussfunktion“¹⁷ – einer Bestätigung des rechtserheblichen Vorgangs – und einer „Echtheitsfunktion“¹⁸ – einer Authentifizierung – möglich ist und von der Forschung als weitere Differenzierung diskutiert wird, bedarf der weiteren Erörterung. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Formulierung in der Lehnvergabe Wilhelms IV. von 1831 (Nr. 233): „Das zu Urkund haben Wir an diesen Lehnbrief Unser großes Insiegel hängen und denselben durch Unsers Vier Königs Liebden Namens Unserer eigenhändig unterzeichnen lassen.“ Eine gewisse Gleichrangigkeit wird durch Siegel- und Unterschriftenankündigung hergestellt – wobei entgegen der Ankündigung dann ein Beamter seinen Namenszug setzte. Weitere Unterschriften sind am Ende an den Rändern der Stücke zu finden und stammen wohl von den Schreibern der Urkunden. Sie dokumentieren dadurch einen Ausschnitt aus dem Verwaltungshandeln, das zur Fertigung der Urkunden führte. Die Lehnsbriefe wurden in unserer Stichprobe in Osnabrück und Hannover von den dort zuständigen Kanzleien ausgestellt, fernab des Aufenthaltsortes des Monarchen auf den Britischen Inseln (mit Ausnahme von Nr. 232). Eine Bestätigung durch einen bevollmächtigten Beamten stellte somit auch eine Beschleunigung des Verfahrens dar. Während allerdings beispielsweise schon für Kaiser Karl V. Unterschriftenstempel (sog. „cachet“) Verwendung fanden,¹⁹ wurde in Hannover der Weg mit Vollmachten genommen. Auffällig ist ebenfalls, dass nur bei zwei Lehnsbriefen (Nr. 233, Nr. 231) die Unterschrift als solche angekündigt wird, während sie allerdings bei allen Stücken zu finden ist.

3. Innere Merkmale

Die Diplomatik kennt, abgeleitet von den jeweiligen Ausstellern, die drei Urkundenarten der Kaiser- und Königsurkunden, der Papsturkunden und die große Gruppe der Privaturkunden. Die Lehnbriefe der Könige von Hannover sind daher in Fortsetzung des hier gewählten klassischen diplomatischen Analysesystems den Kaiser- und Königsurkunden zuzurechnen. Der Aufbau dieser Urkundengruppe, die verwendeten sprachlichen Formeln und das Formular sind seit dem Frühmittelalter einerseits einem Wandel durch die Jahrhunderte unterworfen, weisen andererseits aber auch jeweils für einen bestimmten Aussteller, eine bestimmte Zeit und einen bestimmten Ort eine relative Stabilität auf.²⁰ Bei den inneren Merkmalen der hier im Blick stehenden Königsurkunden vom Anfang des 19. Jahrhunderts ist nun zu untersuchen, ob die klassischen Bestandteile aus dem *Protokoll*, *Kontext* und *Eschatokoll* sowie ihre Reihenfolge traditionellen Gegebenheiten folgen.

Eine *Invocatio*, die Anrufung Gottes mittels eines *Chrismons* oder durch eine abgewandelte Formel „In nomine sanctae et individuae trinitatis“ findet sich nicht mehr. Gemein ist jedoch allen hannoverschen Lehnbriefen die *Intitulatio* mit der *Devotionsformel* „von Gottes Gnaden“, durch die die welfischen Könige ihre göttlich legitimierte Herrschaft ausdrücklich betonen. Eine *Inscriptio* entfällt, da der Empfänger im *Kontext* genannt wird, sodass das *Protokoll* damit bereits abgeschlossen ist.

Eine *Arenga* fehlt, daher beginnt der *Kontext* mit der *Promulgatio*. Bei der Verkündigungsformel lässt sich eine erste Binnendifferenzierung feststellen. Die Urkunden,

in denen die alten Osnabrücker Lehnsgüter vergeben werden, enthalten die Formulierung „thun kund und bekennen in diesem Briefe“ (Nr. 210, Nr. 209 und Nr. 232). Dabei ist es unerheblich, ob die Urkunde in Osnabrück von den dortigen Beamten (Nr. 210, Nr. 209) oder in Hannover (Nr. 232) ausgestellt wurde. Ob sich hier eine alte Osnabrücker Tradition in der Formulierung fortsetzt, müsste durch weitere Untersuchungen geklärt werden. Auffällig ist jedoch, dass diese Formulierung in der Nr. 232 zu finden ist, die mit dem Vordruck und den vorgeschriebenen Textblöcken Züge von massenhaft vorgefertigten Blankourkunden trägt. Die Verleihungen des Korn- und Fleischzehnten im Amt Ehrenburg werden mit einem „Urkunden und bekennen hierdurch, für Uns Unsere Erben und Nachkommen“ eingeleitet, was eine deutlichere Betonung des Monarchen und der Dynastie bedeutet. Auch hier könnten sich weitere Forschungen anschließen. Eine *Narratio* wird in der Stichprobe verwendet, wenn auch jeweils an die historischen Gegebenheiten angepasst, und zählt somit zu den freier formulierten Abschnitten der Urkunden. Sie kann der *Dispositio* vorgeschaltet (Nr. 231, Nr. 233, Nr. 210, Nr. 232) oder innerhalb eingewoben sein (Nr. 209, Nr. 208). Ob ein Mannfall (Tod des Lehnnehmers) oder ein Herrnfall (Tod des Lehnsherrn) zur Belehnung eines Herrn von Dincklage führte, kann nicht als Begründung für die Stellung der *Narratio* verwendet werden. Zwar sind bei Nr. 231, Nr. 210 und Nr. 232 der Tod des Monarchen (bei Nr. 233 sind sowohl Lehnsherr als auch Lehnsmann verstorben) der Anlass des Lehnaktes und die *Narratio* jeweils vorgeschaltet, doch bei Nr. 208 findet sich der Herrnfall in der *Narratio* innerhalb der *Dispositio*. Es scheint auch

unerheblich zu sein, ob es sich um hannoversche oder Osnabrücker Lehen handelt und wo der Lehnsbrief ausgestellt worden war. Sprachlich variieren die Formulierungen innerhalb der Narratio und reichen von einem „tödlichen Hintritt [...] Gloreuwürdigsten Andenkens“ (Nr. 231, Nr. 208) über einen „tödlichen Hintritt“ (Nr. 210, Nr. 233) bis hin zu einem „Absterben Unsers Höchstseligsten Herrn“ (Nr. 232). Anschließend Untersuchungen könnten weitere Ergebnisse zu Tage fördern.

Innerhalb der Dispositio wird die Belehnung sprachlich unterschiedlich gehandhabt, je nachdem, ob es sich um Osnabrücker oder hannoversche Lehen handelt. Bei den erstgenannten fällt stets die Formulierung „belehnt haben und hiermit belehnen“ (Nr. 210, Nr. 209, Nr. 232), während die letztgenannten mit einem „beliehen haben und belehnen“ (Nr. 231, Nr. 233, Nr. 208) eingeleitet werden. Bei den hannoverschen Lehen wird ebenfalls der Vasall namentlich erwähnt vorgeschaltet, während für die Osnabrücker dieser nachgeschaltet wird. Auch hier können vermutlich die unterschiedlichen diplomatischen Traditionen des Fürstbistums und des Kurfürstentums als Begründungsansatz herangezogen werden. Bei dem in Hannover 1839 ausgestellten Lehnsbrief für die Osnabrücker Lehen (Nr. 232) werden wiederum in der Dispositio die Traditionen des alten Fürstbistums übernommen.

Bei der Investitur kam es zu keinem Zusammentreffen mehr zwischen Lehnsherrn und Lehnsmann. Die Könige delegierten dies an ihre Beamten in Hannover oder Osnabrück, die dies mit ihren Unterschriften „kraft königlicher Special-Vollmacht“ (Nr. 208) vollzogen. Doch auch die Herren von Dincklage, die Lehnsnehmer, scheinen nur

in drei der hier untersuchten Fälle persönlich das Lehen in Empfang genommen zu haben (Nr. 208, Nr. 231, Nr. 233). In den anderen drei Lehnsbriefen treten Bevollmächtigte, zwei Prokuratoren (Nr. 209, Nr. 210) – die vor Gericht ebenfalls eine Vertretungsfunktion übernahmen – und ein „Mandator“ namens „Dr. jur: Windthorst“ auf, bei dem es sich wohl um den berühmten und noch jungen Katholiken, Juristen und Politiker Ludwig Windthorst handeln dürfte. An der Investitur wird ersichtlich, wie wenig der Belehnungsakt noch mit einem persönlichen Beziehungsverhältnis zwischen Lehnsmann und Lehnsherr zu tun hatte, die im Zweifel beide gar nicht bei der Lehnsvergabe anwesend waren. Auf die Spitze wird dies in Nr. 232 getrieben, in der Ernst August I. durch den „Minister für Lehns-Sachen“ Osnabrücker Lehen an die Witwe Charlotte von Dincklage vergibt, die in ihrer Rolle als Vormund ihres Sohnes Otto Erich agiert und sich durch den Juristen Windthorst vertreten lässt.

Die Eidesformel, in der die Pflichten des Lehnsmanns festgehalten sind, wird bei den hannoverschen Korn- und Fleischzehnten mit einem „Dagegen aber soll uns er“ (Nr. 233, Nr. 208, Nr. 231) eingeleitet, was die Gegenleistung für die Übertragung betont. Bei den Osnabrücker Gütern werden „Eid und Pflicht“ sprachlich weicher und weniger abrupt eingeflochten und der Lehnsmann darauf festgelegt, das „Lehen zu verdienen [...], Uns getreu, hold und gewärtig zu seyn“ und dem Lehnsherrn nur das Beste „zu befördern, Schaden und Nachtheil“ abzuwenden und so zu handeln, wie es „einen getreuen Lehnmanne wohl [...] gebührt“ (Nr. 209). Kleinere sprachliche Abwandlungen sind zu erkennen, wie auch bei den verliehenen hannoverschen Zehnten, bei denen

jeweils der Lehnsmann „treu und hold“ zu sein und – allgemeiner gefasst – als „getreuer Vasall“ all das zu tun hat, was er seinem „Lehnsherrn zu leisten schuldig ist“ (Nr. 231).

Bei der Siegelankündigung in der Corroboratio sind in der kleinen Stichprobe keine Unterschiede zwischen den beiden Gruppen festzustellen, da hierbei in allen Stücken flexibel umgegangen wird. Die Siegelankündigung kann sich als solche – gelegentlich mit einer einhergehenden Unterschriftenankündigung (siehe oben) – direkt der Dispositio anschließen oder in der Datierung im Eschatokoll integriert werden. Eine Regelmäßigkeit ist dafür wieder bei der Schreibweise der Jahreszahl festzustellen, die bei den Osnabrücker Lehnsgütern in arabischen Ziffern (Nr. 209, Nr. 210, Nr. 232) und bei den hannoverschen als Zahlwort (Nr. 208, Nr. 231, Nr. 233) ausgeschrieben werden. Die bereits thematisierten Unterschriften schließen das Formular dieser Lehnbriefe ab.

Schlussbetrachtung

Die Untersuchungsgruppe der sechs hannoverschen Lehnbriefe ist sowohl von ihrem Umfang als auch von der Zeitspanne von rund 20 Jahren klein. Daher handelt es sich nicht um eine Tiefenbohrung, eher wurde das weite Feld der neuzeitlichen Urkunden kurz angestochen. Trotzdem können bei diesen zu Beginn des 19. Jahrhunderts ausgestellten Stücken, die nach der klassischen diplomatischen Einteilung den Kaiser- und Königsurkunden zuzurechnen sind, einige Erkenntnisse gewonnen und offene Fragen gestellt werden.

Augenscheinlich sind zunächst die scheinbar frei gestalteten äußeren Merkmale. Lehnbriefe liegen im Quer- wie im Hochformat vor, und in der verwendeten Schrift ist ebenfalls ein Variantenreichtum festzustellen, der bei Nr. 232 eine besondere Ausprägung erreicht. Vorgeschriebene Urkundenelemente werden sich in der Frühen Neuzeit finden lassen, doch ob vorgedruckte Textblöcke weit verbreitet waren, müsste sich erst zeigen. Auch die Beglaubigungsmittel, der Ort des Siegels sowie die teils angekündigte Unterschrift des Monarchen – die von Beamten ausgeführt wurde – verdienen weitere Untersuchungen. Zu fragen wäre bei den Punkten des Layouts, der Schrift bzw. des Drucks und des weiten Feldes der Unterschriften, ob Gesetzmäßigkeiten für die Frühe Neuzeit entdeckt werden können, die im frühen 19. Jahrhundert eine Fortsetzung erfuhren. Spielten die Empfänger oder die Lehen als solche oder diplomatische Traditionen aus dem Kurfürstentum Hannover sowie dem Fürstbistum Osnabrück eine Rolle, die in den jeweiligen Kanzleien des vergrößerten Königreichs nach 1814 fortlebten?

Das Verwaltungshandeln wird an den Gebührenstempeln, den Hinweisen zu den erhobenen Kosten und den Unterschriften der Schreiber sichtbar und entkleidet den Lehnsempfang und das daraus resultierende besondere Treueverhältnis zwischen Vasallen und Lehnsherrn, die Aura der Investitur, vollends von seiner einstmals symbolischen Aufladung. Die Involvierung von stellvertretenden Beamten und Bevollmächtigten der Lehnnehmer wird für die Jahrhunderte zuvor bereits erkennbar sein und unterstreicht die Entwicklung. König und Lehnsmann waren oftmals nur noch den Na-

men nach beteiligt, sodass der Lehnsbrief eher den Charakter einer Bescheinigung traditioneller Besitzverhältnisse übernahm. Der genaue Geschäftsgang zur Ausstellung der Urkunden kann insbesondere für Hannover aufgrund der Kriegsverluste der Überlieferung der hannoverschen Lehnkammer wahrscheinlich nur urkundenimmanent rekonstruiert werden – hier bleiben Fragen zunächst offen.

Trotz der Entkleidung und dem Herabziehen des einstmals mit symbolischen Riten einhergehenden Lehnsakts auf die Verwaltungsebene des modernen Staats wirken die Lehnsbriefe etwas aus der Zeit gefallen. Das Alte Reich war durch Napoleon endgültig zur Geschichte geworden. Während das Mittelalter in der Romantik in verklärtem Gewand eine Auferstehung feiern sollte, lebte trotzdem die Lehnsvergabe im Königreich Hannover fort. Sie stützte sich auch weiterhin auf jahrhundertealte diplomatische Tradi-

tionen, die mittels der Analyseinstrumente der klassischen Urkundenlehre untersucht werden können. Die inneren Merkmale orientieren sich vermutlich an hannoverschen und Osnabrücker Urkundenkonventionen und bedürfen einer weiteren Untersuchung im historischen Längsschnitt. Die Lehnsbriefe enthalten, wenn auch in reduzierter Form, klassische Elemente aus dem Protokoll, Kontext und Eschatokoll. Während die äußeren Merkmale höchst unterschiedlich gestaltet sein können, weisen die verwendeten sprachlichen Formeln und das jeweilige hannoversche oder Osnabrücker Formular eine relative Stabilität auf. Eine gewisse Ungleichzeitigkeit – um das vielfach zitierte Wort des Philosophen Ernst Bloch aufzunehmen – ist den Lehnsbriefen des Königreichs Hannover zu Beginn des 19. Jahrhundert inhärent und mag hoffentlich weitere Studien anregen, um das Herausgearbeitete zu ergänzen, fortzuführen oder zu revidieren.

- 1 Susan Reynolds, *Fiefs and vassals. The medieval evidence reinterpreted*, Oxford 1994.
- 2 Jürgen Dendorfer/Roman Deutinger (Hg.), *Das Lehnswesen im Hochmittelalter. Forschungskonstrukte – Quellenbefunde – Deutungsrelevanz*, Ostfildern 2010; Steffen Patzold, *Das Lehnswesen*, München 2012; Karl-Heinz Spieß (Hg.), *Ausbildung und Verbreitung des Lehnswesens im Reich und in Italien im 12. und 13. Jahrhundert*, Ostfildern 2013.
- 3 Barbara Stollberg-Rilinger, *Des Kaisers alte Kleider. Verfassungsgeschichte und Symbolsprache des Alten Reiches*, München 2012.
- 4 Vgl. u. a. die verschiedenen Werke von Theodor von Sickel; Harry Bresslau, *Handbuch der Urkundenlehre für Deutschland und Italien*, 2 Bde., 2. Aufl., Leipzig 1912/1915; Leo Santifaller, *Urkundenforschung*, 3. Aufl., Köln/Graz 1967.
- 5 Vgl. u. a. Ahasver von Brandt, *Werkzeug des Historikers. Eine Einführung in die historischen Hilfswissenschaften*, 17. Aufl., Stuttgart 2007, S. 81. Allerdings schränkt von Brandt selbst ein, dass weder „die Akten im Mittelalter ganz [fehlen], noch

- verlieren die Urkunden in der Neuzeit ihre quellenkundliche Bedeutung“.
- 6 Vgl. v. a. Philip Haas, *Die Urkunde als Kompendium und Findmittel? Frühneuzeitliche Grenzrezepte als analytischer Schlüssel zum Grenzkonflikt*, in: *Archiv für Diplomatik* 69 (2023), S. 191-221; ders., *Urkundengebrauch in der Frühen Neuzeit. Die Urkunden des Zisterzienserklosters Mariental zwischen Bella Diplomatica und früher Geschichtsforschung*, in: *Archiv für Diplomatik* 68 (2022), S. 327-364; ders., *Der Adelsbrief. Eine diplomatisch-quellenkundliche Annäherung an eine frühneuzeitliche Urkundengattung aus territorialgeschichtlicher Perspektive*, in: *Archiv für Diplomatik* 68 (2022), S. 285-326; ders., *Der Adelsbrief im Archiv. Entstehung – Formalanalyse – Archivregest*, in: *Archiv-Nachrichten Niedersachsen* 25 (2021), S. 48-58.
- 7 Thomas Vogtherr, *Einführung in die Urkundenlehre*, 2. Aufl., Stuttgart 2017, S. 136. Vgl. dazu auch Heinrich Otto Meisner, *Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918*, Leipzig 1969, S. 44: Sofern Urkunden für die (Frühe) Neuzeit vorlägen, sei

der Weg zu diesen „mit Aktenschriftstücken gepflastert“.

- 8 Vgl. Wilfried Reininghaus, Lehnregister und Lehnbücher, in: Stefan Pätzold/Wilfried Reininghaus (Hg.), Quellenkunde zur westfälischen Geschichte vor 1800, Münster 2023, S. 267-283.
- 9 Für das Kurfürstentum/Königreich Hannover ist allerdings der fast vollständige Verlust der Lehnakten im Bestand NLA HA Hann. 4 „Allodifikations- und Lehnakten“ aufgrund der Bombentreffer im Archivgebäude 1943 zu beklagen.
- 10 Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Osnabrück (künftig NLA OS) Dep 39 a Nr. 46, 4.5.1579. Vgl. auch Georg Sudendorf, Geschichte der Herren von Dincklage, Osnabrück/Hannover 1842.
- 11 Vgl. NLA OS Dep 39 a Nr. 242 und Nr. 246.
- 12 Vogtherr, Urkundenlehre (wie Anm. 7), S. 56.
- 13 Vgl. u. a. am Beispiel des Justizwesens im Fürstbistum Münster: Martin Schürer, Neue Wege zu alten Urteilen. Adelsprozesse im Niederstift Münster zwischen Gogericht, Weltlichem Hofgericht und fürstbischöflicher Regierung vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, in: Westfälische Zeitschrift 170 (2020), S. 9-37. Vgl. allgemein zur Verwendung des Drucks in der frühneuzeitlichen Administration demnächst: Philip Haas, Der Druck der Obrigkeit. Frühneuzeitliche Herrschaft und Verwaltung durch Amtdrucke und Verordnungen im Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel [im Erscheinen].
- 14 Vgl. NLA OS Rep 8 Nr. 313. Herzlichen Dank an die Kollegin Dr. Isabelle Guerreau für diesen Hinweis.
- 15 Vgl. u. a. Andrea Stieldorf, Siegelkunde: Basiswissen, Hannover 2004; Hiram Kümpfer, Materialwissenschaft Mediävistik. Eine Einführung in die Historischen Hilfswissenschaften, Paderborn 2014, S. 121 ff.
- 16 Erich Kittel, Siegel, Braunschweig 1970, S. 130; von Brandt, Werkzeug (wie Anm. 5), S. 87.
- 17 Joachim Münch, Die Reichweite der Unterschrift im Wechselrecht. Ein Plädoyer für die Maßgeblichkeit des räumlichen Sinnzusammenhangs, Berlin 1993, S. 72.
- 18 Michael Conrad, Verfahren und Protokolle für sicheren Rechtsverkehr auf dezentralen und spontanen elektronischen Märkten, Karlsruhe 2010, S. 43.
- 19 Vgl. u. a. Cornelia Vismann, Akten. Medientechnik und Recht, 3. Aufl., Frankfurt 2011, S. 167.
- 20 Vgl. Vogtherr, Urkundenlehre (wie Anm. 7), S. 77.

*Dr. Martin Schürer
ist Archivar in der Abteilung Osnabrück
des Niedersächsischen Landesarchivs.*

*E-Mail:
Martin.Schuerer@nla.niedersachsen.de*

An aerial, grayscale photograph of a town. In the foreground, a large, light-colored building with a dark, gabled roof and a flat-roofed extension is visible. To its left, a smaller building with a similar roof is partially seen. In the background, a dense residential area with many houses and a prominent church spire are visible. The text "VANB-
Angelegenheiten" is overlaid in the center of the image.

VANB- Angelegenheiten

Bericht aus der Mitgliederversammlung des VNA e. V. am 16. April 2024

von Lars Nebelung

Die jährliche Mitgliederversammlung des Verbandes Niedersächsischer Archivarinnen und Archivare e. V. (VNA) wurde unter reger Beteiligung während des 7. Niedersächsisch-Bremischen Archivtags am 16. April 2024 in Goslar abgehalten.¹ Sie war neben den üblichen Berichten und einigen Nachwahlen zum Vorstand des VNA wesentlich geprägt durch die Abstimmung zur Änderung des Vereinsnamens.

Zu Beginn gab die Vorsitzende des VNA Dr. Julia Kahleyß den Anwesenden mit dem Geschäftsbericht des Vorstandes einen Überblick über die Vereinsaktivitäten zwischen April 2023 und April 2024. Der Vorstand tagte in diesem Zeitraum fünf Mal und befasste sich dabei unter anderem mit folgenden Themen:

- Verbesserung der Mitgliederverwaltung und der Beitragserhebung: Die Mitgliederverwaltung wird sukzessive auf eine elektronische Grundlage gestellt und soll dann mittels der Fachsoftware easyVerein erfolgen. Dadurch erhalten die Mitglieder beispielsweise auch die Möglichkeit, ihre Daten selbst zu kontrollieren und bei Bedarf anzupassen. Die Mitgliedsbeiträge sollten wenn möglich mittels des Lastschriftverfahrens eingezogen werden, um den bisherigen hohen Aufwand des Schatzmeisters zu reduzieren.
- Vorbereitung der Satzungsänderung zur Änderung des Vereinsnamens des VNA (s. u.)
- Beteiligung des VNA an der im Oktober 2023 vom Niedersächsischen Landesarchiv in Kooperation mit der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen in Hannover ausgerichteten Tagung „Archive in Niedersachsen und der Nationalsozialismus – Kontinuitäten und Brüche“.² Dazu soll im Jahr 2025 eine umfangreiche Tagungspublikation erscheinen.
- Vorschlag des VNA-Vorstands an die Niedersächsischen Kommunalen Spitzenverbände (KSV) zur Einrichtung einer Archivberatungsstelle und eines Arbeitskreises Archive. Die KSV, bestehend aus dem Niedersächsischen Landkreistag, dem Niedersächsischen Städtetag und dem Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund, hat diese Initiative grundsätzlich positiv aufgenommen.
- Anfragen von Mitgliedern an den Vorstand zu institutionellen VNA-Mitgliedschaften und dem Einsatz von Freiwilligen und Ehrenamtlichen in Archiven sowie Bitten von Archiven um Unterstützung, weil einzelne Archivträger die gesetzliche Pflichtaufgabe zur Unterhaltung eines Archivs anzweifeln. Julia Kahleyß berichtete außerdem, dass der Vorstand Manfred Schmidt seit Juni 2023 als kommissarischen Schatzmeister mit der Buchführung, der Erstellung des Kassenberichts und weiterer

Aufgaben betraut hatte. Da diese Tätigkeit nun ende, dankte sie ihm für seinen Einsatz und die gute Arbeit.

Im Anschluss erläuterte eben jener Manfred Schmidt (zuletzt Samtgemeinde Bevensen-Ebstorf) den Kassenbericht für das Geschäftsjahr 2023. Demnach überstiegen die Einnahmen im Berichtszeitraum die Ausgaben um etwa 15 Prozent, so dass die Kassensituation des Verbands insgesamt gut sei. Zum Zeitpunkt der Mitgliederversammlung waren 197 Personen Mitglied im VNA. Mirella Libera (Stadtarchiv Hildesheim) vertrat in diesem Jahr Dr. Florian Dirks (Kreisarchiv Verden) als Rechnungsprüferin und hatte keine Beanstandungen vorzubringen. Daraufhin wurde dem Vorstand des VNA durch die anwesenden Mitglieder die Entlastung erteilt. Der anschließend vorgestellte Haushaltsentwurf für 2024 sieht ebenfalls einen leichten Einnahmenüberschuss vor, so dass es aus der Zuhörerschaft dazu keine Einwände gab.

Durch das Ausscheiden von Dr. Cornelia Regin (Stadtarchiv Hannover), Romy Meyer (bisher Niedersächsisches Landesarchiv, nun Hochschule Nordhausen), Falk Liebezeit (zuletzt Kreisarchiv Diepholz) und Manfred Schmidt wurden Neuwahlen für den stellvertretenden VNA-Vorsitz, das Schatzmeisteramt sowie einen Beisitzer nötig. Als neue stellvertretende Vorsitzende wurde daraufhin Kristin Kalisch (Stadtarchiv Göttingen) gewählt, zum neuen Schatzmeister Dr. Christian Salewski (Archiv für deutsche Polarforschung am Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung, Bremerhaven) sowie als Beisitzer Dr. Hilko Linnemann (Kreisarchiv Holzminden). Diese Wahlen

verband die Vorsitzende Dr. Julia Kahleyß mit dem Appell an die Mitglieder, sich weiterhin aktiv in die Verbandsarbeit einzubringen sowie auch für Vorstandsposten zu kandidieren. Sie betonte, dass von der Mitwirkung der Mitglieder im Vorstand letztlich die Existenz des Verbandes abhängt, wenn maßgebliche Vorstandsämter, insbesondere das Schatzmeisteramt, nicht mehr besetzt werden könnten.

Danach kam es zur Abstimmung über den neuen Namen des VNA. Durch die satzungsmäßige Erweiterung des Verbandes um das Bundesland Bremen im Jahr 2022 war eine Umbenennung des Vereins notwendig geworden, um die beiden Länder auch im Namen zu nennen. Im Sommer 2023 war dazu ein Meinungsbild in der Mitgliedschaft eingeholt worden, bei dem zwei Namensvorschläge zur Auswahl gestellt wurden: „Verband der Archivarinnen und Archivare in Niedersachsen und Bremen (VANB)“ und „Verband der niedersächsischen und bremischen Archivarinnen und Archivare (VNBA)“. An der Umfrage beteiligten sich seinerzeit 57 % der Mitglieder; eine Mehrheit von etwa 63 % der abgegebenen Stimmen stimmte zugunsten der ersten Variante. Die Diskussion über den neuen Verbandsnamen wurde mitunter durchaus kontrovers geführt, und die Meinungen gingen auch während der Goslarer Mitgliederversammlung noch merklich auseinander. Da ein neuer Vereinsname nur durch eine Satzungsänderung festgelegt werden kann, war in der Mitgliederversammlung eine Abstimmung darüber durchzuführen. Zur Änderung des Namens war letztlich eine Zweidrittelmehrheit für eine der beiden Namensvarianten notwendig. Zunächst wurde in einem zweistufigen Verfahren die

Präferenz der anwesenden Mitglieder für einen der beiden vorgeschlagenen Verbandsnamen ermittelt. Diese Abstimmung ergab, dass die erste Namensvariante eine Mehrheit hinter sich hatte – konkret stimmten 33 Anwesende für und 19 gegen den Namen „Verband der Archivarinnen und Archivare in Niedersachsen und Bremen (VANB)“, wobei sich drei Personen enthielten. Die zweite Variante, die sich sprachlich enger am bisherigen Verbandsnamen bewegte, erhielt lediglich 21 Ja- und 29 Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen. Danach erfolgte die Abstimmung zur Satzungsänderung, bei der der von den Mitgliedern bevorzugte Namensvorschlag eine Zweidrittelmehrheit erlangen konnte (40 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 14 Enthaltungen). Damit stand der neue Name VANB als Verbandsname fest.

Nach dieser Abstimmung zur Satzungsänderung berichtete Dr. Cornelia Regin über die von ihr und Dr. Michael Schütz (Stadtarchiv Hildesheim) während des Deutschen Archivtags in Bielefeld besuchte Sitzung der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag (BKK). Die dort behandelten Themen waren:

- Aus- und Fortbildung
- Digitale Archivierung von Daten aus Standesämtern
- Digitalisierung und Bereitstellung, u. a. die mögliche Beteiligung der Kommunalarchive am Themenportal „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ des Bundesarchivs
- Bestandserhaltung und Notfallvorsorge.

Dr. Regin informierte zudem darüber, dass Dr. Schütz seinen Sitz in der BKK 2024 niederlegen und Kristin Kalisch ihm in der BKK nachfolgen werde.

Danach folgte der Bericht von Dr. Sabine Graf (Niedersächsisches Landesarchiv) aus der Tätigkeit der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (KLA). Insbesondere ging sie dabei auf zwei Projekte ein, nämlich die Schaffung eines Teildatenraums „Archiv“ im „Datenraum Kultur“. Dazu soll ein geschützter Datenraum einschließlich der Möglichkeit zur dauerhaften Speicherung von Digitalisaten auch für kleinere Archive geschaffen werden. Zunächst wird in einem Pilotprojekt ein entsprechender Prototyp entwickelt. Das zweite Projekt befasst sich mit der Weiterentwicklung des Archivportals-D in der Deutschen Digitalen Bibliothek. Derzeit werde für kleine Archive ohne eigenes Archivinformationssystem ein spezielles Tool für die Erschließung und Bereitstellung von Digitalisaten im Archivportal-D entwickelt, das auch eine Anbindung an die Digitale Archivierung enthalten wird. Danach informierte Dr. Graf über die Überlegungen des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA), sich nach dem Vorbild des Deutschen Bibliotheksverbands von einem Personen- zu einem Institutionenverband zu entwickeln. Damit sollen die derzeitigen strukturellen Schwierigkeiten des VdA überwunden werden, um die archivfachlichen Anliegen besser vertreten zu können und die öffentliche Wahrnehmung des Verbands zu verbessern. Daraufhin kam es zu einer kurzen Diskussion unter den Anwesenden über die aktuelle Situation des VdA und die möglichen Lösungsansätze.

Lars Nebelung (Archiv der TIB/Universitätsarchiv Hannover) berichtete im Anschluss kurz über die Arbeit der A-NN-Redaktion. Erik Kleine Vennekate (zuletzt Kreisarchiv Emsland, nun Stadtarchiv Wup-

pertal) sei aufgrund seines Wechsels nach Nordrhein-Westfalen aus der Redaktion ausgeschieden, die nun bis auf Weiteres aus zwei Personen bestehe. Wegen der erheblich gestiegenen Druckkosten werde der Preis für ein Einzelheft ab der Ausgabe 28/2024, die im Frühjahr 2025 erscheint, auf 16 Euro angehoben. Dieser Preis sei allerdings derzeit immer noch nicht kostendeckend.

Nach den verschiedenen Berichten nahmen noch drei neue Mitglieder des VNA die Gelegenheit wahr, sich den Anwesenden kurz vorzustellen. Die VNA-Vorsitzende informierte abschließend über die künftigen

Tagungen: Im Jahr 2025 fände am 3. und 4. Juni der Norddeutsche Archivtag in Bremen statt, in dessen Rahmen am 4. Juni 2025 auch die nächste Mitgliederversammlung des VNA abgehalten werde. Zum 8. Niedersächsisch-Bremischen Archivtag im Jahr 2026 werde der VNA anlässlich des einhundertjährigen Jubiläums des dortigen Stadtarchivs nach Bremerhaven einladen. Mit der Bitte um Angebote zur zukünftigen Ausrichtung und inhaltliche Themenvorschläge für kommende Tagungen sowie den Dank an die anwesenden Mitglieder schloss Dr. Kahleß die Goslarer Mitgliederversammlung.

-
- 1 Die Niederschrift zur Mitgliederversammlung des VNA am 16. April 2024, die auch als Grundlage für den vorliegenden Bericht diente, findet sich auf der Homepage des VNA im Tagungsarchiv unter dem Button „Unterlagen“, <https://www.vna-online.de/tagungsarchiv/> (letzter Abruf 23.1.2025).
 - 2 Vgl. die Ankündigung der Tagung, <https://nla.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/neuigkeiten/2023/archive-in-niedersachsen-und-der-nationalsozialismus-kontinuitaten-und-bruche-223104.html> (letzter Abruf 23.1.2025). Vgl. auch den Podcast zu dieser Tagung, <https://nla.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/neuigkeiten/2023/podcast-zur-tagung-archive-in-niedersachsen-und-der-nationalsozialismus-kontinuitaten-und-bruche-227856.html> (letzter Abruf 23.1.2025).

*Lars Nebelung M. A.
leitet das Archiv der TIB/Universitätsarchiv
Hannover.*

*E-Mail:
Lars.Nebelung@tib.eu*

VANB-Regionalgruppe Bentheim-Emsland-Osnabrück

von Anna Philine Schöpfer

Am 11. November 2024 begrüßte Christian Lonnemann vom Kreis- und Kommunalarchiv Bentheim Britta Albers (Kreisarchiv Emsland), Kathrin Flor (Archiv der Gedenkstätte Esterwegen), Martin Koers (Gemeindearchiv Geeste) und Anna Philine Schöpfer (Kreis- und Kommunalarchiv Osnabrück im Niedersächsischen Landesarchiv Abteilung Osnabrück) in Nordhorn zum jährlichen Treffen der VANB-Regionalgruppe Bentheim-Emsland-Osnabrück.

Zum Auftakt berichtete Christian Lonnemann von der geplanten Komplettübernahme aller Zeitungsbände der 1874 gegründeten Grafschafter Nachrichten. Das Kreis- und Kommunalarchiv steht derzeit mit den beiden Inhaberfamilien bezüglich einer Schenkung in Kontakt. Der Bestand umfasst die Gesamtausgaben sowie eine umfassende Sammlung an Pressefotos. Hervorzuheben ist der Nachlass des Pressefotografen Willi Friedrich. Die Nutzungs- und Verwertungsrechte werden – soweit möglich – mit den noch lebenden Fotografen oder den Hinterbliebenen geklärt. Bei ungeklärter Sachlage werden Kopien der Fotos nur für private Zwecke herausgegeben. Mittels eines Formulars verpflichtet sich der Nutzende, etwaige Nutzungs- und Verwertungsrechte im Falle einer Veröffentlichung selbst einzuholen. Vor der Übernahme der Zeitungsbände werden in den Lagerungsorten der Redaktion für zwei Monate Monitoringfallen aus-

gebracht und das Archivgut bei erhöhtem Schädlingsbefall eingefroren.

Ergänzend hierzu berichtete Anna Philine Schöpfer von der Übernahme des NOZ-Redaktionsarchivs in das Niedersächsische Landesarchiv Abteilung Osnabrück. Dabei handelt es sich um Zeitungsausschnittsammlungen der Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ) zu Themen aus Stadt und Landkreis Osnabrück sowie um eine Vielzahl an Pressefotos. Im Besonderen ist der Nachlass von Kurt Löckmann zu nennen. Nutzungs- und Verwertungsrechte sind für sämtliche Fotos ebenfalls einzuholen. Liegen diese nicht vor, ist eine Nutzung im Landesarchiv derzeit nicht möglich. Die Gesamtausgaben aus Stadt und Landkreis Osnabrück werden bereits im Landesarchiv verwahrt, weshalb diese nicht Teil der Übernahme waren. Die ebenfalls zur NOZ gehörigen emsländischen Zeitungsausgaben waren nicht Teil des Redaktionsarchivs in Osnabrück. Eine Überlieferung erfolgt im Kreisarchiv Emsland. Nachlässe von Pressefotografen werden dort nicht verwahrt.

Es folgte ein Austausch zur Nutzung von Bauakten im Archiv. Im Landesarchiv in Osnabrück erfolgt eine Nutzung zum Beispiel erst nach Genehmigung durch die abgebende Stelle. Darüber hinaus wurden in den drei Kreisarchiven ähnliche Erfahrungen mit der Aussagekraft von Bauakten im Vergleich zwischen Kreis- und Gemeindeverwaltungen ge-

macht. So sind in den Gemeinden vornehmlich zusammenhängende Hausakten geführt worden, in den Kreisverwaltungen erfolgte die Aktenführung hingegen zumeist vorgangsbezogen. Auch reicht die Überlieferung in den Kreisen oftmals nicht so weit zurück wie in den Gemeinden. Das Emsland pflegt ein eigenes Bauaktenarchiv. Auf eine Übernahme von ersetzend eingescannten Akten in das Kreisarchiv wurde verzichtet. Die Bauakten zur Gedenkstätte Esterwegen werden im Archiv der Gedenkstätte verwahrt.

Des Weiteren berichtete Christian Lonne-
mann vom Zusammenschluss der Gemein-
den Recke, Hopsten und Hörstel zu einem
Archivverbund. Die nordrhein-westfälischen
Kommunen liegen in unmittelbarer Nähe
zum Emsland, in dem keine flächendecken-
de Kommunalarchivlandschaft vorhanden
ist. Martin Koers bestätigte, dass mehrere
Kommunen im Emsland derzeit nach Archiv-
lösungen suchen. Ob dies zu einer Erweite-
rung des Kreisarchivs zum Kreis- und Kommu-
nalarchiv ähnlich dem Bentheimer Modell,
zur Gründung kleiner Archivverbünde oder
zu weiteren Deposita im Landesarchiv führt,
konnte im Rahmen der Regionalgruppe nicht
beantwortet werden.

Zu guter Letzt wies Anna Philine Schöp-
per auf die geplante Änderung im Bundesver-
triebenenrecht hinsichtlich der Aufbewah-
rungsfrist für sogenannte Vertriebenenakten
hin. Durch Artikel 1 des Gesetzes zur Ände-
rung des Gesetzes über die Angelegenheiten
der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundes-
vertriebenengesetz – BVFG) vom 20.12.2023¹
wurde die Datenaufbewahrung in § 17 des
Gesetzes über die Angelegenheiten der Ver-
triebenen und Flüchtlinge (Bundesvertrie-
benengesetz – BVFG) neu geregelt. Die neue
Regelung besagt:

„Verwaltungsvorgänge und Daten zur
Aufnahme nach diesem Gesetz sind bei
den zuständigen Verwaltungsbehörden so-
lange aufzubewahren, wie schutzwürdige
Interessen der Verfahrensbeteiligten, ihrer
Familienangehörigen oder ihrer Nachkom-
men am Nachweis ihrer Aufnahme im Sinne
von Artikel 116 Absatz 1 des Grundgesetzes
oder öffentliche Interessen dies erfordern,
höchstens bis fünf Jahre nach dem Tod der
Verfahrensbeteiligten.“

Die Neuregelung legt anhand von
Lebensdaten ein eindeutig zu definieren-
des Ende der behördlichen Aufbewahrung
fest. Zwar ergeben sich aufgrund fehlen-
der Angaben zu den Sterbedaten der Ver-
fahrensbeteiligten in den Akten durchaus
Herausforderungen bei der Ermittlung von
Aufbewahrungsfristen, eine dauerhafte und
vollständige Verwahrung in den Behörden
ist jedoch ausgeschlossen. Nach geltendem
Archivrecht sind die Akten dem zuständigen
Archiv anzubieten.

1 BGBl. 2023 I Nr. 390.

*Anna Philine Schöp-
per
ist als Archivarin des Landkreises
Osnabrück an das Niedersächsische
Landesarchiv Abteilung Osnabrück
abgeordnet, welches die Archivbestände
des Landkreises Osnabrück und seiner
kreisangehörigen Kommunen verwahrt.*

*E-Mail:
Schoepper@lkos.de
Anna.Schoepper@nla.niedersachsen.de*

VANB-Regionalgruppe Elbe-Weser

von Thomas Bardelle und Sönke Kosicki

Am 25. Oktober 2024 konstituierte sich in Harsefeld die Regionalgruppe Elbe-Weser beim VANB, in der derzeit neben dem Niedersächsischen Landesarchiv (NLA), Abteilung Stade, fünfzehn hauptamtlich geführte Gemeinde-, Stadt- und Kreisarchive aus dem Elbe-Weser-Raum vertreten sind. Im Einzelnen sind dies die Samtgemeindearchive Harsefeld, Lühe in Steinkirchen und Zeven, das Altländer Archiv in Jork, das Gemeindearchiv Neu Wulmstorf, die Stadtarchive Achim, Buxtehude, Cuxhaven, Stade und Verden sowie die Kreisarchive Cuxhaven, Osterholz, Stade (im NLA), Rotenburg (Wümme) und Verden. Weitere Archive aus der Region werden gerne aufgenommen.

Die jetzige Regionalgruppe geht aus einer sich seit 2016 auf Initiative von Dr. Thomas Bardelle, NLA Stade, zweimal jährlich im Frühjahr und Herbst treffenden Arbeitsgruppe hervor. Räumlich erstreckte sich diese zunächst auf den Landkreis Stade und benachbarte Orte, bekam im Laufe der Jahre aber immer mehr Zuwachs aus dem gesamten Elbe-Weser-Gebiet. Die Treffen, die jeweils an einem Freitagmorgen stattfinden, werden reihum von den teilnehmenden Archiven ausgerichtet.

Neben der Schaffung einer Austauschplattform und eines kollegialen Netzwerks in der Region wurden in der Arbeitsgruppe von Beginn an auch archivfachliche The-

men behandelt und diskutiert. So standen bei den bis jetzt abgehaltenen 15 Treffen verschiedenste Themen im Fokus, die von Fragen der Schriftgutverwaltung und der Einführung von Dokumentenmanagementsystemen über die digitale Archivierung und die Nutzung von DIMAG, den archivischen Umgang mit Meldedaten, die Bewertung und Digitalisierung von Bauakten, die Erschließung und Digitalisierung audiovisueller Medien, das Archivinformationssystem Arcinsys, den Umgang mit nichtamtlicher Überlieferung und die Notfallplanung in Kultureinrichtungen bis hin zur Nutzung sozialer Medien im Archiv reichten. Auch während der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen wurde der Austausch in Form dreier virtueller Treffen aufrechterhalten. Die Vorstellung neuer Kolleginnen und Kollegen, aber auch archivpolitische und aktuelle Themen mit regionalem Bezug rundeten die bisherigen Treffen ab. Die einladenden Archive stellten zudem ihre Einrichtungen und die sie aktuell beschäftigenden Herausforderungen und Projekte im Rahmen einer kurzen Führung vor.

Neben der Einrichtung der Regionalgruppe, in der das bisherige Format des regelmäßigen Austauschs fortgeführt werden soll, wurde im Oktober 2024 zudem die Durchführung eines ersten gemeinsamen Projekts beschlossen. Denn schon länger stand die Idee eines regionalen Archiv-

führers bzw. -portals im Raum, in dem die vielfältige Archivlandschaft des Elbe-Weser-Raums der Öffentlichkeit präsentiert werden soll. Die Vorbereitungen hierfür werden nun in diesem Jahr von einem eigens gebildeten Redaktionsteam in Angriff genommen.

Dr. Thomas Bardelle
leitet die Abteilung Stade des
Niedersächsischen Landesarchivs.

E-Mail:
Thomas.Bardelle@nla.niedersachsen.de

Sönke Kosicki
leitet das Kreisarchiv des
Landkreises Rotenburg (Wümme).

E-Mail:
soenke.kosicki@lk-row.de

9. Norddeutscher Archivtag

Archive und ihre Partner – Bestandserhaltung, Erschließung und Vorsorge

Dienstag, 3. Juni 2025, Kwadrat (Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen)

Anfahrt: Straßenbahnlinien 1, 4 und 6 ab Bremen Hbf (Haltestelle: Wilhelm-Kaisen-Brücke)

PROGRAMM

Dienstag, 3. Juni 2025, Kwadrat

- | | |
|-----------|--|
| 10.30 Uhr | Einlass
Begegnung und Gelegenheit zum Besuch der Aussteller auf der Fachmesse zum Archivtag |
| 12:00 Uhr | Begrüßung: Prof. Dr. Konrad Elmshäuser (StA Bremen) |
| 12:15 Uhr | Sektion 1:
Archive und ihre Partner – Bestandserhaltung
Moderation: <i>Dr. Sabine Graf (NLA)</i>

<i>Dr. Ursula Hartweg (KEK):</i> Die Förderprogramme der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK): Angebote an Archive und Perspektiven

<i>Dr. Thomas Bardelle (NLA):</i> Die Kooperation des NLA Abteilung Stade mit den Werkstätten des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Stade

<i>Friederike Nithack (LWL-Archivamt für Westfalen):</i>
Praxisorientierte Bestandserhaltung – Das LWL-Archivamt als Partner für Archive in Westfalen-Lippe |
| 14:15 Uhr | Kaffeepause |
| 14.45 Uhr | Sektion 2:
Archive und ihre Partner – Erschließung und Nutzung
Moderation: <i>Dr. Udo Schäfer (StA Hamburg)</i> |

Dr. Angela Huang (Forschungsstelle für die Geschichte der Hanse und des Ostseeraums): „Hanse.Quellen.Lesen“. Ein Citizen-Science-Projekt der Forschungsstelle am Europäischen Hansemuseum Lübeck

Viktor Pordzik (StA Bremen): Zur Erschließung der Personenstands-überlieferung mit einem Kooperationspartner – Das StA Bremen und der genealogische Verein MAUS

Dr. Henning Steinführer (StadtA Braunschweig): Das Stadtarchiv Braunschweig und sein Partnernetzwerk in Erschließung und Nutzung

ca. 16:45 Uhr Ende der Sektion 2

18:30 Uhr: **Abendveranstaltung mit anschließendem Senatsempfang im Rathaus Bremen (Am Markt 21, 28195 Bremen), Festsaal**
Grußwort: Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte

Dr. Daniel Tilgner (Landesfilmarchiv Bremen): Moderierte Filmvorführung „Bremen wird bunt: Bremen in historischen Farbfilmen 1930-1959“

Anschließend Senatsempfang der Freien Hansestadt Bremen

Mittwoch, 4. Juni 2025, Kwadrat

9:00 Uhr Sektion 3:
Archive und ihre Partner – Sicherung der digitalen Überlieferung
Moderation: *Dr. Brigitta Nimz (StA Bremen)*

Aktuelle Erfahrungsberichte zum digitalen Ingest:

Dr. Matthias Manke (LHA Schwerin): Die eAkten-Übernahme im Landeshauptarchiv Schwerin mit dem DIMAG-Ingest-Werkzeug elektronische Akte (DIWA)

Dr. Uwe Leuenhagen (LA Schleswig-Holstein):
Erfahrungsbericht: Anbietetung und Übernahme von elektronischen Akten der Landesverwaltung in Schleswig-Holstein

Olga Aginski (StA Bremen): AVA - Aussondern, Vernichten, Archivieren. Der Weg von der eAkte zum Archival im Staatsarchiv Bremen

Susanne Meinicke (KOSDA Schleswig-Holstein): Digitale Archivierung gemeinsam meistern. Erfahrungen aus der Aufbauphase der Kommunalen Servicestelle für digitale Archivierung

11:00 Uhr	Kaffeepause
11:30 Uhr	Sektion 4: Archive und ihre Partner - Notfallverbünde Moderierte Podiumsdiskussion Moderation: <i>Dr. Nele Bösel-Hielscher (StA Bremen)</i> Podium: <i>Dr. Christine Axer (StA Hamburg), Notfallverbund Hamburg</i> <i>Annika Jühne (Landschaftsverband Südniedersachsen),</i> <i>Notfallverbund Südniedersachsen</i> <i>Dr. Julia Kahleyß (StadtA Bremerhaven), Notfallverbund Bremerhaven</i> <i>Stefanie Kappelhoff-Beckmann (Landesmuseum Oldenburg),</i> <i>Notfallverbund Oldenburg</i>
13:00 Uhr	Aktuelle Stunde Moderation: <i>Prof. Dr. Rainer Hering (LA Schleswig-Holstein)</i>
ca. 13:45 Uhr	Verabschiedung und Ende des Archivtags
Im Anschluss (ca. 14:30 Uhr)	Mitgliederversammlung des Verbands der Archivarinnen und Archivare in Niedersachsen und Bremen e. V. (VANB)

Stand: 28.2.2025, Änderungen vorbehalten.

Ihre verbindliche Anmeldung für den 9. Norddeutschen Archivtag nehmen die Veranstalter unter Angabe von Familienname, Vorname, Institution und einer Mailadresse bis zum 9. Mai 2025 gerne entgegen:

Staatsarchiv Bremen · Am Staatsarchiv 1 · 28203 Bremen · information@staatsarchiv.bremen.de

Telefonische Nachfragen richten Sie bitte an Frau Heike Grünbauer: 0421 361-6214.

Für Unterkunft bitten wir selbst zu sorgen. Hilfe bei der Unterkunftssuche bieten www.bremen.de/tourismus sowie andere Buchungsportale.

Teilnahmegebühren werden nicht erhoben.

DATENSCHÄTZE IM GRIFF

SORI

*Die Software für digitale
Langzeitarchivierung.*



Einfache Bedienung

- Benutzerfreundliche Weboberfläche
- Vorkonfigurierte Workflows
- Sofort einsetzbar

OAIS-konforme Langzeitarchivierung

- Erweiterbarer Ingest-Workflow
- Intelligenter DIP-Creator
- Anbindbar an unterschiedliche Erfassungssoftware

Service

- Kostengünstige Lösung
- Einfach zu installieren und zu administrieren
- Sichere Datenhaltung, Hardware nach Wahl
- Begleitende Beratung und Schulung



Kennenlern-Produktdemos:

Per QR-Code-Scan oder Linkeingabe gelangen Sie zu den Terminen.
produkt demos.starttext.de

starttext GmbH
Riemenschneiderstr. 11 • 53175 Bonn
Telefon: +49 228 959 96-0
info@starttext.de • www.starttext.de

starttext

Datenschätze im Griff



Archiv-Nachrichten Niedersachsen

Mitteilungen aus niedersächsischen Archiven

28/2024

ISSN 1617-6820